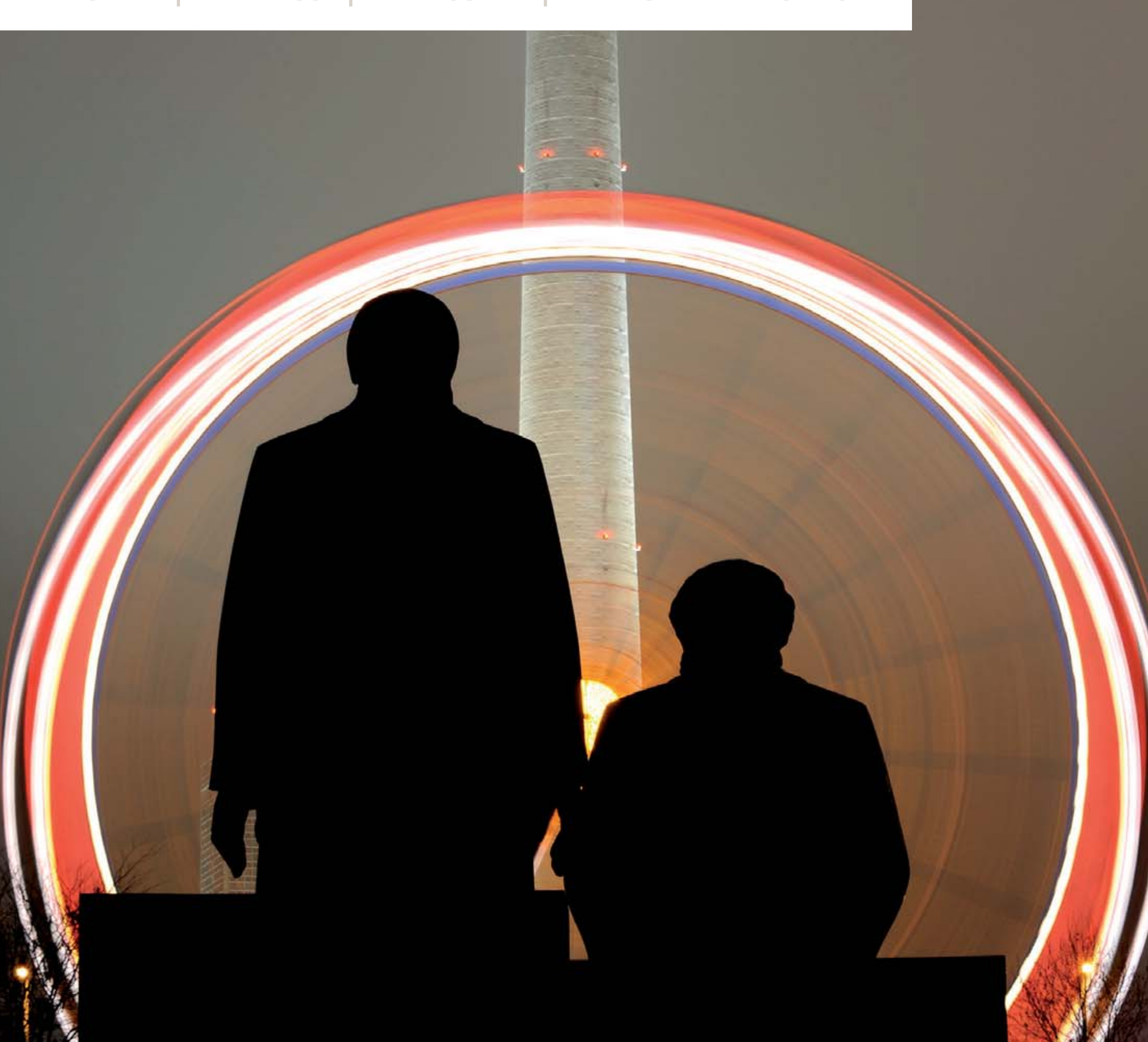
LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2010

FÜR EIN LINKES MOSAIK BOA SOUSA SANTOS | MARIO CANDEIAS | ANGELA KLEIN | EDGARDO LANDER | MICHAEL LÖWY | MIMMO PORCARO | BERND RIEXINGER | THOMAS SEIBERT | HANS-JÜRGEN URBAN | ARA WILSON | MIYA YOSHIDA | FRANZISKA WIETHOLD U.A.



IMPRESSUM

Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
ISSN 1869-0424, ISBN 978-3-89965-851-4
Erscheint viermal im Jahr mit einem Jahresumfang von
mindestens 640 Druckseiten

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Christina Kaindl, kaindl@rosalux.de, Tel: +49 (0)30 44310 404
Redaktion: Mario Candeias, Alex Demirović, Karin Gabbert,
Corinna Genschel, Cornelia Hildebrandt, Bernd Hüttner,
Christina Kaindl, Rainer Rilling und Catharina Schmalstieg
Für Mitarbeit an dieser Ausgabe bedanken wir uns darüber hinaus
bei Daniel Behruzi, Lutz Brangsch, Marcus Hawel, Vanessa Lux,
Silke Veth, Margit Mayer, Michael Brie.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.de
Redaktionsbüro: Harry Adler, adler@rosalux.de
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook.

Einzelheft: 10 Euro zzgl. Versand
Jahresabonnement: 30 Euro einschl. Versand
Abonnement ermäßigt (SchülerInnen, Studierende,
Erwerbslose, Prekäre): 20 Euro einschl. Versand
Förderabonnement: 60 Euro einschl. Versand, jede Spende ist willkommen.
Auslandsabonnement: 40 Euro einschl. Versand
Einzel- und Abonnementsbestellungen gehen direkt an den Verlag.
Der Verlag bittet um die Erteilung einer Bankeinzugsermächtigung.
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ablauf des Abojahres.

Kontoverbindung für Abonnements: VSA-Verlag,
Hamburger Sparkasse, Blz: 200 505 50, Kontonummer: 1 224 125 532

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 28095277-0, Fax: +49 (0)40 280952 77-50
luxemburg@vsa-verlag.de, www.vsa-verlag.de

Titelbild: ddp images/Clemens Bilan
Graphik und Satz: Julia Schnegg für Kaiser Matthies, Berlin, www.kaisermatthies.com
Druck: Fuldaer Verlagsanstalt

INHALT



EDITORIAL

MOSAIK-LINKE

Wie kann die Linke zum Handeln kommen? Strategische Orientierungen scheinen vielfach hinter kurzfristigen Perspektiven zurückzutreten. Ein gemeinsames Projekt zu denken, gar zu bilden, ist der gesellschaftlichen Linken seit Jahrzehnten kaum gelungen. Die traditionelle Arbeiterbewegung hat vielfach die Frauen aus dem Blick verloren, die Schwarzen, den globalen Süden. Nach einer Zeit der Annäherung von internationaler Solidarität, Frauenbefreiung, Antirassismus und Klassenkampf zum Ende der 1960er Jahre hat die kapitalistische Globalisierung und ihr neoliberales Regime die Bewegungen gesplittert, die Perspektiven auseinanderdriften lassen. Ein Teil der Wünsche und Träume der 1968er – wie auch ihrer Vertreter und Protagonistinnen – konnte integriert werden. Dass der Staat sich das Imaginäre der sozialen Bewegungen einverleiben konnte, hat die strategische Diskussion um das Verhältnis von außerparlamentarischer Bewegung und staatlicher Politik nicht einfacher gemacht. Gleichzeitig haben sich seit den 1990er Jahren Teile der Gewerkschaften von ihren verbündeten Parteien gelöst: Niedriglohn und Absenken der Standards waren politische Projekte fast überall, wo sozialdemokratische Regierungen angetreten sind.

Parlament und Bewegung lassen sich nicht mehr wie »Standbein und Spielbein« (Rosa Luxemburg) in den linken Strategien finden. Es mangelt an Koordination, an der Richtung gemeinsamen Ausschreitens und an Formen und Kulturen der Aushandlung.

Gegen Zersplitterung und Globalisierung von oben haben sich vor zehn Jahren die Sozialforen als Globalisierung von unten gebildet: Sie sollten ermöglichen,

dass die Bewegungen zusammenkommen und um ein neues, vielfältiges Projekt ringen konnten. In ihnen hallt die zapatistische Losung nach, eine Welt zu schaffen, in der viele Welten Platz haben – auch wenn die EZLN als »militärische« Organisationsform kein Akteur der Sozialforen sein kann. Die Sozialforen sind distanziert gegenüber staatlichen und Parteiprojekten – und haben doch die linken Staatsprojekte in Lateinamerika befördert.

Die Krise macht die Fragen drängender: Was wären linke Alternativen? Bedürfen sie der Klarheit der Opposition oder der Gestaltungsräume der Regierung? Lässt sich das eine mit dem anderen verbinden? Obamas Wahl war nur möglich mit der Unterstützung durch wichtige soziale, politische, kulturelle Bewegungen. Mit dem Regierungsantritt scheinen sie – und ihre Anliegen – nicht nachhaltig gestärkt und Obama wirkt schwach ohne sie. Die italienische Rifundazione hat ihre Bereitschaft zur Gestaltung nicht zur Konturierung eines eigenen Projektes genutzt. Die Krise hat den Linken in Deutschland, vor allem der Partei, Unterstützung und Hoffnungen zugetragen. Diese in Politik zu bringen, Ansprüche und Bezugspunkte in Programm zu übersetzen, darum wird gerungen. Die Fähigkeit der Linken zum Handeln, die Möglichkeit von Hegemonie, kann es nur geben, wenn unterschiedliche Traditionen und Kulturen in der neuen Linken zusammenkommen und zusammen gedacht werden, wenn die Splitter ein »Mosaik« bilden. Der von Hans-Jürgen Urban geprägte Begriff hat im letzten Jahr viel Aufmerksamkeit gefunden (in den in der Krisenpolitik plötzlich auftauchenden Handlungskorridoren der Gewerkschaften spielte der Gedanke allerdings kaum eine Rolle). Das Mosaik kann nicht starr gedacht werden; die einzelnen Teile zu verbinden – ohne dass sie ihre Identität verlieren, sondern damit sie sich und das ganze Mosaik bereichern –, ist eine eigene Herausforderung. Die eigenen Organisationslogiken müssen überschritten werden. Eigene Projekte sind einzubringen, gemeinsame zu entwickeln. Im Kampf um ihre Verwirklichung müssen die Beteiligten auch sich selbst verändern. Welches Bild schließlich entsteht – und ob überhaupt ein Bild erkennbar wird –, kann sich nur im Fluss der Bewegung ergeben.

VON DER FRAGMENTIERTEN LINKEN ZUM MOSAIK

MARIO CANDEIAS

»Eigentlich stünde«, schreibt Hans-Jürgen Urban, »ein sozial-ökologischer Systemwechsel an. Doch dazu bedarf es eines agierenden Akteurs, einer handlungswilligen und -fähigen Linken, und die ist weit und breit nicht in Sicht« (2009, 72). Ein eigenständiges emanzipatives, linkes Projekt existiert nicht. Was bedeutet dies angesichts der Krise neoliberaler Hegemonie?

Die Verunsicherung in der Bevölkerung führt zunächst nicht zum Aufbruch, sondern befördert Ängste und strukturkonservatives Festhalten am Überkommenen. So sehr Beschäftigte in den letzten Jahren immer weniger bereit sind, weitere Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung und Flexibilisierung hinzunehmen, befördert die Krise doch das Festkrallen am Arbeitsplatz, egal was gefordert wird. Obwohl sie von Staat und Politik nicht mehr viel erwarten, befürworten in der Krise die meisten die Rückkehr des Staates; er erweist sich als handlungsfähig und beherzt

anpackend – im Unterschied zu linken Staatsbefürwortern.

Obwohl es ein wachsendes Bewusstsein dafür gibt, die Dinge eigentlich selbst in die Hand nehmen zu müssen, um Veränderungen zu bewirken, wird die Veränderung an den Staat delegiert und die Krisenproteste verpuffen fürs Erste. Habitualisiertes, in die Körper Eingeschriebenes, bricht nur langsam um. Die Dissonanz zwischen der globalen Bedrohung der Krise und dem persönlichen Alltag ist zu groß. Rückkehr zur Normalität, zu den alten Orientierungen verleiht eine vermeintliche Sicherheit in der allgemeinen Verunsicherung. Es ist die Stunde der Herrschenden. Die Krise der Repräsentation scheint überbrückt.

Die Ursachen der Krise (vgl. IfG I 2009, 2ff) sind damit nicht beseitigt. Im Gegenteil, die *Widersprüche zwischen den Fraktionen des Machtblocks* vertiefen sich. Restaurative Kräfte, die den Staat zur Wiederherstellung der alten Ordnung nutzen, seine Finanzen ausplündern wollen, greifen ineinander mit reformerischen Initiativen, die deutlich über den Status quo ante hinausgehen (ausführlich Candeias 2009b). Es besteht Uneinigkeit über die Formen des neuen Staatsinterventionismus und des Krisenmanagements, über Konjunkturprogramme, Zinsen und Schuldenabbau, über die Reregulierung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung, über die Währungsverhältnisse, über die Lastenverteilung zur Eindämmung des Klimawandels, die Lösung internationaler Konflikte. Unterschiedliche Fraktionen treiben in verschiedene Richtungen. Alles wird zugleich versucht. Derzeit gibt es einen herrschenden Block an der Macht, aber kein hegemoniales *Projekt* mehr.

Den aufbrechenden Krisenerscheinungen hat der herrschende Machtblock folglich keine produktiven Lösungen mehr entgegenzusetzen, die sowohl einen neuen Akkumulationsschub auslösen als auch zugleich die Interessen der Subalternen berücksichtigen und damit den aktiven Konsens zum neoliberalen Projekt wiederherstellen könnten. Der Neoliberalismus erschöpft sich – seine Institutionen werden noch lange wirken, ihre Position ist immer noch eine »herrschende«, aber keine »führende« im Sinne der Organisation *aktiver* Zustimmung (Gramsci, *Gef*. 2, 354). Und doch kann diese autoritäre ›Lösung‹ – Herrschaft ohne Hegemonie (Haug 2003) – möglicherweise erfolgreich sein. Alex Demirović und andere weisen auf die strukturell ungebrochene Macht der transnationalen Kapitalgruppen, nicht zuletzt der Banken und Finanzinstitutionen, und ihren Einfluss in den Regierungen hin. »Herrschaft durch Kontingenz« beschreibt eine »Herrschaftstechnik, die den schon von Marx behandelten stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse systematisch herstellt und nutzt, um den Staat von einer als politische Überlastung erfahrenen Verantwortung zu befreien« (Demirović 2000, 41f). Die Krise verschärft die Unsicherheit und setzt ökonomische Zwänge zur Rettung des »Systems« und zum Abbau der Staatsschulden in deren Folge als unverrückbare Prioritäten staatlicher Politik. Damit werden Bedürfnisse nach sicherer Beschäftigung, höheren Löhnen, sozialen und ökologischen Maßnahmen als sekundär nach hinten gestellt. Erschöpfung der Subjekte

(Candeias 2009c; Hüttner 2009; Richter 2009) schwächt die politische Gegenwehr und Produktivität, führt zu passiver Duldung der Verhältnisse und ermöglicht das weitere Senken des Werts der Arbeitskraft. Die Gewerkschaften konnten in der akuten Krisensituation zwar vieles durchsetzen (Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, Abwrackprämie, Konjunkturprogramme, Mitbestimmung in gewerkschaftsfeindlichen Unternehmen wie Scheffler), werden vom Staat und Kapital wieder als ernst zu nehmender Partner gehört, kommen aber über strukturkonservative Notmaßnahmen nicht hinaus. Die Krise auf dem Arbeitsmarkt zwingt sie in die Defensive. Zugleich bleibt die Krise ungelöst. Damit hätte das Zeitalter der Prekarisierung erst begonnen.

Reformorientierte Kräfte im und jenseits des Machtblocks drängen in Richtung ›postneoliberaler‹ Projekte, die auf unterschiedlichen Feldern die Ursachen der Krise bearbeiten sollen: angefangen von einem neuen Staatsinterventionismus, über einen Public New Deal bis hin zu den sehr umfassenden Initiativen für einen Green New Deal (vgl. IfG I 2009, 10ff). Die Projekte sind jeweils umkämpft und in sich widersprüchlich. Sie beinhalten jeweils linke wie rechte Optionen. Nicht die einzelnen Elemente selbst, vielmehr ihre Artikulation macht den entscheidenden Unterschied: Ein neuer Staatsinterventionismus kann heißen, autoritär die Bedingungen der Kapitalakkumulation (auch gegen einzelne Fraktionen des Kapitals) und repressiv gesellschaftliche Ordnung (auch mit beschränkten zusätzlichen sozialen Maßnahmen) zu gewährleisten. Es kann aber ebenso heißen, ein linkes Staatsprojekt zu realisieren, indem die Macht von Markt und Kapital eingeschränkt wird und der Staat selbst partizipativ umgebaut bzw. demokratisiert wird. Ein New Public Deal kann bedeuten, in einem solchen Staatsprojekt das Öffentliche als Bereich der Bereitstellung dekommodifizierter allgemein zugänglicher Reproduktionsbedingungen u. a. mit öffentlicher Beschäftigung zu stärken oder öffentliche Dienstleistungen zwar auszuweiten, aber über Public-Private-Partnerships weiter zur Ware zu machen, den Zugang über höhere Gebühren zu regulieren, den Einfluss der Bevölkerung auf ihre Konsumentenfunktion zu beschränken und Beschäftigung weiter zu flexibilisieren. Ein Green New Deal kann einer wirklichen Transformation der Produktions- und Lebensweise gleichkommen. Er kann auf Reproduktion statt auf Wachstum orientieren, die Logik der Kapitalakkumulation in Frage stellen oder letzterer einen neuen Schub verleihen und die ungleichen Folgen eines grünen Kapitalismus und ökologischer Krise letztlich autoritär bearbeiten. Nichts ist entschieden.

Wie kann nun eine »Mosaik-Linke« als »heterogener Kollektivakteur« mit einem gemeinsamen gegen-hegemonialen transformatorischen Projekt entstehen? Ein solches Projekt dürfte dabei nicht nur gegen ein anderes herrschendes hegemoniales Projekt gerichtet sein, sondern orientiert auch *gegen* Hegemonie als Form von Herrschaft an sich auf die perspektivische Überwindung von Herrschaftsverhältnissen. Hilfreich kann angesichts des diversifizierten »›Aggregatzustandes‹ der Arbeiterklasse, der sozialen Bewegungen« und der subalternen Klassen insgesamt das

»dezentrierte und ›feldtheoretische‹ Konzept einer ›Hegemonie ohne Hegemon‹ oder ›strukturellen Hegemonie‹ sein (Haug 2004, 24; 1985, 158ff).

Doch »die Krise politisiert nicht von allein, es gibt keinen Automatismus des wachsenden Protests« (Urban 2009, 77). In den 1930er Jahren konnten bspw. in den USA von der Regierung weitgehende Reformen durchgesetzt werden, weil sich eine starke Arbeitslosen-, Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung entwickelt hatte, die sich nicht vor harten Auseinandersetzungen scheute. Auch in den 1960er Jahren wurden Reformen erzwungen, als Schwarzen-, Bürgerrechts-, Armen- oder Frauenbewegung den notwendigen Druck entfalteten. Sofern aus einer fragmentierten Linken nicht ein Mosaik wird, also ein Mindestmaß an Handlungsfähigkeit entwickelt wird, um Druck zu entfalten, werden die genannten Projekte eben einen autoritären Charakter annehmen.

FRAGMENTIERUNG DER LINKEN UND PARTIKULARISIERUNG VON INTERESSEN

Wie kam es zur Fragmentierung der Linken? Die »passive Revolution« (Gramsci, *Gef.* 1, 102) des Neoliberalismus war eine Art der Restauration brüchig gewordener Herrschaft durch Revolutionierung aller Verhältnisse. Dabei ging es nicht nur um die Wiederherstellung der Ordnung, sondern um eine Entwicklung bürgerlich kapitalistischer Herrschaft, die Gesellschaft aktiv vorantreibend. Das passive Element bestand darin, Interessen der Subalternen herrschaftsförmig zu integrieren, die untergeordneten Gruppen aber in einer subalternen Position fern der Macht zu halten, zugleich ihre Intellektuellen und Führungsgruppen in den Machtblock zu absorbieren, die Subalternen damit ihrer Führung zu berauben (»Trasformismo«).

So trieb das neoliberale Management die Globalisierung und Internationalisierung von Produktion, Kultur und Warenwelt, ebenso wie den informationstechnologischen Schub, die Verwissenschaftlichung der Produktion durch Einbeziehung des Wissens der unmittelbaren Produzenten voran. Sie erzwang Eigenverantwortlichkeit und die ökonomische Emanzipation der Frauen. Die erste transnationale Welle neoliberaler Umwälzung schwächte die Macht von Lohnabhängigen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Sozialdemokratie. Mit der zweiten Welle, der ideologisch-politischen Wende der New Democrats, New Labour und Neuer Mitte (Candeias 1999; 2004/2009, 408), gelang es, wesentliche Elemente der Opposition bzw. potenziell gegen-hegemonialer Gruppen – »Teile der Antithese« (Gramsci, *Gef.* 7, 1728) – einzugliedern. Ebenso ging es der ökologischen Bewegung, deren parteipolitische Repräsentanten im rot-grünen Projekt aufgingen, während sich die aktiven Bewegungselemente in lobbypolitische NGOs transformierten. Beide reduzierten die sozial-ökologische Frage auf ökologische Modernisierungspolitik. Die feministische Bewegung verlor sich auf dem Wege ihrer Institutionalisierung in ein widersprüchlich managerielles Gender-Mainstreaming in staatlichen Politiken und Ämtern. Die Gewerkschaftsbewegung wurde in Bündnissen für Arbeit und Co-Management gezähmt, führende Funktionäre und Betriebsräte zu wichtigen Stützen der Wettbe-

werbsfähigkeit des ›Standorts Deutschland‹. Der verbleibende Rest (gewerkschaftlicher) ›Traditionalisten‹, ›radikaler‹ Feministinnen und ›Ökos‹ oder linker ›Extremisten‹ wurde in die politische Bedeutungslosigkeit gedrängt. Selektive Absorption führender Bewegungsköpfe und -impulse führte zur Desintegration der oppositionellen Gruppen, die Marginalisierung der übrigen Bewegungsmomente führte zu deren Passivierung. Das Ergebnis war die Fragmentierung der politischen und kulturellen Linken, ein unverbundenes Nebeneinander von Aktivitäten.

Dennoch, es mangelt nicht an politischen Bewegungen. Vielmehr sind wir mit einer Vielzahl ineinander unübersetzbarer politischer Bewegungen und Forderungen konfrontiert. »In Bezug auf eine politische Subjektwerdung stellte sich diese Politik der Differenz als fatal heraus, da eine Kakophonie von Monaden entstand, die nichts mehr gemeinsam hatten und tendenziell in Konkurrenz zueinander standen« oder sich wechselseitig ignorierten (Steyerl 2008, 13f; in Anschluss an Spivak). Eines ist besonders unsagbar geworden, »eine Solidarität jenseits von Identität« (14). Diversität ist zu einer ausgeklügelten Machttechnik neoliberaler und imperialer Hegemonie verfeinert worden. Vielfach gespalten mangelt es den Subalternen an einer gemeinsamen Sprache oder einem Verständnis gemeinsamer Interessen. Es genügt also nicht, Differenzen herauszustreichen und die gewonnene Pluralität als neues Dogma einer postklassistischen Politik zu feiern, um falsche Vereinheitlichung zu vermeiden. Dieses Mosaik ergibt kein ganzes Bild. Ebenso wenig genügt es, die Zersplitterung beklagend zu analysieren und wieder ein einheitliches Projekt unter einer Fahne zu fordern, welches dann wieder Differenzen negiert, vermeintlich Dissidentes oder Abweichendes abspaltet. Hier würden die Fugen des Mosaiks zugekleistert, die Ränder abgebrochen. Ein produktiver Umgang mit Fragmentierungen und Differenzen ist erforderlich – dies gilt nicht zuletzt für Parteiprojekte einer pluralen Linken. Anerkennung ist schwer und ihr Zusammenbruch ist die Ursache von Spaltung und Zerbrechen der Linken (Benhabib 1989; Fraser 2003; Sennett 2002).

Um Handlungsfähigkeit zu gewinnen, ist es notwendig, aus Widerspruchskonstellationen, in denen sich alle bewegen müssen, eine Verallgemeinerung von Interessen zu erarbeiten, die Differenzen respektiert. Spezifische Interessen müssen neu verbunden und Solidarität entwickelt werden. Das meinte Gramsci mit dem Prozess der Entwicklung von der korporativökonomischen zur politisch-ethischen Phase (*Gef.*7, 1560f). Das heißt, eine revolutionäre oder radikale Realpolitik in Anlehnung an Rosa Luxemburg agiert in Kenntnis der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, aber in der Perspektive ihrer Verschiebung; knüpft an den realen Bedingungen und Widersprüchen an, in denen sich jede/r bewegen muss, an den Sorgen und alltäglichen Interessen der Einzelnen; setzt an den Interessen und Leidenschaften an, reartikuliert sie aber ethisch-politisch im Sinne Gramscis, d.h. verallgemeinert sie in einer Weise, dass unmittelbare Interessen der verschiedenen subalternen Gruppen überschritten und universell zu den Interessen anderer Gruppen und Klassenfraktionen werden können (am

Beispiel Prekarisierung vgl. Candeias 2009d, 10ff). Solidarisch meint, die Interessen der unterschiedlichen Beteiligten an einem gegenhegemonialen Projekt in die Formulierung der eigenen Interessen miteinzubeziehen. Dies gilt nicht nur für Organisationen mit relativer Organisationsmacht, die die Interessen anderer berücksichtigen müssen, sondern auch für Positionen von kleineren Gruppen, deren Festhalten an wichtigen unmittelbaren, aber eng definierten Interessen im Sprechen die eigene Machtlosigkeit reproduziert, weil die Interessen der anderen nicht mitgedacht werden.

HERAUSFORDERUNGEN EINER ›MOSAIK-LINKEN‹

1 | Paradox mag dabei Folgendes erscheinen: Die Markierung von Differenzen und Machtrelationen, sowohl diskursiv als auch organisatorisch, ist Voraussetzung der Verallgemeinerung. Gegensätze müssen benannt, Unterrepräsentiertes hervorgekehrt werden, Verhältnisse, die Unterordnung herstellen und ›Identitäten‹ immer wieder zuweisen, müssen erkennbar werden. Ein Bruch mit den geltenden Spielregeln korporatistischer Aushandlungsprozesse und politischer Repräsentation ist nicht ersetzbar. Die Verkopplung partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeinsame nicht nur zu finden, sondern zu produzieren. Die ›Multitude‹ kommt nicht von selbst zusammen, die Einzelteile der Mosaik-Linken sind nicht schon gegeben und müssen sich auch immer wieder neu zusammensetzen. Die Produktion des Gemeinsamen beinhaltet neben der Reformulierung der eigenen und dem Entwickeln gemeinsamer Interessen auch die Verallgemeinerung von Erfahrungen und Anerkennung (sowie Unterstützung) nicht gemeinsamer – für die jeweilige Gruppe aber unverzichtbarer – Forderungen. Letzteres beinhaltet ebenso die Anerkennung unterschiedlicher (politischer) Kulturen und Organisationsformen. Wichtig ist ein offener Prozess, der es erlaubt, Partikulares neu zu formulieren, Verhältnisse neu zu denken. Das Unvereinbare lässt sich möglicherweise in einem zweiten Schritt in einer emanzipativen transformatorischen Perspektive und beim Aufbau neuer übergreifender und vermittelnder Institutionen (und Verfahren) aufheben. Aber nur wenn Formen und Prozeduren gefunden werden, in Bündnissen mit Machtasymmetrien zwischen unterschiedlichen Organisationen umzugehen und sie zur wechselseitigen Stärkung der gemeinsamen Organisationsmacht einzusetzen. Um im Bild zu bleiben, es genügt nicht, die Mosaikstücke nebeneinander zu legen, sie müssen konkret verbunden werden, sonst zerbricht das Bild bei der ersten Erschütterung.

2 | Auch für den Umgang mit der Diskontinuität der Linken sind Formen zu entwickeln. »Die Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen ist notwendigerweise bruchstückhaft und episodisch. Zweifellos gibt es in der Geschichte der Aktivität dieser Gruppen eine Tendenz zur Vereinigung, sei es auch nur auf provisorischen Ebenen, aber diese Tendenz wird durch die Initiative der herrschenden Gruppen fortwährend gebrochen.« (Gramsci,

Gef. 9, 2191) Die Organisation der subalternen Gruppen, das Zusammenfügen einer Mosaik-Linken kann zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse führen, das Terrain für weitere emanzipatorische Schritte einer Transformation bereiten. Von herrschender Seite jedoch werden progressive Initiativen und Reformen im Sinne einer passiven Revolution immer wieder wichtige Teile des Mosaiks herauszubrechen versuchen, einzelne Gruppen und v.a. ihre organischen Intellektuellen einbinden in den Machtblock. Das ist rational für diese Gruppen, sofern sie damit bestimmte Errungenschaften erzielen können. Die Einrichtung in einer solchen subalternen Position im Machtblock, die Beschränkung auf den Kampf auf vorgegebenem abgegrenzten Terrain (Umweltpolitik, Tarifpolitik, Sozialpolitik etc.), abgeschnitten von den anderen Teilen des Mosaiks, führt mittelfristig jedoch zur Schwächung der eigenen Organisation und ihrer Ziele. Die Orientierung an einem gegenhegemonialen transformatorischen Gesellschaftsprojekt erleichtert die Aufgabe, das Mosaik immer wieder neu zu gruppieren. Insofern muss ein Auseinanderbrechen nicht immer mit Scheitern gleichgesetzt werden, sofern es gelingt, immer wieder bewegliche Formen von gemeinsamen Einstiegsprojekten auf dem Weg zur Transformation zu bilden bzw. das Wissen um deren Notwendigkeit über die weniger aktiven Phasen der Bewegungszyklen hinweg weiterzugeben. Ohne eigenes transformatorisches Projekt einer Mosaik-Linken dürften die Fliehkräfte der unterschiedlichen Interessen und vor allem die Gravitationskraft der Blocks an der Macht jedes populare Bündnis zerreißen.

Dies gilt umso mehr, als die Eigenlogiken der unterschiedlichen feldspezifischen Praxen in Betrieb, Zivilgesellschaft, Staat bzw. Parlamenten eine auf allen Ebenen minoritäre Linke zusätzlich spaltet und die Machtasymmetrien zwischen den Ebenen enorm sind. Es ist objektiv schwierig, Armutsbewegungen, Gewerkschaften und Partei(en) konkret zu verbinden (Piven/Cloward 1977): Gewerkschaften verzweifeln daran, dass sich das vielfach gespaltene Prekariat betrieblich kaum organisieren lässt, dass *community organizing* und andere Organizing-Methoden mühsam sind, unmittelbar Ressourcen binden, aber – wenn überhaupt – nur sehr langfristige Erfolge zeitigen. Entsprechend spielen diese Interessen für das ›Kerngeschäft‹ der Gewerkschaften eine untergeordnete Rolle. Die Bewegungen der Armen und Prekären, ob sie sich in Montagsdemonstrationen, Revolten in brennenden Vorstädten oder *right to the city*-Initiativen manifestieren, sind immer schon zyklischen Konjunkturen unterworfen gewesen, instabil und unstetig, artikulieren ihre Interessen oft in Form einfacher Negation. Sie erzielen nach Piven und Cloward ihre gesellschaftspolitische Bedeutung, wenn ihnen die institutionelle Disruption, das Unterbrechen institutioneller Routinen gelingt. Institutionelle Akteure verstört das. Eine große Leistung der Partei Die Linke liegt darin, einem Teil dieser Gruppen wieder eine parlamentarische und mediale Stimme zu geben. Doch besteht zunehmende Unsicherheit, da es sich keineswegs um eine lebendige Repräsentation handelt, sondern um eine, die von beiden Seiten weitgehend auf Projektionen oder Misstrauen beruht. Den

Marginalisierten wird keine (für die Parteilogik funktionale) Handlungsfähigkeit zugetraut, umgekehrt wissen Marginalisierte nicht, wann sie wieder ›fallen gelassen‹ werden. Die Übernahme einer formalen Repräsentationsfunktion führt häufig zur Passivierung, produziert eben jene politische Lähmung und Desinteresse, denen entgegengewirkt werden sollte. »Die Partei kümmert sich schon…« – hier liegt eine Verantwortung auf den linken Großorganisationen: Um ungleiche Machtrelationen zu verändern, müssen autonome Strukturen geschaffen, unterstützt und gehegt werden. Das wiederum liegt aber nicht im unmittelbaren Interesse eben dieser Organisationen, die eben gleichzeitig auch diese Gruppen bzw. ihre Anliegen paradox weiter vertreten müssen. – Hier wie bei anderen Themen wäre die »Dialektik von feldspezifischen und -übergreifenden Praxen« genauer zu bestimmen (Urban in diesem Heft) – eine enorme Aufgabe für die organischen Intellektuellen von Gewerkschaft, Bewegung und Partei (und ihre Entwicklung als übergreifende, vermittelnde Intellektuelle, die ihre Fähigkeiten zugleich weitergeben, an ihrer Verallgemeinerung arbeiten).

3 | Deutlich ist, dass eine Art hollowaysche Distanzierung vom Staat nicht weiterhilft bzw. einem problematischen Mythos unterliegt (vgl. den Beitrag von Stephanie Ross in diesem Heft). Der Staat wird missverstanden als geschlossener Herrschaftsapparat und isoliert die Bewegung auf dem Feld der Zivilgesellschaft. Die Geschichte der Armenbewegungen verdeutlicht, dass der Staat im engeren Sinne selbst ein widersprüchliches Kampffeld darstellt und seine Form Ergebnis der Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist. Sinnvolle Reformen – insbesondere eines linken Staatsprojektes – sind nicht einfach abzulehnen oder irrelevant, nur weil sie auf einem vermachteten Terrain stattfinden. Linke Bewegungspolitik kann institutioneller (linker) Politik nicht teilnahmslos gegenüberstehen, muss vielmehr Druck entfalten, sich einlassen, solche Politiken in einer Matrix der Interessenverallgemeinerung interpretieren und bearbeiten. Dies erfordert allerdings die Sicherung der Autonomie der Bewegungen, d.h. Schaffung eigener Institutionen und einer eigenständigen ›moralischen Ökonomie‹ (Thompson) bzw. solidarischer Ökonomien. Beispielhaft kann ein solches strategisches Verhältnis zum Staat in der Politik der brasilianischen Landlosenbewegung MST gezeigt werden. Diese gibt sich nicht damit zufrieden, Forderungen an die Regierung zu stellen. Sie unterstützt die Politik des Präsidenten Lula kritisch – sofern diese aber erlahmt, erhöht die MST die Zahl der Landbesetzungen, um auf diese Weise Tatsachen zu schaffen und weiteren Druck aufzubauen. Die MST rekurriert auf staatliche Politik, aber nur insofern, als es um die Absicherung und Erweiterung von Handlungsspielräumen für die Bewegung und die Aneignung von Lebens- und Arbeitsbedingungen geht (etwa Landrechte). Landbesetzungen sind der Motor der Organisierung, eine gemeinschaftliche Produktionsweise bildet die ökonomische Grundlage, eigene Schulen und Ausbildungsstätten sichern politische, organisatorische und produktive Entwicklung. Die MST versucht eine weitest-

gehende Selbständigkeit zu gewinnen, ohne der Illusion einer Autonomie jenseits des Staates zu erliegen. Dies setzt voraus, Bewegungselemente immer wieder zu reaktiveren, um die Bürokratisierung von Organisationen und die Passivierung ihrer Mitglieder aufzubrechen, die Organisationsmacht zu stärken (zu gewerkschaftlichen Erneuerungsversuchen vgl. Candeias/Röttger 2007; Brinkmann u. a. 2008).

4 | Die Entwicklung eines kritischen strategischen Verhältnisses zwischen Bewegung und Staat ist anspruchsvoll und geht über das Problem der Formierung einer bündnis-förmigen Mosaik-Linken hinaus. Daher bedarf es außerdem neuer vermittelnder Institutionen, die nach und nach dazu in der Lage sind, den Staat in die Zivilgesellschaft zu absorbieren: *consultas populares*, partizipative Haushalte/ Demokratie, *peoples planning processes*, Räte vor allem auf der betrieblichen, kommunalen und regionalen Ebene (und darüber hinaus). Solche partizipativen Institutionen zur Dezentralisierung und Demokratisierung von Macht sind allerdings nur effektiv, wenn wirklich etwas zu entscheiden ist, speziell in Bezug auf die Sozialisierung der Investitionsfunktion: Wofür und wo wollen wir unsere gesellschaftlichen Ressourcen einsetzen? Dies sollte keine reine Aufgabe des Staates sein, schon gar nicht privat-kapitalistischer Unternehmen.

EINSTIEGSPROJEKTE UND TRANSFORMATORISCHE PROJEKTE

Wie könnte eine Verallgemeinerung von Interessen bei Verfolgung durchaus unterschiedlicher Interessen aussehen? Die Entwicklung solcher realisierbaren Einstiegsprojekte und Reformen und damit zusammenhängender Kompromisse müssen unmittelbar die Handlungsfähigkeit der Einzelnen verbessern und zugleich eine Perspektive erkennbar werden lassen, die über das Gegebene hinausweisen, die unterschiedlichen Interessen, Reformen und Kämpfe orientiert und zusammenbindet – in diesem Fall der Beschäftigten in der Automobilindustrie, aber auch im Dienstleistungssektor, der Frauen und der Arbeitslosen durch Schwerpunktsetzung auf die reproduktiven Bereiche und Ausbau von Beschäftigung, der ökologisch orientierten Milieus und Bewegungen, der Menschen in den betreffenden Regionen, der Kämpfe gegen Privatisierung wie für politische Partizipation in Betrieben und staatlichen Institutionen.

Von herrschender Seite werden selbst übergreifende Projekte wie der Green New Deal oder andere betrieben. Zugleich sichert sich der Block an der Macht seine Herrschaft, indem der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang immer wieder parzelliert wird, um gesellschaftliche Probleme und Veränderungen zu entnennen, die Probleme und sozialen Gruppen zu vereinzeln. Ressortpolitiken dominieren auch das Denken in vielen linken Bewegungen, Parteien oder Gewerkschaften. Der Zusammenhang muss immer wieder verdeutlicht und erarbeitet werden: zwischen den multiplen Krisen, zwischen Finanz- und sozialer Krise, zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, zwischen den Krisen und der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.

»Crossing«, © schurian.com





Der Kampf um die Deutung der Krise, der Situation, ist ein wesentlicher Aspekt, den organische Intellektuelle in ihren unterschiedlichen Positionen zu leisten haben. Denn hier geht es im Sinne einer radikal transformatorischen Realpolitik um das Ganze, um die Frage der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, um die Gestaltung von Zukunft. Diese Ausrichtung aufs Ganze ist ein notwendiges Element, um die Verengung oder den Rückfall auf korporatistische, also enge Gruppeninteressen zu vermeiden. Dieser würde zur Verschärfung der Subalternität führen, die immer dann droht, wenn Kämpfe oder Einzelreformen nicht als Hegemonialkonflikte um die gesellschaftliche Anordnung selbst begriffen werden. Dann passiert, wie so oft, eben die partikulare kompromissförmige Integration in den herrschenden Block.

Die »Behauptung einer Reihe antisystemischer Forderungen, von Positionen der Marginalität« (Laclau/Mouffe 1985, 234) schützt zwar vor Vereinnahmung, erfüllt jedoch keineswegs den Anspruch eines integrierenden Projekts. Genauso wenig genügt es, seine Interessen als allgemeine, gesamtgesellschaftliche Interessen ›darzustellen‹. Es bedarf vielmehr eines mühsamen realen Prozesses der »Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht« (Demirović 1992, 154). Ein solches Projekt einer bestimmten Negation schließt die Konstruktion eines wirkungsvollen Antagonismus ein: »Die Konstruktion geht von der Negativität aus, ist aber nur in dem Maße konsolidiert, wie es ihr gelingt, die Positivität des Sozialen zu konstituieren.« (Laclau/Mouffe 1985, 234)

Am Beispiel der Opelrettung lässt sich sehen, dass die strukturkonservative Argumentation der Betriebsräte zwar zunächst alternativlos war, eine breite Mobilisierung ohne ökologische Reformperspektive, ohne erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten für Belegschaft und Allgemeinheit aber nicht gelungen ist. Das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation, die sich gegen die Szenarien einer autoritär-neoliberalen Herrschaftssicherung (ohne Hegemonie) wie eines grünen Kapitalismus wendet, stellt eine bestimmte Negation bzw. positive Sozialität/Perspektive dar. Die Konversion der wachstumsorientierten kapitalistischen Ökonomien hin zu einer ›Reproduktionsökonomie‹, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft, konzentriert sich auf eine bedürfnisorientierte solidarische Care Economy, eine Reorientierung auf öffentliche Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung(ssouveränität), Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Dies wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise (da diese Arbeit mit Menschen und am Erhalt der Natur selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zielte direkt auf die Krisen von Reproduktion und Arbeit (schon jetzt sind die genannten Branchen die einzigen mit kontinuierlichem Beschäftigungsaufbau), ermöglichte eine emanzipative Gestaltung der Geschlechterverhältnisse und die Entwicklung einer Praxis des *buen vivir*. Die damit verbundene Binnenorientierung, die partielle Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft würde auch zum Abbau der

Exportfixierung sowie von Leistungsbilanzungleichgewichten beitragen. Mit dem Ausbau des Öffentlichen und seiner Ökonomie erfolgt die Zurückdrängung des Marktes, von Privatisierung und Inwertsetzung. Wird die Reproduktionsarbeit im breiten Sinne ins Zentrum eines Transformationsprojektes gestellt, ermöglicht dies endlich eine Abkehr vom Wachstumsfetisch – und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalistische Produktionsweise als solche in Frage. Letztlich stellt sich die Frage, wer eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind. Es geht um die Neudefinition und Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit – nicht durch immer weitere Ausdehnung warenförmiger Lohnarbeit und Mehrwertproduktion, sondern durch Ausdehnung kollektiver und kooperativer Formen der Arbeit, orientiert an der Effizienz zum Beitrag menschlicher Entwicklung, zum Reichtum allseitiger menschlicher Beziehungen, der Verfügung über Zeit.

LITERATUR

Benhabib, Seyla, 1989: Der verallgemeinerte und konkrete Andere. Ansätze einer feministischen Moraltheorie, in: E. List und H. Pauer-Studer (Hg.), *Denkverhältnisse: Feminismus und Kritik*, Frankfurt/M, 454–87

Candeias, Mario, 1999: 1989–99. Die Wende als Ausdruck neoliberaler Verallgemeinerung, in: *Das Argument* 232, 41. Jg, 645–55

ders., 2004/2009: *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise*, Berlin-Hamburg

ders., 2009a: »This party is so over …« – Krise, neuer Staatsinterventionismus und grüner New Deal, in: ders. und R. Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin, 10–37

ders., 2009b: Die letzte Konjunktur. Organische Krise und ›postneoliberale‹ Tendenzen, in: ders., *Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie*, Berlin-Hamburg, 23–32

ders., 2009c: Transformationen des Kapitalismus und revolutionäre Realpolitik, in: *Arranca* 41, 4–8

ders., 2009d: Unmaking and Remaking of Class. The ›impossible‹ Precariat between Fragmentation and Movement, RLS policy paper Nr. 3, Berlin, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/pp-3-09_Candeias.pdf

ders. und Bernd Röttger, 2007: *›Nicht widerstandslos enthaupten lassen!‹ Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung: Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive?*, Standpunkte der RLS, 16/2007; www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0716.pdf

Demirović, Alex, 1992: Regulation und Hegemonie, in: ders., H. P. Krebs und Th. Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster, 128–57

ders., 2009: Krise und Kontinuität. Die Reorganisation des neoliberalen Kapitalismus, in: M.Candeias und R.Rilling (Hg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat*, Berlin, 38–52

Fraser, Nancy, und Axel Honneth 2003: *Umverteilung oder Anerkennung. Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt/M

George, Susan, 2001: Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten, in: M. Candeias und F. Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg, 207–17

Gramsci, Antonio, 1991ff: *Gefängnishefte*, 10 Bd., hgg. v. W. F. Haug u. a., Berlin-Hamburg

Hüttner, Bernd, 2009: Crisis? Midlife-Crisis!, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1. Jg., 2009, H.2, 98f.

IfG-I: Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009: Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke. Reihe *Kontrovers* 01/2009 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, März 2009; www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers_01_09.pdf

Institut für Gesellschaftsanalyse: Die Linke in der Krise. Strategische Herausforderungen, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1. Jg., 2009, H.1, 70–80

Haug, Wolfgang Fritz, 1985: *Pluraler Marxismus*, Bd. 1, Berlin

ders., 2003: Herrschaft ohne Hegemonie, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., H.1, 11–20

ders., 2004: Hegemonie, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 6.1, Berlin-Hamburg, 1–25

Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe, 1985: *Hegemonie und radikale Kritik*, Wien

Luxemburg, Rosa, *Gesammelte Werke*, Berlin/DDR 1982

Piven, Frances Fox, und Richard Cloward, 1977, *Poor People's Movements: Why they Succeed, How they Fail*, New York

Poulantzas, Nicos, *Staatstheorie*, Hamburg 1978

Richter, Falk, 2009: TRUST, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, 1. Jg. H.2, 102–15

Sennett, Richard, 2002: *Respekt im Zeitalter der Ungleichheit*, Berlin

Steyerl, Hito, 2007: Einleitung, in: Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien-Berlin, 1–12

Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H.5, 71–8

LOB DER KAPITALISMUSKRITIK

WARUM DER KAPITALISMUS EINE STARKE MOSAIK-LINKE BRAUCHT

HANS-JÜRGEN URBAN

Die Player der Finanzmärkte haben längst Fakten geschaffen. Es wird wieder gezockt im Kasino, und meist nach den alten Regeln. Offensichtlich dauerte der Schwächeanfall des Kapitalismus nicht lange. Noch bevor die Linke den beliebten Streit beginnen konnte, ob sie lieber Arzt am Krankenbett oder Totengräber am Sarg des kränkelnden Finanzmarkt-Kapitalismus sein wolle, scheint der Patient weitgehend genesen. Die Verfassung seiner Kritiker hingegen wirkt weniger stabil. Absurd, aber möglich: Der Kapitalismus könnte ohne größere Dauerschäden aus seiner Jahrhundertkrise hervorgehen, während die Linke eher handlungsunfähig und geschwächt zu sein scheint, unfähig, aus der historischen Bestätigung ihres Misstrauens gegenüber einem entfesselten Marktkapitalismus politisches Kapital zu schlagen. Die Funktionskrise des Finanzmarkt-Kapitalismus hat weder zu einer Hegemonie- noch zu einer Funktions-Krise des Regimes der Vermögensbesitzer noch des Kapitalismus an sich geführt. Kein Wunder, dass in der trotzig erneuerten 25-Prozent-Kapitalrendite-Botschaft eines Josef Ackermann auch Töne des Triumphes unüberhörbar sind.

DIE HILFREICHEN KRITIKER DES KAPITALISMUS

Gleichwohl: Die Schadenfreude von Ackermann & Co. könnte sich als verfrüht und der zweite Frühling des Finanzmarkt-Kapitalismus als kurz erweisen. Der Grund: Seiner historischen Robustheit wohnt die Gefahr inne, sich seiner Gegner und damit der Grundlage seiner erstaunlichen Anpassungs- und Überlebensfähigkeit zu berauben. Diese zunächst paradox anmutende These gewinnt an Plausibilität,

sobald man sich der Symbiose von kapitalistischer Entwicklung und antikapitalistischer Kritik zuwendet. Dies haben Luc Boltanski und Eve Chiapello in ihrer Arbeit »Der neue Geist des Kapitalismus« getan (2003). Eine ihrer Kernthesen lautet: Der Kapitalismus braucht die Kapitalismus-Kritik und den Anti-Kapitalismus als Motor seiner Veränderung und als Korrektiv seiner Fehlentwicklungen. Denn aus sich heraus leide er systemisch an einer unterentwickelten Fähigkeit zur moralischen Selbstrechtfertigung und politischen Selbstkorrektur. Aufgrund dieser strukturellen Inkompetenz sei er essenziell auf seine Gegner angewiesen. Erst durch die partielle Verinnerlichung ihrer Kritik sei er in der Lage, interne Funktions- und Moraldefizite zu beheben.

Mit anderen Worten: Gerade bei seinen Gegnern, bei denen also, deren Interessen er systematisch verletzt und deren Empörung er immer wieder hervorruft, findet der Kapitalismus Hinweise auf Defizite sowie neue Lösungswege und begründet damit seine Überlebensfähigkeit. Zweitrangig scheint dabei, ob es sich um Kapitalismuskritik in korrektiver Absicht handelt, die insbesondere Gerechtigkeitsdefizite aufzeigen und den Kapitalismus moralisch herausfordern will. Oder ob Kritik radikal ausfällt und transformatorisch wirken will, indem sie nicht auf die Korrektur von Unzulänglichkeiten, sondern auf die Überwindung der kapitalistischen Ordnung zielt. Ob korrektiv oder radikal, ob reformistisch oder revolutionär, der Kapitalismus braucht den Anti-Kapitalismus! Zur Erneuerung allgemeinwohlbasierter Rechtfertigungsmuster und als Wegweiser aus ökonomischen Funktionskrisen.

PYRRHUSSIEG DES FINANZMARKT-KAPITALISMUS?

Angesichts dieses Zusammenwirkens von Kapitalismuskritik und Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Ordnung scheint der Finanzmarkt-Kapitalismus nach dem Sieg über seine Kritiker weniger souverän dazustehen. Beruht die neue Stabilität gar auf einem Pyrrhussieg? Kein Zweifel: Der moderne Kapitalismus hat seine anti-kapitalistischen Gegner bereits in mehreren Partien erfolgreich schachmatt gesetzt. Sein neuer »neoliberaler Geist« hat dabei emanzipatorische Begriffe der Linken wie Freiheit, Individualität und gar Solidarität absorbiert und kapitalismuskompatibel uminterpretiert. Und fasst man Anti-Kapitalismus nicht nur als Gegenideologie, sondern zugleich – und nicht zuletzt – als hegemoniefähige gesellschaftliche Bewegung und interventionsfähige politische Kraft, so ließe sich die große Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus als *Kapitalismuskrise ohne Linke* bezeichnen.

Doch gerade diese Übermacht über seine Gegner könnte dem Finanzmarkt-Kapitalismus historisch zum Verhängnis werden. Indem er sich den anti-kapitalistischen Stachel aus dem Fleisch gezogen hat, könnte er sich zugleich einer

unverzichtbaren Voraussetzung seiner historischen Korrektur- und Anpassungsfähigkeit beraubt haben – und damit seines Stabilitätsgeheimnisses. Doch so schnell stirbt der Kapitalismus nicht. Seine Kritiker allerdings auch nicht. Die gegenwärtige Gegnerschwäche dürfte sich als vorübergehendes Phänomen erweisen. Phasen fehlender Selbstkorrektur waren in der kapitalistischen Entwicklung stets auch Phasen sich zuspitzender Widersprüche und Paradoxien. Dies dürfte so bleiben. Und damit wird die Entwicklung selbst Gegenkräfte und Anknüpfungspunkte anti-kapitalistischer Gegenwehr hervorrufen. Doch einen Automatismus gibt es nicht. Die Irrationalitäten des Finanzmarkt-Kapitalismus bieten Ansatzpunkte ideologischer und politischer Gegenwehr, sie müssen gleichwohl von handlungswilligen und handlungsfähigen Akteuren aufgegriffen werden. An Letzteren hapert es gegenwärtig. Sollte die bisherige Analyse zutreffen, steht die Linke vor einer zunächst paradox anmutenden, zweifelsohne schwierigen Aufgabe. Sie hätte sich mittels einer modernen, will sagen: auf der Höhe der Zeit befindlichen Kapitalismuskritik als anti-kapitalistische Kraft zu revitalisieren und dürfte damit den Kapitalismus zu Selbstkorrekturen und einem rationaleren Entwicklungspfad zwingen – um damit auf absehbare Zeit sein Überleben zu sichern.

Doch wer könnte Träger einer neuen Kapitalismuskritik sein? Die *Sozialdemokratie* ist über »dritte Wege« in einer Sackgasse gelandet. Ausbruchsversuche daraus führen sie sicherlich nicht zurück zu einem Selbstverständnis als kapitalismuskritischer Kraft. Und die *Gewerkschaften*? Sie scheinen seit Ausbruch der Krise durch die Angst vor dem organisationspolitischen Absturz gelähmt und kämpfen um ihr Überleben als ökonomisch, gesellschaftlich und politisch widerständige Kraft. Die massiven Einbrüche in der Produktion und Beschäftigung sowie die fortschreitende Prekarisierung der Arbeit drohen sich zu einer weitreichenden Erosion gewerkschaftlicher Organisations- und Verhandlungsmacht zuzuspitzen. In dieser existenziellen Krisensituation wächst die Gefahr, dass sie sich auf Betriebsebene auf neue Formen der Sozialpartnerschaft und gegenüber der Politik auf neue krisenkorporatistische Kooperationsbemühungen verlegen. Daraus könnte vieles hervorgehen, aber wohl kaum eine kapitalismuskritische Erneuerung gewerkschaftlicher Interessenpolitik. Bliebe die Partei Die Linke. Diese scheint sich als Sammlungsbewegung der Krisenopfer erfolgreich ihren festen Platz im deutschen Parteiensystem zu erkämpfen. Doch die Rolle des Motors einer gesellschaftlichen Bewegung kapitalismuskritischer Kräfte dürfte gegenwärtig ihre Innovations- und Integrationskraft überfordern. Zudem ist die Gefahr lähmender parteiinterner Konflikte, die mitunter eher auf interpersonellen Antipathien als auf politisch-strategischen Differenzen beruhen, längst nicht gebannt.

DIE NEUE MOSAIK-LINKE

Was nun? Keiner der üblichen Verdächtigen für sich genommen drängt sich als Träger einer neuen Kapitalismuskritik auf. Ließe sich nicht auch in der gegenwärtigen Situation gemeinsam erreichen, was die Einzelnen nicht vermögen? Die Perspektive könnte in einem Kooperationsverbund kritischer Kräfte liegen, indem sich unterschiedliche Akteure, Organisationen und Individuen zusammentun und die Spezifika ihrer Handlungspotenziale zu einem politischen Projekt zusammenfügen – und dies, ohne eigene Identitäten preiszugeben.

Für einen solchen Akteur wurde der Begriff der *Mosaik-Linken* ins Spiel gebracht (Urban 2009). Dabei ist die Mosaik-Linke nicht mit klassisch-linken Vorstellungen von Bündnispolitik eines mit hegemonialen Kapazitäten ausgestatteten Teilakteurs in eins zu setzen. Etwa der Intellektuellen oder der Arbeiterklasse, die sich, gestützt auf ihr kulturelles Kapital oder ihren Organisationsvorsprung in Form straff geführter Parteien und Gewerkschaften, der Unterstützung anderer Organisationen zur Realisierung eigener Ziele zu bedienen trachten. Die Metapher des Mosaiks akzeptiert vielmehr, dass auch kapitalistische Gesellschaften Prozessen der sozialen Differenzierung unterliegen, aus denen eigenwillige Funktions- oder Handlungssysteme hervorgehen. In diesen Kontexten sind die Einzelakteure nicht nur in spezifische Akteurskonstellationen und systemische Eigenlogiken eingebunden. Zugleich haben die Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus einen Grad an Differenzierung und damit an Komplexität erreicht, dass kein Akteur eines Teilbereiches für sich reklamieren kann, eine allumfassende Gesamtkompetenz zu besitzen oder besitzen zu können.

Ein solches mosaik-linkes Konzept wirft gegenwärtig wohl mehr Fragen auf, als dass es sich auf Gewissheiten berufen kann. Dabei muss es in seinen gesellschaftstheoretischen Grundlegungen keineswegs, wie vorschnell vermutet werden könnte, auf systemtheoretische Vorstellungen Luhmannscher Prägung zurückgreifen. Die Vorstellung einer akteursfreien und unaufhaltsamen funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft in autopoietische Subsysteme, deren Entwicklung nicht von innen und schon gar nicht von außen steuerbar ist, würde ohnehin jegliche Suche nach Möglichkeiten und Ansatzpunkten progressiver Politik entmutigen. Eher verspricht die allgemeine Feldtheorie Pierre Bourdieus analytischen Ertrag. Diese verbindet die Einsicht in die soziale Ausdifferenzierung entwickelter kapitalistischer Gesellschaften mit der systematischen Frage nach der Veränderbarkeit von Akteurskonstellationen, Interessenlagen und Kräfteverhältnissen im jeweiligen Feld. Nach Bourdieu ist ein gesellschaftliches Feld ein »autonomer Mikrokosmos innerhalb des sozialen Makrokosmos« (2001a, 41), ein Universum mit

eigenen Regeln, Machttypen, Bewertungs- und Ausschlussprinzipien. Aber es ist eben auch ein Raum veränderbarer Binnenstrukturen und sozialer Kämpfe. »Ein Feld ist ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse. In einem Feld, wie dem politischen, religiösen oder jedem anderen Feld, wird das Verhalten der Akteure durch ihre Position in der Struktur des Kräfteverhältnisses bestimmt, das für dieses Feld zu dem betreffenden Zeitpunkt charakteristisch ist. Das wirft die Frage auf: Wie definiert man diese Kraft? Worin besteht sie, und wie ist es möglich, diese Kräfteverhältnisse zu verändern?« (Bourdieu 2001a: 49) Zugleich, und hier kommen die Implikationen der neueren Kapitalismustheorie ins Spiel, dürften die binnenstrukturellen Veränderungen in den Feldern durch die Dynamiken des finanzkapitalistischen Akkumulationsregimes gleichsam überdeterminiert werden.

Der Finanzmarkt-Kapitalismus stellt im Kern eine politökonomische und institutionelle Konfiguration dar, durch die vor allem die Spielregeln und Schlüsselakteure der globalen Finanzmärkte in letzter Instanz die Dominanz über die Entwicklungen in den gesellschaftlichen Teilbereichen gewinnen (Windolf 2005). Nicht im Sinne einer vollständigen Determination, wohl aber im Sinne der Strukturierung von Interessen, Akteurskonstellationen und Handlungsstrategien.

Aus feld- und kapitalismustheoretischer Perspektive könnte die Mosaik-Linke also als eine Assoziation von Feldakteuren begriffen werden. Diese hätten sich ihrer eigenen Position innerhalb des Kräfteverhältnisses ihres sozialen Mikrokosmos zu vergewissern, um sich sodann an die Arbeit einer progressiven Veränderung der feldspezifischen Kräfteverhältnisse zu machen. Damit verändern sich die Felder nicht nur im Innern, sondern auch die Verhältnisse zwischen ihnen. Neue Akteure steigen auf, die nicht zuletzt durch Agenda-Setting die Tagesordnung der sozialen, politischen und kulturellen Kämpfe verändern.

Und diese Veränderungen wiederum wären die Voraussetzung dafür, kollektive feldübergreifende Handlungsfähigkeit hervorzubringen, die sich auf die finanzmarktkapitalistische Akkumulationsdynamik zu beziehen hätte. Die Vielen finden durch Bezug auf eine allgemeine Dynamik zu einem Ganzen zusammen. Durch die zielgerichtete und absichtsvolle Bezugnahme auf die hier angedeutete (und wissenschaftlich wie politisch zu bearbeitende) Dialektik von feldspezifischen und -übergreifenden Praxen sollte sich auch im sozial differenzierten Finanzmarkt-Kapitalismus die Möglichkeit eröffnen lassen, dass der »ohnmächtige Protest oder die bedeutungslose Abdankung des isolierten Individuums« einem »einheitlichen und kollektiven, kohärenten und machtvollen Protest« (Bourdieu 2001b, 123) weicht.

»Crossing«,
© schurian.com



PROBLEME DER SELBST-KONSTITUIERUNG DER MOSAIK-LINKEN

Überträgt man die feld- und kapitalismustheoretisch inspirierte Vorstellung der Konstituierung eines Kollektivakteurs mit progressiven Absichten auf die Realität des deutschen Kapitalismus, hätte sich die Mosaik-Linke wohl als Interaktion all jener Akteure zu bilden, deren Interessen durch die finanzkapitalistische Krise und die derzeit vorherrschenden kapitalkonformen Lösungsstrategien unter die Räder zu geraten drohen. Zu denken wäre dabei neben den Gewerkschaften an die globalisierungskritischen, ökologischen und Menschenrechtsbewegungen, die diversen sozialen Selbsthilfe-Initiativen und Sozialverbände, die kritischen Teile der kulturellen Linken und Intellektuellen und nicht zuletzt die Träger kritischer Konsumentenmacht. Auf diesem Weg könnte eine neue soziale Machtform entstehen, die Klaus Dörre (2009, 263) als *assoziierte Macht* bezeichnet hat. Sie ginge – aufbauend auf progressiven Veränderungen im eigenen gesellschaftlichen Feld – aus der Verbindung der traditionellen Macht der organisierten Lohnarbeit, den Kräften einer zivilgesellschaftlich aktivierten politischen Öffentlichkeit, der Diskursmacht reaktivierter kritischer Intellektueller, der Nachfragemacht politisierter Konsumenten und der Einbringung anderer Machtressourcen hervor.

Doch die Selbst-Konstituierungen der Mosaik-Linken und die Hervorbringung ihrer assoziierten Macht dürfte sich als höchst widersprüchlicher und anspruchsvoller Prozess erweisen. Offensichtlich ist, dass ein solcher Kollektivakteur sich vor einem überzogenen Vereinheitlichungsanspruch hüten sollte. Eher sollte er die wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Bewegungs- und Organisationskulturen als Schlüsselressource begreifen und entwickeln. Die Welten – oder besser: die gesellschaftlichen Felder –, aus denen der Betriebsrat, die ATTAC-Aktivistin, der Hochschullehrer und die Vertreterin der Clean-Clothes-Kampagne kommen und in denen sie politisch sozialisiert wurden, könnten unterschiedlicher kaum sein. Gerade in der Unterschiedlichkeit der Erfahrungen, Kompetenzen und Zugänge liegt die Chance, die aus den Widersprüchen des modernen Finanzmarkt-Kapitalismus hervorgehenden Widerständigkeiten zu einem wirkungsmächtigen Korrektiv zusammenzufügen.

Dies ist als Anspruch schneller formuliert als in der sozialen Praxis realisiert. Hier stehen komplexe Theorie- und Strategiefragen zur Debatte. Wie lässt sich trotz aller Heterogenität das Reservoir an gemeinsamen Analysen, Wertvorstellungen und Politikentwürfen erzeugen, ohne das kollektive Handlungsfähigkeit kaum vorstellbar ist? Wie entsteht feldübergreifende Handlungsfähigkeit zwischen Akteuren, die in die Logik ihres sozialen Mikrokosmos eingebunden sind? Gibt es eine funktionale Hierarchie der gesellschaftlichen Felder und welche Konsequen-

zen könnte oder sollte diese haben? Wie lässt sich überhaupt die gesellschaftliche Bewegungs- und Diskursmacht in Einfluss in den Arenen des politischen Feldes transformieren, das sich – wie gerade Bourdieu gezeigt hat – systematisch auch gegen gesellschaftliche Mehrheiten abschottet? Wie lassen sich Vorkehrungen gegen einen eventuell auftretenden imperialen Übermut einzelner Teilakteure treffen, die anderen an Organisationsmacht, Ressourcen und Konflikterfahrungen überlegen sein mögen und daraus im kollektiven Handlungskontext ihren Nutzen ziehen möchten? Und nicht zuletzt: Wie kommt der Anti-Kapitalismus zurück in die Linke? Diese und andere Fragen wären im Rahmen einer kollektiven Forschungs- und Diskurs-Anstrengung aller Beteiligten zu klären. Dies liefe auf eine *Theorie der assoziierten Macht* hinaus. Auf eine Theorie der Generierung und Mobilisierung kollektiver Handlungsfähigkeit eines in sich heterogenen Akteurs, die aus der Kombination von Machtressourcen erzeugt wird, die in diversen gesellschaftlichen Feldern entstehen und in komplizierten sozialen Verständigungsprozessen zusammengeführt werden müssen.

GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE MOSAIK-AKTEURE

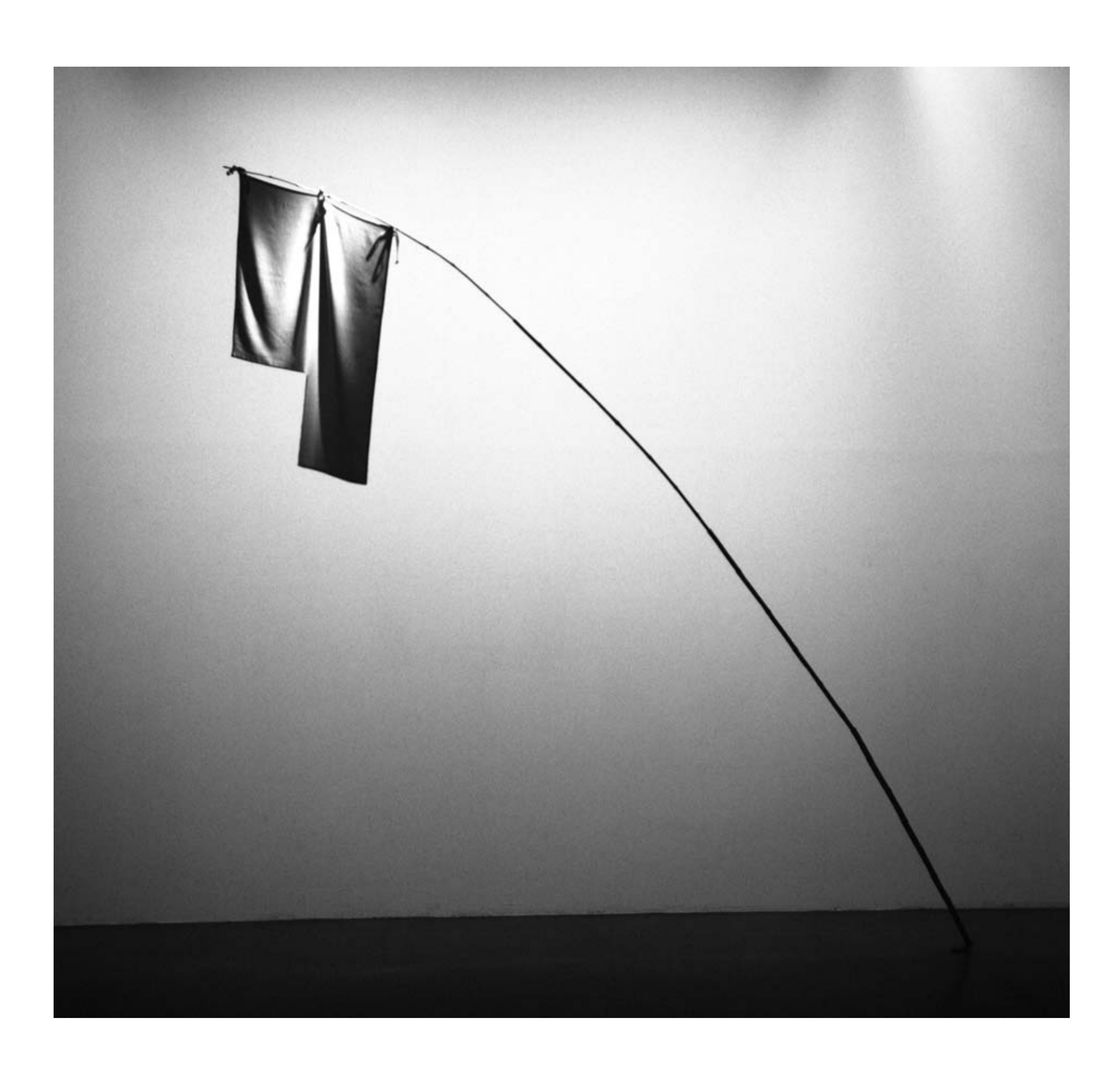
Von besonderer Bedeutung ist das Verhältnis der gesellschaftlichen Mosaikakteure zu denen im politischen Feld. Um gleich auf einen heiklen Punkt zu kommen: Die neue Linke muss sich vor einem naiven Anti-Etatismus hüten. Zum einen ist eine Strategie der Transformation des gegenwärtigen Entwicklungsmodells in Richtung eines öko-sozialen Pfadwechsels auch auf entsprechende Entscheidungen in den politischen Arenen angewiesen. So wichtig der Kampf um gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Hegemonie auch ist – und er ist wichtig! – , müssen progressive gesellschaftliche Verhältnisse auch in progressive Gesetze münden, müssen entsprechende Haushalte aufgestellt und ebensolche Leitbilder eines anderen Entwicklungsmodells entworfen werden. Die staatlichen Interventionsmedien Recht, Geld und Normen sind auch für eine durchsetzungsfähige Linke von zentraler Bedeutung. Der zweite Grund: Die Fokussierung linker Strategien auf die Gesellschaft beruhte oftmals auf einem prinzipiellen Misstrauen gegenüber der Eignung des bürgerlichen Staates für anti-kapitalistische Politik. Aber in ihm kam auch das Fehlen eines politischen Akteurs zum Ausdruck, der dauerhaft willens und in der Lage gewesen wäre, eine korrektive oder transformative kapitalismuskritische Politik in den politischen Arenen zu betreiben und den Absorptionszwängen des Parlamentarismus zu widerstehen. Mit der Partei Die Linke bietet sich eine neue historische Chance. Trotz noch zu beantwortender Personal- und Strategiefragen: Mit ihr ist ein neuer Akteur in das politische Feld eingetreten, der

das Potenzial einer kapitalismuskritischen Kraft in sich trägt. Mit Blick auf die Förderung der Mosaik-Linken könnten ihr drei Schlüsselfunktionen zukommen: Erstens als Vetospieler in den politischen Entscheidungsverfahren gegen falsche Weichenstellungen zu wirken und eine aktive Oppositionsrolle gegenüber den finanzmarktkapitalistischen Zumutungen wahrzunehmen. Zweitens Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen, sie mit Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen aus der parlamentarischen Arbeit zu verbinden und in entsprechende politische Initiativen übersetzen und – wo machbar – öffentliche Mittel, Rechtsetzungskompetenz und politische Öffentlichkeitsarbeit für politische Reforminitiativen zu nutzen. Drittens ginge es darum, den gesellschaftlichen Mosaik-Akteuren Impulse und Entwürfe für kapitalismuskritische Korrekturprojekte anzubieten, die Interessenlagen der Feldakteure bündeln und als Motor des Konstituierungsprozesses der Linken dienen könnten.

Ein solcher Prozess stellt hohe Anforderungen an alle Beteiligte. Die Partei muss sich in ihrer Oppositions- und Reformpolitik aktiv um permanente Rückkoppelungen mit den gesellschaftlichen Akteuren bemühen und Avantgardeansprüche fallen lassen. Und sie muss sich in ihrer Parlaments- und Regierungsarbeit der zu beobachtenden Verselbstständigung des politischen Systems und seiner Abschottung gegenüber der Gesellschaft entgegenstemmen. Aber auch die gesellschaftlichen Akteure dürfen es sich nicht in einer passiven Erwartungshaltung bequem machen. Auch sie haben mit Blick auf die Konstituierung der Mosaik-Linken eine Bringschuld. Die Kooperation mit den Parteien kann nur gelingen, wenn die gegen den Bologna-Prozess aufstehenden Studierenden, die für Arbeitsplätze und Sozialstandards mobilisierenden Belegschaften und Gewerkschaften oder die für eine Energiewende kämpfenden Öko-Initiativen in ihren feldspezifischen Strategien die Politik gegen die Kernstrukturen des finanzkapitalistischen Regimes nicht zu kurz kommen lassen. Wo dies gelingt, entsteht ein potenzieller Mosaik-Akteur, wo es misslingt, dürfte der Protest die Grenzen des Feldes nicht überwinden.

DEMOKRATISIERUNG ALS ANTIKAPITALISTISCHES KORREKTUR-PROJEKT

Welches könnten solche Projekte sein? Zweifelsohne müssten die umfassende Regulierung der Finanzmärkte und die Bändigung ihrer irrationalen Handlungslogik weit oben auf einer Korrektur-Agenda stehen. Nicht minder dringlich wäre die umfassende Veränderung des finanzkapitalistischen Verteilungsregimes, das unvorstellbaren privaten Reichtum, Niedriglöhne, beschämende Prekarität und bittere Armut zugleich hervorbringt. Gerade die schamlose Ungleichverteilung sozialer Lebenschancen scheint zunehmend gegen gesellschaftlich anerkannte Gerechtig-



After Utopia, Museo per l'Arte Contemporanea Luigi Pecci, Prato

keitsvorstellungen zu verstoßen. Sie könnte sich als eine Quelle politischer Empörung und damit als Anknüpfungspunkt einer Gegenbewegung erweisen. Denn die Zukunft dürfte noch düsterer als die Gegenwart ausfallen. Für die Unternehmen hat sich die Freisetzung prekärer Arbeit als schnelle und konfliktarme Krisenstrategie bewährt. Sie werden zukünftig in ganz neuen Dimensionen auf die Ausweitung von Befristungen, Leiharbeit, Praktika und anderen Formen diskriminierter Beschäftigung setzen. Der Gesellschaft droht eine Prekaritäts-Explosion – mit allen Folgeproblemen für den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft und die Aktionsmöglichkeiten ihrer Akteure. Unter den *gegenwärtigen* Spielregeln dürfte es schwer fallen, die Unternehmen von dieser Art strategischer Krisenvorsorge abzuhalten.

Der neuen Linken bleibt nichts übrig, als dagegenzuhalten. Damit rückt das Problem gesellschaftsverträglicher Unternehmensführung ins Blickfeld. Die Ökologisierung von Produktion und Konsum, die Regulierung der Finanzmärkte, auch die Steuerung der Ressourcen der realwirtschaftlichen Wertschöpfung avancieren zu Schlüsselprojekten einer antikapitalistischen Gegenbewegung. Die Mosaik-Linke wird, je stärker ihre kapitalismuskritischen Korrektur-Projekte Eingang in die gesellschaftlichen Konflikte finden, um so heftiger mit den Vermögens- und Machtinteressen der finanzmarktkapitalistischen Eliten kollidieren. Die Umsetzung der diversen Vorstellungen einer sozial-ökologischen Regulierung wird sich schnell als das zu erkennen geben, was Projekte der Zivilisierung des Kapitalismus immer waren und bleiben werden: gesellschaftliche und politische Machtfragen.

Damit geht es um Demokratie, als einzige historisch bewährte Methode, die Bedürfnisse der Vielen gegenüber den Interessen und der Macht der Wenigen zur Geltung zu bringen. Das gilt vor allem für die Felder der Ökonomie, die sich als weitgehend stabile Bastionen von Elitenprivilegien und -macht über die Krise hinweg gerettet haben. In diesem Sinne wäre die Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse als weiteres, vielleicht wichtigstes Kernprojekt der Mosaik-Linken und als Bedingung der Möglichkeit zu begreifen, die Ökonomie vom Shareholder-Value-Regime zu befreien, das die gesamte Gesellschaft im »stahlharten Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber) der Finanzmärkte gefangen hält. Bis in die Gegenwart wirkt vor allem die kurzfristige Orientierung auf schnelle und hohe Profite, die mit den erneut an den Finanzmärkten erzielbaren Margen konkurrenzfähig sind, als die zentrale Innovationsblockade. Wirtschaftsdemokratische Ansätze müssten dabei auf mindestens vier Ebenen etabliert werden: als direkte Partizipation von Beschäftigten am Arbeitsplatz und im Betrieb; als Kollektivwille innerhalb und im Umfeld großer Unternehmen, der explizit macht, dass es sich bei diesen Wirtschaftsorganisationen im Grunde um öffentliche Institutionen

handelt; über regionale wie nationale Wirtschafts- und Strukturräte sowie als Demokratisierung wichtiger internationaler Institutionen.

Demokratiepolitik in diesem Sinne könnte zugleich eine Möglichkeit der Erneuerung der Linken eröffnen. Demokratische Akteure im Sinne der Einflussnahme auf die strategischen Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind nicht mehr jene »unabhängig voneinander existierenden, getrennten Individuen, zwischen denen nicht einmal ein Minimum an *Interaktion* stattfindet«, sondern jene Mosaikteile, die ihre Sichtweisen einander konfrontieren, »um (im Idealfall) zu einer Synthese zu gelangen, in der die Unterschiede bewahrt und aufgehoben werden, um ein *Ganzes* zu erhalten, das sich mehr als über seine einzelnen Elemente über deren Verknüpfungen definiert« (Bourdieu 2001c, 118f).

AUSBLICK

Vor allem die Ausweitung demokratischer Einflussnahme auf Investitionsentscheidungen großer Unternehmen wäre gut in ein Programm eines zeitgemäßen Antikapitalismus zu integrieren. Ein solches hätte zunächst die Widersprüche und Paradoxien des durch und durch irrationalen Finanzmarkt-Kapitalismus zu Ausgangspunkten einer Bewegung in korrektiver Absicht zu machen. Die Anknüpfungspunkte liegen offen zutage. Dennoch bleiben konzeptionelle Gegenentwürfe und die Formierung einer handlungsmächtigen Gegenbewegung höchst anspruchsvolle Unterfangen. Wieder einmal steht die Linke vor dem Einfachen, das schwer zu machen ist. Ohne Antikapitalismus keine kapitalistische Selbstkorrektur und damit keine Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus. Und ohne die Mosaik-Linke keine wirkungsmächtige Kapitalismuskritik. Diese Einsicht sollte die Kapitalismus-Dulder innerhalb der Mosaik-Linken zur Toleranz gegenüber der Ungeduld der Kapitalismus-Überwinder und diese zu Realismus mit Blick auf ihre transformatorischen Hoffnungen anhalten. Ob perspektivisch mehr daraus werden kann, wird der Prozess erweisen müssen.

LITERATUR

Boltanski, Luc, und Ève Chiapello, 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz

Bourdieu, Pierre, 2001a: Das politische Feld, in: Ders., *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz, 41–66

Ders., 2001b: Kurze Bemerkung über die Antinomie des kollektiven Protests, in: Ders., a.a.O., 123–5

Ders., 2001c: Formen politischen Handelns und Existenzweisen von Gruppen, in: Ders., a.a.O., 115–21

Dörre, Klaus, 2009: Landnahme, sozialer Konflikt, Alternativen – (mehr als) eine Replik, in: Ders., Stefan Lessenich und Hartmut Rosa, *Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte.* Frankfurt/M, 245–64

Urban, Hans-Jürgen, 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik,* H. 5, 71–8

Windolf, Paul (Hg.), 2005: *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen* (Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Wiesbaden

SPONTANEITÄT, KALKÜL UND AUTONOMIE

STRATEGIE- UND ORGANISATIONSFRAGEN DER MOSAIK-LINKEN

THOMAS SEIBERT

Die »Mosaik-Linke« (Urban) schreibt nicht einfach das altbekannte Projekt einer »pluralen Linken« fort. Diese war ein Versuch, den Zerfall sozialdemokratischer und marxistisch-leninistischer Parteien und ihrer politischen Prozeduren auf dem Weg der Zusammenlegung zu stoppen oder gar umzukehren. Die Mosaik-Linke hat es nicht nur mit Parteien neuen Typs, sondern auch mit neuen politischen Prozeduren zu tun. Ihr Gründungsereignis kann mit dem Namen »Seattle« belegt werden, der die seltsame Allianz benennt, die sich dort 1999 im Protest gegen die WTO zusammenfand. Sie umfasste Gewerkschafts- und Umweltaktivist/innen, Funktionär/innen entwicklungspolitischer NGOs und nationaler Wohlfahrtsverbände, Altkader maoistischer oder trotzkistischer Splittergruppen und katholische Nonnen, lokal engagierte Bürgerinitiativen und von weither angereiste jugendliche Anarchist/innen. Natürlich war den Teilnehmern damals nicht bewusst, dass ihr »Gemeinsames« die Eröffnung neuer politischer Prozeduren war – derjenigen eben, die in ihrem deutschen Zusammenhang heute mit dem Begriff der Mosaik-Linken reflektiert werden. ›Heute‹ heißt: in der ersten großen Krise dieser neuen Prozeduren. Denn tatsächlich sieht es so aus, als ob die auf Seattle folgende Serie globalisierungskritischer Massenproteste und ihre politischen Subjektivierungs- und Organisationsweisen in Stagnation begriffen, wenn nicht bereits im Zerfall sind. Macht man sich allerdings klar, dass mit ihnen nicht weniger als eine (nicht parteipolitisch einzuengende) »*rifondazione comunista*« begonnen wurde, muss dieser Rücklauf nicht pessimistisch stimmen: Ein solcher Prozess wird sehr viel länger dauern als das eine Jahrzehnt, das seit Seattle vergangen ist. Das wird schon

einsichtig, wenn man seinen programmatischen Einsatz aufruft: endlich auch »von unten« und von links her die globale Dimension des Politischen zu besetzen und die Subjekte dieser Bewegung hervorzubringen. Grund genug zum Atemholen.

SCHNITTE DURCHS MOSAIK

Hält man sich zunächst an die Oberfläche des Mosaiks, wird man noch einmal an die Allianz von Seattle verwiesen, die sich auch anlässlich anderer Zusammenkünfte der globalen Machteliten (IWF, G8, Nato etc.) oder der globalen, kontinentalen oder nationalen »Sozialforen« versammelte. Die Form des Sozialforums selbst ist auch die wesentliche politische Erfindung der neuen Prozeduren – im Ansatz dem Sowjet, dem »Arbeiterrat« vergleichbar. Natürlich gilt dieser Vergleich nur virtuell: Was der Sowjet im ersten Anlauf einer Vergesellschaftung der Produktion war bzw. hätte sein sollen, kann dem Sozialforum im Hinblick auf das erst noch auszuarbeitende gesellschaftliche Projekt zufallen, das heute im emphatischen Begriff des öffentlichen Guts bzw. von Öffentlichkeit überhaupt gedacht wird (Rilling 2009). Ein Anhalt aus der Praxis findet sich im »Wasseraufstand« der bolivianischen Stadt Cochabamba (2000). Dort wurde während der Auseinandersetzung um ein elementares öffentliches Gut erstmals effektiv die politische Machtfrage gestellt und mit der Institutierung eines jetzt auch regierenden »Sozialforums« beantwortet, der *Coordinadora de Defensa del Agua y de la Vida*. Das sie stützende Mosaik verband Bürgerinitiativen, Gewerkschaftsgliederungen, Verbände des Kleingewerbes und Kleinhandels, aber auch der Schullehrer/innen oder Obdachlosen, Kleinbäuer/innenbewegungen des weiteren Umlands der 600000-Einwohner-Metropole und aus dem ganzen Land angereiste Aktivist/innen verschiedenster linker Organisationen. Sofern die weitere politische Entwicklung Boliviens bis zur Regierungsbildung des *Moviemento al Socialismo* und seines Präsidenten Morales (2006) in direkter Kontinuität zum »Wasseraufstand« steht, liefert die bolivianische Entwicklung das dichteste Beispiel für das, was hier mit Alain Badious Begriff als »Prozedur« bezeichnet wird (2003). Formalisiert und zugleich auf ihren »realen Punkt« (ebd.) gebracht, zielt diese Prozedur auf eine Koordination solcher und vergleichbarer Aktionen eines Bewegungsmosaiks mit einer wie auch immer »passenden« Artikulation staatlicher oder quasi-staatlicher Praxis im nationalen und schließlich transnationalen Raum. Dem ist jetzt in drei Schnitten unter die Oberfläche des Mosaiks nachzugehen.

UNTER DER OBERFLÄCHE (I)

Der erste Schnitt führt von den Beispielen »Seattle« und »Cochabamba« auf die politische Form der mit ihnen aufgerufenen Prozedur. Deren Charakter fällt weder

mit der »Alten Sozialen Bewegung« (der Arbeiter/innen des 19. und 20. Jahrhunderts) noch mit den »Neuen Sozialen Bewegungen« nach dem Mai 1968 zusammen. Das zeigt sich zunächst an ihrer zahlenmäßigen Schwäche. Meist aus mehr oder minder institutionalisierten Kernen sehr weniger Aktivist/innen zusammengesetzt, entfalten sie nur bei besonderer Gelegenheit massenmobilisierende Kraft – das diesmal nahe liegende Beispiel sind hier die von der Erwerbslosenbewegung getragenen deutschen Montagsdemonstrationen (2004). Ihre virtuelle Macht übersteigt ihre Zahl bei weitem. Denn im Unterschied zu den »Neuen Sozialen Bewegungen« müssen sie keine »Ein-Punkt-«, sondern wirklich »transversale« Bewegungen sein, d.h. solche, für die der Bezug auf das Gemeinsame der ganzen Prozedur konstitutiv ist.[1] In der globalen Dimension wird das im Begriff der »Bewegung der Bewegungen« auf den Punkt gebracht, deren Transversalität in den Versammlungen der Sozialforen ebenso zum Ausdruck kommt wie in Netzwerken in der Art von Attac.

An ihnen lassen sich zwei weitere Formbestimmungen der Prozedur ausweisen. Die eine liegt in der inneren Verbindung mit nicht-bewegungsförmigen Organisationen wie Gewerkschaften, NGOs oder Sozial- und Wohlfahrtsverbänden. Die andere liegt in dem Umstand, dass politische Parteien auch dann konstitutiv auf Distanz gehalten werden, wenn sie eine tragende Rolle spielen – beispielhaft hier die Funktion der brasilianischen *Partido Trabalhadores* (PT) im Weltsozialforum oder der *Partito Rifondazione Comunista* während der Mobilisierungen von Genua (2000) und Florenz (2002). So arbeiten deren Mitglieder zwar in den Sozialforen mit, sollen dabei aber ausdrücklich nicht als deren Repräsentanten agieren. Unter ähnlicher Spannung steht das Verhältnis der Bewegungen zu linksradikalen Gruppierungen an ihren Rändern, das sich anlässlich direkter Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, aber auch in der Einberufung »alternativer« Sozialforen aktualisiert. Bezieht man diese Differenzen auf den angesprochenen »realen Punkt«, ist das Mosaik zunächst als eines zu bestimmen, das in reflektierter Weise politische Praktiken zusammenführt und trennt, deren Unterschied in ihrer Kontinuität oder Diskontinuität zum Staat liegt.

UNTER DER OBERFLÄCHE (II)

Im zweiten Schnitt unter die Oberfläche reflektiert dieses strategisch und also bewusst offen gehaltene Verhältnis zum Staat nicht einfach die historische Erfahrung von Realsozialismus und Sozialdemokratie, sondern die effektive Globalisierung des Kapitalismus, also die ihr entspringende Transformation der politischen Form des Nationalstaats und damit die globale Dimension des Politischen selbst: »von oben«, von rechts und in der politischen Mitte wird sie im Begriff der *global*

governance bejaht und »von unten« bzw. von links im Begriff des *Empire* (Hardt/Negri) bzw. der *Imperialität* (Rilling) erst einmal zu fassen gesucht. In der aber ist die überkommene Entgegensetzung von Reform und Revolution definitiv nicht mehr sinnvoll. Dies gilt selbst dort, wo sie praktisch nach wie vor zum Problem werden könnte: in der Regierung des imperial subordinierten, doch deshalb nicht verschwundenen Nationalstaats. Das wiederum ist so, weil ein nationalstaatlicher »Übergang in den Sozialismus« aufgrund der Subordination nationalen Staatshandelns unter die kapitalistische *global governance* kein sinnvolles politisches Projekt mehr ist, dieses Dilemma eine linke Regierung nationaler Staaten dennoch nicht gänzlich sinnlos macht. Hier liegt der wichtigste Grund dafür, dass sich Mosaik-Linke selbst dann nicht mehr exklusiv für Reformisten oder Revolutionäre halten, wenn sie praktisch die eine oder die andere Option vorziehen. Auf den Punkt gebracht wird das in der (nicht nur) von Negri eingeforderten strategischen Verbindung einer »regierenden« und einer »kämpfenden Linken«: »Dieses Problem zu artikulieren, ist unumgänglich, und eine Linke, die das nicht tut, existiert nicht. Man kann nicht exklusiv das eine oder das andere sein, außer man betrügt sich selbst« (Negri 2009, 128). Macht man sich klar, dass diese Doppelstrategie im nationalen Staat zwar ihren nächsten Ort hat, doch in ihm definitiv nicht zum Abschluss gebracht werden kann, wird unmittelbar deutlich, dass das Mosaik selbst nur ein in sich konfliktives sein kann. An dieser Stelle erweist sich der Begriff der Mosaik-Linken insofern als ungenügend, als er darauf tendiert, diesen notwendig konfliktiven Charakter leichter Hand zu überspringen.

UNTER DER OBERFLÄCHE (III)

Der dritte Schnitt unter die Oberfläche gilt deshalb dem »Jenseits von Reform und Revolution« selbst. Fasst man dieses in positiver Form, ist es als konfliktives Spiel unterschiedlicher Modi des Politischen zu formalisieren – und zu bejahen: als konfliktives Spiel der Spontaneität, des Kalküls und der Autonomie des Politischen.

Dabei verkoppelt sich die Spontaneität des Politischen im Primat des Bewegungscharakters von Politik und der unisono bejahten Verabschiedung einer avantgardistischen Konzeption der politischen Linken. Das Kalkül des Politischen liegt demgegenüber in der wiederum allseits geteilten Anerkennung seiner »realpolitischen« und deshalb notwendig staatsnahen, wenn nicht selbst staatlichen Dimension. Dabei unterscheidet sich die mosaik-linke Bejahung von Realpolitik von ihrer sozialdemokratischen wie von ihrer marxistisch-leninistischen Variante eben durch den bleibenden Primat der Bewegungen, mit dem der Realpolitik eine beschränkte, weil auf die Durchsetzung des jeweils Nächstmöglichen orientierte

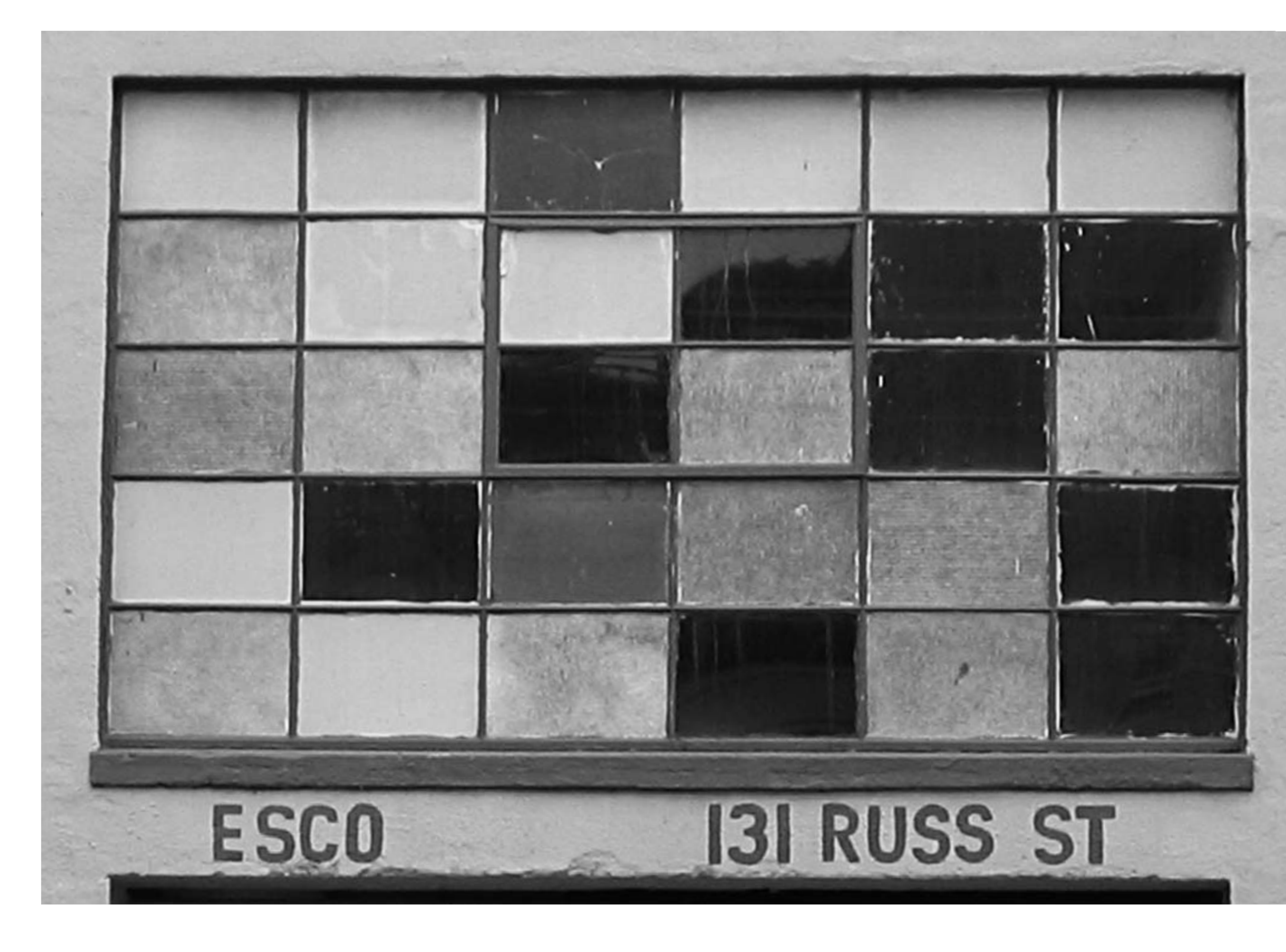
Rolle zugewiesen wird. Praktisch drückt sich dies in dem schon angesprochenen Spannungsverhältnis aus, in dem Gewerkschaften, NGOs und Sozialverbände als organischer Teil der Bewegung anerkannt, Parteien aber selbst dann auf Distanz gehalten werden, wenn sie programmatisch links von vielen der NGOs stehen.

Die Autonomie des Politischen wiederum wird primär von den Rändern des Mosaiks artikuliert, d.h. in der linksradikalen Bestimmung, »dass die zentrale Aktivität der Politik die Versammlung ist« (Badiou 2003, 152). Aus ihr resultiert nicht notwendig, doch nie ungewollt die strategisch gesuchte direkte Konfrontation mit dem Staat als der Macht, die sich an die Stelle der freien Versammlung aller zu setzen und so deren Macht zu suspendieren sucht.

Klassisch-reformistische wie klassisch-revolutionäre Positionen gründeten in der strukturellen Missachtung, wenn nicht gar im definitiven Ausschluss mindestens eines der drei Modi. Das mosaik-linke »Jenseits von Reform und Revolution« gründet in deren prinzipiell gleichrangiger Anerkennung. Wenn diese in sich konfliktiv, d.h. je nach Lage zu justieren ist, schließt dies zwar ein, dass der Primat des spontanen Modus situativ relativiert werden kann bzw. werden muss. Doch darf das nie auf die für klassische Reformisten und Revolutionäre bestimmende »letztinstanzliche« Privilegierung des Kalküls und also des Staates hinauslaufen.

Dieser Unterschied lässt sich aus mosaik-linker Perspektive auch im direkten Bezug auf jeden einzelnen Modus fassen. Ihr zufolge ist Lenins Reduktion der Spontaneität des Politischen auf eine bloß »tradeunionistische« Interessenartikulation ebenso ausdrücklich zurückzuweisen wie umgekehrt die anarchistische Reduktion des auf die Durchsetzung des realpolitisch Möglichen orientierten Kalküls auf bloßen Etatismus. Zugleich muss das Mosaik Artikulationen einer von jeder Zweck-Mittel-Relation befreiten Autonomie des Politischen nicht nur ›notgedrungen‹ zulassen, sondern schon im spontanen und noch im kalkulierenden Modus zur Geltung bringen. Alle Modi des Politischen konvergieren in einem Primat nicht einfach des spontanen Modus des Politischen, sondern der Politik selbst, mit dem ihr subjektiver Faktor wenigstens tendenziell von jeder ökonomistischen oder anderen Reduktion freigesetzt und so verstanden ›militant‹ wird (vgl. Seibert 2009). Hier wiederholt das Mosaik auf seine Weise alle nach links orientierten Brüche in der Linken, die im Primat der Politik auch früher schon ihr Kriterium der Wahrheit, Bindung und Entscheidung fanden.

An dieser Stelle ist die begrifflich von Deleuze/Guattari ins Spiel gebrachte, alle Politikmodi be- und anrührende Unterscheidung zwischen einer »mikropolitisch-molekularen« (auf die Beziehungen zwischen kleinsten Einheiten gerichteten) und einer »makropolitisch-molaren« (auf die Dichte größerer Einheiten,



flickr/aperte

Gebilde, Aggregate bezogenen) Perspektive des Politischen zu erinnern. Erstere meint die vor jeder Repräsentation liegende politische Aktivität, die deshalb auch unmittelbar mit der Ethik verbunden bleibt, letztere umgekehrt die Politik im Raum der Repräsentation. Sollen beide zu ihrem Recht kommen, ist Deleuze/Guattaris postmarxistische Bestimmung des Politischen endlich im Ganzen ernst zu nehmen: »Es heißt zu Unrecht (vor allem im Marxismus), dass eine Gesellschaft durch ihre Widersprüche definiert wird. Das stimmt nur im Großen und Ganzen. Aus der Sicht der Mikropolitik wird eine Gesellschaft durch ihre Fluchtlinien definiert, die molekular sind. Immer fließt oder flüchtet etwas, das den binären Organisationen [...] entgeht – was man mit einem ›Sittenwandel‹ erklärt, Jugendliche, Frauen, Verrückte etc. [...] Allerdings ist auch das Gegenteil richtig: molekulare Fluchtbewegungen wären nichts, wenn sie nicht über molare Organisationen zurückkehren würden« (Deleuze/Guattari 1992, 294f). Das Mosaik funktioniert

»jenseits von Reform und Revolution« nur im steten Konflikt der Modi von Spontaneität, Kalküls und Autonomie und in der Differenz von Mikro- und Makropolitik. Wie steht es um deren aktuelle Justierung?

DER REALE PUNKT DES MOSAIKS, JETZT

Die zurückliegenden Jahre waren zu Recht einem Primat der Bewegung und ihrer Mikropolitiken unterstellt, auch wenn sich der transversale Politikstil in der Berufung aufs Gemeinsame von dem der Neuen Sozialen Bewegungen unterschied. Die gegenwärtige Stagnation, wenn nicht der Rücklauf oder gar Abbruch der »Bewegung der Bewegungen«, ist auch als Folge dieses Primats, zumindest aber eines Ungenügens der durch ihn bestimmten Konstellation zu deuten. Das lässt sich auf die Niederlage im Widerstand gegen den Irakkrieg datieren. Zur konkreten Bestimmung des Gemeinsamen wurde die globale Anti-Kriegs-Bewegung mit den Beschlüssen des Weltsozialforums in Porto Alegre (2002) und des Europäischen Sozialforums in Florenz (2002), in denen die »Versammlung der sozialen Bewegungen« zum globalen Aktionstag des 15. Februar 2003 aufrief. Es wurde die historisch größte Massenmobilisierung aller Zeiten: Über 10 Millionen Menschen protestierten weltweit. Trotzdem blieb die Aktion ohne greifbaren Einfluss auf den Krieg und zeigte so, dass die Prozedur der globalisierungskritischen Bewegungen und ihrer Mosaik-Linken ihrem eigensten programmatischen Einsatz – die globale Dimension des Politischen »von unten« zu besetzen – gegenwärtig nicht zu entsprechen vermag. Deshalb sind ihr gegenüber jetzt die beiden anderen Modi des Politischen zur Geltung zu bringen, der des Kalküls und der der Autonomie. Letzterem fällt dabei die Aufgabe zu, den Geist des Antagonismus wach zu halten und zu schärfen, den die nihilistische »Postideologie« der massenmedialisierten Öffentlichkeit immer neu zu schwächen sucht, indem sie schon der Idee einer radikalen Alternative zum Bestehenden zuschreibt, einen illegitimen Wahrheits- und folglich totalitären Machtanspruch zu erheben. Zugleich ist strategisch in Rechnung zu stellen, dass mit dem Rücklauf der Bewegungen deren »Rückkehr« in molaren Organisationen noch wichtiger wird, als sie es zuvor schon war. Das betrifft dann besonders die allerdings selbst nicht krisenfesten, in bestimmten Zusammenhängen (Italien!) aktuell sogar zerfallende Parteien neuen Typs und natürlich die Linksregierungen vornehmlich in Lateinamerika. Funktionieren können diese aber nur in der Perspektive einer Doppelherrschaft, in der die Spontaneität und Autonomie der globalen Bewegungen und ihrer Foren ihren Platz behaupten bzw. jederzeit wieder einnehmen kann, um die Rolle von nationalem Staat und transnationaler Staatlichkeit stetig zur Disposition zu stellen. Dabei hängt die

Stärkung aller drei Modi aktuell an der Stärkung des Primats der Politik auch in den und gegen die opportunistischen Tendenzen in den Bewegungen. Worin aber liegt deren besonderer Opportunismus? – In der konstanten Weigerung, die im Prinzip bejahte »Instituierung des Gemeinsamen« (Negri) in ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt zu rahmen, aus dem heraus und für das die Machtfrage zu stellen wäre: lokal, national, kontinental und global. Wie die verbreitete Furcht vor dem Geist des Antagonismus hängt auch die Furcht vor der Verpflichtung auf ein gemeinsames gesellschaftliches Projekt an der Macht der Postideologie, die schon die Suche nach ihm zur totalitären Anmaßung erklärt. Soll ein solches Projekt erst einmal zur Diskussion gestellt werden, muss die Rotation der drei Modi des Politischen subjektiviert und organisiert werden. Diese Aufgabe aber wäre in allen Teilen des Mosaiks anzugehen und stellt sie deshalb unter eine jeweils besondere Verantwortung. So hätte sich hierzulande die Partei Die Linke endlich ernsthaft dem Format einer Partei neuen Typs anzumessen, zu dem sie sich doch regelmäßig bekennt – und das gerade in der mittelfristig realpolitischen Perspektive auf eine rot-rot-grüne Besetzung der Staatlichkeit. Das wird die Bewegungen unter Zugzwang setzen, nicht nur ihre Spontaneität, sondern auch ihre Autonomie zu stärken – eine Aufgabe, in der besonders das Vermögen ihrer radikalen Ränder gefordert ist, die dazu nötige Reibung zu erzeugen. Dabei zielt das in einer ganzen Serie vor allem lokaler Kämpfe auch schon angegangene gemeinsame Projekt auf eine umfassende Politik der öffentlichen Güter, genauer: auf die demokratische Kontrolle ihrer Produktion wie auf die globale Garantie des egalitären Zugangs zu und damit auch der egalitären Verfügung aller über diese Güter. Soll das zusammengebracht werden, sind der Kommunikation zwischen den verschiedenen Modi des Politischen gerade dann passende Orte und Gelegenheit einzuräumen, wenn ihre Konflikte untereinander absehbar intensiver werden. Grund genug, Atem zu holen.

LITERATUR

Badiou, Alain, 2003: *Über Metapolitik*, Zürich/Berlin

Deleuze, Gilles, und Félix Guattari, 1992: *Tausend Plateaus*, Berlin

Foucault, Michel, 2005: *Subjekt und Macht*, Schriften Bd. 4, Frankfurt/M.

Negri, Antonio, 2009: *Good bye Mr. Socialism*, Berlin

Rilling, Rainer, 2009: Beyond the crisis: Empowering the public!, Policy Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung 5/2009, http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/pp0911_Rilling.pdf

Seibert, Thomas, 2009: *Krise und Ereignis. 27 Thesen zum Kommunismus*, Hamburg

1 Der Begriff der »Transversalität« sozialer Kämpfe geht über Universalität/Partikularität hinaus, vgl. Foucault 2005, 273ff.

MOSAIK – LEERFORMEL ODER NEUER AUFBRUCH?

WALTER KORAH,

INTERVENTIONISTISCHE LINKE

Der mit den Namen Seattle, Genua und Porto Alegre verbundene Kampfzyklus scheint seinem Ende zuzugehen – und das in Zeiten der größten Krise des (neoliberalen) Kapitalismus seit Jahrzehnten. Ohne Zweifel befinden wir uns in einer historischen Schwellenphase. Immanuel Wallerstein, Vertreter der Weltsystemtheorie, geht davon aus, dass wir uns in einem globalen »Verwandlungs-ZeitRaum« befinden, einer Phase systemischer Weichenstellung. Ob das »Lager von Porto Alegre« (Wallerstein), also die globale Linke, dabei eine relevante Rolle spielen wird, ist keineswegs ausgemacht. Sicher ist nur, dass keine Strömung der historischen und neuen Linken alleine die kommenden Herausforderungen wird meistern können. Deswegen stellt sich auch für die Bewegungslinke die Notwendigkeit, die Veränderungen des Kräftefeldes neu auszumessen.

Der Beitrag behandelt diese Umbrüche aus der Sicht eines Aktivisten in der Interventionistischen Linken (IL). Die IL ist ein

Zusammenschluss von zumeist postautonomen Gruppen und Individuen. Sie spielte eine zentrale Rolle bei der Organisierung der Proteste 2007 in Heiligendamm und bei den Blockaden gegen das rassistische Europatreffen der »Initiative Pro Köln«. Zu ihrem Selbstverständnis gehört die Anerkennung der Differenzen in der Linken als potenzielle Produktivkraft und die Arbeit an einer strategischen Bündnisorientierung.[1]

DIE KRISE DER LINKEN IN DER KRISE

Selbst in der größten – internationalen – Krise des Kapitalismus seit 70 Jahren gelingt es der Linken bisher nicht, relevante Kräfte zu mobilisieren – das verweist auf tief greifende Probleme aller linken Strömungen. Die politische Grundlage u.a. der »Anti-Globalisierungsbewegung« der letzten zehn Jahre verflüchtigt sich. Diese bestand im Protest *gegen* den Neoliberalismus und seine Auswüchse. Die Fronten waren klar: Kampf gegen Agenda 2010 und die Politik der Hartz-Parteien aus SPDCDUCSUFDPGRÜNE. Auch wenn die Hartz-Gesetze nicht verhindert werden konnten, so gab es zunächst durchaus Erfolge. Die zahlreichen Proteste von Basisinitiativen setzten diese informelle große Koalition unter Legitimationsdruck. Auch die Gewerkschaften, die zunächst die Hartz-Gesetze begrüßt und unterschrieben hatten, wurden durch den Druck der Basis gezwungen, diese Position zu revidieren. Die Partei Die Linke unterstützte die Proteste und hatte auf parlamentarischer Ebene ein Alleinstellungsmerkmal.

Die Hoffnung, in der Finanz- und Weltwirtschaftskrise könnte es zu einem Aufbruch breiterer Teile der Bevölkerung gegen die herrschende Politik kommen, erfüllte sich allerdings nicht. Die Demonstrationen des letzten Jahres schöpften das bisherige Mobilisierungspotenzial aus. Mehr gelang nicht. Zwei Gründe seien hierfür genannt:

Zum einen haben die Herrschenden bislang »ihre Politik« recht erfolgreich verkaufen können. Der befürchtete »Kahlschlag« ist (noch) nicht eingetreten und man spürt eine Art Erleichterung darüber, dass eigentlich alles noch viel schlimmer hätte kommen können. Wie lange dieser »Aufschub« dauert, ist ungewiss. Ob es dann zu den erhofften Protesten kommt, wird auch davon abhängen, wie es der Regierung weiterhin gelingt, sich durch die Krise ideologisch und materiell zu lavieren.

Zum zweiten fehlt derzeit den Protesten der historische Rückenwind. Was heute die Krise der Linken in der Krise auch kennzeichnet, ist das fehlende Vertrauen in die eigene Fähigkeit, gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend transformieren zu können. So eine Dynamik lässt sich nicht einfach verordnen, sie entsteht in gesellschaftlichen Aufbrüchen. Es gibt aber derzeit kein »Versprechen«, also einen emotionalen und symbolischen Überschuss. Dies ist aber eine Bedingung für eine Wendung der Krise in Richtung Emanzipation. Es gibt kein »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« wie in der Französischen Revolution, kein »Land, Frieden, Brot« wie in der Russischen Revolution – von den kreativen Parolen im Mai 68 mal ganz abgesehen. Selbst im »Yes we can« von Obama steckte noch mehr Aufbruch als in der Parole »Eine andere Welt ist möglich«.

DIE KARTEN WERDEN NEU GEMISCHT

In dieser Situation – Ausbruch der Krise, Ende der Großen Koalition, Auslaufen des Protestzyklus – werden die Karten auch innerhalb der Linken und der Protestbewegung neu gemischt. Welche Chancen ergeben sich für einen neuen Anlauf? Ein Blick auf einige relevante Akteure soll das Feld sortieren helfen.

1 | Die Partei Die Linke steht unter gewaltigen inneren Spannungen. Eine Sozialdemokratisierung der Partei ist nicht auszuschließen. Mit dem Scheitern der SPD-Politik werden dort die Kräfte gestärkt, die die Abgrenzungspolitik gegen Die Linke nicht weiter verfolgen. Stattdessen wird es zu einer inhaltlichen und personellen Annäherung kommen. Perspektive ist ein Wahlsieg unter Einschluss der Grünen spätestens 2017. Auch der öffentliche Druck in Richtung »Sozialdemokratisierung« der Partei ist enorm. Dabei wird oft vergessen, dass eine starke Opposition in der Regel mehr bewegt als eine schwache Partei in der Regierung. Wird Die Linke also wie schon die Grünen eine »stinknormale Partei« – so die These des Politologen Lösche – oder wird sie auch weiterhin eine Offenheit gegenüber außerparlamentarischen Bewegungen wahren? Wie auch immer die Entscheidung ausfallen mag, sie wird enorme Folgen für die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Linken in ihrer Gesamtheit haben, wie ein Blick nach Italien zeigt. Die Regierungsbeteiligung der Rifondazione (PRC) hat sowohl die Partei als auch die außerparlamentarische Linke paralysiert (vgl. den Beitrag von Mimmo Porcaro in diesem Heft).

2 | Nach einer vorsichtigen Öffnung der Gewerkschaften in den letzten Jahren gegenüber sozialen Bewegungen (vor allem durch ver.di und Kreise in der IG Metall um Hans-Jürgen Urban), zeigen sich vor allem innerhalb der IG Metall eher wieder Vorbehalte gegenüber dieser Öffnung. Die Mehrheit scheint auf die Wiederherstellung des Bündnisses mit einer in der Opposition »erneuerten« SPD zu setzen. Für diese Linie steht etwa der Betriebsratsvorsitzende Klaus Franz bei Opel. Den Gewerkschaften würde noch stärker als bisher die Rolle des »Co-Managers« im Rahmen eines Wettbewerbskorporatismus zufallen. Ein Ausweg aus der bisherigen »Passivitätskrise« (Frank Deppe) ist damit aber nicht ersichtlich. Diese ist Folge des Rückstands gegenüber einem global agierenden Kapital. Obwohl dieses Problem vielfach analysiert ist, werden daraus bis heute keine strategischen und organisatorischen Konsequenzen gezogen. Schlimmer noch: Es finden kaum Debatten darüber statt.[2]

3 | Das »Ende des neoliberalen Grundkonsenses« wird auch eine Verschiebung und Ausdifferenzierung im Feld der »globalisierungskritischen Linken« mit sich bringen. Auch Attac befindet sich – allen 10-Jahres-Feiern zum Trotz – in einer konzeptionellen und personellen Krise. Die Differenzen zwischen den Strömungen, die auf einen kapitalistischen »Green New Deal« und denen, die auf eine grundlegendere Kritik des Kapitalismus setzen, sind groß. Als mobilisierungsfähiger Akteur ist Attac abwesend.

Eine Ausdifferenzierung ist auch in der NGO-Szene nach dem Scheitern der

Klimakonferenz in Kopenhagen denkbar. Die Strategie zahlreicher NGOs in Richtung Lobbyismus und Politikberatung hat dort einen Schiffbruch erlitten. Bei einigen NGOs dürfte sich deswegen die Einsicht durchsetzen, dass nicht die besseren Argumente für die Politik der imperialen Staaten maßgebend sind, sondern deren Interessen.

Gleichzeitig ist aber auch die (sich von vornherein radikaler gerierende) Bewegungslinke deutlich in einer Krise. Zwar kann sie immer wieder in spezifischen »ereignishaften« Situationen (Heiligendamm) Mobilisierungserfolge verbuchen. Dennoch verfügt auch sie über keine kontinuierliche Ausstrahlung und Mobilisierungskraft, die über das eigene Klientel hinausgehen würde.

MOSAIK, EREIGNIS UND BRUCH?

Momentan scheinen sich die Spielräume für soziale Proteste in der Krise also eher zu verengen. In dieser Situation schlägt Hans-Jürgen Urban die Bildung einer Mosaik-Linken vor. Diese zeichne sich durch wechselseitige Toleranz und die Bewahrung der organisationskulturellen Autonomie der Kooperierenden aus.

Der Vorschlag klingt sympathisch. Doch: Ist er mehr als eine Leerformel? Jedenfalls bleibt das, worüber man sich verständigen müsste, unklar: die Krise der Linken in der Krise. Das hängt mit seinem geschichtslosen Appell zu einem neuen Aufbruch zusammen. Geschichtslos deshalb, weil das Gemeinsame des letzten Aufbruchs genau dieses Mosaikhafte – die Anerkennung der Differenzen der an ihm beteiligten Strömungen – zum Ausgangspunkt hatte. Was unterscheidet die »Mosaik-Linke« von dieser »Bewegung der Bewegungen« außer dem Label?[3] Stand dahinter nicht der Anspruch, die Konsequenzen aus dem Epochenbruch von 1989 zu ziehen und eine neue Form zu schaffen, die nicht auf Vereinheitlichung zielt? Ist die Mosaik-Linke mehr als eine Metapher für das, was alle ohnehin immer schon machen?

Welche Perspektiven aus den oben skizzierten Entwicklungstendenzen ergeben sich für eine Bewegungslinke und die IL? Die IL ist Teil dieser krisenhaften Linken, die in



flickr/aperte

der Krise kaum handlungsfähig wird. Daher können bislang nur einige Orientierungen genannt werden:

1 | Eine strategische Bündnisorientierung ist weiter erforderlich. Schon damit sich der Möglichkeitsraum nicht zu sehr verengt. An den Debatten um eine Mosaik-Linke und bei der Organisierung von sozialen Protesten wird sich in absehbarer Zukunft zeigen, wie groß der Möglichkeitsraum ist.

2 | Die IL muss die Krise auf der Höhe der Zeit denken, die diversen Krisenphänomene dürfen nicht isoliert oder ökonomistisch analysiert werden. In Zukunft muss deswegen – um nur ein Beispiel zu nennen – linke Klimapolitik aus der »Ökoecke« herausgeholt werden. Dahin wird sie auch von vielen Linken oft abgeschoben. Demgegenüber muss die soziale Dimension der Klimapolitik stärker herausgearbeitet werden. Die herrschende Klimapolitik hat die Zunahme sozialer Konflikte zur Folge. Dasselbe gilt für den Zusammenhang von Klimapolitik und der Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen.

3 | Notwendig sind immer wieder öffentliche und öffentlichkeitswirksame Aktionen. Allerdings sollte man sich vor einem Aktionismus hüten, der die schmale Basis der AktivistInnen erschöpft.

4 | Die politische Landschaft kann sich schnell verändern. Auch wenn die skizzierten Entwicklungstendenzen unmittelbar keinen neuen Aufbruch erwarten lassen, ist es wichtig, darauf vorbereitet zu sein. Aufbrüche erfolgen spontan, sie sind letztlich unverfügbar. Der Mai 68 galt noch ein paar Tage vorher als unvorstellbar. Ein paar Tage später ließen sich Millionen mobilisieren. Frankreich war erschüttert. Cornelius Castoriadis, einer der maßgeblichen Denker des Mai 68, beschreibt die Folgen dieses Ereignisses: »Innerhalb weniger Tage gelangten Zwanzigjährige zu einem Verständnis und einer politischen Reife, die aufrechte Revolutionäre nach 30 Jahren Aktivismus nicht erreicht haben.« Solche Beschleunigungen finden wir auch in der Französischen und Russischen Revolution, bei der Pariser Kommune oder in Kuba. Auch im Kleinen lässt sich dies feststellen. Die Ereignisse von Seattle waren ebenso überraschend wie die Demonstrationen gegen die Hartz-Gesetze.

Was bedeutet das für den politischen Aktivismus? Abwarten? Nein. Die Aufgabe bleibt – auch in der alltäglichen politischen Praxis –, die Horizonte für politische Ereignisse zu öffnen oder offen zu halten. Keine Strömung der Linken kann dies allein. Insofern brauchen wir in der Tat einen neuen Aufbruch. Meinetwegen kann er auch Mosaik-Linke heißen. Ein Mosaik aber ohne Platz für das Ereignis wird niemanden begeistern.

---

1 Die Analyse beschränkt sich aus Platzgründen auf den nationalen Rahmen. Eine Einbettung in den internationalen Kontext ist aber unerlässlich.

2 vgl. dazu Riexinger/Sauerborn: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/2004; Frank Deppe: Die »Große Krise« und die Gewerkschaften, in: isw-Report 78

3 Thomas Seibert setzt in seinem Beitrag in diesem Heft beide Begriffe etwas vorschnell in eins. Ob dies möglich ist, wäre erst zu klären.

LINKE KLASSENREPRÄSENTATION

EINE PARTEI ODER VIELE?

OLIVER NACHTWEY

Die Partei Die Linke ist das erfolgreichste Projekt linker Erneuerung in Europa. Gleichwohl wird sie häufig als mehr oder weniger neo-sozialdemokratische Formation gesehen, die – so die meist implizite Schlussfolgerung – sich bald in Anpassung, Entradikalisierung und Regierungsteilnahme ergeben wird (Sabado 2009; Fülberth 2008). Mit dieser Perspektive, die sich vor allem auf die programmatische Ausrichtung der Partei konzentriert, werden ihre Bedeutung für die Repräsentation der sozialen Frage, ihre innere und äußere Dynamik und ihre politische Offenheit in einer Zeit globaler Turbulenzen unterschätzt. In der Partei Die Linke bestehen neben antikapitalistischen Deutungsmustern viele sozialdemokratische Elemente. Ihre Entwicklung ist im Fluss und die politische Zukunft nicht festgelegt. Die sozialen und Klassenverhältnisse und ihre Repräsentation in Deutschland sind im Umbruch, und die innerparteilichen Machtverhältnisse sind noch nicht entschieden.

Die Partei Die Linke ist aus der Erosion der sozialdemokratischen Hegemonie in der Arbeiterbewegung entstanden, die durch die Agenda 2010 dynamisiert worden war.

Der Wandel der deutschen (und europäischen) Sozialdemokratie wird oft als *social liberalism* kritisiert. Dieser Begriff ist aus zwei Gründen unpräzise. Er unterstellt erstens, dass die Nachkriegssozialdemokratie nach wesentlich anderen Prinzipien funktioniert hat. Es wird angenommen, dass in der Vergangenheit *»politics against markets«* (Esping-Andersen 1985) die Triebkräfte sozialdemokratischer Parteien waren, mit denen man heute gebrochen hat. Doch ein realistischer Blick in die Geschichte der europäischen Sozialdemokratie zeigt, dass sie die widersprüchliche und simultane Kombination der *Politik abgefederter Märkte* betrieben hat. Sie war ein produktiver Erneuerer und Bewahrer der Marktwirtschaft, hat aber gleichzeitig versucht, die Wirkungen des Marktes und seine Risiken für das Individuum erträglich zu gestalten. Aus dieser Perspektive erscheint sowohl die Nachkriegssozialdemokratie als auch ihre jüngste Transformation in einem anderen Licht. Die gewandelte Sozialdemokratie ist dann nicht der Bruch mit den Prinzipien der Nachkriegssozialdemokratie, sondern ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln. Daher ist sinnvollerweise von einer *Marktsozialdemokratie* zu sprechen (Nachtwey 2009a). Die Marktsozialdemokratie unterscheidet sich qualitativ vom anti-etatistischen und anti-redistributiven Neoliberalismus. Die keynesianische Sozialdemokratie wollte die Macht der Märkte begrenzen, sie aber gleichzeitig erhalten. In der Marktsozialdemokratie hat sich das Verhältnis doppelt verkehrt: Der Markt soll mit den Mitteln des Sozialen gefördert und das Soziale nur insofern erhalten werden, als es die Wirkungen des Marktes stützt. Kürzungen und Verschärfungen bei der Arbeitslosenunterstützung gehen einher mit gesteigerten »Investitionen« ins Humankapital des Nationalstaates. Diese Politik zielt auf erhöhte wirtschaftliche Effizienz, hat aber mitunter distributive Nebeneffekte. Selbst in ihrer rüdesten Periode hat sich die SPD nie von der Mitbestimmung distanziert – auch weil sie in ihr einen produktiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum sah.

Zweitens konzentriert sich das Konzept des *social liberalism* zu sehr auf die ideologische Ausrichtung der neuen Sozialdemokratie und lässt die Klassenrepräsentation unterbelichtet. Sozialdemokratische Parteien sind von ihrem Wesen her »kapitalistische Arbeiterparteien«, die die Arbeiterschaft in das kapitalistische System integrieren, aber gleichzeitig partiell an die Artikulation ihrer Interessen gebunden sind. Sie üben Hegemonie aus, indem »den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, dass sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet« (Gramsci 1991ff, 1566f).

In einer bestimmten Periode des Kapitalismus konnte das sozialdemokratische Modell die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften integrieren und hat langjährige Loyalitäten aufgebaut, die bis heute nachwirken. Das Konzept der Marktsozialdemokratie geht davon aus, dass – in rudimentärer Form – die SPD weiterhin eine kapitalistische Arbeiterpartei



Craig Hudson

ist, der Begriff *social liberalism* unterstellt, sie sei eine bürgerliche Formation. Nach der Wahlniederlage von 2009 versucht die SPD sich zu erneuern. Die Partei hat in zehn Jahren die Hälfte ihrer Wähler und fast ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, in fünf Jahren sechs Parteivorsitzende gesehen. Der jetzige Versuch der Erneuerung ist lediglich eine Kurskorrektur in Richtung Gewerkschaften, keine Neubestimmung der Sozialdemokratie. Die SPD hat keinen Begriff der Zukunft mehr, keine Idee von der guten Gesellschaft. In Godesberg hatte man sich vom Marxismus verabschiedet, aber das große Ziel – den demokratischen Sozialismus – noch im Blick. Jetzt hat man sich von den großen Zielen verabschiedet, aber auch keine mittleren im Blick, und es bleibt nur die Begradigung des Status quo.

POLITISCHE LOGIKEN DER LINKEN

In Der Linken kamen mit PDS und WASG zwei heterogene linke Parteiprojekte zusammen (Hübner/Strohschneider 2007). Parallel zur mitunter pragmatisch-sozialdemokratischen Politik in einigen Ost-Landesregierungen übte man in der PDS noch einen recht

orthodoxen sozialistischen Diskurs, der viele potenzielle Sympathisanten aus dem Westen abschreckte. Zudem gab es nur eine geringe Profilierung auf soziale, Beschäftigten- und Gewerkschaftsinteressen im Westen. Dies war das ausschlaggebende Moment für die Gründung der WASG. Sie begriff sich als in erster Linie sozialstaatliche, nicht unbedingt als sozialistische Formation. Während die PDS als ehemalige Staatspartei eine Kultur des Regierens oder Regieren-Wollens geerbt hatte, pflegten die gewerkschaftlichen Linken in Westdeutschland eine Kultur der Opposition (Schui 2005). Movens für ihren Parteiwechsel war nicht der Verrat der SPD am Sozialismus, sondern der am Sozialstaat. Daraus entsteht eine grundsätzliche Abneigung gegen eine Politik der Anpassung und der Kompromissbildung hinsichtlich sozialstaatlicher Strukturanpassungsprogramme.

In den Begriffen der Politikwissenschaft sind die Führungsgruppen der ehemaligen PDS, vor allem in den Ost-Landesverbänden, *Office-Seeker* (Harmel/Janda 1994; Koss/Hough 2006). Zentrales Ziel ist Regierungsmacht, um Reformen durchzusetzen; die programmatischen Grundsätze werden so angepasst, dass sie koalitionsfähig werden. Durch die Stärke im Osten ersetzt Die Linke dort funktional die Rolle der SPD als linke Volkspartei, die ihr historisches Erbe nicht wiederbeleben konnte.

Das hat auch zu programmatischen Entsprechungen mit sozialdemokratischem *Office-Seeking* geführt. So wollte man in Thüringen im Wahlkampf 2009 »sozial regieren«, und in Brandenburg ging der Eintritt in die Koalition mit der SPD mit so zahlreichen Zugeständnissen einher, dass am Ende ein Profil der Partei nicht mehr erkennbar war.

Die West-Landesverbände sind *Policy-Seeker:* Ihnen geht es zuerst um die Durchsetzung einer sozialstaatlichen Reformpolitik. In der Wahl der Mittel ist man offen und nicht vornehmlich auf Regierungsbeteiligung orientiert. Weder Regierungsbeteiligung, noch Opposition oder eine Politik der Systemtransformation sind ausgeschlossen. Auch wenn es in den politischen Konflikten häufig so erscheint, sind die beiden Quellparteien keine strukturell sich wechselseitig ausschließenden Parteiprojekte, verfolgen aber unterschiedliche Ansätze, die in scharfe Konflikte miteinander geraten können.[1]

Innerparteilich setzen sich die unterschiedlichen Grundierungen fort (vgl. den Beitrag von Hildebrandt in diesem Heft): Die stärkste Gruppierung der Parteirechten ist das »Forum Demokratischer Sozialismus« (FDS), in dem sich die Regierungsbefürworter v.a. aus Ostverbänden gesammelt haben, die die Partei als »linke Bürgerrechtspartei« aufstellen wollen. Neben der relativen Offenheit für Privatisierungen und einer Präferenz für einen ausgeglichenen Staatshaushalt wollen sie die prinzipielle anti-militaristische Position Der Linken zu Gunsten von UN-mandatierten Einsätzen verschieben. Das Feld der Außenpolitik wird als Nadelöhr für eine künftige Regierungsbeteiligung gesehen.

In den West-Landesverbänden sind vor allem die »Antikapitalistische Linke« (AKL) und die »Sozialistische Linke« (SL) stark. Erstere schließt die marxistischen und linksradikalen Teile der WASG sowie einige Kommunisten

aus der PDS ein, zweitere ist vor allem von linkssozialistischen und -keynesianischen Intellektuellen, Gewerkschaftern, ehemaligen Sozialdemokraten und einigen revolutionären Marxisten geprägt. In beiden Strömungen gibt es einen großen Anteil von Antikapitalisten, die in der Mehrzahl jedoch weniger das System revolutionieren wollen, sondern die Überwindung des kapitalistischen Systems als kumulatives Ergebnis von Reformpolitik und Reformkämpfen sehen. Insgesamt sind beide Strömungen noch nicht gefestigt und es gibt verschiedene Schnittstellen – vor allem in der SL – mit dem FDS.

Für Lafontaine trifft zu, was Franz Mehring über Paul Singer, Mitbegründer der SPD, schrieb: »Wie alle, die von der bürgerlichen Linken zur Partei gekommen sind, stand Singer auf der Seite, die man die ›radikale‹ zu nennen pflegt: wer der ewigen Nachgiebigkeit und Zugeständnisse überdrüssig geworden ist, wird immer gerechte Scheu empfinden, dies verfängliche Gebiet von neuem zu betreten« (Mehring 1963, 402).

Lafontaine ist vor allem ein *Vote-Seeker*, der eine radikale Rhetorik einsetzt, um mehrere Ziele gleichzeitig zu verfolgen: Die Stimmenanteile der Partei zu erhöhen, die SPD vor sich herzutreiben und damit sowohl einen Kurswechsel in der SPD von außen zu erzwingen, zu dem die linken Kräfte in der SPD (auch durch seinen Weggang) nicht die Kraft gehabt hätten. Innerparteilich integrierte Lafontaie die linken Teile der Partei im Westen, die seine eigene Machtbasis darstellen, und suchte den Konflikt mit den Regierungssozialisten in den Ost-Landesverbänden. Sein Konflikt mit den Ost-Landesverbänden war dabei sowohl ein prinzipieller als auch ein strategischer Streit. Strategisch sieht Lafontaine den Kurs der Ost-Verbände als Barriere für den langfristigen Erfolg der Gesamtpartei, weil er durch Regierungsbeteiligungen in Kombination mit Sozialkürzungen die Glaubwürdigkeit Der Linken gefährdet sieht. Der prinzipielle Konflikt berührt die Frage der linken Programmatik und Perspektive. Während die Regierungssozialisten zu größeren Kompromissen mit der SPD bereit sind, hat sich Lafontaine auf eine spezifische Politiklinie festgelegt, die er zur Bedingung für Regierungsbeteiligungen macht.

PERSPEKTIVEN UNTER BEDINGUNGEN DER PASSIVEN REVOLUTION

Die mangelnde Koalitionsperspektive auf Bundesebene, die ungeklärte Programmatik und der permanente Wahlkampf hatten den Differenzierungsprozess innerhalb der Partei nur aufgeschoben (Messinger/Rugenstein 2009). Seit der Bundestagswahl ist er in vollem Gange. Entscheidend für die Zukunft von der Partei Die Linke wird ihre Rolle und Positionierung hinsichtlich der Neuformierung der sozialen Klassenverhältnisse sein. Bislang ist sie das Produkt der Krise der Klassenrepräsentation durch die SPD und ein erfolgreiches Projekt der Neuzusammensetzung der Repräsentation des Bedürfnisses nach sozialer Gerechtigkeit – in einer Periode, in der die Spaltung von Kapital und Arbeit wieder an Bedeutung gewinnt (Nachtwey/Spier 2007; Nachtwey 2009b). Sie artikuliert den in der Bevölkerung vorhandenen Unmut, aber sie prägt ihn nicht nachhaltig, zeigt nur wenig Alternativen zur Krise des

Kapitalismus. Die Linke konnte durch einen Gerechtigkeitsdiskurs und einen vorsichtigen Keynesianismus *vor* der Krise die politische Agenda in der Bundesrepublik prägen und gewann stetig an Zustimmung bei den Wählern. Auch das Ergebnis bei der Bundestagswahl mit 11,9 Prozent war ein Erfolg, doch der Zugewinn von drei Prozentpunkten in einer Wirtschaftskrise, die in der Öffentlichkeit oft mit jener der 1930er Jahre verglichen wurde, ist verhältnismäßig gering geblieben. Die Krise hat zu einer Konstellation der »passiven Revolution« geführt (vgl. Gramsci 1991, 1243, 1727f). Forderungen der Opposition und der Gewerkschaften werden integriert, ohne dass sich die Herrschaftsverhältnisse in ihrer Substanz verändern. Die Konservativen haben jetzt schon mit ihrer nüchternen Konversion zum keynesianischen Etatismus Der Linken wichtige Distinktionsmerkmale genommen.

Derzeit fehlt der Partei eine kohärente Strategie und eine partizipatorische, massenbewegende Praxis, die sich an den Auseinandersetzungen in Folge der Krise beteiligt. Anfang 2010 stand sie ohne Programm, ohne politische Führung, die die Partei als Ganzes denkt, ohne Zentrum und ohne Flügel, die gelernt haben, miteinander zu kooperieren, ohne ihre Kanten zu verlieren, da. Ein Faktor für die strategische Lähmung ist das niedrige Niveau der sozialen und Klassenkämpfe, die durch staatliche Interventionen wie das Kurzarbeitergeld zudem künstlich niedrig gehalten werden. Auch die Gewerkschaften haben noch keine adäquate Antwort auf die Krise gefunden; noch ist offen, ob man mit wettbewerbskorporatistischen Strategien weiterfahren oder verstärkt zu konfliktorientierten Strategien greifen wird (Deppe 2009). Der Konflikt in der Partei verläuft entlang der Frage: Opponieren oder regieren? Die Frage ist falsch gestellt. Die Frage ist: *Wozu* opponieren oder regieren? Anpassung und Pragmatismus können eine Partei in eine Sackgasse führen, genauso wie in der linksradikalen, prinzipiellen Ablehnung von Kompromissen das Ausweichen vor den entscheidenden Konflikten steckt (vgl. Lukács 1967, Kap. 6). In der öffentlichen Diskussion wird immer zwischen den »radikalen« Verweigerern (»Fundamentalisten«) und den »realistischen« Pragmatikern unterschieden. Stattdessen wäre zu fragen, was heute »realistische« Politik für Die Linke bedeutet. Kann man an der Regierung tatsächlich die eigenen Ziele erreichen, zu mehr Emanzipation, Gleichheit und Aufklärung beitragen, oder wird man unter dem Druck der Verhältnisse mit in die Logik sozialpolitischer Austerität gezwungen?

Wie die SPD hat auch Die Linke keine Vision einer guten Gesellschaft, sie bleibt de facto im nationalstaatlich-keynesianischem Paradigma verhaftet (bei dem es sehr fraglich ist, ob es tragen kann) und zielt auf das sozialere Makro-Management eines Wohlfahrtsstaates, der unter die Mühlen des globalen Wettbewerbs gerät. Sie stellt sich nur ansatzweise Fragen der Transformation der ökonomischen Ordnung, der realen Demokratisierung der Wirtschaft und einer ökologischen Produktion. Regierungsmacht ist flüchtig, wenn sie nicht auf gesellschaftlicher Macht, auf Wiederaneignung des Sozialen und Wiedererlangung der Freiheitsrechte beruht. Gesellschaftliche Macht ist eine »assoziative Macht« (Dörre/

Nachtwey 2009), die auf der Mobilisierung von sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften, aber auch der Befestigung institutioneller Ressourcen beruht.

Doch der Blick zurück auf die Transformation zum Wohlfahrtskapitalismus kann die Perspektive verändern. Nahezu alle zentralen Institutionen des Wohlfahrtsstaates, die Unfall-, Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversorgung, wurden etabliert, als die SPD in der Opposition war. Als starke, selbstbewusste Organisation, die eine andere, gerechtere Ordnung anstrebte und von sozialen, vor allem ArbeiterInnenkämpfen begleitet wurde, fürchteten die Konservativen sich vor dieser mobilisierungsfähigen Gegenmacht so sehr, dass durch ihre vielen Zugeständnisse sie es schließlich waren, die den Wohlfahrtsstaat erschufen (vgl. Korpie 1983).

Als der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei sich 1875 zur SPD vereinigten, war die programmatische Ausrichtung zunächst desaströs, Marx' Zorn über das Gothaer Parteiprogramm legt ein eindrucksvolles Zeugnis hiervon ab (Marx 1875). Doch die ökonomischen und politischen Verhältnisse ließen die SPD in den Folgejahren sich zu einer marxistischen Partei entwickeln. Dies sollte nur eine historische Etappe der SPD bleiben, schon bald gewannen die revisionistischen Kräfte die Oberhand. Doch als sich die USPD von der Mehrheitssozialdemokratie 1917 ablöste, weilten unter ihr einige der Führer der alten SPD wie z.B. Rudolf Hilferding, Karl Kautsky und Eduard Bernstein. Die Führer gingen zur SPD zurück, die Mehrheit der USPD-Mitglieder schlossen sich mit der KPD zusammen. Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie zeigt, welche Dynamik Neuformierungsprozesse in Krisenzeiten entwickeln können.

LITERATUR

Esping-Andersen, Gøsta, 1985: *Politics against Markets. The Social Democratic Road to Power*, Princeton

Deppe, Frank, 2009: Die »große Krise« und die Gewerkschaften, in: *isw-Report* 78, München

Dörre, Klaus, und Oliver Nachtwey, 2009: Auf dem Weg zur Erneuerung – Organizing als politisches Instrument, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22 (4), 32–41.

Fühlberth, Georg, 2008: *»Doch wenn sich die Dinge ändern« – DIE LINKE*, Köln

Gramsci, Antonio, 1991ff: *Gefängnishefte*, Hamburg

Harmel, Robert, und Kenneth Janda, 1994: An integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: *Journal of Theoretical Politics* (6) 3, 259–287

Hübner, Wolfgang, und Tom Strohschneider, 2007: *Lafontaines Linke*, Berlin

Korpi, Walter, 1983: *The democratic Class Struggle*, London

Koss, Michael, und Dan Hough, 2006: *Between a Rock and many Hard Places – the PDS and Government Participation in the Eastern German Länder*, in: *German Politics* (15) 1, 27–52

Lukács, Georg, 1967: *Lenin – Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken*, München

Marx, Karl, 1875: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW Bd. 19, 1962, Berlin, 15–32

Mehring, Franz, 1963: *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Berlin

Messinger, Sören, und Jonas Rugenstein, 2009: Der Erfolg der Partei die LINKE. Sammlung im programmatischen Nebel, in: Felix Butzlaff u. a. (Hg.): *Patt oder Gezeitenwechsel?* Deutschland 2009, Wiesbaden, 67–94

Nachtwey, Oliver, und Tim Spier, 2007: Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Tim Spier u. a. (Hg.): *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?*, Wiesbaden, 13–69

ders., 2009a: *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*, Wiesbaden

ders., 2009b: Die Linke and the Crisis of Class Representation, in: *International Socialism Journal* 124, 23–36

Sabado, François, 2009: Building the New Anti-capitalist Party, in: *International Socialism Journal* 121, 143–152

Schui, Herbert, 2005: Gehört die deutsche Linke zusammen?, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 21.12.2005

1 Die unterschiedlichen politischen Logiken, die hier den Ost- und Westlandesverbänden zugeschrieben werden, sind insofern stilisierte Zuschreibungen, da kein Landesverband homogen strukturiert ist und in jedem Landesverband unterschiedliche Flügel miteinander ringen.

ZWISCHEN DEN STRÖMUNGEN

KONTROVERSEN IN DER PARTEI

CORNELIA HILDEBRANDT

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Partei Die Linke sind Ausdruck einer Entwicklungskrise. Die unübersehbaren Erfolge der Partei auf Bundes- und Landesebene konnten nicht genutzt werden, um die internen Aufgaben zu lösen. So bleiben wichtige Fragen der Parteientwicklung, der Strategie und Programmatik ungelöst. Das Ausscheiden von Lafontaine und Bisky aus der Parteiführung schuf ein Machtvakuum. Das Ringen um gemeinsame Positionen, vergleichbar der Erarbeitung der programmatischen Eckpunkte, trat in den Hintergrund. Kämpfe um den Einfluss auf Deutungsmacht und Ausrichtung der Partei prägen die Kontroversen. Welche inhaltlichen Differenzen und Interessenunterschiede stehen hinter diesen Auseinandersetzungen?

Die Linke wurde 2009 bei den Bundestagswahlen als gesamtdeutsche Protestpartei gegen die Agenda 2010 gewählt, als Partei, die für angemessene Löhne, die Sicherung

der Altersvorsorge und gute Bildungspolitik sorgen will. Sie wurde vor allem von Arbeitern, Arbeitslosen (jedeR vierte), Gewerkschaften und Rentnern gewählt. In den westdeutschen Bundesländern kamen ihre Wähler überdurchschnittlich oft aus den unteren sozialen Gruppen der Gesellschaft. Es sind insbesondere Männer mittlerer Jahrgänge mit eher mittleren oder niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen. In den ostdeutschen Bundesländern wird sie auch vor allem von Arbeitern, Arbeitslosen und Gewerkschaftern, aber fast ebenso vielen Angestellten, Beamten, Landwirten und vor allem Rentnern gewählt. Die Linke wird hier von Frauen ebenso zahlreich wie von Männern gewählt, ihre Wählerschaft hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse ist ausgeglichen. Sie ist also gesamtdeutsche Protestpartei der eher sozial Schwachen und zugleich im Osten linke Volkspartei, d.h. sie wird dort von allen sozialen Milieus gewählt und formuliert gleichermaßen ihre Politikangebote mit einem klaren Anspruch auf Regierungsbeteiligung. Im Saarland gibt es eine ähnliche Situation.

Dieses unterschiedliche Verständnis als Protest- oder Volkspartei ist innerhalb der Partei strittig: Das Konzept Volkspartei relativiere den Fokus auf die sozial Schwachen, es sei beliebig und widerspreche dem Verständnis der Partei als Klassenpartei der Erwerbstätigen und Erwerbslosen. Auf der anderen Seite grenze der Ansatz der Protestpartei der sozial Schwachen wichtige gesellschaftliche Wählerschichten aus, schreibe Die Linke als Oppositionspartei fest und verzichte auf eine parlamentarische Gestaltung als linke Regierungspartei. Letzteres werde von den Wähler/innen in den ostdeutschen Bundesländern erwartet und finde seinen Ausdruck in Wahlergebnissen von mehr als 20 Prozent. Sie ist dort »Kümmererpartei«. Die Linke ist im Osten stärkste oder zweitstärkste parlamentarische Kraft, in Berlin und Brandenburg in der Regierung. Weniger als 23 Prozent ihrer über 6300 Mandatsträger in Städten, Gemeinden und Kreisen kommen aus den westdeutschen Bundesländern.

Die Linke hat heute über 77000 Mitglieder und gewinnt als einzige Partei Neumitglieder. Ihre Sozialstruktur entspricht zunehmend den jeweiligen regionalen Wählergruppen, wobei der Anteil der Rentner in den ostdeutschen Landesverbänden noch immer dominiert. Sie verändert mit dem wachsenden Anteil der westdeutschen Mitglieder auch ihre Sprache und ihr Image. 2006 kamen fast 80 Prozent ihrer Mitglieder aus den ostdeutschen Bundesländern, 2009 sind es nur noch 63 Prozent. Ihre politische Ost-West-Gewichtung wurde bereits im Fusionsprozess der beiden Quellparteien WASG und PDS über Kooperationsabkommen ausgeglichen. Alle Gremien wurden Ost-West, PDS-WASG ausbalanciert zusammengesetzt, bis hin zum Delegiertenschlüssel der Parteitage, auch wenn die Delegierten aus den ostdeutschen Bundesländern etwa dreimal so viele Mitglieder repräsentierten wie ein Delegierter aus westdeutschen Landesverbänden.

Die Balance in den Führungsgremien der Partei und die hohe Autonomie der Landesverbände bestimmen noch immer den Umgang mit politischer und soziokultureller Hetero-

genität in der Partei. Das wurde besonders deutlich beim Rückzug von Lafontaine und Bisky, dem entstandenen Machtvakuum und den sich in dieser Zeit verschärfenden Auseinandersetzungen. Dem gewählten Parteivorstand gelang es zunächst nicht, die aufgebrochenen Kontroversen in der Partei produktiv zu machen, also die kultivierten Gegensätze und inhaltlichen Differenzen zur Partei- und Politikentwicklung in eine »entpolarisierte Pluralität« und konsensbildende Streitkultur zu überführen. Die Kämpfe wurden geführt, als ginge es nicht um ein gemeinsames Parteiprojekt und als sei die Frage der Kultur für ein emanzipatives Projekt zweitrangig. Die kulturelle Dimension der unterschiedlichen kollektiven wie individuellen Erfahrungen (auch derjenigen des Scheiterns), der Alltagspraxen, Traditionen und Lebensweisen, die sich zum Teil in Abgrenzungskulturen und habitualisierten Konfliktformen spiegeln, wurden unterschätzt. Das gilt ebenso für die divergierenden Interessenlagen der Beteiligten.

WIE KAM ES DAZU?

Eine Reihe organisationspolitischer Fragen des Parteiaufbaus und vor allem strategisch-programmatischer Entscheidungen wurden angesichts der bevorstehenden Wahlkämpfe zurückgestellt und beförderten Prozesse der Selbstorganisation auseinander treibender politischer Gruppen innerhalb der Partei, die v.a. durch ihre Führungsspitze zusammengehalten wurde. Die neuen Parteistrukturen boten Platz für unterschiedliche Diskurse, Projekte und konkrete Aktivitäten: gemeinsame Kämpfe gegen Hartz IV, für Mindestlöhne, zur Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten, für friedenspolitisches Engagement und in Kooperationen mit sozialen Bewegungen, vor allem gegen den G8-Gipfel. Divergierende Politik- und Organisationsverständnisse, diverse Politikstile, eine Vielfalt politischer Kulturen und kultureller Codes blieben nebeneinander bestehen – ebenso einander gegenüberstehende autoritäre sozialstaatsorientierte, kommunistische, trotzkistische, linkssozialistische und reformistisch-libertäre Gruppierungen.

Einige Gruppierungen entwickelten sich seit 2006 zu formalen Parteiströmungen mit eigener Satzung, Gründungsdokumenten, Webseiten, Veranstaltungen, Konferenzen und Sommerschulen. Damit änderte sich das Selbstverständnis: Sie wurden Akteure der organisierten Einflussnahme auf die Parteientwicklung und deren politische Ausrichtung. Inhaltlich unterschiedliche Positionen wurden polarisierend gegeneinander gesetzt. Auf dem Europaparteitag 2009 präsentierte sich die Partei kulturell als Kampfbund divergierender Strömungen. Anders der Parteitag zur Vorbereitung der Bundestagwahlen in Berlin 2009: Hier gelang es, sich gemeinsam als die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren und dies mit vier Kernforderungen zu untersetzen: »Weg mit Hartz IV«, Einführung gesetzlich garantierter Mindestlöhne, »Weg mit Rente mit 67« und »Raus aus Afghanistan«. Dennoch erreichte sie ihre Wählergruppen nicht gleichermaßen: In den früheren westdeutschen Hochburgen – z.B. den Universitätsstädten – blieb sie unter den Erwartungen. Die Linke verdankt ihre Erfolge auch den guten Ergebnissen der Landtagswahlen 2009

im Saarland und in Thüringen – erstmalig verband sich die Wahl der Partei mit einer Machtperspektive gegen Schwarz-Gelb. Das politische Dilemma bestand darin, dass »viele Genossen und Genossinnen eigentlich auf einen ganz anderen Schub gewartet haben: Den Schub von der ›Straße‹ als öffentliche Krisenreaktion«[1]. Die parlamentarische Stärkung ist aber bisher kein Ergebnis des außerparlamentarischen Widerstands. Sie ist verbunden mit einer Machtoption der Partei als Teil eines möglichen politischen Projekts zur Verhinderung von Schwarz-Gelb, ohne dass parteipolitische Voraussetzungen für ein positives rot-rot-grünes Projekt auf Bundesebene gegeben sind.

Gegenwärtig präsentiert sich Die Linke noch immer als gleichsam informelles Mehrparteienbündnis mit unterschiedlichen Organisations- und Politikverständnissen und konträren Vorstellungen über ihre Rolle und ihren Gebrauchswert. Ihre Vertreter beschreiben sie als antikapitalistisch oder kapitalismuskritisch, als Opposition zum Kapitalismus, zum Neoliberalismus bzw. zur neoliberal ausgerichteten Sozialdemokratie, zur Verteidigung des Sozialstaates oder als systemkritische Partei, die an den Emanzipationspotenzialen der bürgerlichen Gesellschaft anknüpfen will. Klassisch revolutionäre kommunistische, sozialstaatskonforme, trotzkistische, reformsozialistisch-transformatorische, bürgerlich-humanistische, spontaneistisch-gewerkschaftliche und emanzipatorisch-libertäre Positionen treffen aufeinander, zusätzlich geprägt durch die sehr unterschiedlichen politischen Hintergründe aus Ost und West.

Ihr Umgang miteinander entscheidet über den Charakter der Partei: Wird Andersdenken bloß an den Rändern der Partei geduldet oder als Teil pluraler Identität auch gegen allzu schnelle Gewissheiten gebraucht? Kaum reflektiert wird, dass innere Ab- oder Ausgrenzungs-, noch mehr Ausschließungsprozesse zugleich auf das gesellschaftliche Umfeld von Parteien wirken und neben parteipolitischer Verarmung auch zur Abschließung der Partei gegenüber wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen führen – bis hin zu ihrer Unfähigkeit, mit sozialen Bewegungen zu kooperieren (vgl. den Beitrag von Bernd Riexinger in diesem Heft). Pluralismus und Demokratie drohen leblos zur Fassade zu werden. Eine Partei kann nur als plurale Organisation mit einer Vielzahl von Anschlussmöglichkeiten und Öffnungen gesellschaftlich verankert sein.

Nun sind Strömungen nicht neu: Auch das Parteileben der PDS konnte sich auf diverse Gruppierungen stützen und musste ihre strategische Handlungsfähigkeit im Spannungsfeld fragmentierter Identitäten ausbilden – zwischen Altkommunisten aus Ost und West, Linkssozialdemokraten und ehemaligen Maoisten.

Die PDS stand vor derselben strategischen Option: pragmatisch »linkes Korrektiv« oder alternatives, systemüberwindendes Projekt zu sein. Heute stellt sich die Frage allerdings vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der SPD-Regierungsbeteiligung und des Scheiterns des marktradikalen Sozialliberalismus. Die Linke teilt ihre parlamentarische Oppositionsrolle mit SPD und Grünen, ein rot-rot-grünes Projekt existiert nicht.

WOFÜR ALSO STEHT DIE LINKE?

Sie präsentiert sich als Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden, u.a. mit ihrem 10-Punkte-Sofortprogramm nach den Bundestagswahlen. Ihre konkreten Forderungen beziehen sich auf die Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte, auf die Deprivatisierung und Re-Kommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, den Aus- bzw. Umbau des Öffentlichen Dienstes, auf die Rücknahme der Maßnahmen des Sozialstaats- und Demokratieabbaus, insbesondere der Hartz-Gesetze, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf sozial Schwache, auf die Demokratisierung der Wirtschaft durch Ausweitung betrieblicher Mitbestimmung und Belegschaftsbeteiligung. Alle diese Forderungen werden jedoch weder von der Gesamtpartei noch von ihren einzelnen Strömungen in ein alternatives Gesamtkonzept eingebunden und in konkrete Reformalternativen eines sozial-ökologischen Umbaus überführt. Dabei gehen auch die Vorstellungen über die Ziele gesellschaftlicher Entwicklungen auseinander, auch darüber, ob und wie eine Systemüberwindung angestrebt werden soll.

WAS SIND DIE KONKRETEN DIFFERENZEN?[2]

Sie beziehen sich auf Unterschiede der Kapitalismuskritik, auf die Gewichtung der zentralen Achsen gesellschaftlicher Konfliktlinien, die sich daraus ableitenden Zielgruppen, auf die konkreten Wege und Mittel gesellschaftlicher Veränderung, insbesondere der Eigentumsfrage, und die Frage der Regierungsbeteiligung.

Während die einen davon ausgehen, dass Reformen dem Kapitalismus nur in (Klassen)Kämpfen abgerungen werden können, verweisen andere auf die notwendige Weiterentwicklung bürgerlicher Institutionen und die Modernisierung der Verwertungsstrategien. Ausgangspunkt hierfür ist – vor allem für die Vertreter des Forums demokratischer Sozialismus (FdS) – die Überlegung, dass sich trotz der vorherrschenden Kapitaldominanz Bereiche herausbilden können, die nicht der Profitlogik unterliegen und daher unter veränderten hegemonialen Bedingungen Ansätze für alternative Herrschaftsformen bilden können. In einem transformatorischen Prozess könne diese überwunden werden. Das Ziel sei der Sozialismus als eine Gesellschaft, in der jede und jeder gleichen Zugang zu den Grundgütern für ein freies und solidarisches Leben habe. Freiheit ist darin Bezugspunkt sozialistischer Politik, Gleichheit wird als Maß der Teilhabe an Freiheitsgütern angesprochen.

Auf der Ebene konkreter parlamentarischer Politik fehlt jedoch die hier geforderte Verknüpfung von Ziel und Praxen, von Tagespolitik und gesellschaftlichen Alternativen, obwohl sich die Vertreter des FdS auf das strategische Dreieck beziehen, das linke Politik innerhalb und außerhalb der Parlamente mit sozialistischer Perspektive verknüpfen soll.

Aus der Sicht antikapitalistischer und kommunistischer Positionen muss die Systemfrage mit der Überwindung der »Vorherrschaft kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse« einhergehen. Insbesondere – so die »Sozialistische Linke« (SL) – müsse »die Vorherrschaft der großen und international operierenden Konzerne und

Carlo Carras



Fonds« überwunden und die demokratische Vergesellschaftung des Finanzsektors erreicht werden.[3] Dabei müsse die Partei auf außerparlamentarischen und parlamentarischen Widerstand und Zuspitzung gesellschaftlicher Kontroversen mit Unterstützung sozialer Proteste und Bewegungen orientieren.

Inhaltliche Differenzen ergeben sich auch aus der Gewichtung zentraler gesellschaftlicher Konfliktlinien: Vor allem antikapitalistische und gewerkschaftlich geprägte Positionen benennen den Konflikt zwischen »Kapital und Arbeit« als zentralen Konflikt, von dem sich weitere wie die Geschlechterverhältnisse und letztlich auch die Lösung der ökologischen Probleme ableiten. Dabei komme der sozialen Gestaltung und gerechten Verteilung der Erwerbsarbeit und anderer gesellschaftlich notwendiger Arbeiten die Schlüsselrolle zu. Gleichberechtigung der Geschlechter heißt vor allem gleichberechtigte Teilnahme an Erwerbsarbeit, gleiche Löhne, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. Linke Politik müsse in diesem Sinne klassen- und zugleich bewegungsorientiert sein. Im Unterschied hierzu betont die Emanzipative Linke (Emali) den Wert von individueller Freiheit als Voraussetzung für Emanzipation, darunter auch die Freiheit von entfremdeter Arbeit im Kapitalismus und das Recht auf ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Pluralität verschiedener Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen müsse zu einer Pluralität solidarisch-emanzipativer Kämpfe entwickelt werden. Es ginge um die Herstellung eines alternativen Mitte-Unten-Bündnisses, zu dem emanzipativ-solidarische Gruppen der sozialen und kulturellen Mitte gehören, bedrohte Mittelschichten und Kerngruppen der Lohnabhängigen, Arbeitslose oder prekär Beschäftigte, Ausgegrenzte, Migranten und Flüchtlinge. Die Geschlechterperspektive wird mit einer Pluralität von Lebensformen verbunden.

Auch die Vertreter des FdS gehen von der Pluralität zentraler gesellschaftlicher Konfliktlinien aus, verbinden diese jedoch primär mit der Notwendigkeit politischer, parteiübergreifender Bündnisse wie der Denkwerkstatt und dem Institut für solidarische Moderne, das gesellschaftlich offen auf ein rot-rot-grünes Projekt 2013 orientiert. Nur wird ein solches Projekt ohne die Unterstützung gesellschaftlicher Bündnisse keinen Richtungswechsel der Politik bewirken. Dieser jedoch müsste das Ziel eines rot-rot-grünen Regierungsprojektes sein.

Die Frage der Regierungsbeteiligung oder der Tolerierung von rot-roten oder rot-rot-grünen Koalitionen war von Anfang an strittig. Diese Frage beschreibt keineswegs einen Ost-West-Konflikt, ebenso wenig den Konflikt zwischen vermeintlich radikalen und reformerischen Strömungen. Die Position der hessischen Linken, eine rot-grüne Koalition unter Umständen zu tolerieren, wurde vom Landesverband mehrheitlich mitgetragen und bundespolitisch unterstützt. Der Wahlkampf der saarländischen Linken zielte auf Übernahme von Regierungsverantwortung, ohne dass es hierzu innerhalb der Partei ernsthafte Diskussionen gab. Auf Bundesebene wurde eine rot-rot-grüne Koalition 2009 an Bedingungen geknüpft, die wichtigste Forderungen der Linkspartei markierten, aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Keine Strömung lehnt die Beteiligung an Regierungen

oder die Tolerierung rot-grüner Regierungen grundsätzlich ab. Vielmehr werden Bedingungen formuliert und die Entscheidung an die Durchsetzung von Kernprojekten oder Kernforderungen gebunden. 2006 in Berlin waren das: keine Studiengebühren, keine Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Unterschiedliche Auffassungen gibt es dazu, ob und wie Haltelinien der Politik formuliert werden und wer über darüber bestimmen soll. Die »Antikapitalistische Linke« (AKL) fordert neben den bereits genannten: keine Kürzung von Sozialleistungen, konsequente Friedenspolitik, keine Ausgrenzung im Bildungswesen, keine Verschärfung der Grund- und Freiheitsrechte wie z.B. Abschiebungen. Insbesondere die SL fordert den Ausbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Um letzteres wird gestritten zwischen jenen, die die Haushalte der Länder kennen und in parlamentarischer Verantwortung stehen, und jenen, die befürchten, dass gerade unter dem Diktat der Haushaltsdisziplin das soziale Profil der Linken verschwimmt. AKL, »Kommunistische Plattform« (KPF) und Teile der SL warnen mit Verweis auf die Grünen immer wieder vor dem Verlust des friedenspolitischen Profils als Preis von Beteiligungen an (Bundes)Regierungen.

Ein ganz anderes Differenz- und Problembündel stellen die organisationspolitischen Fragen dar. Soll Die Linke basisnah und partizipatorisch sein, mit lokalen und bürgernahen Begegnungsmöglichkeiten, in denen die Partei eigene Kompetenzen entwickelt oder sich auf den Ausbau der parlamentarischen Verankerung konzentriert? Dahinter stehen auch unterschiedliche individuelle Erwartungen. Für viele steht die Partei für die gemeinsame Suche nach mehr Gerechtigkeit und/oder gesellschaftlichen Alternativen, für andere repräsentiert sie eine gemeinsame Geschichte oder ist Ort für gesellschaftliche wie gesellige Aktivitäten, für andere bietet die Partei die Möglichkeit beruflicher Karriere oder Einflussnahme, für andere ist sie auch Raum privater Lebensbewältigung. All dies organisationspolitisch zu bearbeiten ist schwierig. Die gesellschaftliche Verankerung einer Partei lässt sich nur umsetzen, wenn die Bedürfnisse der Einzelnen auch in der Partei selbst berücksichtigt bleiben, wenn es Räume zur Selbstbestimmung und Selbstorganisation gibt.

Diese Räume muss Die Linke für sich erfinden oder neu entdecken. Dafür darf Parteientwicklung nicht mehr nur als machtpolitisches Projekt alter und neuer Eliten, als Kampf der Strömungen betrieben werden, sondern muss als politisches, soziales und zugleich kulturelles Projekt verstanden werden. Die Aufgabe ist, die Gegensätze konstruktiv zusammenzuführen und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Dazu müssen die Stärken des jeweils anderen als Ressourcen der Partei zusammengeführt werden. Gleiches gilt für die vielfältigen Erfahrungen aus sozialen, gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kämpfen, unterschiedlichen Kulturen des Widerstands und widerständiger Praxen sowie die konzeptionellen Arbeiten in und im Umfeld der Partei.

---

1 Jörg Prelle, www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Prelle_BTW2009_Hessen.pdf.

2 Die Positionen wurden aus den programmatischen Dokumenten der jeweiligen Strömung zitiert.

3 Sozialistische Linke: realistisch und radikal, www.realistisch-und-radikal.de

DIE LINKE IN BEWEGUNGEN UND BÜNDNISSEN

BERND RIEXINGER

Im Bündnis *Wir zahlen nicht für eure Krise* ist die Partei Die Linke vertreten. Bei der Vorbereitung der Demonstrationen am 28.3.2009 in Berlin und Frankfurt war sie ein wichtiger Akteur. Die Rolle von politischen Parteien in solchen Bündnissen ist oft nicht geklärt – so auch hier. Das hat unter anderem historische Gründe. Geprägt durch die Zeit des kalten Krieges und ein extrem antikommunistisches Klima war es eher unüblich, dass linke Parteien anerkannter Teil außerparlamentarischer Bündnisse waren. Häufig wurde die Mitarbeit von Parteien ausdrücklich ausgeschlossen, teilweise auch, um eher sektiererische Kleinparteien abzuwehren.

In anderen europäischen Ländern war und ist es völlig üblich, dass die Führung der sozialistischen oder kommunistischen Parteien bei 1.-Mai-Demonstrationen oder Generalstreiks zusammen mit den Gewerkschaftsvorsitzenden in der ersten Reihe laufen. In Deutschland wurde diese Selbstverständ-

lichkeit höchstens den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern eingeräumt. Die Linke als zwischenzeitlich ernst zu nehmende politische Partei hat die Chance, diese traditionelle Beschränkung zu durchbrechen und selbst zu einem wichtigen Akteur der außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnisse zu werden. Sie muss es aber wollen. Das bisherige Engagement im Bündnis der Krisenproteste lässt durchaus noch Wünsche offen. Die Präsenz von Bundesvorstandsmitgliedern oder gewählten Abgeordneten ist eher die Ausnahme. Gleiches gilt für die aktive Mitarbeit von Landesverbänden. Die Partei hat mit dem Problem zu kämpfen, dass sie bei den Wahlen große Stimmenzuwächse erhielt, das Wachstum der Mitgliederzahlen und das Potenzial für politische Aktivitäten jedoch nicht im gleichen Umfang gestiegen ist. Außerdem kosten die für die Partei unvermeidlichen Wahlkämpfe viel Kraft und Energie.

Wenn Die Linke ihrem Anspruch gerecht werden will, Motor und Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung zu sein, muss sie sich deutlich mehr in diesen Bewegungen engagieren und in gesellschaftliche Bündnisse einbringen. Ebenso muss sie die Möglichkeiten zur Mobilisierung ihrer Mitglieder und von Teilen ihrer Wählerschaft besser nutzen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Auseinandersetzung mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und der Beteiligung an den Krisenprotesten zu. Auch wenn die derzeitige Situation äußerst unübersichtlich ist, die herrschende Politik durchaus raffiniert versucht, jeglichem Eindruck einer radikalen Sozialkahlschlagpolitik entgegenzutreten, müssen sich Die Linke, Gewerkschaften und andere linke Gruppen der sozialen Bewegung auf ein länger andauerndes Krisenszenario einstellen. Folgende Entwicklungen scheinen realistisch:

1 | Die Krise wird nicht so schnell in einen neuen sich selbst tragenden Aufschwung übergehen. Vielmehr wird es Jahre dauern, bis die Höhe des Bruttosozialproduktes von 2007 wieder erreicht ist. Weder von den Export- noch von den Binnenmärkten gehen größere Wachstumsimpulse aus.

2 | Die Folgen auf dem Arbeitsmarkt kommen 2010 verstärkt auf die Beschäftigten zu. Die Zunahme von Insolvenzen, der Rückgang der Aufträge und ein erneuter Rationalisierungsschub werden in manchen Regionen wie z.B. in Baden-Württemberg den Grad der Industrieproduktion senken, auf alle Fälle zur Vernichtung zahlreicher Arbeitsplätze führen.

3 | Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen kommen massiv unter Druck. Die Zunahme von Prekarisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse ist unübersehbar. Die Mitgliederhochburgen der klassischen Industriegewerkschaften werden kleiner.

4 | Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist durch eine enorme Zunahme der Staatsverschuldung erkauft worden. Manchen Ländern droht der Staatsbankrott, zumindest aber ein Zwang zu einschneidenden Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung. In Deutschland kündigt Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ein Kürzungsprogramm an, dessen Einzelheiten jedoch – wen wundert es – erst nach der NRW-Wahl bekannt gegeben werden. Obwohl jetzt noch mit Steuererleichterungen – insbesondere für

Erben und Hoteliers, aber durchaus auch für Durchschnittsverdiener/innen – der gegenteilige Anschein erweckt werden soll, wird die Mehrheit der Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentner/innen die Zeche letztlich doch bezahlen müssen, wenn sie sich nicht dagegen wehrt.

5 | Der Druck auf die öffentlichen Haushalte, insbesondere in Ländern und Kommunen, nimmt zu. Eine wachsende Zahl von Städten und Gemeinden kann keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Gleichzeitig wächst der Privatisierungsdruck. Wenn die öffentlichen Bereiche in die Krise hinein sparen, verschärfen sie diese, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die chronische und strukturelle, durch die Steuerpolitik der letzten 25 Jahre verursachte Unterfinanzierung der öffentlichen Hand nicht geändert wird, bleibt dieser nur die Entscheidung zwischen Pest und Cholera: Entweder weitere Verschuldung in Kauf nehmen oder sparen. Die Krise auf den Finanzmärkten ist keinesfalls beendet. Es drohen neue Gefahren. Verursacht durch die Billionen, die von den Industriestaaten in die Finanzmärkte gepumpt wurden, herrscht weltweite Über-Liquidität. Die Wachstumsprozesse sind zu gering, als dass diese Gelder in der so genannten Realwirtschaft profitabel angelegt werden könnten. Eine erneute Intervention der Staaten im Falle neuer Crashs ist jedoch aus zwei Gründen in Frage gestellt. Die Zinsen können nicht weiter gesenkt werden und die Staatsverschuldung kann nicht ohne weiteres in die Höhe getrieben werden. Gleichzeitig haben die Banken die toxischen Papiere, die in ihren Kellern lagern, längst nicht abgeschrieben.Dies deutet an, mit welchen Fragen und Auseinandersetzungen wir in den nächsten Jahren beschäftigt sein werden. Wenn es darüber hinaus stimmt, dass die Krise einen längerfristigen Zyklus des Kapitalismus beendet hat, werden wir es mit der Herausbildung einer neuen oder doch zumindest anderen Formation des Kapitalismus zu tun haben. Erfahrungsgemäß sind solche Formationsveränderungen mit mehr oder weniger heftigen gesellschaftlichen Kämpfen zwischen den Klassen und um die Rolle des Staates verbunden. In diesen Auseinandersetzungen werden die Kräfteverhältnisse neu definiert. Von entscheidender Bedeutung dürfte sein, wie sich die Gewerkschaften und die Linke (im weiteren Sinne) in diesen Auseinandersetzungen positionieren und eine zentrale Rolle spielen können.

INHALTLICHE PERSPEKTIVEN

Die inhaltlichen Perspektiven und Forderungen sind an anderer Stelle schon definiert und erläutert worden. In Kürze:

1 | Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Dabei geht es sowohl um die Lohnquote als auch um die Steuer- und Abgabenpolitik.

2 | Schutzschirm für Arbeitsplätze durch Erweiterung des Kündigungsschutzes, der Mitbestimmungsrechte (Vetorechte) der Betriebsräte, massive Arbeitszeitverkürzung, gesetzliche Mindestlöhne und Reregulierung der Arbeitsverhältnisse.

3 | Vergesellschaftung der Banken, Regulierung des Finanzsystems und öffentliche Kontrolle.

4 | Rückgängigmachung der Agenda 2010, Abschaffung von Hartz IV und Einführung einer Grundsicherung, Abschaffung der Rente mit 67, Einführung einer Bürgerversicherung und die Einbeziehung von Kapital- und Zinseinkommen zur Finanzierung der Sozialsysteme.
5 | Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.
6 | Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, Ausdehnung des öffentlichen Sektors und Ausbau der Beschäftigung in Bildung, Sozialem und Ökologie.
7 | Die Linke kann an vorhandene Vergesellschaftungsprozesse anknüpfen und sie mit der Zukunftsvorstellung eines demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsmodells verbinden. Von dessen Durchsetzung sind wir weit entfernt. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bereitschaft wachsender Teile der Bevölkerung, zumindest über die Nachteile des finanzgesteuerten Kapitalismus nachzudenken, erhöht. Daran kann Die Linke ansetzen und über Ursachen und Zusammenhänge der Krise aufklären.

Ohnehin ist der Vorteil einer politischen Partei, dass sie nicht, zumindest nicht in erster Linie, vom Auf- und Ab außerparlamentarischer Bewegungen abhängig ist. Sie kann mit ihren kontinuierlich arbeitenden Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesverbänden dauerhaft in die Gesellschaft hineinwirken, für Aufklärung und, wenn die Voraussetzungen vorhanden sind, auch für die notwendige Mobilisierung sorgen. Das setzt jedoch Analysefähigkeit, die Fähigkeit zur Entwicklung von Zukunftsperspektiven und Glaubwürdigkeit voraus. Dazu muss die Linke ihre Bedingungen für Regierungsbeteiligungen abklären und eine produktive Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Standpunkten führen.

REGIERUNGSBETEILIGUNGEN UND BÜNDNISFÄHIGKEIT

Lafontaine hat in seiner Neujahrsansprache darauf hingewiesen, dass es ein großer Irrtum ist, zu meinen, eine Partei müsse an der Regierung sein, um etwas zu erreichen: Die Beispiele der SPD in den 1950er Jahren und der Grünen in den 1980er Jahren belegen das. Als Gegenbeispiele nannte er die italienische Rifondazione Comunista, die in einem eher neoliberal ausgerichteten Linksbündnis während ihrer Regierungszeit dramatisch an Bedeutung und Wählerstimmen eingebüßt hatte. Die Haltelinien für Regierungsbeteiligungen sind keineswegs besonders revolutionär. Es sollte einer Partei, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt, keine besonderen Auseinandersetzungen abverlangen, sich gegen Personalabbau im öffentlichen Dienst, Tarifflucht, Sozialabbau und gegen Kriegsbeteiligungen auszusprechen – auch in Regierungen. Dass dem nicht so ist, zeigen sowohl die Praxis von Regierungsbeteiligungen als auch die Auseinandersetzungen darum.

Ein wichtiges Element für die Glaubwürdigkeit einer linken Partei hat Lafontaine nicht genannt: die Beteiligung an außerparlamentarischen Bündnissen und Bewegungen. Dabei verträgt es sich nicht miteinander, wenn Die Linke in Regierungen etwas anderes macht, als sie in diesen Bündnissen vertritt. Das meint nicht die generelle Ablehnung von

Regierungsbeteiligungen oder die Infragestellung notwendiger Kompromisse. Positionierungen gegen Sozialabbau oder Tarifflucht in Bündnissen nimmt jedoch niemand ernst, wenn man an deren Umsetzung beteiligt ist.

Kurt Tucholsky hat in den 1920er Jahren gesagt: »Die SPD meinte, sie wäre an der Macht, dabei war sie jedoch nur an der Regierung.« Wahrscheinlich wollte er ausdrücken, dass eine Gesellschaft nicht nur in Parlament und Regierung verändert werden kann, nicht allein im Überbau der Gesellschaft. Die Veränderung der ökonomischen und sozialen Basis geschieht in hohem Maße in den sozialen und politischen Kämpfen, in denen sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen immer wieder neu herausbilden. Am Beispiel des politischen Streiks kann dies ganz gut verdeutlicht werden. Einerseits hat die Linke die Forderung nach politischem Streikrecht aufgenommen und bringt diese ins Parlament in Form von Gesetzentwürfen ein. Gleichzeitig nehmen sich Gewerkschaften in der Praxis dieses Recht – wie bei der Rente mit 67 oder dem Aussperrungsparagraphen 116 –, indem sie dagegen streiken, oder, wie sie es formulieren, ihr Demonstrationsrecht während der Arbeitszeit in Anspruch nehmen. Die Partei Die Linke sollte diese Kräfte in den Gewerkschaften stärken.

BUNDESWEITE DEMONSTRATIONEN AM 12. JUNI 2010

Das Bündnis der Krisenproteste mobilisiert zum 12. Juni 2010 zu bundesweiten Demonstrationen. Bei der Vorbereitung dieser Aktivitäten könnte Die Linke eine wichtige und produktive Rolle spielen, sowohl innerhalb des Bündnisses als auch außerhalb. Lafontaine hat vorgeschlagen, die Frage »Wer bezahlt die Zeche der Krise?« zum zentralen Wahlkampfthema in NRW zu machen. Dabei geht es nicht darum, permanent in Kassandrarufe auszubrechen, sondern über die Vorhaben der schwarz-gelben Regierung, über die Entwicklung in den Betrieben und die Krisen›lösungs‹strategien des Kapitals aufzuklären und dem die eigenen Forderungen und Alternativen entgegen zu setzen.

Gleichzeitig sollte Die Linke ihre Mitglieder, Orts-, Kreis- und Landesverbände aufrufen, in den lokalen und bundesweiten Bündnissen mitzuarbeiten oder sogar zu deren Gründung aufrufen, wo es sie noch nicht gibt. Nicht, um die Bündnisse zu dominieren oder sie zu Wahlkampfzwecken zu benutzen. Die Partei könnte eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den verschiedenen Gruppen insbesondere in die gewerkschaftlichen Gliederungen hinein erfüllen. Es ist nicht zu unterschätzen, dass sie über den SDS und teilweise über Solid ein wichtiger Akteur bei den Bildungsstreiks geworden ist. Die Bereitschaft der Schülerinnen, Schüler und Studierenden zu Bündnissen mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften ist erfreulich groß. Es gibt gelungene Beispiele gemeinsamer Aktionen, sogar Streiks.

Die Partei Die Linke sollte ihren wichtigen Beitrag zum Erstarken der außerparlamentarischen Bewegung gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner innerhalb und außerhalb der Parlamente leisten.

UNKLARHEIT IM GRÜNEN KOALITIONSDENKEN

MICHAEL JÄGER

1 | Ich will in zwei Schritten darlegen, inwiefern es nahe liegt, dass die Grünen sich an einem rot-rot-grünen Bündnis beteiligen, inwiefern es aber nicht im Selbstlauf geschehen wird, sondern nur wenn Einwirkung von außen bei der grünen Selbstfindung hilft.

Das Programm der Krisenlösung, der grüne New Deal, braucht hier nicht vorgestellt zu werden (vgl. die Debatte in Luxemburg 1/2009, 141–59). Er steht in krassem Gegensatz zum Programm der Regierungskoalition. Deren Programm ist ein dreister Versuch, den Neoliberalismus in den entscheidenden Punkten fast vollständig aufrechtzuerhalten. Diese Politik wird als eine Art Neokeynesianismus verkauft: Man greift, um die Steuersenkungen zu finanzieren, zum »*deficit spending*«. Bei einem keynesianischen »deficit spending« allerdings würde das geborgte Geld in ein öffentliches Investitionsprogramm gesteckt.

Die Grünen denken keynesianisch im originären Sinn und verbinden dieses Denken

mit der Forderung, nicht irgendein Investitionsprogramm aufzulegen, sondern ein ökologisches. Umgekehrt wird die Eigenart ihres Programms noch klarer: Weil sie als ökologische Partei für eine Produktion mit ökologischem Gebrauchswert eintreten müssen, sind sie bei der Übersetzung dieses Ziels in ökonomische Sprache auf den Keynesianismus verwiesen und sagen denn auch, die Wirtschaftskrise sei eine Chance, endlich in den ökologischen Umbau einzutreten.

Was bedeutet das für ihre Bündnisoptionen? Hier gibt es innerparteiliche Debatten, an denen man sich von außen beteiligen sollte. Es müsste klar sein, dass die Politik von Union und FDP dem ökologischen und deshalb keynesianischen Programm der Grünen feindlich gegenübersteht. Dagegen wäre ein Kampf auf allen Ebenen angesagt. In der Öffentlichkeit kommt an: dass es den Grünen in Koalitionsfragen um weiter nichts als die Durchsetzung ökologischer Ziele gehe und man sich deshalb mal diesem, mal jenem Partner anschließe.

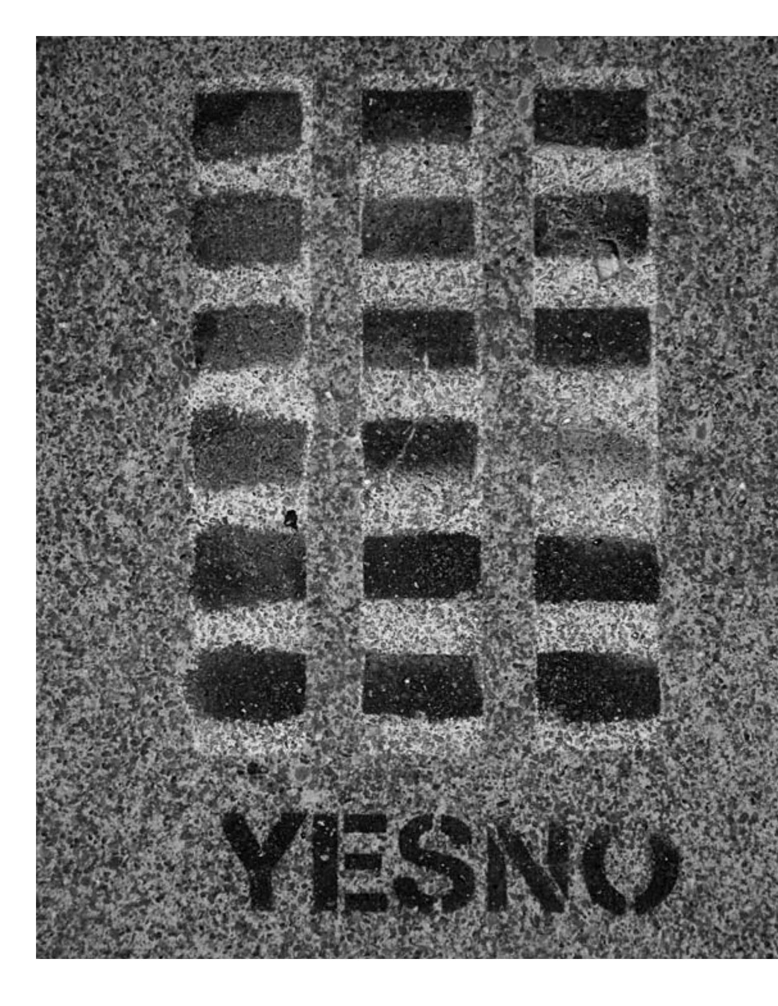
2 | Dies ist »an sich« ein vernünftiger Standpunkt, der von der Partei Die Linke akzeptiert, sogar gebilligt werden sollte. Der Unterschied zwischen SPD und CDU ist nun einmal nicht groß – weder an ökologischen noch an Kapitalismus-Fragen gemessen –, da kann man nicht so tun, als wäre ein Bekenntnis zur SPD die radikalere Option. Von hier aus erst lässt sich argumentieren, was in der konkreten Situation dagegen spricht: dass jetzt Weichen gestellt werden und man da mit der ökologischen Frage aufs Ganze zielen muss. Auf welcher Seite sind die Chancen größer, dass die ökologische Richtung eingeschlagen werden kann? Dies ist heute die einzige relevante Koalitionsfrage. Die Grünen wirken seltsam unfähig, die Eigenart strategischer Situationen zu erkennen. Als es richtig war, die CDU gegen die SPD auszuspielen, haben sie sich in die Gefangenschaft der letzteren begeben. Jetzt, wo es richtig wäre, nur Bündnispartner zu akzeptieren, mit denen zusammen man das radikal antiökologische Unions-FDP-Programm bekämpfen kann, entdecken sie die Vielfalt ihrer Optionen. Im Saarland reichte ihnen zur Ermittlung des Meistbietenden die Frage der Kohleförderung, die schwarz-gelbe Gesamtpolitik wurde ausgeblendet.

3 | Die Grünen denken keynesianisch; das schließt ein, dass sie marktwirtschaftlich denken. Im Unterschied zu anderen, die auch keynesianisch denken, betonen sie das laut. Sie propagieren seit einiger Zeit eine »grüne Marktwirtschaft«.

Hier könnte man zeigen, dass sie nur an der Ökologisierung des Kapitalismus mitwirken, der nun einmal marktwirtschaftlich verfasst ist. Sieht man sich ihr Marktprogramm an, hört man in Debatten hinein, so kommt man um die Feststellung nicht herum, dass eine Problematisierung des Sachverhalts »Kapital« vollkommen fehlt. Der verbreitete Glaube ist, das Kapital lasse sich durch Maßnahmen der Marktregulierung auf freie Unternehmerinitiative, korrekte Konkurrenz ohne Monopole und dergleichen bruch- und restlos reduzieren.

Wo sich Die Linke programmatisch allgemein äußert, denkt sie über die Marktwirtschaft hinaus. Was sie aber politisch konkret vorschlägt, setzt den Markt ebenso voraus, wie es die Vorschläge der Grünen tun. Mag sie oder ein Teil von ihr denken, das sei nur Umständen einer Übergangszeit geschuldet, es bleibt doch, dass sie marktwirtschaftliche Politik macht – sie stellt es nur nicht so in den Vordergrund. Die Frage ist, welche Konsequenzen die Kritik an der Kapitallogik hier und heute hätte, selbst wenn man ab 2013 die Regierungspolitik bestimmen könnte. Wollte man sie ehrlich beantworten, müsste man sich zum Markt bekennen. Man müsste, überspitzt gesagt, mit den Grünen um das treffendere Bekenntnis zum Markt wetteifern.

Die Grünen sind gewiss eine bürgerliche Partei geworden, das hat aber nichts mit der Marktfrage zu tun. Wir wollen die Frage der »Bürgerlichkeit« der Grünen jetzt näher betrachten.



flickr/aperte

4 | Wenn es die Grünen gar nicht gäbe, würden ihre Wähler die FDP wählen oder zwischen der FDP und den beiden großen Parteien, besonders der SPD, hin- und herwandern. Dass es sie aber gibt, ist von dem Umstand nicht zu trennen, dass es der SPD schon vor ihrer Gründung gelungen war, Teile des bürgerlichen Lagers für sich zu gewinnen (dies hatte sie zur »Volkspartei« gemacht). Als sich die Grünen gründeten, begann sich das Bündnis der SPD mit dem bürgerlichen Teil der eigenen Wählerschaft zu lösen.

Heute kann man die Grünen als diejenigen Bürgerlich-Liberalen begreifen, die durch die Schule der SPD gegangen sind, der sie erst angehörten und mit der sie dann, nach der Abspaltung, noch lange koaliert haben. Diese Schule haben sie jetzt verlassen. Sie bleiben aber, selbst wenn sie mit anderen Parteien koalieren, Sozialliberale und unterscheiden sich dadurch von der FDP. Jeder faire Blick auf ihre Programmatik und ihre parlamentarischen Initiativen muss zu diesem Ergebnis kommen. Hier soll es anhand ihrer jüngsten Bundesdelegiertenkonferenz gezeigt werden.

Alle im Parteivorstand vertretenen Strömungen haben sich durch ihre Stellung

zum Begriff der Bürgerlichkeit definiert. Ganz offensichtlich hatten sie sich im Vorfeld auf eine gemeinsame Haltung geeinigt, die als Hintergrund verschiedener Akzentsetzungen hervortreten sollte. So konnte man im gemeinsam vorgelegten Leitantrag lesen, die Grünen seien »links, freiheitlich und solidarisch« und sie lehnten »schwarz-gelbe Entsolidarisierung« ebenso ab wie »rot-roten Strukturkonservatismus«. Obwohl dann die Formel folgt, man bemühe sich um »Gestaltungsmehrheiten entlang unserer Inhalte«, wird doch sofort relativiert: »Eigenständigkeit heißt nicht Äquidistanz, denn bei allen Unterschieden bleiben die programmatischen Schnittmengen mit der SPD in wichtigen Feldern bis zum heutigen Tage am größten. Rot-Rot-Grün kann 2013 eine mögliche Option sein, wenn SPD und Linkspartei ihr Verhältnis zueinander klären.« Diese klare Ansage wird durch eine bemerkenswert kühle Stellungnahme zur saarländischen Jamaika-Koalition noch unterstrichen: »Wir respektieren diese Entscheidung, weil sie vor Ort gut begründet ist, auch wenn wir uns eine andere Möglichkeit sehr gut hätten vorstellen können.«

Auf dieser Basis hat Claudia Roth, die der Strömung der früheren Regierungslinken zuzurechnen ist, als Erste auf dem Parteitag die Frage der Bürgerlichkeit angesprochen, indem sie sagte, sie kämpfe nicht gegen, sondern um diesen Begriff, den sie als Übersetzung des »Citoyens« auffasst. Ansonsten wird in ihrer Rede sichtbar, auf welchen Kompromiss sich Linke und Realos geeinigt haben: Diese machen sich den Begriff einer »linken Mitte« zu eigen, jene sind dafür bereit, die Frage der Bündnisoption dennoch offen zu halten. So sprach Roth einerseits gegen Jamaika: 88 Prozent der Zugewinne bei den Wahlen seien von links gekommen, und grundsätzlicher: Rechts/links sei ein »Koordinationsrahmen, den es gibt«, da müsse man sich klar positionieren. Gleichwohl verweigerte sie andererseits mit den Worten »jetzt ist nicht 2013« die Koalitionsaussage.

5 | »Jeder in diesem Land ist ein Bürger«, sagte auch Renate Künast, und Cem Özdemir bemühte ebenfalls den »Citoyen«, fügte dann noch hinzu, dass die schwarz-gelbe Regierungspolitik »mit bürgerlichen Tugenden nichts zu tun« habe. Dass Özdemir sich in der Koalitionsfrage nicht festlegt, ist deutlich; bezeichnend, wie er die Bereitschaft der hessischen Realos zur Linkskoalition nicht grundsätzlich-programmatisch, sondern nur personalistisch mit den Worten interpretierte, man schließe zwar keine Koalition aus, aber Roland Koch habe man denn doch ausschließen müssen. Zur Politik des saarländischen Landesverbands sagte er einfach: »Das ist Basisdemokratie, liebe Freunde!« Es ist wohl kein Zufall, sondern hängt mit dem Theorem der »Gestaltungsmehrheiten entlang unserer Inhalte« zusammen, dass gerade Özdemir derjenige ist, der den »Konzeptpartei«-Charakter der Grünen am stärksten betont, was sonst aber auch alle anderen tun. Der Ausdruck will besagen, dass die Grünen sich als die »Denkfabrik« im Parteiensystem sehen. Bei einem Realo wie Özdemir rechtfertigt er verschiedene Bündnisse, insofern als es je nur darum geht, »das Konzept« in welcher Koalition auch

immer, unterzubringen. Er ist für alle Strömungen attraktiv, weil eine Rechtfertigung der bekannten grünen Nachgiebigkeit gegen Koalitionspartner darin zu liegen scheint: als ob sie stets nur Ideengeber sein und hinsichtlich dessen, was faktisch getan wird, ihre Hände immer in Unschuld waschen wollen.

Ungeachtet solcher Beliebigkeit lag aber gerade im Zusatzantrag der Realos, der von Sven Giegold, Tom Koenigs, Tarik Al Wazir und anderen unterzeichnet war, Entschiedenheit. Sie glauben es nicht nötig zu haben, ihre Bürgerlichkeit im sozialstatistischen Sinn hinter dem »Citoyen« zu verstecken. Das heißt, dass sie »sich selbstbewusst als modernes Bürgertum [verstehen], dem das eigene gute Leben wichtig, aber nicht wichtiger ist als die Chancen von Menschen, die weniger gute Startchancen haben« – mit anderen Worten: dass sie sich als Linke verstehen. Und so sagen sie es denn auch: Um die Position der Partei zu bezeichnen, könne man »viele Namen finden: linkes Bürgertum, bürgerliche Mitte«; vor diesem Hintergrund »schlagen wir vor, von der linken Mitte zu sprechen«.

Es ist bemerkenswert, dass ausgerechnet in diesem Antrag die grundsätzliche Linkswendung in Koalitionsfragen noch klarer, begründeter und glaubwürdiger erscheint als in den Stellungnahmen der früheren Regierungslinken. »Nicht jeder einzelne politische Konflikt wird heute anhand starrer politischer Lagergrenzen ausgetragen«, ist zwar der erste Gedanke, und wir lesen, dass am Ende der Inhalt entscheiden müsse, »sonst nichts«; »die Ausschließeritis muss ein Ende haben«. Das heiße aber nicht, »dass ›links‹ und ›rechts‹ als politische Orientierungsbegriffe völlig ausgedient hätten«. Wer diese Orientierung leugne, beziehe »in entscheidenden Gerechtigkeitsfragen und gesellschaftlichen Machtkämpfen keine Position«, und eine »Nicht-Aussage« wie »irgendwo dazwischen«, »in der Mitte« ohne klärenden Zusatz und dergleichen mehr »kommt daher für eine grüne Gerechtigkeitspartei nicht in Frage, weil sie«, die »Nicht-Aussage«, »im Kern soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zementiert, anstatt sie aufzubrechen«.

Wir können resümieren: Durch die Selbsteinschätzung der eigenen »Bürgerlichkeit«, durch die grundsätzliche Haltung zum Rechts-links-Koordinatensystem und auch durch ihr Programm zur Bewältigung der Wirtschaftskrise ist die Partei klar auf die Anstrebung einer rot-rot-grünen Regierungskoalition im Bund verwiesen.

Der scharfe aktuelle Gegensatz, in dem das grüne zum schwarz-gelben Krisenbewältigungsprogramm steht, müsste Jamaika-Koalitionen eigentlich auch in den Ländern ausschließen. Die Partei hindert sich aber durch ihr nur abstrakt richtiges Theorem der »Gestaltungsmehrheiten entlang unserer Inhalte« an der konsequenten Verfolgung einer solchen Linie. Mancher mag sich da fragen, ob die Linie nicht doch nur ein Vorwand ist. Doch diese Frage ist müßig. Es ist jedenfalls eine Richtung der Debatten vorgegeben, aus der die Grünen jetzt nicht mehr aussteigen können.

1 Endnote nach Zitat: www.gruene-partei.de/cms//presse/dokbin/310/310167.pressemappe_31_bdk@en.pdf

OHNE BEWEGUNG

OBAMA IN DER KRISE

HAROLD MEYERSON

Seit der Präsidentschaft Lyndon B. Johnsons hat noch jeder Demokratische Präsident, von Jimmy Carter über Bill Clinton bis hin zu Barack Obama, die Hoffnung auf eine neue Ära der Reform und Modernisierung geweckt. Die Gesetzgebungswellen der 1930er und 1960er Jahre waren kurze Phasen, in denen die amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend verändert wurden, hieraus speisen sich linke Hoffnungen noch heute.

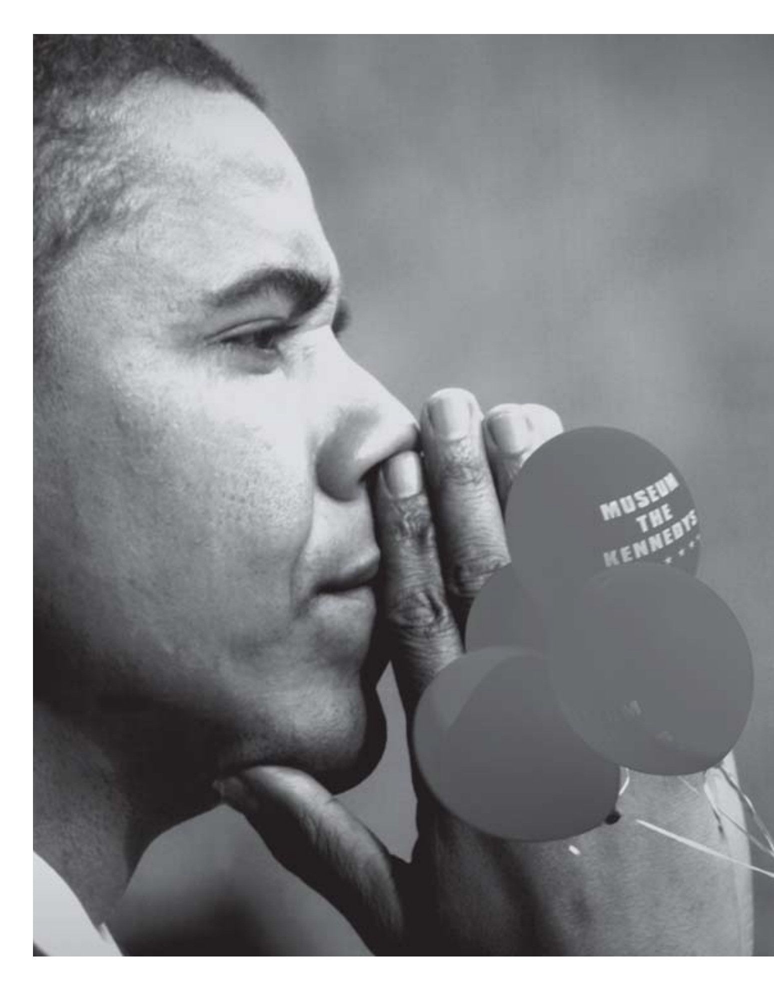
Die bekannten amerikanischen Historiker Schlesinger, senior und junior, haben die Theorie aufgestellt, dass die amerikanische Geschichtspolitik zyklisch verläuft: Einer Phase liberaler, fortschrittlicher Modernisierung folge eine Generation später die konservative Reaktion. Auch wenn die Linke diese Vorstellung als mechanistisch zurückgewiesen hat, so schöpft sie seit Johnson mit jedem neuen demokratischen Präsidenten, jeder mit großem Vorsprung ins Weiße Haus eingezogen, mit ganzem Herzen erneut Hoffnung, dass

diesmal alles anders wird, dass diesmal eine neue progressive Ära beginnt.

Und jedes Mal wurde sie aufs Neue enttäuscht. Auch wenn Carter und Clinton beide auf progressive Gesetzgebungen während ihrer Amtszeit verweisen können, so stellen doch viele Dinge, die sie erreicht haben, einen Abbau der gesellschaftlichen Errungenschaften der Roosevelt-Ära dar – sei es die Deregulierung des Verkehrswesens, Konsolidierung und Deregulierung des Finanzwesens, die Abschaffung der Sozialhilfe oder der Abschluss von Außenhandelsabkommen mit Niedriglohnländern.

Anders als seine Vorgänger Clinton und Carter hat Obama die Regierungsgeschäfte zu einem Zeitpunkt übernommen, an dem der Schwung des wirtschaftlichen Laissez-Faire am Ende war. Seine Reformvorhaben waren durch und durch ehrgeizig: Krankenversicherung für alle, Regulierung des Finanzwesens, Gesetzesvorhaben zum Klimawandel und ein Keynes'sches Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft. Doch mit dem Jahrestag des Amtsantritts wird deutlich, dass trotz der bevorstehenden, historisch einmaligen Gesundheitsreform keine progressive Reformära angebrochen ist. Wichtige Gesetzesvorhaben kommen nicht voran oder werden verwässert. Rechter Pseudo-Populismus sucht das Land heim. Die linke Basis ist demoralisiert. Die 30er und 60er Jahre sind das nicht!

Gründe für die Totgeburt der neuen progressiven Ära gibt es viele und sie sind weithin diskutiert worden. Das Ableben liberaler und gemäßigter Republikanischer Strömungen. Der Widerwille seitens einiger Regierungsmitglieder und demokratischer Kongressabgeordneter, die Banken in ihre Schranken zu verweisen, die immer größere Rolle des Geldes in der Politik, die Schwäche der Gewerkschaften, die Dysfunktionalität des Senats – die Liste der Mängel ist lang und bekannt. Aber es gibt eine Gemeinsamkeit der politischen Landschaft, in der sowohl Carter, Clinton als auch jetzt Obama ihrer Arbeit nachgehen: die Abwesenheit einer aktiven linken Bewegung.



Oliver Kreutzkamp

In der Zeit, in der Franklin D. Roosevelt Präsident war, waren Massenbewegungen von

Arbeitslosen präsent und organisierte Bauern verhinderten, teils bewaffnet, Zwangsräumungen, Massenstreiks brachten ganze Städte zum Erliegen, und neue, militante Gewerkschaften brachten Fabriken unter ihre Kontrolle. Sowohl Kommunisten als auch demokratische Sozialisten waren einflussreich genug, um die entstehenden Bewegungen zu beeinflussen und in vielen Wahlkreisen genug Druck auf der Straße zu entfalten, dass die Demokraten bei der Suche nach Wegen zur Bekämpfung der Depression gezwungen waren, linke Vorschläge zu berücksichtigen. Während der Präsidentschaft Johnsons gelang es der Bürgerrechtsbewegung, unter deren Führer namhafte demokratische Sozialisten wie Martin Luther King Jr. und James Farmer waren, eine ganz neue Form des Drucks von der Straße zu entfalten, der den Präsidenten und den Kongress sowohl nötigten als auch anstifteten, weit reichende Reformen zu verabschieden.

Fortschrittliche Reformen bedürfen in Amerika nicht allein einer fortschrittlichen Regierung, es bedarf autonomer, kraftvoller Massenbewegungen, an deren Spitze in der Regel Leute stehen, die sich innerhalb des progressiven Spektrums links oder noch links davon verorten. Solche Bewegungen gab es weder während der Präsidentschaft Carters noch während der Clintons.

Obama hat die Wahl auf gänzlich neue Weise gewonnen, 13 Millionen Menschen unterstützten seinen Wahlkampf. Doch bisher hat Obama es abgelehnt, die Menschen auf diesen Unterstützerlisten für die Durchsetzung seiner Gesetzesvorhaben zu mobilisieren. Sie könnten Druck auf Abgeordnete der Demokratischen Partei ausüben, die den Reformprojekten ihre Zustimmung verweigern oder sie aufhalten. Die Aktivierung der Unterstützer hätte sicherlich ganz eigene Probleme verursacht: Anders als Roosevelt und Johnson, die aus der unabhängigen außerparlamentarischen Bewegung Unterstützung ziehen konnten, müsste Obama sich für jede ausgefallene Strategie seiner Unterstützer rechtfertigen. Ohne eine starke unabhängige Bewegung und ohne eine Heerschar loyaler Obama-Anhänger sieht sich der Kongress nicht unter Druck, die Vorhaben Obamas voranzubringen.

Die Entstehung einer sozialen Bewegung bleibt immer etwas rätselhaft. Die Rechte in den USA war im vergangenen Jahr sehr erfolgreich damit, eine Bewegung aufzubauen, die kein positives Programm hat, aber Ängste und Empörung von Millionen von Amerikanern hinter sich versammelt.

Dem rechtsradikalen Fernsehmoderator Glenn Beck ist dies in nur wenigen Monaten gelungen. Warum gelingt es linken Talkshow-Moderatoren wie Rachel Maddows oder Keith Olbermann nicht, etwas Vergleichbares zu schaffen und eine Bewegung für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm oder gegen den Bankensektor organisieren? Vielleicht ist es dafür schon zu spät, aber ohne Druck von der Straße, ohne Unterstützung einer breiten sozialen Basis wird die Regierungszeit Obamas eher der Carters oder Clintons gleichen, als der Roosevelts oder Johnsons.

Aus dem Amerikanischen von
Catharina Schmalstieg

PARTEI IN DER KRISE

CHANCEN FÜR EINE RIFUNDAZIONE?

MIMMO PORCARO

Die große Krise veränderte seit dem Herbst 2008 die Beziehungen zwischen den Produktivkräften und der Umwelt, zwischen den sozialen Klassen und den Ländern der Welt. Insbesondere der enorme Anstieg von öffentlicher Verschuldung infolge der Regierungsmaßnahmen, die das Finanzsystem retten und die Produktion stärken sollten, hat – weltweit – das Verhältnis von Staat und Kapital gewandelt. Es ist ein Regime entstanden, das als »politischer Kapitalismus« bezeichnet werden kann.

Zwar hat der Staat auch in der neoliberalen Phase eine entscheidende Rolle gespielt: mittels »Deregulierung« und direkten Eingriffen in einige strategische Sektoren. Die aktuelle Politik ist aber nicht nur als Fortsetzung und Intensivierung zu verstehen, sondern als qualitativer Sprung. Das zeigt der Autonomieverlust der Zentralbanken gegenüber den Regierungen wie auch die Quasi-Verstaatlichung eines Großteils der internationalen Finanzinstitutionen. Zwei Faktoren erschweren das

Verständnis der Diskontinuität: Die Nutzung öffentlicher Ressourcen durch private Finanzinstitutionen verleitet viele zur Einschätzung, nichts habe sich verändert, weil »immer die Gleichen entscheiden«. Und die unvollendete politische und ökonomische Vereinigung Europas erweckt den Anschein, dass keine ›europäischen Schulden‹ gemacht werden, das Verhältnis von Ökonomie und Politik entsprechend unverändert ist. Der Einfluss des privaten Finanzwesens auf die Regierungen ändert nichts daran, dass sich das Finanzsystem ohne die politischen Entscheidungen zur Erhöhung der öffentlichen Schulden und der Geldmenge nicht hätte halten können. Dass es keine europäischen öffentlichen Schulden gibt, zeigt lediglich, dass Europa (und besonders Italien) nicht in der Lage ist, sich der Herausforderung der Veränderungen zu stellen. Es läuft damit Gefahr, ein zweitrangiger Akteur in der ökonomischen und geopolitischen Neuordnung zu werden.

Auch die Politik der Bewegungen gegen den Neoliberalismus muss sich wandeln – und mit ihnen ihre Organisationsform (und die der mit ihnen verbundenen Parteien), ohne dass die Neuerungen der vergangenen Jahre aufgegeben werden. Zu den fruchtbarsten Neuerungen, die aus dem Zusammentreffen der (globalisierungskritischen) Bewegungen (»eine andere Welt ist möglich«) und klassischen marxistischen Parteien entstanden sind, gehört die Idee der *partito connettivo* (Partei als »verbindendes Gewebe«). Sie sollte die Vorstellung der klassischen Massenpartei überwinden, die zumindest im kapitalistischen Westen an ihr Ende gelangt war. Dies ist Ergebnis der Entwicklungen seit den 1960er Jahren, in deren Verlauf politische Sozialisation zunehmend außerhalb der Parteien stattfand: in Bewegungen, Vereinen, Gewerkschaften, in Zusammenschlüssen rund um die Informationstechnologie. Diese lösten sich zunehmend von den Massenparteien und forderten eigene, spezifische Politiken ein – teils bezogen auf Teilbereiche, manchmal grundlegend, manchmal als Ausdruck einer Kritik der Politik als solcher. Viele sahen nicht so sehr das Konzept der Massenpartei an sich als Ursache für ihre Entfernung von der Gesellschaft, sondern ihre Professionalisierung und Einbindung in den Staatsapparat. Entsprechend wurde die Lösung im Wiederaufbau neuer »wahrer« Massenparteien gesehen.

Doch die Ursachen der Krise der Parteiform sind struktureller Natur: Sie hängen mit den veränderten Beziehungen der Einzelnen zur Politik zusammen und mit der Veränderung der »Zusammensetzung der Klasse«. Die gesellschaftlichen Konfliktpunkte und das zur Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft notwendige Wissen haben sich vervielfältigt. Das typische »politische Wissen« der Massenpartei (kollektive Mobilisierung für allgemeine Ziele, Wahlkampf, *top-down*-Entscheidungen, Regierung und Verwaltung) kann diese Vervielfachung nicht mehr beherrschen. Sie führt zu Spezialsprachen und Mobilisierungen, die als Ein-Punkt-Bewegungen zumindest beginnen. Durch die Krise des sozialdemokratischen Projekts (und der Projekte, die sich links von ihm verortet haben) verstärken sich die Effekte.

Die Massenpartei präsentierte sich als einziger Träger politischer Relevanz, sammelt die Aktiven in einer vertikalen Struktur und schlägt ihnen eine Aktion vor. Sie zielte fast ausschließlich auf die Transformation des Staates »von innen«. Mit den oben skizzierten gesellschaftlichen Veränderungen musste dieses Konzept in die Krise geraten.

Die Anhänger der Idee des *partito connettivo* stellen diese Veränderungen in Rechnung. Sie leiten davon nicht ab, dass die Partei mit ihren Funktionen überflüssig sei: kulturelle und theoretische Ausarbeitung, soziale Analyse, politische Führung, Sozialisierung der Massen usw. Doch diese Funktionen sind auf eine Vielzahl verschiedener Subjekte verteilt (Vereine, Zeitungen, Bewegungen, intellektuelle Gruppen, Gewerkschaften und Arbeiterkollektive und auch Parteien im eigentlichen Sinn). Die *partito connettivo* ist die Vereinigung dieser unterschiedlichen Subjekte in Formen, die die bestehenden Unterschiede nicht beseitigen wollen – gerade die Vielfalt der politischen Akteure, die für die Massenpartei von Nachteil war (da sie ihre Tendenz, sich alle Formen politischer Aktion einzuverleiben, behinderte), stellt für die *partito connettivo* eine Ressource dar, die es erlaubt, in Bereiche der Gesellschaft vorzudringen, die keine Partei mehr alleine erreichen würde.

Die Idee der *partito connettivo* beschränkt sich darauf, ein Problem zu benennen, das unterschiedlich gelöst werden kann: durch ein loses und flexibles Netzwerk; oder es entwickeln sich Netzwerkknoten mit größerer Bindekraft. Die Vielfalt kann in einer Partei aufgenommen werden, die – formal einheitlich – so organisiert ist, dass verschiedene Formen von Teilhabe, Aktivität und Dissens vorgesehen sind. Oder sie kann die Form eines Zusammenschlusses von Parteien, Vereinen und Bewegungen annehmen. Schließlich kann die Bezeichnung *partito connettivo* dem Gesamt der verbundenen Subjekte zustehen, oder der Partei, die die Aufgabe der Verbindung übernimmt.

Die *partito connettivo* ist im Kontext der Globalisierungskritiker entstanden, der viele Fortschritte ermöglicht hat – Entwurf einer demokratischen Alternative zum Kapitalismus, Erarbeitung partizipativer Mechanismen innerhalb der Organisationen, Aufbau einer Form des Dialogs bei der Gestaltung von Unterschieden. Aber er hat auch Grenzen.

Diese Grenzen liegen in drei Vorstellungen, die sich als falsch erwiesen haben:

1 | Die Autonomie der Vereinigungen und der Parteien gegenüber dem Staat sei durch wohlklingende Erklärungen und ihre »Bewegungszugehörigkeit« garantiert;

2 | die Bewegung der Bewegungen sei Ausdruck der Bevölkerung; vielmehr repräsentiert sie nur eine »Elite« der Bevölkerung, die Zeit und Ressourcen besitzt, »uneigennützige« Organisationen zu gründen;

3 | die gesellschaftliche Veränderung bestehe in fortschreitendem und linearem Anwachsen einer Bewegung, die nach und nach dem Staat (und dem Kapital) Ressourcen entzieht und sie der Gesellschaft zuführt. So erscheint eine eigenständige alternative Konzeption von Regierung zu erarbeiten als nicht notwendig, weil man Regierungen ablehnt und sie mittels der eigenen – angenommenen – Beziehung zu den Massen »durchqueren« zu können glaubt.

In der letzten Mitte-Links-Regierung zeigten sich diese Grenzen folgenschwer. Die »verbindende Partei« war schwach. Ich beziehe mich hier nicht auf die gescheiterte Regenbogenlinke *Sinistra Arcobaleno* (die nur ein Wahlbündnis bereits gescheiterter Parteien war), sondern auf den informellen politischen Pakt, der Rifondazione Comunista und die Bewegungen zu Beginn der Regierungsperiode verband. Ohne genaue Strategie und realistische Analyse der Regierungskoalition hat dieser Pakt zu einer Niederlage geführt und sich aufgelöst. Die Partei war nicht in der Lage, die Forderungen der Bewegungen »zu bündeln«, und war in einem bisher ungekannten Maße desorganisiert und innerlich zerrissen. Statt den Konflikt mit den neoliberalen Kräften in der Regierung zu suchen, haben sich die Bewegungsakteure fast ausschließlich auf *lobbying* und »Kooptierung« verlegt. Der schwächste und größte Teil der Bevölkerung hat sich zunehmend von der Partei, den Bewegungen und der Regierung abgewandt. Es war, als hätte das Bündnis, das die italienische »verbindende Partei« sein wollte, alle Nachteile (fehlende Koordination, ideologische Unbestimmtheit, programmatische Unsicherheit) ohne ihre Vorzüge vereint.

Die Krise verändert alles, auch die Konstellation, in der die Idee der »verbindenden Partei« entstanden ist. Die Regierung (auch die nationale) nimmt an Bedeutung zu, da sie die großen Finanzressourcen mobilisiert und konzentriert. Jede »Streuung« der Ressourcen und der Macht nach unten ist nur möglich, wenn es gelingt, das »hohe« Entscheidungsniveau zu besetzen und zu transformieren. Keine politische Partei ist glaubwürdig, wenn sie nicht über einen eigenständigen, konkreten Regierungsvorschlag verfügt, der sofort umsetzbar ist (und das schon in der Opposition).

Das Verhältnis von Regierung und Gesellschaft entfernt sich vom Modell der pluralistischen *governance* (das auf dem politischen Dialog basiert) und verwandelt sich in eine Mischung aus Lobby-Verhandlungen (die die großen Unternehmen bevorteilen) und Neo-Korporatismus (der die großen Interessenverbände privilegiert). Der Einfluss der NGOs schwindet. Angst und Arbeitslosigkeit schwächen breite Schichten. Besonders in den Ländern mit ungenügendem Wohlfahrtsstaat werden die unteren Klassen gedrängt, sich dem Schutz der Regierung zu unterstellen; das fördert Autoritarismus und Populismus.

In dieser Situation muss die Partei der subalternen Klassen und der antagonistischen Bewegungen ihre Fähigkeit zur Führung mit Blick auf Regierungsübernahme entwickeln. Dafür muss sie von Führungskräften gebildet werden, die in den grundlegenden Fragen des Landes kompetent sind. Sie muss in der Lage sein, möglichst viele partikulare und veränderbare Ziele so in Einklang zu bringen, dass die Kräfteverhältnisse zum eigenen Vorteil verändert werden können.

EINE NEUE SOZIALE PARTEI

Die Partei muss sich in eine »soziale Partei« wandeln, d.h. mit größter Sorgfalt demokratische Verbände genossenschaftlicher Art auf den Weg bringen, die in der Lage sind, die unmittelbaren materiellen Bedürfnisse der Masse von Benachteiligten zu befriedigen.

Diese Vereinigungen unterscheiden sich von den klassischen NGOs, weil sie ökonomische Vereinigungen gegenseitiger Hilfe darstellen, die in der Lage sind, die Abhängigkeit breiter Schichten von den Regierungen (und vom Populismus) zu mindern und so Voraussetzungen für einen möglichen gesellschaftlichen Konflikt schaffen können. Dabei unterscheidet sich die »soziale« und »führende« Partei nicht grundsätzlich von der »verbindenden Partei«. Politische Führung, Sozialisation und Vergesellschaftung kann nur von einer derartigen »verbindenden Partei« garantiert werden.

Aktuell verfügt keine politische Partei und keine Parteiengruppe über das Ansehen und die Kompetenz, die politische Führung alleine auszuüben. Dies kann nur durch eine parteienübergreifende Gruppe gewährleistet werden, die sich aus Parteikadern, aber auch Gewerkschaften, Bewegungen und Verbänden zusammensetzt. Wie es die Idee der »verbindenden Partei« vorsieht, muss die Führungsgruppe plural sein. Sie darf sich nicht darauf beschränken, sprachlich und kulturell zu verbinden, sondern muss strategisch und taktisch Kräfte bündeln. Zudem können die genossenschaftlichen Institutionen, wenn sie breit wirksam werden sollen, nicht wie Vorfeldorganisationen der alten Massenpartei konzipiert sein. Vielmehr müssen sie autonom und ideologisch nicht festgelegt sein. Neue Formen demokratischer Vergesellschaftung können nur gefunden werden, wenn sich die demokratische »Elite«, die Begründer der globalisierungskritischen Bewegung, mit den breiten, ausgegrenzten Schichten verbinden. Die »soziale« und »führende« Partei bricht nicht mit den grundlegenden Vorstellungen der »verbindenden Partei« (soziale Heterogenität, sprachliche Vielfalt, Pluralität der Akteure), sondern entwickelt sie weiter. Die »verbindende Partei« beschränkte sich darauf, verschiedene Subjekte in Beziehung zu setzen, in der Annahme, dass ihr ständiges Wachsen genüge, um die Macht zu zerstreuen und zu dezentralisieren. Die »soziale« und »führende« Partei hingegen ist sich bewusst, dass die Regierungsübernahme qualitative Sprünge und Brüche in den Kräfteverhältnissen erfordert. Sie benennt gesellschaftliche Adressaten (die genossenschaftliche Vereinigung der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten) und erarbeitet programmatisch, strategisch und taktisch stimmige Ziele.

Wirklich ändern muss sich nicht so sehr die Vorstellung der »verbindenden Partei« oder die ihr zu Grunde liegende Analyse, sondern die abstrakte Art, in der Probleme angegangen werden. Wenn wir eine Parteiform aus einer bestimmten Gesellschaftsform ableiten, versuchen wir nur, uns der Gesellschaft anzupassen – ohne dass das wirklich gelingt. Dabei wird vergessen, dass die Anziehungskraft einer Partei nicht nur von ihrer Form, sondern vor allem von ihren Ideen abhängt. Die Partei ist nicht nur eine Organisation, sondern eine Idee, die Organisation wird. Vielleicht zwingt uns die Krise endlich, zuerst zu definieren, welche Gesellschaft wir aufbauen und für welche Ideen wir kämpfen wollen. Und erst danach die Partei zu formen, mit der wir das tun wollen.

Aus dem Italienischen von Uwe Michel

WIDERSPRÜCHE LINKER REGIERUNGEN

IM ANGESICHT DER ZIVILISATIONSKRISE

EDGARDO LANDER

Die Zivilisationskrise und die Grenzen, an die der Planet geraten ist, erfordern radikale Alternativen zum Paradigma des Fortschritts und der Ausbeutung der Natur. Eine antikapitalistische Perspektive ist unerlässlich. Die kapitalistische Akkumulationslogik erzwingt eine ständige Expansion des Kapitals in neue Gefilde; der Prozess kapitalistischer Landnahme erfolgt durch die Aneignung neuer »Ressourcen«: Energieträger, Märkte und Arbeitskräfte. Dieses Modell grenzenlosen Wachstums ist mit menschlichem Leben auf diesem Planeten nicht länger vereinbar. Doch Antikapitalismus allein reicht nicht aus. Obwohl Kapitalismus das wirkmächtigste historische Beispiel für die Ausbeutung einer Gesellschaft, für ungehemmtes Wachstum und die Vernichtung der Lebensgrundlage darstellt, wirkt diese Logik über den Kapitalismus hinaus. Das sowjetische Beispiel hat gezeigt, dass auch eine Gesellschaft ohne Privateigentum entwicklungszentriert, produktivistisch und räuberisch sein kann.

Wir können »Gesellschaft« nicht länger als etwas von der »Natur« getrenntes denken und wir können nicht länger eine Haltung der Wirtschaft akzeptieren, die die materiellen Grundlagen der Produktion ignoriert. Damit stehen wir vor allem vor der Krise eines Erkenntnismodells, das den Anspruch auf Universalität, Allgemeingültigkeit und Totalität erhoben hat und mit dem die Menschheit durch Vergegenständlichung und Verdinglichung die Welt sowohl erschaffen als auch zerstört hat.

Die verschiedenen Gesellschaftsentwürfe, die eine kritische Alternative enthalten, sind widersprüchlich und lassen sich nicht auf einer simplen Links-Rechts-Achse eintragen. Es gibt wie im Iran radikal antiimperialistische Projekte, die ge-

sellschaftlich konservativ, undemokratisch und zutiefst patriarchal sind. Chinas Transformationsprozess trägt dazu bei, die unipolare Weltordnung der Hegemonie der USA zu untergraben, reproduziert aber zugleich die kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse in ihrer krudesten Form. Zugleich lassen sich gesellschaftliche Demokratisierungsprozesse ausmachen, die Gleichberechtigung, populare Organisationsformen und eine Ausweitung der Mitbestimmung beinhalten, ohne dabei das hegemoniale Zivilisationsmodell oder die Dichotomie von Gesellschaft und Natur in Frage zu stellen.

In welchem Maße entwickeln die so genannten linken oder »fortschrittlichen« Regierungen Lateinamerikas Alternativen zum kapitalistischen Zivilisationsmodell und seinem Verhältnis zur »Natur«? Die Integration Lateinamerikas in den Weltmarkt folgt seit der Kolonialzeit einem Modell der Arbeitsteilung, in dem Mittel- und Südamerika Primärgüter produzieren. Dieses Produktionsmodell basiert auf der Ausbeutung »natürlicher Ressourcen«. Im Zuge des politischen Wandels des letzten Jahrzehnts haben sich keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Die Daten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC) zeigen in dieser Hinsicht keine signifikanten Unterschiede zwischen rechten und linken Regierungen. In den meisten südamerikanischen Ländern ist der Anteil des relativen Werts des Exports von Rohstoffen am Gesamtexportvolumen gleich geblieben oder hat sich sogar erhöht.

Entwicklung des Exports von Primärgütern in Südamerika gemessen am Anteil am Gesamtexportvolumen (in Prozent)

Land	1995	2000	2004	2005	2006	2007
Argentinien	66,1	67,5	71,2	69,3	68,2	69,0
Bolivien	83,5	72,3	86,7	89,4	89,8	91,9
Brasilien	46,9	42,0	47,0	47,3	49,5	51,7
Chile	86,8	84,0	86,8	86,3	89,0	89,6
Kolumbien	65,8	65,9	62,9	65,3	64,4	60,8
Ecuador	92,4	89,9	90,7	91,0	90,4	91,3
Paraguay	80,7	80,7	87,3	82,9	84,1	…
Peru	86,5	83,1	83,1	85,3	88,0	87,4
Uruguay	61,3	58,5	68,4	68,5	68,7	68,9
Venezuela	85,8	90,95	86,9	90,6	92,7	…
Andengemeinschaft	77,5	75,25	76,1	78,5	79,6	77,8
MERCOSUR	53,5	50,8	54,1	53,5	54,9	56,4

Hierbei geht es nicht nur um die Verschlechterung der Handelsbedingungen durch den Export von Primär- und Industrieprodukten oder die Vorteile von Importsubstitution. Vielmehr geht es um die Rolle Lateinamerikas im globalen Modell einer Akkumulation durch Enteignung (David Harvey). In den Jahren der neoliberalen Globalisierung nahm die In-Wert-Setzung deutlich zu. Die politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und technologischen Hindernisse, denen sich das Kapital in seinen Versuchen der Landnahme gegenüber sah, wurden nach und nach systematisch abgebaut. Der Anteil Lateinamerikas an diesem Akkumulationsmodell wurde ausgeweitet.

Technologische Neuerungen ermöglichten die Ausbeutung von Mineralien und fossilen Brennstoffen in Regionen oder Tiefen, die bis vor einigen Jahren unprofitabel gewesen wären. Innovationen auf dem Feld der Biologie und der Gentechnik haben den Code des Lebens offengelegt und dessen Manipulation ermöglicht. Die neuen Regime der Patente und des geistigen Eigentums haben den privaten Besitz von Lebensformen ermöglicht. Dies sind die neuen Schützengräben des Kapitals und Hauptkampfplatz ist der Globale Süden.

Wie schon während der industriellen Revolution im Vereinigten Königreich findet hier ein Prozess der Aneignung durch Enteignung statt, eine Privatisierung der Gemeinschaftsgüter, die das ermöglichen: Wasser, Wälder, Mineralien, Boden/Ackerfläche und Wissen. Die räuberische Logik der Akkumulation durch Enteignung zerstört die Bedingungen, die Leben ermöglichen, und vernichtet das Acker- und Weideland von Bauern und indigenen Gemeinden auf der ganzen Welt. Veränderungen in der internationalen Teilung der Arbeit haben die industriellen Zentren kapitalistischer Akkumulation nach Asien verlagert und dabei die Rolle Lateinamerikas auf dem Weltmarkt nicht verändert. Sowohl die Nachfrage als auch die Preise von in Lateinamerika produzierten Rohstoffen sind aufgrund der riesigen Wachstumsraten in Asien stark angestiegen. Es gab eine starke Diversifizierung der Exportziele, aber nicht der Exportgüter.

In diesen Jahren war es den meisten Ländern Südamerikas möglich, einen großen Teil ihrer Schulden bei internationalen Finanzorganisation zu tilgen, einen Vorrat an ausländischen Devisen anzulegen und damit (potenziell) einen höheren Grad an Autonomie zu erlangen, um ihre Wirtschaftspolitik neu zu bestimmen. Diese Bedingungen eröffneten die Möglichkeit der Veränderung des Wirtschaftsmodells weg von der Spezialisierung auf Rohstoffexporte. Die breite gesellschaftliche Ablehnung des Neoliberalismus brachte in den meisten südamerikanischen Ländern fortschrittliche Regierungen an die Macht. Damit schienen Bedingungen für andere Wirtschaftsmodelle geschaffen. Doch in den meisten Ländern wurde der Gewinn in Primärgüter reinvestiert, die für den Export bestimmt sind. Diese

Kurzsichtigkeit geht auf die zunehmende Macht der in diesen Branchen tätigen Wirtschaftsunternehmen zurück in. Regierungen, die Veränderungen an diesem Modell vornehmen wollten, trafen auf starken Widerstand der rechten Opposition und der Wirtschaft.

In den meisten Ländern, in denen linke Regierungen an der Macht sind, gibt es Politikansätze, die das ausbeuterische Produktionsmodell nicht nur nicht in Frage stellen, sondern es noch befördern und verfestigen. Ein typisches Beispiel für die Auseinandersetzungen im Rahmen der Akkumulation durch Enteignung war der Konflikt zwischen den Interessen der Bergbaugesellschaften und dem Kampf um die Erhaltung der Gletscher in der Andenregion zwischen Chile und Argentinien. Die Regierungen beider Länder haben neue Schritte in Richtung Mega-Bergbau unternommen und das umstrittene Lama-Projekt durchgeführt. Dabei werden in der Grenzregion der beiden Länder in einer Höhe von mehr als 4000 Metern Mineralien abgebaut. Die Gletscher, eine wesentliche Wasserquelle für die Menschen beiderseits der Grenze, werden beschädigt, wenn nicht ganz zerstört. Das Vorhaben wurde von beiden Regierungen genehmigt, obwohl es breiten Widerstand seitens Indigenen- und Umweltorganisationen gab und es von weiten Teilen der Öffentlichkeit abgelehnt wurde. Im Jahr 2008 wurde im argentinischen Parlament das so genannte Gletschergesetz in beiden Kammern einstimmig verabschiedet. Das Gesetz verbietet Tätigkeiten, die die natürlichen Bedingungen der Gletscher verändern, zerstören oder deren Verschiebungen/Bewegungen behindern. Dieses Gesetz wurde durch ein Veto der Präsidentin Cristina Kirchner gekippt.

Die Regierungen Kirchners in Argentinien, der Frente Amplio in Uruguay und Lulas in Brasilien haben durch massive Subventionen die Ausbreitung von großflächigen Monokulturen gefördert, darunter Eukalyptus- und Pinienplantagen zur Herstellung von Zellulose, Holz oder Biotreibstoffen. Allein in Brasilien wurde eine Fläche von sechs Millionen Hektar hauptsächlich mit Eukalyptus bepflanzt. Landwirtschaftliche Monokultur bedeutet Verlust von Artenvielfalt und Lebensmittelanbau, ändert Hydrokreisläufe, verkarstet Böden und zerstört indigene Kulturen und Lebensweisen, die auf das ursprüngliche Ökosystem angewiesen sind. Es gibt Auseinandersetzungen über den Landbesitz von Gebieten, in denen indigene und andere traditionelle Gemeinschaften leben.

»UNITED SOYA REPUBLIC«

Sojabohnen sind der am schnellsten wachsende Zweig des boomenden Agrarsektors. Auf die rasant steigende internationale Nachfrage haben die Agrarunternehmen mit einer schnellen Ausdehnung des Anbaus in Argentinien, Brasilien,



Paraguay und Bolivien reagiert. Die Konzentration von Landbesitz hat Bauern vertrieben, so dass kaum mehr Reis, Mais, Sonnenblumen und Weizen angebaut werden. Gleichzeitig stieg die Macht von Unternehmensgruppen, die an der Soja verdienen. Der Agrarkonzern Sygenta spricht arrogant von der »United Soya Republic«. Im Jahr 2009 wurden in Argentinien schätzungsweise 18 Millionen Hektar, das sind etwa 50 Prozent der gesamten Anbaufläche des Landes, für den Anbau transgener Sojabohnen genutzt und dabei etwa 200 Millionen Liter hoch giftigen Glyphosats verwendet.

Die große Macht der Agrarunternehmen wurde in Lateinamerika dazu benutzt, Regierungspolitiken durchzusetzen, Gesetze abzulehnen und sogar Regierungen zu stürzen. Ein Teil der Führung des radikalen Widerstands gegen Evo



Morales im Bezirk Media Luna gehört zu den Sojaerzeugern. In Paraguay kämpfen die vertriebenen Bauern gegen den Anbau von Sojabohnen. In Argentinien hat sich die rechtsextreme Opposition gegen die Regierung von Cristina Kirchner um eine Gruppe von Sojabohnenunternehmern versammelt, die Einfuhrzölle ablehnen, mit denen die Regierung öffentliche Ausgaben und eine moderate Umverteilungspolitik finanzieren will.

Die Fähre verbindet die verschiedenen Tagungsorte des Sozialforums in Porto Alegre. Foto: Arnold Souza

Der Versuch der brasilianischen Regierung, den Anbau transgener Sojabohnen zu genehmigen, traf auf starken Widerstand von Umweltorganisationen, der Landlosenbewegung (MST) und der Arbeiterpartei (PT), die die Einführung verhindern konnten. Trotz des Verbots bauten die Sojaunternehmen die Monsanto Roundup Ready Sojabohne im Süden Brasiliens auf einer riesigen Fläche an.

Nachdem Lula Präsident wurde, gewährte er den Unternehmen eine vorübergehende Amnestie und gestattete später den Anbau transgenen Saatguts per Gesetz. Dabei ist die Ausbreitung der Sojabohnenfront eine der Hauptursachen für die Abholzung des Regenwaldes am Amazonas.

Es gibt nur wenige Orte auf der Welt, an denen es einen so klar umrissenen Kontrast zwischen zwei Anbauweisen gibt. Das eine Modell lässt sich als das Monsanto-Modell des Exports für den Weltmarkt bezeichnen: Landbesitz konzentriert sich in den Händen weniger, genetisch veränderte Organismen (GVO) werden eingesetzt, die Landwirtschaft ist mechanisiert und setzt auf Agrarchemikalien. Das andere Modell ist das MST-Modell. Es beinhaltet die Neuverteilung von Land, ökologisch nachhaltige Farmwirtschaft, Bevorzugung von Lebensmittelproduktion für den Eigenverbrauch, für lokale und Binnenmärkte sowie Kontrolle über Lebensmittel (Lebensmittelsouveränität).

Das Tempo der Ausweitung des Agrarmarktes in Brasilien ist von der Regierung Lula entschieden worden: Er hat dem Agrobusiness Vorrang eingeräumt gegenüber der Lebensmittelerzeugung der Kleinbauern. Nach Angaben der MST wurden in der Anbauzeit 2007/2008 von der Regierung Kredite im Volumen von 58 Milliarden Reais an Agrarunternehmen vergeben, aber nur zwölf Milliarden an die bäuerliche Landwirtschaft. Auf Landbesetzungen der Bauern antwortete die Regierung mit Repression.

Auch die Förderung von Biotreibstoff aus Zuckerrohr hat die Regierung Lula vorangetrieben. Die Präsidenten Bush und Lula unterzeichneten im Jahr 2007 ein Abkommen über die technologische Kooperation beider Länder, das die Erzeugung von Biotreibstoff massiv beförderte. In diesem Jahr erzeugte Brasilien 17 Milliarden Liter Ethanol. Schätzungen gehen davon aus, dass zusätzlich zu den sechs Millionen Hektar, die bereits als Anbaufläche genutzt werden, weitere 24 Millionen Hektar für den Anbau freigegeben werden. Die Genehmigung des Anbaus und der Vermarktung von zwei Sorten genetisch modifizierten Maises, von Bayer und Monsanto, wird von der Kampagne für ein transgen-freies Brasilien als größte Tragödie der Regierung Lula bezeichnet.

DROGE ÖL: VENEZUELA

Nirgendwo ist die Suche nach Alternativen zum vorherrschenden Produktions- und Zivilisationsmodell schwieriger als in Venezuela. Das gesamte Land ist abhängig von dem gegenwärtigen Energiemodell, das das Überleben der Menschheit bedroht. Nach beinahe einem Jahrhundert hat sich im ganzen Land kulturell eine träge Rentiersmentalität herausgebildet. Die Forderungen der Bürgerinnen

und Bürger an den Staat gehen vom Bestehen eines reichen Landes mit unerschöpflichen Ölreserven aus. Der Lebensstandard der privilegierten Minderheit des Landes wurde seit Jahrzehnten vom Öl gespeist. Die Sozialgesetzgebung der Regierung Chávez, die einen verbesserten Zugang breiter Teile der Bevölkerung zu Lebensmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung eröffnet, war möglich, weil zur gleichen Zeit der Ölpreis erheblich gestiegen ist.

Die großen außenpolitischen Initiativen wie Petrocaribe und die verschiedenen Programme der Bolivarischen Alternative für Amerika (ALBA) wurden mit Öl finanziert. Vor diesem Hintergrund ist es schwer vorstellbar, dass diese Gesellschaft ihre Abhängigkeit vom Öl überwinden kann. In den Reden zu Beginn der Amtszeit von Präsident Chávez ist immer wieder davon die Rede, ein alternatives und nachhaltiges Gesellschaftsmodell zu schaffen. Chávez sagte wiederholt, dass man mehrere Planeten bräuchte, um den Konsumlevel der USA für alle Menschen der Erde zu ermöglichen. Dennoch hat sich in den zehn Jahren seiner Regierungszeit die Abhängigkeit des Landes von Öl verschärft. Im Jahr 2008 hatte Öl einen Anteil von 92 Prozent am venezolanischen Gesamtexportvolumen. Venezuela hat zum Wiederaufbau der OPEC und deren Fähigkeit der Ölpreiskontrolle beigetragen. Der Staat hat mehr Kontrolle über die Branche und ein größerer Anteil der Ölgewinne wird durch den Staat kontrolliert.

Dennoch haben sich weder die Strategie der staatlichen Ölgesellschaft (PDVA) noch die Bedeutung von Öl in den Entwicklungsplänen des Landes verändert. Die Vorstellung eines Post-Öl-Venezuelas ist nicht in Sicht. Um die Produktion zu erhöhen, wurde in den letzten zehn Jahren stetig investiert und Partnerschaften mit internationalen Unternehmen, staatlichen wie privaten, wurden eingegangen. Die Ölreserven des Landes sind die größten der Welt, größer als die Saudi Arabiens. Die Gasvorkommen sind die bedeutendsten in Südamerika und, zählt man die jüngste Entdeckung vor der Küste mit, die weltweit bedeutendsten. Für die Orinoco-Vorkommen gibt es Verträge mit Indien, Russland, China, Spanien, Iran und Brasilien. Der Strategische Plan für die Entwicklung der Gasvorkommen sieht neben Investitionen von US-Firmen weitere von Firmen aus Italien (ENI) und Norwegen (STATOIL) vor.

Die venezolanische Ölgesellschaft PDSA geht davon aus, dass die Ölförderung bis 2012 auf 5,8 Millionen Barrel pro Tag steigen wird. Dies stellt verglichen mit den Zahlen von 2006 einen Anstieg um 72 Prozent dar. Um diesen Sprung zu erreichen, werden große Teile des Staatsgebiets, inklusive des Wassers, für die Förderung von Gas und Öl freigegeben. Im ersten staatlichen Entwicklungsplan der Regierung Chávez heißt es, Venezuela werde zu einer der führenden Energie-

mächte der Welt werden: »Öl wird weiterhin eine entscheidende Rolle spielen bei der Akquise ausländischer Ressourcen, bei der Generierung von Produktionsinvestitionen, der Befriedigung von Energiebedarf und bei der Konsolidierung eines Sozialistischen Produktionsmodells.«

Ein weiterer Ausdruck der Weiterführung des alten kohlenwasserstoffbasierten Energiemodells zeigt sich in der Binnenmarktpolitik. Ein Liter des teuersten Benzins wird in Venezuela für ungefähr fünf US-Cent verkauft. In der Sierra von Perijá erzeugt die Regierungspolitik die größten Konflikte. Auf der einen Seite stehen Viehbauern und Bergbauunternehmen, auf der anderen indigene Gemeinschaften. Die Regierung scheint dabei zugunsten der Viehwirtschaft und der – teilweise staatlichen – Bergbauinteressen entschieden zu haben. Die in der Verfassung garantierten Rechte der Menschen in dieser Gegend, Barí, Yukpas, Japreria und Wayúum, sowie der Erhalt der knappen Wasserressourcen und der großen Artenvielfalt sind offenbar zweitrangig.

DIE NATUR ALS SUBJEKT

In Bolivien und Ecuador nehmen die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Zivilisationsmodellen einen zentralen Stellenwert ein. Die Verfassungstexte beider Länder stellen einen Bruch sowohl mit der liberalen Verfassungstradition wie den überkommenen Projekten der Linken dar. In der Verfassung Ecuadors wurde zum ersten Mal »die Natur« als Rechtssubjekt anerkannt.

Art. 72: »Natur oder Pachamama, wo Leben reproduziert und realisiert wird, hat das Recht, in ihrer Existenz, Aufrechterhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen, Strukturen, Funktionen und Evolutionsprozesse ganzheitlich respektiert zu werden. … Der Staat wird Individuen und Unternehmen und Kollektive dazu ermutigen, die Natur zu schützen und den Respekt für alle Elemente eines Ökosystems zu fördern.

Art. 73: »Die Natur hat das Recht der integralen Wiederherstellung. Die Wiederherstellung ist unabhängig von den Verpflichtungen des Staates und der natürlichen oder juristischen Personen, Individuen und Gruppen zu entschädigen, die von den betroffenen Natursystemen abhängig sind. In Fällen ernster oder dauerhafter Auswirkungen auf die Umwelt, auch durch die Ausbeutung nicht erneuerbarer Naturressourcen, wird der Staat den effektivsten Ablauf für die Wiederherstellung festlegen und geeignete Maßnahmen ergreifen, die schädlichen Konsequenzen für die Umwelt einzudämmen.«

Doch auch wenn der Verfassungstext von Ecuador den größtmöglichen Bruch mit Vorstellungen von Natur als Objekt oder zu vernutzende Ressource darstellt,

gibt es starken Widerstand gegen Versuche, die Produktionsweise und hegemoniale Zivilisationsmodelle zu verändern. Der kommt nicht nur von der Opposition und aus der Wirtschaft, sondern auch von offizieller Seite. Das Regierungshandeln steht nicht immer im Einklang mit dem Text der Verfassung. Es besteht eine Spannung zwischen Vorstellungen vom guten Leben, den Rechten der Natur und von Plurikulturalismus auf der einen und der traditionellen Entwicklungsfixierung, wie sie in einigen Entscheidungen der Correa-Regierung zum Ausdruck kommt, auf der anderen Seite. Einige Gesetze weisen in eine deutlich andere Richtung.

Ganz im Einklang mit dem Geist der Verfassung, obwohl schon früher geschrieben, formulierte Ecuador einen innovativen Vorschlag hinsichtlich des Klimawandels und des Einflusses fossiler Brennstoffe, ein Hauptfaktor im Klimawandel. Es wurde vorgeschlagen, auf die Förderung der reichen Ölvorkommen im Yasuní Nationalpark im Amazonas zu verzichten, um so die Erderwärmung einzudämmen. Das stellt ein Viertel der nachgewiesenen Ölvorkommen des Landes dar. Die Ölvorkommen unter Tage ruhen zu lassen, würde zum Erhalt einer der artenreichsten Gegenden des Planeten beitragen und gleichzeitig die Gebiete der Ureinwohner schützen. Dieser Vorschlag – der einen radikalen Bruch mit dem hegemonialen produktivistischen Modell darstellt – erfordert im Rahmen der Logik der Umweltgerechtigkeit als Gegenpart die Einrichtung eines Entschädigungsfonds. Dieser würde durch die Zusammenarbeit und Solidarität der internationalen Gemeinschaft finanziert.

Anstelle dieses Vorschlags verabschiedete der Kongress im Januar 2009 ein neues Bergbaugesetz, das von Indigena- und Umweltorganisationen abgelehnt wird. Sie argumentieren, dass mit dem Gesetz ihr verfassungsmäßiges Recht auf ein gutes Leben und die Rechte der Natur beeinträchtigt werden. Die Ausweitung des Bergbaus, insbesondere des Tagebaus, der durch dieses Gesetz genehmigt werde, führe zu einer Verschmutzung des Lands, der Flüsse und Wasserläufe. Darüber hinaus wurde kritisiert, dass ein Gesetz mit solch weitreichenden Konsequenzen für das Land ohne öffentliche Debatte verabschiedet wurde und der Inhalt nicht mit den indigenen Gemeinschaften, Völkern, Menschen und Nationalitäten beraten worden sei, wie die Verfassung es vorsehe, wenn ein Gesetz die Kollektivrechte einschränkt.

Im März 2009 reichte die Konföderation Indigener Nationalitäten Ecuadors (CONAIE) beim Verfassungsgericht eine Klage auf Verfassungswidrigkeit ein. Die größte Umweltorganisation Ecuadors schloss sich dieser Forderung an. Eine Entscheidung steht noch aus.

Aus dem Englischen von Catharina Schmalstieg

FÜR EINE UNBESCHEIDENE LINKE

KRISE – HEGEMONIE – SINNGENERATOR

GEORG BOLLENBECK

Offenbar bringt die Weltwirtschaftskrise der Linken nicht die zu erwartenden Deutungsgewinne. Noch im »goldenen Zeitalter des Kapitalismus« (Hobsbawm) hatte sie mehr Einfluss. Heute sind ihre programmatischen Überschüsse und Sinnangebote geschrumpft. Ihre antikapitalistische Politik konzentriert sich auf die »Anrufung« der Individuen als ökonomische Subjekte, wenn sie sich für Mindestlöhne, höhere Löhne oder sichere Renten einsetzt, wenn sie sich gegen Harz IV, Lohndumping und Steuererleichterungen für Reiche ausspricht. Das ist politisch unverzichtbar, weil es sich auf die aktuellen sozialen Auseinandersetzungen und den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit bezieht. Aber das ist auf lange Sicht zu bescheiden. Ohne eine Transformationsperspektive, durch die Erfahrungen im Kapitalismus zu handlungsmotivierenden Erwartungen mit sozialistischer Perspektive geraten, verspielt die Linke ihre potenziell hegemoniale Anziehungskraft.

Man könnte auch sagen, sie gibt damit ihren Sinngenerator auf, letztlich mit dem Resultat, dass die vermeintlichen »Realos« unter ihnen als Verantwortungsethiker für das Soziale in der Marktwirtschaft zuständig sein dürfen, während die anderen als gesinnungsethische »Fundis« ausgegrenzt werden.

DREI ARGUMENTATIONSSTRATEGEME DISKURSIVER ENTSORGUNG

In der Vergangenheit wurde versucht, marktgläubig die Alterssicherung, das Gesundheits- und Bildungssystem wie überhaupt die »öffentlichen Dienste« zu privatisieren und das neoliberale Leitbild des »unternehmerischen Selbst« (Ulrich Bröckling) durchzusetzen. Das wird heute weniger forsch vorgetragen. Auch wenn die Meinungsführerschaft des Neoliberalismus schrumpft, die Deutungsmacht der Linken wächst keineswegs dementsprechend. Gemessen an dem Ausmaß der Krise und einem gewissen Mentalitätswandel – »Greed gives way to a re-evalution of what is necessary in life«, titelt die New York Times (Rampell 2009) – könnte man eher sagen: im Gegenteil.

Woran liegt das? Plausibel, aber konstellationsanalytisch unzureichend wirkt die Erklärung, dies sei das Resultat einer erfolgreichen diskursiven Entsorgung der Krise durch die politische Klasse und den Medienapparat. In der Tat, diejenigen, die gestern die Deregulierung der Finanzmärkte politisch ermöglichten, stellen sich in den Medien heute erfolgreich als Politiker dar, die diese Märkte regulieren wollen; die Marktgläubigen, die gestern noch den Rückzug des Staates predigten, geben sich nun als besorgte Mahner, die auf den Staat setzen, um das »Kasino« zu schließen, um »systemisch« wichtige Banken zu sanieren und um Arbeitsplätze zu retten.

Beim Geschäft der diskursiven Entsorgung tauchen immer wieder drei bewegliche Argumentationsstrategeme auf, die in unterschiedliche fachliche, publizistische und mediale Verwendungsgeschichten einrücken können und denen der herrschende Modus der Kritik zusätzliche Energien verleiht. Sie kursieren in *Bild* und im Edelfeuilleton, in Talkshows und in Wirtschaftsmagazinen. Sie unterstützen Politiker, »Wirtschaftsweise« und besonders die Schönredner unter den Medienleuten bei der rhetorischen Krisenbewältigung.

Das Strategem *Begriffspolitik* greift verstärkt auf Wert- und Identifikationsbegriffe zurück, die ehedem von der Linken benutzt wurden. Es beschwört Solidarität, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung; es beklagt Eigensinn, Gier, Konsumorientierung und Ökonomisierung. Alle müssen nun zusammenstehen, ihr Leben ändern, umdenken und sich auf Einschnitte einstellen. So entsteht der Eindruck eines grundsätzlichen mentalen Wandels – »A Change in Values« (The New York Times vom 18.5.2009). Dort heißt es, so als wäre Lothar Kühne der neue Chefredakteur: »the economic downturn is forcing a return to a culture of thrift«. Grün und bescheiden geben sich heute alle.

Also keine systemischen Zurechnungen. Dafür sorgt auch das zweite Strategem: die *Problemlösungsverheißung*. Sie verleiht der Kritik am Kapitalismus eine Bestandsgarantie für den Kapitalismus und sichert zugleich der

Begriffspolitik die nötige Zukunftsgewissheit. Zwar wird immer wieder von der »systemischen Bedeutung« der zu rettenden Banken gesprochen, aber seltener von der Bedeutung des Systems. Es wird viel über die »dummen, ungerechten und moralfreien« Märkte geklagt, aber das Beklagte wird nicht dem kapitalistischen System zugerechnet – auch in sich kritisch gebenden Texten, die behaupten: »Die Marktwirtschaft ist nicht alternativlos«. So der an der Universität Witten/Herdecke »Führung und Organisation« lehrende Fritz B. Simon in der *FAZ* (2009). Die *FAZ* hat für die diskursive Entsorgung der Krise sogar eine eigene publizistische Plattform mit dem Generalthema »Die Zukunft des Kapitalismus« geschaffen. Simons Titel verspricht: »Der Untergang findet nicht statt«. Die Probleme, »für die unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem eine Lösung bietet«, müssen auch in Zukunft gelöst werden: »die Produktion und Verteilung von Gütern, insbesondere von Gütern, die für das individuelle wie kollektive Überleben der Menschen notwendig sind. Der Kapitalismus ist, so betrachtet, nicht Problem, sondern Lösung – wenn auch eine Lösung, die neue Probleme schafft«. Neue Probleme, so könnte man hinzufügen, die dann wiederum »Querdenker« diskursiv entsorgen, indem sie einzelne Probleme thematisieren und den Problemverursacher zum Problemlöser erklären.

Das dritte Strategem – die *Personalisierung/Moralisierung* – verleiht der Problemlösungsverheißung ihr Gesicht. Die »erbarmungslosen Heuschrecken«, der »gierige Ackermann«, der »größenwahnsinnige Wiedeking«, der »Schwindler Madoff« – das mag ja zutreffen – aber damit wird die strukturelle Determination der Akteure als Träger von Profitlogiken wegrhetorisiert. Sie erscheinen so nicht als Personifikation ökonomischer Kategorien und Interessen, sondern vorrangig als konkrete Personen, die als Freunde, Mitsegler oder Rotarier durchaus hilfsbereit sein mögen, die es aber als »ökonomische Charaktermasken« nicht sein dürfen. Der Effekt liegt auf der Hand: Je stärker einzelne »Führungskräfte« als Bösewichte eingedunkelt werden, umso heller können andere »Führungskräfte« in die Koalition der Problemlöser aufgenommen werden. Das sind dann die bescheidenen, sozial-verantwortlichen »Macher« wie Rüdiger Grube von der Deutschen Bahn oder wie Götz Werner, der anthroposophisch-ganzheitliche Drogist, jene also, die Arbeitplätze sichern und sich für das Gemeinwohl abarbeiten.

Die Argumentationsstrategeme und ihre semantischen Wiederkäuer profitieren auch vom vorherrschenden Modus der Kritik. Schon in den Lehrplänen wird Kritikbereitschaft allenthalben gefordert. Ihr Lob gehört zur Festtagssemantik sich demokratisch verstehender Gesellschaften. Gleichzeitig drängen institutionell ermächtigte Diskurs-Reglementierungen dazu, das Sagbare zu verknappen und das Kritisierte zu segmentieren. Das einzeln Kritisierte erscheint so nicht mehr als Indikator für das Ganze, sondern es gerät in »isolierter Bestimmtheit« (Hegel) zum reformfähigen Einzelphänomen, um das sich dann Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Experten, Wirtschaftsethiker u.a. kümmern können. Diese ubiquitäre Partialkritik bedient die Aufmerksamkeitsökonomie der

Medien. Ihre Funktion für die demokratische Kultur und für einzelne Problemlösungen sollte nicht unterschätzt werden. Sie eröffnet Handlungsoptionen innerhalb eines eingeengten Handlungsrahmens, zugleich kann sie aber innerhalb der großen Erzählung von der Problemlösung neutralisiert werden.

Der herrschende Modus der Kritik verlangt vom Kritiker eine Position, die eine Distanz zur Gesellschaft anzeigt, ohne einen radikalen Abstand gegenüber gesellschaftlichen Verhältnissen einzunehmen. Wie viel Abstand er halten muss, ist (abgesehen von den Arbeiterbewegungsintellektuellen) seit je strittig. »Jede Beschäftigung mit einem Einzel- oder Tagesthema« bedeutet z.B. für den nonkonformistischen Intellektuellen Günther Anders »bereits Abschweifung« und den Verzicht auf das »Allgemeine« und den »Grund« (Anders 1956, 9). Er unterstellt Adorno mit der Scheinfrage, ob eine Doppelexistenz als Gesellschaftskritiker und Professor möglich sei, eine mangelnde Distanz zur Gesellschaft. Was hätte er erst über Jürgen Habermas gesagt, der im Namen der »kommunikativen Vernunft« Adornos Totalkritik an der Moderne, seine pessimistische Stimmung und Praxisabstinenz verwirft und ihm vorwirft, die »Theorie der verwalteten Welt« habe mit ihrer »totalisierenden Ablehnung moderner Lebensformen« zuviel Abstand gegenüber der Moderne, um ihren »höchst ambivalenten Gehalt« zu erfassen (Habermas 1985, 392).

Doch zu große Nähe kann die Erkenntnismöglichkeiten zerstören. Für Fritz B. Simon hat die Krise gezeigt, »[d]ass das Überleben des Einzelnen« davon abhängt, ihn in größere soziale Einheiten zu integrieren. Dafür steht das Kollektivsymbol vom Boot, in dem alle Platz nehmen sollen – auch der Kritiker: »Die Wirtschaft ist das Boot, in dem wir alle sitzen. Deswegen müssen wir auch die Löcher stopfen, die seinen Untergang zur Folge hätten.« So wird im Verlauf des Artikels aus dem Kapitalismus die Wirtschaft, aus der Wirtschaft schließlich ein Boot; und in dem Boot mit den gestopften Löchern stellt er schließlich auch die »Sinnfrage«, die da lautet, »Wohin wollen wir mit diesem Kahn fahren?« Ja, so fragt man sich bange, wohin soll es denn gehen; kann auf rauer See ein intellektueller Leichtmatrose helfen?

EINE LINKE OHNE LINKSINTELLEKTUELLE? DEMOTIVIERENDE ENTTÄUSCHUNGS-ERFAHRUNGEN

Die diskursive Entsorgung der Krise ist Anzeichen, nicht Ursache für die Deutungsdefizite der Linken. Ehedem waren für den Anspruch auf Hegemonie Linksintellektuelle zuständig. Heute ist ihre Zahl dramatisch geschrumpft, findet doch spätestens seit der Mitte des 20. Jahrhunderts eine »Absorption der Eliten« statt – freilich in eine andere Richtung als von Gramsci angenommen. Seine Analyse der Kräfteverhältnisse zwischen den klassenspezifischen Intellektuellen ging noch davon aus, dass »die Intellektuellen der historisch progressiven Klasse« eine »solche Anziehungskraft« ausüben, »dass sich letztlich die Intellektuellen der anderen Klassen unterordnen« (Gramsci H1, §44, 102). So weit ist es nie gekommen. Aber Tendenzen einer solchen »Absorption der Eliten« gab es in der

Vergangenheit durchaus (Abendroth, Brecht, Gramsci, Hobsbawm, Korsch, Lukács, Alfred Sohn-Rethel). Umgekehrt gab es schon immer Enttäuschte, Konvertiten und Renegaten. Belesene könnten darauf hinweisen, dass rasche Positionswechsel zur »occasionellen Ungebundenheit« (Carl Schmitt) der Intellektuellen seit der Romantik gehören. Wordsworth und Coleridge sympathisieren zunächst mit den Ideen der Französischen Revolution und wenden sich in ihrer Spätphase dem orthodoxen Christentum zu. Auch Friedrich Schlegel begrüßt zunächst die Französische Revolution, aber er konvertiert zum Katholizismus und tritt in den Dienst der Restaurationspolitik Metternichs. Und Victor Hugo war nacheinander Anhänger der Restauration, Liberaler, Republikaner und Sozialist.

Positionswechsel von Intellektuellen, die sich vorübergehend vom Projekt Sozialismus/Kommunismus angezogen fühlen, sind so alt wie das Projekt selbst. Gegenläufige Absorption der Eliten meint jedoch etwas anderes als solche für die Geschichte der Intellektuellen normalen Positionswechsel. Für die DDR hat Werner Mittenzwei (2001) die Desillusionierung, Distanzierung und Vergleichgültigung der Intellektuellen gegenüber dem Projekt Sozialismus/Kommunismus in seiner Studie über die Intellektuellen in Ostdeutschland 1945–2000 analysiert. Im Westen setzt schon vor der Postmoderne ein Abschied von der großen Erzählung, vom Klassenkampf, vom Wahrheitsanspruch der Partei und der kommunistischen Verheißung ein. Das gründet in langfristig nachwirkenden Enttäuschungserfahrungen, deren demotivierende Kraft verständlich wird, wenn man die Fallhöhe von den hoch gestimmten Erwartungen aus bemisst und sich die historischen Tatbestände vergegenwärtigt. Dazu zählen der stalinistische Terror, die Niederlagen gegenüber dem Faschismus, Demokratiedefizite, Gängelungen, ritualisierte Scheindiskussionen und ein dogmatisch eingefrorener Marxismus, schließlich die Implosion des realexistierenden Sozialismus. Überhaupt enttäuschte die Arbeiterklasse, wenn sie die Rolle des historischen Subjekts nicht so ausfüllte, wie sie es eigentlich sollte. Schließlich entfaltete der Kapitalismus, »die schicksalsvollste Macht unseres modernen Lebens« (Max Weber), eine Dynamik, die ihn eben nicht als letzte antagonistische, »absterbende« Gesellschaftsformation, sondern als eine überlegene Gesellschaft erscheinen ließ. Von innen gesehen: überlegen im Sinne von früher und heute; von außen gesehen: überlegen im Sinne von hier und dort.

Einen weiteren Faktor für die Deutungsdefizite der Linken bilden neue Techniken der flexiblen Integration, Einigkeitsdiskurse und Konsensrituale, die Diffusion und Unkenntlichkeit von Macht- und Repressionsmechanismen – offenbar ist die Lage komplizierter geworden. Die pluralistischen Diskurspolizisten in den Medienanstalten, Redaktionen, Universitätsgremien oder Förderinstitutionen verknappen nicht nur das Sagbare, sondern auch die Einnahmequellen. Ohne Rückhalt in den Organisationen der Arbeiterbewegung (wie ihn etwa noch während des Kalten Krieges Leo Kofler fand) wird es zunehmend

flickr/kevindooley ⓒ



schwieriger, im (Kompliment an Dietmar Dath oder Werner Rügemer) Wissenschafts-, Medien- und Kulturbetrieb zu überleben. Umso verlockender die möglichen Pfründe (beim Sender, beim Verband, in der Partei oder gleich als Lobbyist) für die Geläuterten.

EIN NEUER ERWARTUNGSHORIZONT

Aber die Wirkungsmöglichkeiten haben sich inzwischen auch verbessert. Die hegemonial erzeugte Alternativlosigkeit im Namen des Sachzwangs erodiert, offener wird der Erwartungshorizont und die Einsicht wächst, man lebe nicht in der besten aller möglichen Welten (Slavik 2009).

Den offenen Erwartungshorizont indiziert der veränderte Status der Begriffe Kapitalismus und Sozialismus. Vorgestern war Kapitalismus noch ein Unwort, wer es benutzte, von dem ging ideologischer Mundgeruch aus. Heute kursiert der Begriff in den Medien – seltener als analytische Kategorie, eher als Anpassung an den westlichen Sprachgebrauch. Aber immerhin, das Potenzial dieser kleinen Verschiebung im Sprachhaushalt wird deutlich, wenn man bedenkt, dass zugleich der Wertbegriff »Sozialismus« keineswegs verschlissen ist (Petersen 2007, 5). Dieser demoskopisch valide Attraktivitätsbefund sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Begriff unterschiedliche Erwartungen verbunden sind. Aber es gibt einen kleinsten semantischen Nenner: Die Berufung auf den Sozialismus artikuliert ein Unbehagen an der Gegenwart und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft; sie beendet die semantische Herrschaft von Sachzwang und Alternativlosigkeit; sie immunisiert gegen das Versprechen, Armut, Herrschaft, Unterdrückung und Umweltzerstörung könnten marktkonform beseitigt werden. *So wird eine Kritik möglich, die Neutralisierungen erschwert*. Diese veränderte Konstellation bietet große Chancen für eine neue »Mosaik-Linke« (Hans-Jürgen Urban), Sozialismus als Identifikations- und Motivationsbegriff wieder zu beleben. Für sie sollte der Begriff unverzichtbar werden. Er schärft den Blick auf Verhältnisse und Verhaltensweisen, die Emanzipationsansprüche blockieren oder die diese konsumistisch durch »mobile Privatisierung« (Raymond Williams) sedieren.

DER SINNGENERATOR

Ohne programmatische Überschüsse wird der offene Erwartungshorizont wieder schrumpfen. Deshalb braucht die Mosaik-Linke einen imaginativen *Sinngenerator*, der ihren Energien eine neue Qualität verleiht; einen Sinngenerator, der eingesetzt wird, wenn es um den Zusammenhang von Gesellschaftsanalyse, Programmatik und Praxis geht. Seine Aufgabe besteht darin, die nötige philosophische und gesellschaftsanalytische Reintellektualisierung der Linken zu fördern, ihre *große* Erzählung mit Wahrheitsanspruch zu aktualisieren und schließlich eine Weltdeutung mit Handlungsanbindung zu befördern. Man könnte den Sinngenerator als eine *regulative Idee* bezeichnen. Ohne politische Akteure, die ihn nutzen, existiert er nicht, und ohne seine Ausrichtung auf den Zusammenhang von Gesellschaftsanalyse, Programmatik und Praxis produziert er keinen Nutzen für diese Akteure.

Ein solcher Sinngenerator stabilisiert und steigert analytische und politisch-normative Zielsetzungen. Er soll einer notwendigen Transformationsperspektive Energie verleihen. So wird auch verhindert, dass Kapitalismuskritik lediglich eine »Option ist, die man vor der Wahl answitchen und nach der Wahl wieder ausswitchen kann« (Clemens Knobloch). Er stimuliert Debatten, er bündelt und potenziert die politischen Energien der Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen. Er ist offen für unterschiedliche Wissensbestände, für alltägliche Erfahrungen und Erwartungen, für kulturkritische und wissenschaftliche Befunde, und die Arbeit an ihm löst die szientistische Hierarchie der Wissensformen auf. Mit ihm werden gesellschaftsanalytische Befunde produziert, durch deren Attraktivität neue Trägerschichten angesprochen und den Individuen handlungsmotivierende Einsichten vermittelt werden. Keine Zentrale darf über ihn verfügen. Jeder kann an ihm arbeiten und von ihm profitieren.

So genannten Pragmatikern mag die Idee des Sinngenerators als akademisches Gespinst erscheinen. Doch alle Parteien, Bewegungen oder Institutionen brauchen motivierende Leitideen und weltdeutungsfähige Einsichten. Verlieren sie solch symbolische Überschüsse, so verlieren sie, wie es der Parteienforscher Franz Walter nennt, ihre »Sinnzentrale« und damit »eine spezifische Sozialmoral, einen motivierenden Ethos, eine normative, eine orientierende Weltanschauung aufs Ganze« (Walter 2009). Mit ihren »Sinnzentralen« verlieren gegenwärtig nicht nur die »großen Volksparteien« an Integrationskraft. Die Arbeiterbewegung hat ihre Sinnzentrale längst verloren. Und ohne die Mitarbeit an dem imaginativen Sinngenerator dürfte die Linkspartei, sozusagen in der Miniaturvariante, das Schicksal der SPD erleiden.

Man könnte die Funktion eines solchen Sinngenerators in der Geschichte der Aufklärung, des Liberalismus (bis zum »Ende der liberalen Ära« um 1880) oder des neuhumanistischen Bildungsideals zeigen. Besonders wichtig war er für die Arbeiterbewegung im späten 19. und im 20. Jahrhundert mit ihrem hochgestimmten Ziel »Sozialismus/ Kommunismus«. Sie beanspruchte unter Berufung auf den Marxismus oder den Marxismus-Leninismus die richtige Einsicht in den gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte und in die Struktur der Gesellschaftsformationen. Daraus entstand – quasischolastisch unter Rückgriff auf die Schriften der »Klassiker« – ein Anspruch auf Allzuständigkeit mit gelockerten Realitätskontakten und eingeschränkter Lernfähigkeit. Man nannte das »wissenschaftlichen Sozialismus«. Es mag nicht überraschen, dass dieser Begriff im Unterschied zum Begriff Sozialismus verbraucht ist. Mit ihm werden Dogmatismus, Parteihochschule und »mehr Antworten als Fragen« konnotiert.

Diese Diskreditierung kann nicht die Absage an die nötige Theoriearbeit der Linken legitimieren. Im Gegenteil. Gerade eine »Verwissenschaftlichung des Sozialen« würde der Mosaik-Linken einen »langen Atem« über die notwendigen sozialen (Abwehr)Kämpfe hinaus verleihen; sie könnte eine neue intellektuelle Attraktivität und Deutungsgewinne

erlangen; und sie könnte verhindern, dass der »neue Geist des Kapitalismus« (Boltanski/Chiapello 2003) die gegen den Kapitalismus gerichtete Kritik wiederum vereinnahmt.

Der Ausdruck Weltanschauung hat längst Patina angesetzt. Aber für den Sinngenerator ist eine orientierende Weltdeutung unabdingbar. Freilich braucht sie im Unterschied zu religiösen, esoterischen oder lebensreformerischen Varianten eine komplexe Begründung. Deshalb ist eine *gesellschaftsanalytische Reintellektualisierung* geboten, die an die Marxsche Theorie anknüpft, die zugleich aber erfahrungsoffen in einer »dialektischen Kommunikation« (Adorno) andere Theorien wahrnimmt, anerkennt und aufhebt.

DER GEBRAUCHSWERT

Nur wer gesellschaftlich etwas will, sieht etwas. Dieses Wollen hat immer einen eher begründungsschwachen normativen Kern. Das gilt auch für die Marxsche Theorie.[1] Als nach 1989 die weltweite Unordnung ihre neoliberalen Siege feierte, mahnte Jacques Derrida: So billig wird man die Gespenster von Marx nicht los (1995). Seitdem wurde er so oft tot gesagt, dass er schon wieder lebendig wirkt. Warum eigentlich?

Es ist hinlänglich bekannt: Die »Kritik der politischen Ökonomie« analysiert die strukturelle Determination der Individuen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Überlesen wird aber: Sie kann diesen Nachweis nur erbringen, indem sie die Individuen unterschiedlich bestimmt: Als Verkäufer der Ware Arbeitskraft sind sie Strukturelemente des Systems und sie werden zugleich auch als autonome Individuen gedacht, deren Lebensansprüche im Widerspruch gegen das System stehen. Die Marxsche Theorie ist durchaus offen für individuelleErfahrungen und Erwartungen. Aber im Unterschied zur späteren Phänomenologie des Alltags geht es ihr nicht um den »sinnhaften Aufbau der Welt« aus Sicht der Subjekte, sondern um die Analyse der Determination der Subjekte durch die Produktionsverhältnisse. Und dennoch werden trotz dieser systemischen Perspektive die Erfahrungen und Erwartungen der Subjekte nicht übergangen. Gerade indem die Marxsche Theorie Gesellschaftsanalyse und emanzipatorische Verheißung miteinander verbindet, indem sie den Verlauf der Geschichte, den Zustand der Gesellschaft und eine bessere Zukunft thematisiert, konnte sie ehedem *als große Erzählung mit Wahrheitsanspruch* popularisiert und propagiert werden.

Den Anspruch auf eine große Erzählung mit Wahrheitsanspruch sollte sich die Linke allerdings weder von der Postmoderne noch von der Bundeszentrale für politische Bildung ausreden lassen. Ohne ihre große Erzählung von der möglichen besseren Welt ohne Kapitalismus keine politisierende Kraft über die »Sinn-Provinzen« des Alltags (Sport, Verein, Familie) hinaus; ohne sie keine Verbindung von individueller Lebensperspektive und Universalisierung. Die Unterstellung, große Erzählungen seien allesamt totalitär, blendet aus, dass solche Erzählungen als mythische, religiöse oder aufklärerische zur conditio humana gehören. Entscheidend freilich ist, welch aktuelle Erkenntnispotenziale solche Erzählungen haben und wie mit ihnen umge-

gangen wird. »Ohne Wahrheitsanspruch keine Toleranz«, so der Philosoph Panajotis Kondylis, und es wäre nett, so könnte man hinzufügen, wenn sich auch alle daran halten würden.

»Es geht wohl anders, als du meinst« – die Individuen erhalten durch die große Erzählung nicht nur ein Bewusstsein von der Differenz zwischen ihrem Lebenslauf und den Möglichkeiten des Lebens, zwischen ihrer Lebenszeit und der Zeit zum Leben, sondern sie erhalten auch eine Erklärung dafür, warum der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« ihren Lebensmöglichkeiten, ihren Sehnsüchten, Wünschen und Begehren entgegensteht. So funktioniert der Sinngenerator auch als »Biographiegenerator«,[2] durch den handlungsfähige politische Identitäten entstehen. Für diese Selbstpositionierung in der Welt und der Geschichte bildet die große Erzählung mit Wahrheitsanspruch eine kognitive Ressource. Daraus entsteht gegen die »Anrufung« von Massenmedien, Kirchen, Universitäten oder Schulen eine »Weltdeutung mit Handlungsanbindung«. Sie organisiert individuelle Sinngebung und symbolische Vergesellschaftung, die Bedeutung der Vergangenheit (Gedächtnispolitik), die Erfahrungen der Gegenwart und die Erwartungen an die Zukunft und sie generiert mit ihren programmatischen Überschüssen eine spezifische Sozialmoral und politische Handlungsmotivation.

Ohne einen Sinngenerator wird die Mosaik-Linke scheitern: in Grüppchen und Zirkel zerfallen, in ihrem Kritikvermögen eingeschränkt und politisch neutralisiert werden. Und auch die Partei Die Linke wird ohne einen Sinngenerator das Schicksal der Volksparteien erleiden, ohne überhaupt erst Volkspartei geworden zu sein. »Sozialisten müssen mit langem Atem die Perspektive der um Krümel Kämpfenden weiten« (Dath 2008, 123) – dafür brauchen sie einen Sinngenerator.

LITERATUR

Anders, Günther, 1956: *Die Antiquiertheit des Menschen. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution,* München

Bollenbeck, Georg, 1976: *Zur Theorie und Geschichte der Arbeiterlebenserinnerungen,* Kronberg

Ders., 2007: *Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders,* München

Boltanski, Luc, und Eve Chiapello, 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus,* Konstanz

Breuer, Stefan, 2006: *Max Webers tragische Soziologie,* Tübingen

Dath, Dietmar, 2008: *Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus. Eine Streitschrift,* Frankfurt/M

Derrida, Jacques, 1995: *Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale,* Frankfurt/M

Gramsci, Antonio: *Gefängnishefte,* Hamburg 1991–2002

Habermas, Jürgen, 1985: Der normative Gehalt der Moderne, in: ders., *Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen,* Frankfurt/M

Hahn, Alois, 2000: *Konstruktionen des Selbst, der Welt und der Geschichte,* Frankfurt/M

Mittenzwei, Werner, 2001: *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000,* Leipzig

Petersen, Thomas, 2007: Der Zauberklang des Sozialismus, in: *FAZ* vom 18.7.2007, 5

Rampell, Catherine, 2009: A Change in Values, aus *The New York Times,* abgedruckt in: *SZ* vom 18.5.2009

Simon, Fritz B., 2009: Der Untergang findet nicht statt, in: *FAZ* vom 6.8.2009

Slavik, Angelika, 2009: Deutsche zweifeln am Kapitalismus. Eine Studie offenbart: Weltweit sind immer mehr Menschen unzufrieden mit dem Wirtschaftssystem, in: SZ vom 10.11.2009

Walter, Franz, 2009: *Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Masseninntegration,* Berlin

---

1 Vgl. dazu Bollenbeck 2007, 133ff. Denjenigen, die den vermeintlich »nüchternen« Max Weber gegen den »Geschichtsphilosophen« Marx in Stellung bringen, sei gesagt, dass Webers Werk durchaus normativ fundiert ist, vgl. dazu Breuer 2006.

2 Am Beispiel von ca. 300 Arbeiterlebenserinnerungen zeigt diesen Sinneffekt: Bollenbeck 1976. Zu besonderen Medien des »Biographiegenerators« wie Tagebuch, Beichte oder Psychoanalyse vgl. Hahn 2000.

KRISEN IM ALLTAGSBEWUSSTSEIN

CHANCEN FÜR DIE LINKE?

FRANZISKA WIETHOLD

Auch nach über einem Jahr Wirtschaftskrise bleibt die Stimmung in Deutschland abwartend und uneindeutig. Die Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit wuchs weiter, führte aber weder zu einem Linksruck noch zu einem Rechtsruck. Die Protestaktionen verallgemeinerten sich wenig: Die Kämpfe um den Erhalt der Arbeitsplätze blieben auf einzelne Betriebe beschränkt, die Demonstrationen im Frühjahr 2009 setzten sich nicht fort. Der Bundestagswahlkampf mobilisierte und politisierte sogar weniger als früher.

Diese Mischung von Gesellschaftskritik und Pragmatismus lässt sich an einigen Umfrageergebnissen verdeutlichen: Fast zwei Drittel der Befragten gingen auch im Januar 2010 noch davon aus, dass der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht, sehen sich aber nach wie vor (noch) nicht von der Krise betroffen (ARD-DeutschlandTrend Januar 2010). Ebenso viele forderten Anfang 2009 staatliche Hilfen für Unternehmen und eine

stärkere Kontrolle der Banken und Großunternehmen; konkrete Maßnahmen z.B. für Opel und Arcandor wurden aber abgelehnt (Allensbach-Umfragen, *FAZ* vom 25.2.2009). Unmittelbar vor der Bundestagswahl hielten knapp 60 Prozent nach wie vor die soziale Situation im Land für ungerecht; von einem CDU/CSU-Sieg erwarteten 65 Prozent, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergehen und die Interessen der ArbeitnehmerInnen weiterhin vernachlässigt würden; gleichzeitig billigten die Wahlberechtigten CDU/CSU und FDP bei den für sie wichtigsten Feldern »Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum« die größte Kompetenz zu (Infratest-dimap-Befragung zur Bundestagswahl 2009). Keine der möglichen Regierungskoalitionen weckte bei der Bevölkerungsmehrheit große Hoffnungen oder Ängste; nur noch ein Viertel der Befragten glaubt, dass bei Politikern Überzeugungen und Werte im Vordergrund stehen, fast zwei Drittel unterstellen ihnen pragmatische Lösungsabsichten und billigen das (Allensbach-Umfrage *FAZ* vom 23.9.2009).

Diese und andere Befragungsergebnisse spiegeln die dem Alltagsbewusstsein eigenen Ambivalenzen wider: Hoffnungen und Erwartungen werden sowohl mit realen Machtverhältnissen und Möglichkeiten als auch mit mehrfach enttäuschten Erwartungen in ein labiles Gleichgewicht gebracht, Diskrepanzen dadurch aushaltbar gemacht. Die Uneindeutigkeit, das Changierende zwischen moralischer Empörung über »die da oben« und Anpassung im Alltäglichen sind konstitutiv fürs Alltagsbewusstsein. Es lohnt sich deshalb, deren verschiedene Schichten gerade in Krisenzeiten zu untersuchen.

Woher kommt die Diskrepanz zwischen pessimistischen Zukunftserwartungen und geringerer eigener Betroffenheit? Im Gegensatz zu Ländern wie USA oder Großbritannien hat die Krise in Deutschland die Privateinkommen und die private Absicherung (u.a. über Hausbesitz oder private Altersvorsorge) bisher nur selektiv getroffen. Sie hat überwiegend die Arbeitsplätze und die Einkommen der in der Exportindustrie Beschäftigten getroffen: Die negativen Folgen wurden auf »Randbelegschaften« abgewälzt und durch Maßnahmen wie Kurzarbeit und Abwrackprämie zunächst abgefedert. Die Realeinkommen der nicht von Arbeitslosigkeit Bedrohten sind durch viele Einzelmaßnahmen (Steuerzuschüsse zur Sozialversicherung, kleine Steuererleichterungen, gesunkene Inflationsrate) stabilisiert worden. Dies hat zum Gefühl geführt, dass »es hätte schlimmer kommen können«. Die eigene Lage wird meist durch einen Vergleich von Erwartungen und Realität bewertet; Krisenszenarien, die so nicht eintreffen, lassen die Realität relativ positiv erscheinen.

Der Pragmatismus des Alltagsbewusstseins schützt gleichzeitig vor überhöhten Erwartungen. So wurden die Maßnahmen zur Stützung der Binnennachfrage mit der Sorge begleitet, wer das am Schluss bezahlen muss. Die Aktivitäten zur Unterstützung von Schlüsselbranchen und Betrieben (Abwrackprämie, die geforderten Bürgschaften für Opel, Arcandor und andere) stießen auf wachsende Kritik, da sie als selektive Hilfen nur für Großbetriebe zu Lasten der Steuerzahler und

ohne Zukunftsperspektive erlebt wurden. Die betrieblichen Auseinandersetzungen hatten wenig Verallgemeinerungspotenzial, weil sie sich auf die Rettung traditioneller exportorientierter Großbetriebsstrukturen konzentrierten und damit für die nachfordistischen Wirtschaftsstrukturen (in denen inzwischen die Mehrheit arbeitet) wenig Beispiel geben konnten. Die relative Ruhe ist labil und gepaart mit dem Misstrauen, dass die Probleme nur aufgeschoben sind, die Rechnung für die Krisenmaßnahmen noch kommt und das Problem der sozialen Ungerechtigkeit sich weiter verschärft.

DIE AMBIVALENZ DES GERECHTIGKEITSPOSTULATES

Fast jede politische Auseinandersetzung wird mit der Forderung nach Gerechtigkeit aufgeladen. Gerechtigkeit appelliert an einen gemeinsamen Wertekanon, hinter dem Egoismen zurückzustehen haben. Dahinter verbirgt sich einerseits der Wunsch nach Gemeinschaft und Ausgleich zwischen Klassen und Interessen, andererseits das Bedürfnis, sich in einer Gesellschaft mit seiner Leistung, seinem Wert gegenüber anderen zu verorten und das zu bekommen, »was einem zusteht«. Dieser Wunsch ist mit der Gefahr verbunden, sich abzugrenzen und andere Gruppen abzuwerten. So fanden es Gewerkschaften lange Zeit gerecht, dass Männer höhere Löhne bekamen als Frauen, weil das ihrem Wertgefühl entsprach. Die Bedrohung des eigenen Status durch »Neue« wird dann als ungerecht empfunden, wenn Besitzstandssicherung und Senioritätsprinzip wichtige Normen sind.

Gerechtigkeitsnormen unterscheiden sich nach kulturellen und nationalen Traditionen. In Deutschland entstand eine eher meritokratische Tradition, die auch von der Arbeiterbewegung mit ihrem Produzentenstolz getragen wurde (»wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«) und die vor allem in der Nachkriegszeit durch korporatistische und Besitzstand sichernde Elemente ergänzt wurde. Diese Norm geriet ab den 1970er Jahren von zwei Seiten unter Druck: Im Versuch, den ›alten Wohlfahrtsstaat‹ zurückzudrängen, sollten Verteilungsgerechtigkeit und Statussicherung durch individuelle Chancengerechtigkeit und marktförmig definierte Leistungsgerechtigkeit zurückgedrängt werden. Vor allem in der jüngeren Bevölkerung gewannen diese ›neuen‹ Gerechtigkeitspostulate in dem Maße an Unterstützung, wie Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten sich differenzierten, ein Aufstieg aus den bisherigen Milieus und damit pluralere Erwerbs- und Lebenschancen außerhalb fordistischer Strukturen möglich wurden. Verschiedene Untersuchungen haben kontinuierliche Verschiebungen in den Wertvorstellungen auch auf der horizontalen Achse (also schichtübergreifend) festgestellt: von eher konservativ, autoritär, status- und sicherheitsorientiert geprägten Vorstellungen (die in der traditionellen Oberschicht ebenso wie in bedrohten mittleren und unteren Milieus anzutreffen sind) hin zu individualisierten, pluraleren Werten, die sowohl leistungsorientiert als auch hedonistisch oder alternativ geprägt sein können (Vester u.a. 2001). Individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, Eigenverantwortung und Leistungsgerechtigkeit steigen im

Wert; daran konnten neoliberale Versprechen und die Agenda 2010 anknüpfen.

DIE VERLETZUNG ›ALTER‹ UND ›NEUER‹ GERECHTIGKEITSNORMEN

Die Agenda 2010 versprach mehr individuelle Chancen- und Leistungsgerechtigkeit anstelle von Umverteilung und kollektiver sozialer Absicherung, wenn Beschäftigte mehr Eigenverantwortung – Qualifizierung, Entwicklung von Beschäftigungsfähigkeit, Leistungsbereitschaft – entwickelten. Der Staat würde dies u.a. durch Bildungsinvestitionen fördern, der Markt durch Aufstieg und Einkommen entsprechend der eingebrachten Leistung belohnen. Diese Versprechungen knüpften an leistungsorientierte Gerechtigkeitsnormen an und modernisierten sie. Aber damit wurden Geister geweckt: In dem Maße, wie die Versprechungen in der Realität nicht eingehalten wurden, wuchs die Enttäuschung: Der traditionelle Lohn-Leistungskompromiss (Beschäftigte erhalten für hohe Produktivität und Betriebstreue vom Arbeitgeber Arbeitsplatzsicherheit und Teilhabe am Unternehmenserfolg), wurde auch in seiner modernisierten Form des Wettbewerbskorporatismus verletzt, als Unternehmen trotz hoher Gewinne Beschäftigte entließen und Löhne kürzten und als sich Lohn- und Gewinneinkommen auch zu Lasten der »Mittelschicht-Leistungsträger« auseinanderentwickelten. Das Versprechen nach Chancengerechtigkeit gerade für die jüngere Generation kollidierte mit sich verschlechternden Bildungsmöglichkeiten, der Rückkehr von überwunden geglaubter Exklusion im Bildungssystem, der Kinderarmut und schwierigen Berufsstartchancen. Die junge, besser ausgebildete Generation hatte z.T. schlechtere Zukunftsperspektiven als die Eltern, so dass der verbreitete Aufstiegswunsch zumindest über Generationen hinweg einem wachsenden Zukunftspessimismus wich. Das Versprechen der Leistungsgerechtigkeit (»wer arbeiten will, findet auch etwas, von dem er/sie sich eigenständig ernähren kann«) wurde durch die Ausweitung von Niedriglöhnen verletzt. Die wachsende Unsicherheit von Arbeitsplätzen unabhängig von der Leistung der dort Beschäftigten ließ den Zusammenhang zwischen individueller Leistung und wirtschaftlichem Erfolg brüchiger und unberechenbarer werden, so dass das Versprechen, individuelle Leistung führe zu individuellem Erfolg und mache kollektive Absicherungen überflüssig, nicht eingehalten wurde. Die Verletzungen trafen nicht nur die »Modernisierungsverlierer«, sondern auch potenzielle »Modernisierungsgewinner«. Die Krise hat diese Verletzung alter und neuer Gerechtigkeitsnormen bestätigt und verschärft. Nur eine Minderheit von 16 Prozent (»Leistungsindividualisten« und »etablierte Leistungsträger«) hält die ökonomischen Machtverhältnisse für gerecht und lehnt staatliche Eingriffe weitgehend ab. Selbst in der Ober- und oberen Mittelschicht repräsentieren sie nur knapp mehr als die Hälfte (Neubauer 2007).

Aber wie viele Gemeinsamkeiten stehen hinter den Ähnlichkeiten? Da Gerechtigkeitsnormen unterschiedliche Werte umfassen, besteht die Gefahr, die eigene Sichtweise, den eigenen Wertmaßstab zu verallgemeinern und

auf andere übertragen zu wollen. Besonders in Phasen ökonomischer und sozialer Unsicherheit neigen bedrohte und eher statusorientierte Milieus dazu, sich abzuschließen, ihren Status gegen andere zu verteidigen (ebd.). Das Alltagsbewusstsein, das die Diskrepanz zwischen Erwartungen und Realität verarbeiten muss, versucht auch hier, diese Enttäuschungen abzufedern – ob in Form von Individualisierung, Pragmatismus oder Fatalismus. Dies gelingt umso besser, wenn die Politik gelernt hat, auf Druck mit Einzelmaßnahmen zu reagieren, Zuspitzungen zu vermeiden und Empörung durch Symbolpolitik aufzufangen. Verstärkt wird diese Tendenz noch durch einen Trend zur »Entideologisierung«: Nicht nur die Bindung an politische Grundüberzeugungen, Parteien, Verbände, Kirchen nimmt ab; auch das Misstrauen gegen die großen politischen Gegenentwürfe scheint zu wachsen. Dahinter scheinen sich nicht nur Entpolitisierung und Anpassung an Machtverhältnisse zu verbergen, sondern auch Enttäuschungen bei der Umsetzung alternativer politischer Konzepte – nicht nur die Erfahrung mit dem »real existierenden Sozialismus«, sondern auch in kapitalistischen Ländern mit staatlicher Interventionspolitik, staatlichen Unternehmen, Genossenschaftsbewegung usw., die nicht immer die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt haben.

FÜR EINEN DIFFERENZIERTEREN GERECHTIGKEITSDISKURS

Forderungen nach politischen Eingriffen zu Gunsten von mehr sozialer Gerechtigkeit können also unterschiedlichen politischen Haltungen entspringen, sich sogar widersprechen, wenn sie z.B. vom Statusdenken »gegen andere« geprägt sind (Becker/Kaindl 2009). Diese Differenzen sind nicht neu: Die SPD musste lange Zeit einen Spagat zwischen verschiedenen Wählergruppen machen, da sie sowohl von sich bedroht fühlenden Arbeitnehmergruppen als auch von leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus und kritischen Bildungseliten gewählt wurde. Jetzt wird die Partei Die Linke überdurchschnittlich stark einerseits vom »abgehängten Prekariat« als auch von kritischen und engagierten Bildungsschichten gewählt. Das kann für linke Politik ein Problem werden, wenn man in der politischen Auseinandersetzung die schnelle Vereinheitlichung unter griffigen Slogans sucht und sich auf bestimmte Milieus und Gerechtigkeitsvorstellungen konzentriert, um sie quasi pars pro toto zu setzen.

Der Zuwachs der Linken (und auch der anderen kleineren Parteien mit schärferem Profil) bei den letzten Wahlen widerspricht dem nur auf den ersten Blick. Offensichtlich wächst bei den Wähler/innen ein funktionales Verhältnis zu Parteien: Als Gegengewicht zu den »Volksparteien«, deren Einfluss als gesetzt gilt, werden die kleineren Parteien gestärkt, weil sie bestimmte Themen stark machen, die bei den »Volksparteien« drohen unterzugehen. Die Partei Die Linke hat einerseits von ihrem »Alleinstellungsmerkmal«, sich für die unteren Schichten einzusetzen, profitiert: 51 Prozent der Wahlberechtigten waren vor der Bundestagswahl der Meinung, dass ein gutes Wahlergebnis der Partei Die Linke gut sei, weil das die anderen Parteien zum Nachdenken brächte.

Andererseits wird sie (vorrangig im Westen) eher als Protestpartei wahrgenommen: Nur 18 Prozent hielten eine Regierungsbeteiligung der Partei die Linke für gut (Allensbach-Umfrage, *FAZ* vom 23.9.2009). 79 Prozent sind der Meinung, dass sie zwar keine Probleme löst, aber die Dinge beim Namen nennt (Kahrs 2009); von den Linkspartei-Wählern haben sie nur 39 Prozent aus Überzeugung gewählt (das ist der geringste Prozentsatz aller Parteien), aus Enttäuschung 60 Prozent (Infratest-dimap, Bundestagswahl 2009). Damit hat die Partei im Westen noch keine stabile Basis über die Funktion der Protestpartei hinaus entwickelt (vgl. den Beitrag von Hildebrandt in diesem Heft). Dafür müsste sie auch die Auflösung eindeutiger politischer Lager zur Kenntnis nehmen und selber offener für Umbrüche, Veränderungen, Differenzierungen in der Gesellschaft werden. Es wäre z.B. fatal, sich in die Alternative »Chancen- und Leistungsgerechtigkeit versus Verteilungsgerechtigkeit und Besitzstandsabsicherung« drängen und zum Anwalt ›nur‹ der Verteilungsgerechtigkeit machen zu lassen, nur weil die ›modernisierte‹ SPD oder Neoliberale dies zu einer Alternative aufgebaut haben. Linke Politik muss für beides stehen: Umverteilung und soziale Absicherung unabhängig von Leistung für die, die keine Chance (mehr) auf dem Markt haben; Leistungsgerechtigkeit für die, deren Marktmacht zu deren Durchsetzung alleine nicht ausreicht; Chancengerechtigkeit, um individuelle Fähigkeiten unabhängig von Herkunft und Einkommen entwickeln zu können.

Wenn Gerechtigkeitspostulate der Gefahr entgehen wollen, Partikularinteressen und bestimmte kulturelle Normen in allgemeingültige Werte umzudefinieren oder Ansprüche vor allem aus der Abgrenzung gegenüber anderen zu entwickeln, müssen sie Universalität und Pluralität miteinander verbinden; sie müssen Spielräume und Chancen für unterschiedliche Lebensentwürfe, für die Entwicklung unterschiedlicher Fähigkeiten einfordern, müssen Respekt vor Pluralität und Differenz haben, müssen sich verabschieden von ›der‹ Vorstellung gerechten Lebens. Das setzt Selbstreflexion und die Bereitschaft voraus, sich über Milieugrenzen hinweg für andere Erwartungen und Problemlagen zu öffnen. Das Aufbrechen der alten Milieus, die Zunahme unterschiedlicher Lebensstile und -möglichkeiten könnten hier Chancen eröffnen. Kinderarmut, Niedriglohn z.B. wird auch in Schichten und Milieus als großes politisches Problem und Verletzung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit artikuliert werden, die selber davon nicht betroffen sind. Ein Selbstgänger ist das nicht; denn die Gleichen, die z.B. Kinderarmut für einen Skandal halten, halten aufgrund ihres häufig starken Leistungsethos und des latenten Misstrauens gegen Arbeitslose die Hartz-IV-Regelsätze und den Druck auf Hartz-IV-Empfänger/innen nicht für den gleichen Skandal (obwohl nur arme Eltern arme Kinder haben). Die Regierung wird deshalb weiterhin versuchen, zwischen »Leistungsträgern« und »Abgehängten« zu spalten. Dagegen ein Mitte-Unten Bündnis aufzubauen, wird mit die wichtigste, aber auch schwierigste Aufgabe sein. Ohne Respekt vor Unterschieden wird das nicht gelingen.

CHANCEN FÜR EINE »MOSAIK-LINKE«

Der Begriff spiegelt zu recht wider, dass es keine einheitliche, quasi von ›einem Kern der Arbeiterklasse‹, von ›einer Avantgarde‹ angeführte Bewegung gibt; es müssen Bündnisse zwischen verschiedenen Bewegungen und Organisationen mit unterschiedlichen Traditionen und konkreten Themen entwickelt werden (Brie 2009). Aber suggeriert das Bild des Mosaiks (und die Suggestionskraft von Bildern ist groß!) nicht neben Vielfalt und Buntheit gleichzeitig die Hoffnung, dass sich die Teile zu einem harmonischen Ganzen – eben einem Mosaik – ordnen? Davon sind wir noch weit entfernt. Gemeinsame konkrete Konfliktpunkte sind nicht das Problem, sie werden eher mehr werden. Denn die Diskrepanz zwischen politischen Versprechungen wie z.B. »mehr Netto vom Brutto«, »mehr Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung«, »mehr Arbeitsplätze, mehr Aufstiegsmöglichkeiten aus dem Niedriglohnbereich« und ihrer Realisierung wird in den nächsten Jahren nicht geringer werden. Aber wie kann man aus vielen »Ein-Punkt-Bündnissen« stabile Bewegungen mit weitergehenden Zielen machen? Die Chancen dazu können vergrößert werden, wenn man die unterschiedlichen Betroffenheiten und Motive der Bündnispartner wechselseitig zur Kenntnis nimmt und auch respektiert. Dazu gehört: Keine überhöhten Ansprüche an real existierende Bewegungen in dem Sinne »Vom Kampf ums Teewasser zum Kampf um den Staat«. Konkrete betriebliche, tarifliche Kämpfe können nicht vorrangig danach beurteilt werden, ob daraus die große gesellschaftspolitische Auseinandersetzung entsteht (so Kreutz/Jünke 2009). Sonst besteht die Gefahr, dass Kämpfe und die schließlich gefundenen Kompromisse nicht so sehr vom Interesse der dort Engagierten her beurteilt werden, sondern danach, inwieweit sie für darüber hinaus gehende politische Ziele genutzt werden können. Solche Maßstäbe kann kaum eine real existierende Auseinandersetzung erfüllen, und sie werden ihnen auch nicht gerecht. Die ambivalenten Reaktionen auf die Belegschaftsauseinandersetzungen um den Erhalt von Opel, Arcandor usw. zeigen, wie schwer sich die Linke mit Auseinandersetzungen tut, bei denen Belegschaften im Hier und Heute um den Erhalt ›ihres‹ Betriebes unter den Bedingungen des real existierenden Kapitalismus kämpfen. Die überhöhten Ansprüche an spektakuläre Großkonflikte führen außerdem dazu, dass die kontinuierliche Zunahme von tariflichen und betrieblichen Auseinandersetzungen außerhalb der vom Fordismus geprägten Strukturen in neuen Bereichen (z.B. im Dienstleistungsbereich), die weniger spektakulär und massenwirksam sind, kaum beachtet wird.

Ein differenzierterer Umgang mit politischen Kontrahenten und potenziellen Bündnispartnern ist erforderlich: Warum müssen z.B. Mitglieder von SPD und Grünen mit einem anderen Verständnis von Markt und Eigentumsverhältnissen als »moderne Neoliberale« abgestempelt werden (Kreutz/Jünke 2009 verweisen hier u.a. auf Gysi und Lafontaine)? Der inflationäre Gebrauch dieses Begriffs verharmlost nicht nur die realen Gefahren des Neoliberalismus. Er verwischt

auch relevante Unterschiede zwischen Neoliberalismus und Wettbewerbskorporatismus (ein wichtiger Bestandteil der Agenda 2010); es ist nicht egal, ob man in tripartistischen Bündnissen Gewerkschaften einbinden oder – wie es Frau Thatcher wollte – zerstören will! Er verwischt wichtige Unterschiede und Lernprozesse innerhalb von SPD und Grünen. Und auch CDU/CSU haben gelernt, dass man mit hartem neoliberalen Kurs keine Mehrheiten gewinnt: Sie vermeiden z.B. Zuspitzungen gegenüber den Gewerkschaften (die einst geplante Zerschlagung von Tarifvertragsgesetz und Mitbestimmung ist vertagt) ebenso wie gegenüber den »Leistungsträgern« in der Mittelschicht; ›Grausamkeiten‹ werden scheibchenweise und mit Zugeständnissen garniert verabreicht. Wir sollten nicht darauf setzen, dass Regierung und Arbeitgeber durch Zuspitzung und Generalangriff auf soziale Rechte uns die Mobilisierung und Vereinheitlichung der Betroffenen erleichtern.

Die Mobilisierung ist u.a. durch den wachsenden Pragmatismus der Mittelschichten und den wachsenden Fatalismus bei den »Abgehängten« erschwert. Pragmatismus und Fatalismus verringern Erwartungen und damit auch Enttäuschungen – das ist ihre Funktion. Handlungsbereitschaft kann deshalb am ehesten über das Aufzeigen real existierender Spielräume und Teilerfolge aufgebaut werden; die sind aber nur unter gegebenen Machtverhältnissen mit der ganzen Ambivalenz von Kompromissen zu haben. Wenn Linke die Rücksichtnahme der »Herrschenden« auf Stimmungen in der Bevölkerung als Vereinnahmungsversuche, als Ablenkungsmanöver vom eigentlichen Ziel entlarven, mag das bei vielen genauso auf Zustimmung stoßen wie die »die da oben, wir da unten«-Rhetorik. Stärkt das nicht eher den Fatalismus, weil die Empörung die Funktion hat, sich emotional Luft zu verschaffen, aber sie mit dem Eindruck zementierter Machtverhältnisse gleichzeitig vor Erwartungen und damit auch vor Enttäuschungen schützt? Diese Haltung macht die Bedeutung, die Die Linke, die Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen als Bedrohungsfaktoren für die Herrschenden haben und auf deren Existenz quasi prohibitiv reagiert wird, klein.

Die Chancen für eine Linke sind größer geworden, aber nur wenn sie lernt, unterschiedliche Lebensentwürfe, unterschiedliche Betroffenheiten und unterschiedliche Ziele zu respektieren. Zwischentöne sind kein Krampf im Klassenkampf!

LITERATUR

Brie, Michael, 2009: Die Krise als Chance, in: Die Linken und die Krise, *rls-papers* Mai 2009, 93ff

Becker, Florian, und Christina Kaindl, 2009: Widersprüche der Mosaik-Linken, in *Luxemburg* 1, 93-9

Kahrs, Horst, 2009: Parteienlandschaft im Umbruch, *Luxemburg* 2, 122–7

Kreutz, Daniel, und Christoph Jünke, 2009: Falsch aufgezäumt: Entgegnung auf das Strategiepapier des IFG in *Luxemburg* 2, 148–53

Neugebauer, Gero, 2007: *Politische Milieus in Deutschland.* Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Vester, Michael, u.a., 2001: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung,* Frankfurt/M

DIE EXKLUSIVE

ZUR POLITIK DES AUSGESCHLOSSENEN VIERTEN

ANDREAS SIEKMANN





Als »vierte Gewalt« thematisiert Siekmann Praxen von Ausschließung und Ausgrenzung als Bestandteil staatlicher Politik. Auf dem Karussell bewegen sich u.a. folgende Figuren: ein Flüchtling, der verfolgt wird von einem Grenzpolizisten, dazwischen zwei Frauen, die in einem Sweatshop Turnschuhe herstellen, ein Dienstleister und eine NGO-Figur, zwei Funktionäre, die sich die Hände schütteln, vielleicht vom IWF und von der Weltbank. Ihre ritualisierten Treffen werden von vier Polizisten vor der Empörung abgeschirmt, die sie hervorrufen.

Bilder unten: Die Exklusive – Zur Politik des ausgeschlossenen Vierten, 2002, 2004, 2007, Installation view, Documenta 12, Museum Fridericianum, Kassel 2007



DMITRY VILENSKY

For if we agree that the mere existence
of social misery and class struggle
will not lead automatically to an emancipating system change,
and that conscious agency
always has to be prepared and organized strategically,
then we have to grant culture – learning and the arts,
and the arts of learning – an important part
in any future renewal of radical leftist politics.

Gene Ray, Radical Learning and Dialectical Realism:
Brecht and Adorno on Representing Capitalism

POLITISCHE GEGENWARTSKUNST UND SOZIALE BEWEGUNGEN REPRÄSENTATION UND TEILNAHME



ACTIVIST CLUB
WE NEED OUR OWN
BUILDERS
ACTIVIST CLUB
CHTO DELAT

DIE QUELLEN DES KONFLIKTES

In letzter Zeit kam es des Öfteren zu Konfrontationen zwischen Künstlerinnen und Künstlern, die an Ausstellungen mit politischem Programm teilnehmen, und Aktivistinnen und Aktivisten, die diese Projekte zur Zielscheibe ihrer Kritik gewählt haben.

Saubere Finanzierung kann es so wenig geben wie sauberes Geld

Der schärfste Konflikt ereignete sich während der letzten Biennale in Istanbul im Herbst 2009. Aktivisten protestierten zur Eröffnung der Biennale gegen die IWF-Tagung (http://resistanbul.wordpress.com/). Der Protest richtete sich gegen ein Ausstellungsprojekt, das auf Konzepten von Brecht basierte. Linke, kritische Positionen könnten nicht durch Unternehmen wie den Kotsch-Clan finanziert werden, der bekanntermaßen mit der Rüstungsindustrie verbunden ist.

Aus dem Aufruf von Resistanbul an die Teilnehmer der Biennale entstand eine wichtige und grundsätzliche Diskussion, die die unterschiedlichen Positionen schärfte:

Die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen ›Kunst an sich‹ und ›dem Aktivismus‹, sondern zwischen aktivistischer Kunst und denjenigen, die »Systemkunst« mit politischer Kunst gleichsetzen. Der Konflikt gewinnt an Schärfe, weil die Opponenten einander gut kennen. Viele politische KünstlerInnen sind Teil der Bewegung, der Kampagnen, Protestaktionen und Diskussionen. Oft folgen sie einer ähnlichen Lebensweise: Sie gehen in die gleichen Bars in besetzten Häusern und in soziale Zentren, kleiden sich ähnlich, lesen die gleichen Bücher, sehen die gleichen Filme. Der Konflikt und die Spaltung verläuft nach bekannten Szenarien: Frühere Biennalen in Istanbul hatten keine Proteste hervorgerufen, ganz zu schweigen von anderen glamourösen Projekten im künstlerischen Mainstream. Die Kritik richtet sich gegen politische KuratorInnen und KünstlerInnen, die an Ausstellungen mit ultra-kapitalistischen Finanzierungsquellen teilnahmen. Dadurch würden die politischen Intentionen kompromittiert und die »Reinheit« der linken und sozialen Bewegungen untergraben.

KünstlerInnen und KuratorInnen antworten, dass sie nicht alle kulturellen Projekte boykottieren können, die vom Großkapital finanziert werden. Eine »saubere« Finanzierung könne es so wenig geben wie »sauberes Geld«. Staatliche Unterstützung sei nicht weniger zweifelhaft. Der Staat erfülle praktisch überall, von Russland und Israel bis China und USA, eine reaktionäre Rolle. Dass ihre – noch so





Activist Club von Dmitri Vilensky nimmt Bezug auf den »Arbeiter Club«, der Mitte der 1920er Jahre in der UDSSR von Alexander Rodchenko präsentiert worden ist (auf der Ausstellung für industrielle Kunst in Paris). Er sollte den Arbeitern in Fragen des politischen Kampfes Orientierung bieten und ihnen neue ästhetische Erfahrungen ermöglichen. Auch Activist Club will ästhetische Erfahrungen, Subjektivierung und politisches Lernen zusammenbringen und inmitten der bürgerlichen Kunstinstitutionen neue Räume eröffnen. Soziale Zentren sind Orte, an denen Kultur in einen Kontext der Kämpfe von unten, um Anerkennung, gestellt wird. Es können hybride Räume erdacht werden, in denen Museen und soziale Zentren zusammenkommen.

progressiven – Projekte unterstützt würden, ziele darauf, dass der Staat sich reinwasche und »Dampf aus dem Kessel« gelassen werde. Protest und Kritik sollen im ungefährlichen Raum eines kulturellen Ghettos realisiert werden: »Autonomie der Kunst«. Kritische und politische KünstlerInnen sind viel zu sehr eine Minderheit, als dass sie das »kulturelle Fließband« beeinflussen könnten. Dennoch müssen sie ihren Kampf fortsetzen und jede Möglichkeit nutzen, durch ihr Schaffen einen Raum der Gegenhegemonie zu schaffen. Deshalb wollen sie am institutionellen Raum teilnehmen und ihren Platz verteidigen: Er ist der Ort künstlerischer Produktion, wo Streit über den Sinn von Kunst, ihre Rolle in der Gesellschaft, über die Kontrolle über die Produktionsmittel und die Umverteilung des Mehrwerts möglich ist. All diese Fragen lassen sich nur schwer diskutieren, wenn man die verführerische Entscheidung trifft, die »Fabrik« zu verlassen. Umso mehr, als andere Berufszweige nicht weniger kompromisslerisch oder »reiner« sind.

Aktivisten gehen davon aus, dass zum Schaffen von Kunst keine Ressourcen nötig

sind, keine Kunst-Institutionen. Sie scheint wie ein Lied aus dem Herzen zu kommen, mit dem Körper in den Raum geschrieben oder an die Wand gesprayt zu sein. Künstler als »Beruf« wird von ihnen in Zweifel gezogen. Institutionalisierte Formen der (Hoch) Kultur gelten ihnen als Verrat an den Idealen freien Schöpfertums und Selbstentäußerung: »Jeder Mensch ist ein Künstler« (Beuys). Ihre alltägliche Praxis ist auf Teilnahme und Anti-Hierarchie gegründet und so ist ihnen jede Möglichkeit der Delegierung und Repräsentation zweifelhaft. Künstler ihrerseits bestehen darauf (oft artikulieren sie es nicht), dass Kunst eine besondere Form beruflicher Tätigkeit ist, die besondere Ausbildung und ständiges Training braucht. Kunst ist ihnen mit der Verarbeitung von Materialien (Farben usw.) eine Verkörperung, eine Praxis der Repräsentation. Die Realität, auch die Realität des Kampfes für die Transformation der Welt, reflektiert niemals »unvermittelt« die Lebensprozesse. Sie ist immer von unseren Ansichten und Positionen beeinflusst, vermittelt, immer »montiert«. Schon weil die Zeit des künstlerischen Werkes sich von der Zeit der realen Ereignisse unterscheidet. Wie Jean-Luc Godard bemerkte, ist Kunst »nicht die Reflexion der Wirklichkeit, sondern die Wirklichkeit der Reflexion«. Diese Realität zu schaffen ist nicht weniger wichtig als das direkte Handeln der Aktivisten. Und sie ist wichtiger Bestandteil der Teilnahme an der Transformation der Gesellschaft.

Hier liegt der »Nerv« des Konfliktes. Auf der einen Seite steht das sympathische utopische Modell außerinstitutioneller schöpferischer Praktiken im Dienste der Bewegung, auf der anderen eine klar hierarchische Politik der Repräsentation, institutioneller Politik und Warenproduktion. Dieser Konflikt ist unausweichlich. Ist es möglich, ihn produktiv zu machen, so dass er die Beteiligten nicht frustriert und spaltet, sondern progressive Tendenzen zu entwickeln hilft?

Übersetzt in den politischen Kontext zeigt sich: Die Frage ist kompliziert – und zeitlos. Lenin polemisierte in »Was tun?« gegen die Fetischisierung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, die nur zur Entwicklung gewerkschaftlichen Bewusstseins (Ökonomismus) führen könnte. Er beharrte auf der Notwendigkeit, eine dritte Kraft zu schaffen, einen »äußeren Agenten«, der die Verantwortung für die Bildung revolutionären Klassenbewusstseins übernimmt. Der fällt nicht vom Himmel und entsteht nicht einfach organisch aus dem Kampf, er muss geschaffen werden. Für Lenin war diese äußere Kraft die revolutionäre Partei mit dem neuen Subjekt des Berufsrevolutionärs. Es ist klar, dass wir diesen Weg heute nicht wiederholen wollen. Es bleibt die Notwendigkeit, neue Formen des »äußeren

Agenten« zu denken und zu schaffen. Die Bewegungen sind m. E. auf dem Rückzug, weil das nicht gesehen wird. Nicht jeder schöpferische Akt ›ist‹ automatisch ›Kunst‹. Zwischen Schöpfertum und Kunst ist sorgfältig zu unterscheiden. Kunst kann nur innerhalb eines Systems von Kunst-Institutionen bestehen, weil diese erlauben, Wertvolles von Nicht-Wertvollem zu scheiden. Es wäre ein Fehler, so zu tun, als seien diese Institutionen nicht wichtig und als habe nichts von dem, was in der Sphäre der Kunst vor sich geht, Einfluss auf den Kampf. So würde die Bedeutung »ideologischer« Kämpfe unterschätzt. Heute, wo sich deutlich zeigt, dass der grundlegende Kampf ökonomischer Natur ist, muss der Kampf um die Formierung von Subjektivität, die Bildung von Subjekten als Bestandteil des allgemeinen Kampfes angesehen werden.

Es geht um Subjektivität, die bereit ist, an diesem Kampf teilzunehmen. Dafür sind die Positionen in Bezug auf Repräsentationsstrategien zu überdenken – und die Rolle der Künstler mit Blick auf die Grenzen der Kompromisshaftigkeit ihrer Praxen. Es nutzt nicht, die Situation zu dramatisieren. Doch für beide Seiten ist es lohnend, wenn Künstler im kulturellen Raum vertreten sind, die Werte und Politik der Bewegungen von innen vertreten und befragen, und die gleichzeitig Strukturen der Repräsentation dieser Kunst außerhalb der Welt der Kunst entwickeln.

EINER DIESER ORTE IST ZWEIFELLOS DER RAUM DER SOZIALFOREN.

Meine Erfahrungen beschränken sich auf drei europäische Sozialforen. Ich teile den Kommentar von Molly Nesbit, einer der Kuratorinnen des Ausstellungsprojektes Utopia Station auf dem Sozialforum 2005 in Sao Paulo: »Ich war erstaunt, wie randständig die traditionellen Kunstpraxen auf dem WSF waren. So wirkten sie ihren Intentionen zum Trotz folkloristisch oder schlicht ungelenk. Bei den ersten Treffen war das Kulturelle nicht der Rede wert.«

Die endlosen irgendwie zusammengebauten Informationstafeln, Plakate, Fotoreportagen mit und ohne Text, Dokumentationen im Stil von Indymedia – das alles vermittelte den Eindruck von »Volkskultur«. Die Quellen der Avantgarde und des Modernismus des 20. Jahrhunderts liegen auch in der Aufdeckung verschiedener Schichten von Volkskultur und *art brut* durch europäische KünstlerInnen. Sie eröffneten ihnen neue formale und konzeptionelle Möglichkeiten. Diese sind in die Praktiken der Avantgarde und des Modernismus eingegangen und so in die Geschichte der westeuropäischen Kunst eingeschrieben. Die Versuche, diese

Arbeiten unmittelbar in den künstlerischen Kontext zu übertragen, sind allerdings zweifelhaft. Politischen Künstlern wird häufig vorgeworfen, das Material der Protestkultur auszubeuten. Diese Kultur könne in ihrer Authentizität nicht repräsentiert werden. Sie müsse parallel zur hegemonialen Geschichte im Raum ihrer unmittelbaren Verwirklichung existieren. Der Kultur wird hier eine ganz andere Rolle und Bedeutung zugewiesen. Praktiken der Verwischung der Grenzen von »hoher« und »niederer« Kunst und für einen allgemeinen Zugang zur Kunst sind gängig. Doch in der Welt der Aktivisten beharrt man auf der Möglichkeit authentischer Repräsentation. Der Raum des Sozialforums, der Demonstration, des sozialen Zentrums, des Büros der NGO ist für kulturelle Authentizität reserviert. Dadurch wird jede Möglichkeit verbaut, die Arbeiten von Künstlern, die durch ihren unvermeidlichen Status der »äußeren Agenten« (oder Doppelagenten) diese Authentizität beständig in Frage stellen, in einen aktiven Kontext einzubinden.

Der Kurator Hans Ulrich Olbricht platzierte mit seinem Team die Ausstellung Utopia Station auf dem Weltsozialforum (nachdem sie auf dem elitären, bürgerlichen Raum der Biennale in Venedig gezeigt worden war). Das war ein wegweisendes Experiment, wie »ernsthafte«, anerkannte Kunst und das Forum zusammenwirken können. Die KuratorInnen schufen keine traditionelle Ausstellung, sondern baten KünstlerInnen, die Mehrzahl von ihnen namhaft in der modernen Kunst, etwas im Sinne der Intervention beizusteuern: eine Plakatausstellung, ein spezielles Videoprogramm, Radiogespräch, einen mobilen Autobus. Der Versuch endete in einem Fiasko. Danach hat niemand mehr Ähnliches versucht. Warum?

Meines Erachtens bestand das Missverständnis auf beiden Seiten – die Intensität des Programms jedes Forums lässt für parallele Aktivitäten wenig Raum. Die Teilnehmer sind von ihren Netzwerken in Anspruch genommen, sie suchen Mitstreiter und wollen neue Projekte durchsetzen. Es ist eine Situation der Überlastung, in der das Interesse sich nur schwer anderem zuwendet. Hinzu kommen das übliche organisatorische Chaos des Forums und die Erholungsphasen der abendlichen Popkonzerte. Die Utopia Station wurde daher eher als symbolische Geste gesehen, mit der die Wichtigkeit kultureller Debatten und ihre Einbeziehung in Räume betont wurde, die sich von der Biennale in Venedig radikal unterschieden. Gleichzeitig wurde befürchtet, dass es sich hier um eine profanisierende, falsche Geste handele, die Verbindungen weder zu Utopien noch zu Politik geknüpft hat. Schon

ein flüchtiger Blick auf die gezeigten Plakate (www.e-flux.com/projects/utopia/) genügt, um festzustellen, dass die Mehrheit der KünstlerInnen ziemlich schamlos die Chance zur Eigenwerbung nutzte und hermetische, nicht lesbare Referenzen an ihre eigenen Kunstwerke anbot, die überhaupt nicht mit einem Publikum weitab der Kunstwelt kommunizieren konnten. So demonstrierten die KünstlerInnen ihre guten Absichten, das Forum demonstrierte Offenheit und alle waren mit sich zufrieden. Meines Erachtens handelt es sich um ein Beispiel, wie man es nicht machen soll. Doch die Richtung ist wichtig, und es lohnt sich zu träumen, wie man sie entwickeln kann.

Bei der Organisation des Kulturprogramms der russischen Sozialforen 2005 und 2006 entschieden wir uns für Panels zu Fragen wie: Was ist politisch in der Kunst?; Geschichte linker Kunst; Kunst und *public licence*; Poesie und Politik usw. Aufgrund mangelnder Ressourcen konnten wir kaum mit Formen jenseits von Seminaren oder Videovorführungen experimentieren.

Gleichzeitig wollten wir erreichen, dass die Aktivisten Vorbehalte gegenüber der Kunst überwinden: Auch ernsthafte Formen bürgerlicher Repräsentation von Kunst bringen ein ganzheitliches Bild der Gesellschaft und ihrer Ideologie hervor. Das geht Aktivisten an. Jede echte Kunst trägt in sich den Impuls der Befreiung; man muss lernen, sie zu entziffern. Für KünstlerInnen, KuratorInnen und WissenschaftlerInnen ist die Beteiligung an den Sozialforen wichtig. Sie vermitteln ein Bild von Ereignissen und Konzepten, die sie in dieser konzentrierten Art an keiner anderen Stelle finden können; sie sollten eigene Veranstaltungen organisieren und für diese Teilnehmer gewinnen.

An Stelle der Praktiken der »Auflösung« und der »Aktivitäts-Kunst« im Forum sollte umgekehrt versucht werden, Kunst in Form eines physischen Raumes einer Ausstellung zu kristallisieren. Dort sollten Debatten innerhalb der Kunst und ihre modernen Ausdrucksformen vermittelt werden. Die Präsentation von Kunst auf den Foren sollte einem strengeren didaktischen Schema folgen. Nicht Selbstrepräsentation sollte im Mittelpunkt stehen, die Teilnahme nicht einfach ein weiteres Häkchen für Lebenslauf und Karriere darstellen. Das könnte zur Wiederherstellung verloren gegangenen Vertrauens und zur Überwindung gegenseitiger Frustration führen. Keine Praxis politischer Kunst ist denkbar ohne ein breites Bündnis im Kampf der Werktätigen. Aber ihr Kampf ist unmöglich ohne Kunst und Denken, die mit diesem in Austausch stehen und zu neuen Ufern führen.

Aus dem Russischen von Lutz Brangsch

MIYA YOSHIDA

Erreichbarkeit
nahtlose Kommunikation
Nahtlosigkeit
globales Dorf
Gemeinschaft der Erreichbarkeit

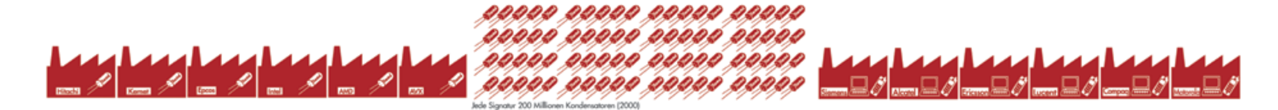
MACHTBEZIEHUNGEN IN DER GLOBALEN KOMMUNIKATION

Der Fall Coltan *















Im Kontext der Telekommunikation wird häufig von Erreichbarkeit *(accessibility)* gesprochen. Das bedeutet zweierlei: Die Nutzer der mobilen Telefonie haben globalen personalisierten Zugriff auf ein simultanes Netzwerk. Dessen soziale und kontextuelle Verfügbarkeit ebnet soziale Unterschiede und Hierarchie und beinhaltet gleichzeitig Verhandlungen über die zeitliche Flexibilität von Individuen. Beide Bedeutungen von Erreichbarkeit drücken sich im Englischem – in der Medientheorie wie auch in den Werbekampagnen großer Mobiltelefonanbieter – im Begriff *seamless connectivity* (nahtlose Kommunikation) aus.

»Nahtlosigkeit« beschreibt Formen der Kommunikation, die geographische Distanz überschreiten. Diese Ideologie erinnert an Begriffe aus den 1960er Jahren: zum Beispiel den des »globalen Dorfes« von Marshall McLuhan (1964), der die Existenz jenseits geographischer Grenzen beschreiben sollte. Mit Einführung des Begriffs der »ortlosen Gemeinschaft« (*non-place community*) schlug Melvin M. Webber (1967) vor, die traditionelle Vorstellung von »Gemeinschaften«, die Individuen binden, durch »Gemeinschaften der Erreichbarkeit« zu ersetzen. Beim gegenwärtigen Stand der Verbreitung der Kommunikationstechnologien, so ungleich sie auch verteilt sind, können Gemeinschaften tatsächlich unabhängig von den geographischen Orten ihrer Mitglieder existieren. Mittlerweile ist das »Netzwerk« als Modell und Metapher zunehmend populär geworden, um alternative Organisationsstrukturen zu erfassen – nicht nur in sozialen Gemeinschaften, sondern auch in politischen, administrativen, kulturellen und in anderen autonomen Bereichen (Barvy 2001).

Der Ethnologe Arjun Appadurai hat bereits 1996 darauf hingewiesen, dass sich mit der Herstellung von Netzwerken die Beziehungen zwischen den Menschen durch die Entstehung von »Zwischenorten« *(between-places)* grundlegend verändert haben. Wie das Mobiltelefon der Erreichbarkeit wegen in das soziale Leben integriert wird, spiegelt sich in fünf verschiedenen Landschaften: der technologischen, ethnischen, medialen, ökonomischen und der politischen Landschaft. Offen bleibt jedoch, wie sich die reale Komplexität solcher Räume reflektieren lässt.

Andrew Barry unterscheidet zwischen idealisierten Bildern globaler Kommunikation als bloßen Vorstellungen und globalen »technologischen Landschaften«, die nur bestimmte Orte und Praktiken einschließen und verbinden und andere ausschließen (2001). Das wird besonders deutlich an der Logistik, die zur Unterstützung der globalen mobilen Kommunikation aufgebaut wurde.

So blieb die Konkurrenz um Rohstoffe wie Coltan, die zur Aufrechterhaltung der Netzwerke benötigt werden, bisher im Verborgenen, muss aber in die Diskussionen zu mobiler Kommunikation einbezogen werden.[1]

Was also folgt aus der Möglichkeit mobiler Kommunikation? Es gibt komplexe globale Folgen, einschließlich der Ausbeutung materieller und humaner Ressourcen. Auch der ideologische Raum der mobilen Telefonie hat ökonomische Bedeutung. Im Folgenden analysiere ich die Machtbeziehungen innerhalb der mobilen Telefonie an zwei Beispielen: Eines ist Coltan, ein für Mobiltelefone und andere tragbare Geräte wesentlicher Rohstoff; das andere ist die besondere Mobiltelefon-Infrastruktur im Kosovo. Dabei geht es mir darum zu beschreiben, welche Räume inmitten transnationaler technologischer und kapitalistischer Expansion und Vorstellungsproduktionen eher unsichtbar bleiben.

COLTAN-INDUSTRIE: BEWEGLICHER SCHATTEN DER KOLONIALSTRUKTUREN

Die Werbung für Mobiltelefone betont und verspricht absolute Erreichbarkeit über den Globus. Auch ohne Netz ist das Mobiltelefon bereits Teil einer starken Verbindung zwischen den Erdteilen – allein durch die Materialien, aus denen es hergestellt wird. Um Mobiltelefone zu produzieren, bedarf es einer Reihe von Rohstoffen aus verschiedenen, mehr oder weniger abhängigen, über die Welt verteilten Ökonomien: Nickel aus Chile für die Batterie, Öl aus dem Persischen Golf, Texas, Russland oder der Nordsee für das Plastikgehäuse und für LCDs, Tantal aus Australien oder Afrika, Mikroprozessoren aus Nordamerika oder Skandinavien für Kondensatoren (Agar 2003, 14). Das Mobiltelefon kann als komprimiertes Abbild der gegenwärtigen Strukturen des Welthandels gesehen werden.

ZWEI KUNSTPROJEKTE

Mit dieser Perspektive auf Praktiken und Politik der Mobiltelefonie sind Alice Creischer und Andreas Siekmann sowie eine Gruppe britischer Künstler, Graham Harwood, Richard Wright und Matsuko Yokoji (im Weiteren H.W.Y.), der scheinbar einfachen Frage nachgegangen: *Woher kommt Ihr Mobiltelefon?*

Dafür ist es wichtig zu analysieren, wie ein geopolitisches Thema am Beispiel des Rohstoffs Coltan in der Kunst dargestellt und untersucht wird. Kunstwerke arbeiten mit konkreten Zugängen und Einstellungen.

Heute ist
fast jeder Aspekt des täglichen Lebens
ein integrierter Teil
komplexer globaler Zusammenhänge
und Resultat
des transnationalen Kapitalismus.

Die Unsichtbarkeit der realen Bestandteile, die für mobile Kommunikation wesentlich sind, findet ihre Parallele in den meisten aktuellen Schautafel-Systemen. Vor dem Hintergrund der Geschichtlichkeit dieses Problems im Kontext moderner westlicher Kunst bemüht sich das Langzeitprojekt von Alice Creischer und Andreas Siekmann um eine Neubewertung historischer Modelle statistischer Repräsentation. Sie experimentieren mit der Möglichkeit, einige dieser historischen Modelle auf die heutigen sozio-politischen Formationen anzuwenden.

In diesem Kontext ist das Coltan-Kapitel in ihrem Atlas-Projekt interessant: Der Fall Coltan/Monopolartige Produktionen (2005, Abb. S. 115 u. 121). Coltan ist ein gutes Beispiel, um die Machtbeziehungen der mobilen Kommunikationsindustrie, der internationalen Politik und der globalen Ökonomie nachzuzeichnen. Coltan ist Abkürzung und Handelsname der Mineralgruppe Columbit-Tantalit. Diese wird aus den wertvollen Metallen Tantal (Ta) und Niob (Nb) gewonnen und ist vielfältig industriell einsetzbar. Das gilt besonders für Tantal, das in elektronischen Bausteinen, Chemieanlagen, Raketentechnologien und Atomreaktoren benutzt wird. Ein Großteil der weltweiten Tantalproduktion (ca. 60 Prozent) geht in die Kondensatoren der Elektronikindustrie. Es kann zur Herstellung von hitzebeständigem Pulver benutzt werden, das große elektrische Ladungen aufnehmen kann, die es nur langsam und kontinuierlich abgibt. Seine Attraktivität und die entsprechende Nachfrage ergeben sich aus dem Gebrauchswert zur Herstellung von Kondensatoren in Mobiltelefonen und allen Arten von IT-Produkten wie Laptops, Spielkonsolen und anderen Elektronikgeräten. Kondensatoren auf Coltan-Basis verlängern den Batteriebetrieb der Produkte beträchtlich. Auf der politisch-ökonomischen Ebene sind Unternehmen im Mineralhandel der »Motor des Konflikts« um diesen Rohstoff, der unter den Bedingungen des Konfliktes zum »Blut-Coltan« mutiert. Viele Hightech-Produzenten versuchen zwar, »Blut-Coltan« zu vermeiden. Es ist aber fast unmöglich, die Herkunft des Metalls festzustellen. Außerdem beschädigt der Abbau das lokale Ökosystem und bedroht die Gorillapopulation (Tegera 2002).

Auf der Grundlage ihrer eigenen Nachforschungen über die Zirkulation natürlicher

Ressourcen in kapitalistischen Ökonomien haben Creischer/Siekmann hier visuelle Interpretationen aktueller Statistiken geschaffen, unter Nutzung eines spezifischen historischen Modells: des Atlas Gesellschaft und Wirtschaft, in dem Gerd Arntz und Otto Neurath ihre in den 1930er Jahren in Wien entwickelte Darstellungsmethode der angewandten Soziologie entfaltet haben.[2] Unter Anpassung der Bildgrafiken von Arntz und Neurath erstellten Creischer und Siekmann eine aktuelle Version des Atlas, um die Komplexität verschiedener globaler »Landschaften« auf eine einfache Art zu visualisieren, die dem Betrachter einen »realistischeren« Eindruck der Dimensionen von Menschen und Dingen vermittelt, die sonst in Zahlen versteckt bleiben.

In Europa versuchten Forscher wie Arntz und Neurath und andere politische Künstlergruppen (z.B. die Kölner Progressiven Franz Wilhelm Seiwert, Max Hoelz u.a.), durch die Entwicklung des Atlas dieses Verständnis von »Fortschritt« in Frage zu stellen. Sie sehen sich hierzu in der Tradition der Aufklärung im Industriezeitalter. So betrachtet wirft das Coltan-Thema, wie es im Atlas dargestellt wird, für jeden Betrachter eine Reihe von Fragen auf: Wie können wir hinsichtlich der Prozesse mobiler Kommunikation die verschränkten Elemente der politischen und ökonomischen Welt in all ihrer Komplexität verstehen? Reicht es aus, einfach von einem globalisierten »Fluss« zu sprechen? Wie kann die mit mobiler Erreichbarkeit verbundene Vorstellung von Fortschritt reflektiert werden?

Es ist unausweichlich,
diese Komplexität mit einzubeziehen
und zugleich dazu verurteilt zu sein,
immer von neuem auf dieser überdimensionierten
elementaren Ebene zu beginnen.

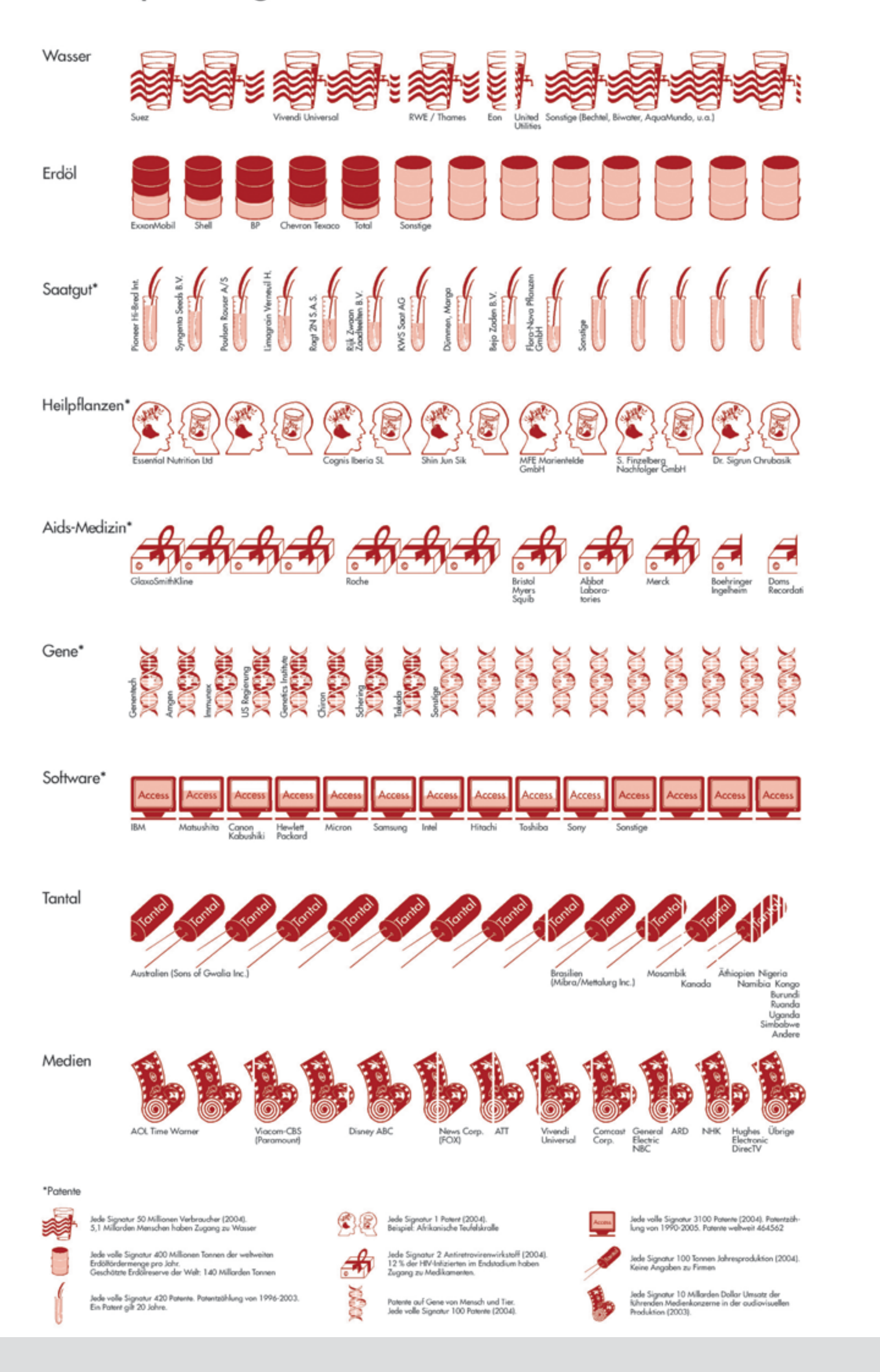
Harwood, Wright und Yokoji (H.W.Y.) haben in ihren Projekten Tantalum Trottoire und Phone Wars (2006) einen gänzlich anderen Zugang zum Thema Coltan. Sie konzentrieren sich auf die Folgen der Coltankriege[3] im Kongo und passen die sozialen Telefonnetzwerke entsprechend an, um einen durch die mobilen Geräte produzierten, soziopolitischen Raum sichtbar zu machen. Ausgangspunkt war ihr Interesse an einer historisch bedeutenden, auf Musik, gesprochenem Wort und Kommunikationspraktiken beruhenden lebendigen kongolesischen Kultur, die sie in Zusammenarbeit mit der Radiosendung Nostalgie Ya Mboka aus London in ein Projekt mit dem Titel: Telephone Trottoire überführt haben. Dieses Kunstprojekt basierte auf einem Telefonnetzwerksystem, das aus Tratsch Informationen für kongolesische

Teilnehmer sammelt und verteilt. In diesem Projekt wurden Kongolesen auf der ganzen Welt gebeten, Nachrichten über ihre Telefone zu übermitteln, eigene Kommentare und neue Informationen aufzuzeichnen. Die Teilnehmer rufen zufällig ausgewählte Nummern an und hören sich die Musik, eine Geschichte oder Nachrichteninhalte an. Jeder Zuhörer ist eingeladen, sich mit der Aufzeichnung eines Kommentars, anderen Interaktionen oder der Weiterleitung an Freunde zu beteiligen. Diese Technik »ansteckender« Mediennutzung hat Bezüge zur traditionellen kongolesischen Praxis des »Radio trottoire« – der Weitergabe von Nachrichten und Tratsch an Straßenecken, mit der staatliche Zensur umgangen wird. Auf Telephone Trottoire aufbauend, schufen H.W.Y. mit Tantalum Trottoire (2006) eine Version mit jungen Leuten auf der ganzen Welt zum Thema der Herstellung ihrer Telefone und der damit verbundenen Coltankriege. Auf der Ausstellung wurden die Aktivitäten live übertragen und die Ergebnisse auf der Webseite des Projekts zugänglich gemacht. Auf der letzten Stufe präsentierte das Projekt unter dem Titel Phone Wars/Tantalum Memorial (2006) die Strowgersche Telefonvermittlerstelle des Science Museum in London, die für den Empfang wieder hergerichtet wurde (Abb. S. 123).

SICHTBARKEIT/UNSICHTBARKEIT

Phone Wars / Tantalum Memorial lenkte die Aufmerksamkeit auf das Thema: »Coltan des Kongo« und zeigte dadurch mit einer gewissen Selbstreflexivität, wie man mittels des Telefons eine Öffentlichkeit schaffen kann. Das Projekt erforschte die Thematik auf drei Ebenen, die alle Unsichtbarkeit mit Sichtbarkeit verbanden: 1. die Sichtbarkeit der kongolesischen Flüchtlinge in London, die Unsichtbarkeit ihrer Erfahrungen und Erinnerungen bezüglich des Kriegs und des Leids im Kongo, 2. die Sichtbarkeit einer Plattform, auf der Themen diskutiert werden, und die Unsichtbarkeit der Wege der Information durch ihr soziales Telefonnetzwerk, 3. die Sichtbarkeit der Strowgerschen Vermittlerstelle und die Unsichtbarkeit der historischen Beziehung heutiger mobiler Telefonie zu Technologien sowie die Unsichtbarkeit der tatsächlich am Tantalum Trottoire Beteiligten und der afrikanischen Opfer der »Mobiltelefonkriege«.

In dieser Werkreihe wird Unsichtbares sichtbar und die Öffentlichkeit auf Möglichkeiten gelenkt, mit Unsichtbarkeit innerhalb des Sichtbaren umzugehen. Tantalum Trottoire passte sich den aktuellen Bedingungen sozialer Beziehungen an, um einen Informationsfluss zu schaffen, der auf dem Modell und der Macht des Tratsches basiert.



Monopolartige Produktionen
Wasser
Suez
Vivendi Universal
RWE / Thames
Eon
United Utilities
Sonstige (Bechtel, Biwater, AquaMundo, u.a.)
Erdöl
ExxonMobil
Shell
BP
Chevron Texaco
Total
Sonstige
Saatgut*
Pioneer Hi-Bred Int.
Syngenta Seeds B.V.
Poulsen Rouser A/S
Limagrain Verneuil H.
Ragt 2N S.A.S.
Rijk Zwaan Zaadteelten B.V.
KWS Saat AG
Dümmen, Marga
Bejo Zaden B.V.
Flora-Nova Pflanzen GmbH
Sonstige
Heilpflanzen*
Essential Nutrition Ltd
Cognis Iberia SL
Shin Jun Sik
MFE Marienfelde GmbH
S. Finzelberg Nachfolger GmbH
Dr. Sigrun Chrubasik
Aids-Medizin*
GlaxoSmithKline
Roche
Bristol Myers Squib
Abbot Laboratories
Merck
Boehringer Ingelheim
Doms Recordati
Gene*
Genentech
Amgen
Immunex
US Regierung
Genetics Institute
Chiron
Schering
Takeda
Sonstige
Software*
Access
IBM
Matsushita
Canon Kabushiki
Hewlett Packard
Micron
Samsung
Intel
Hitachi
Toshiba
Sony
Sonstige
Tantal
Tantal
Australien (Sons of Gwalia Inc.)
Brasilien (Mibra/Mettalurg Inc.)
Mosambik
Kanada
Äthiopien
Nigeria
Namibia
Kongo
Burundi
Ruanda
Uganda
Simbabwe
Andere
Medien
AOL Time Warner
Viacom-CBS (Paramount)
Disney ABC
News Corp. (FOX)
ATT
Vivendi Universal
Comcast Corp.
General Electric NBC
ARD
NHK
Hughes Electronic DirecTV
Übrige
*Patente
Jede Signatur 50 Millionen Verbraucher (2004). 5,1 Milliarden Menschen haben Zugang zu Wasser
Jede volle Signatur 400 Millionen Tonnen der weltweiten Erdölfördermenge pro Jahr. Geschätzte Erdölreserve der Welt: 140 Milliarden Tonnen
Jede volle Signatur 420 Patente. Patentzählung von 1996-2003. Ein Patent gilt 20 Jahre.
Jede Signatur 1 Patent (2004). Beispiel: Afrikanische Teufelskralle
Jede Signatur 2 Antiretrovirenwirkstoff (2004). 12 % der HIV-Infizierten im Endstadium haben Zugang zu Medikamenten.
Patente auf Gene von Mensch und Tier. Jede volle Signatur 100 Patente (2004).
Jede volle Signatur 3100 Patente (2004). Patentzählung von 1990-2005. Patente weltweit 464562
Jede Signatur 100 Tonnen Jahresproduktion (2004). Keine Angaben zu Firmen
Jede Signatur 10 Milliarden Dollar Umsatz der führenden Medienkonzerne in der audiovisuellen Produktion (2003).

> Das Problem ist »nicht der binäre Gegensatz zwischen der Abstraktion und dem Konkreten des gesellschaftlichen Lebens, sondern wie man aus der Wirklichkeit der Abstraktion ein neues Konkretes gewinnt«
> Paulo Virno

Das Projekt bot die Möglichkeit, durch die Vernetzung eine Beschäftigung mit dem Problem innerhalb persönlicher Netzwerke zu aktivieren, auf das Potenzial der Macht von Netzwerken zu verweisen, globale Probleme am Beispiel von Coltan darzustellen und auf das Potenzial kritisch einwirken zu können.

DER KOSOVO IST IN MONACO

In geopolitischen Zonen, in denen mobile Telefonie eine relativ neue Industrie darstellt, ergibt sich die Vernetzung aus Verhandlungen über Einflussstrukturen in der lokalen Politik sowie in transnationalen Unternehmen. Ein repräsentatives Beispiel einer aus dieser Situation resultierenden Trennung des Orts der Macht und ihrer Repräsentation ist der Kosovo.[4]

Während der Kongo aufgrund materieller Ressourcen für die Hightech-Produktion in die Prozesse der ökonomischen und politischen Globalisierung einbezogen ist, ist der Kosovo für entsprechende Industrien interessant mit Blick auf die Ebene der Infrastruktur. Vom Standpunkt der Geopolitik der Telekommunikation ist der Kosovo nicht so sehr eine umkämpfte Provinz in Serbien, sondern ein Teil Monacos. Kosovo ist mit den weltweiten Kommunikationsnetzwerken über den Ländercode 0377 verbunden, was auch der Ländercode Monacos ist – auch wenn dieser nun nach einigen politischen Auseinandersetzungen offiziell Serbien gehört. In der täglichen Netzwerkrealität bedeutet das, dass alle Anrufe von und auf Mobiltelefone innerhalb des Kosovo über Monaco verbunden werden. Diese sonderbare Situation entstand 1999 durch eine Entscheidung der UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) im Laufe des Wiederaufbauprozesses des Kosovo. Alcatel (ein französisches Telekommunikationsunternehmen) sollte für Vala900 (ein Subunternehmen von Monaco Telecom) die Infrastruktur für Mobiltelefone im Kosovo aufbauen. Die Übernahme des Codes von Monaco war Teil der von Alcatel angebotenen Paketlösung. Wegen dieses Abkommens müssen Mobiltelefonnutzer im Kosovo, auch wenn sie lokal kommunizieren wollen, über Monaco umgeleitete internationale Anrufe tätigen. Damit unterliegt die Kommunikation im Kosovo effektiv der Kontrolle Monacos (Monaco Telecom): bezüglich der Anzahl der zugelassenen Verbindungen, der ausgegebenen Telefonkar-



Installation »Phone Wars/Tantalum Memorial«
National Science Museum, London (2006), Graham
Harwood, Richard Wright, Matsuko Yokokoji

ten und auch der heutigen und zukünftigen Entwicklung der dortigen Industrie.

Vernetzung als entscheidendes geopolitisches Paradigma findet somit statt als Ergebnis von Kämpfen um die Vorherrschaft. Darin drückt sich das gegenwärtige fundamentale Missverhältnis von Ökonomie, Kultur und Politik aus. Laut UNO entscheidet über die wichtigsten Kriterien für die Zuteilung internationaler Ländercodes die Internationale Fernmeldeunion (ITU) oder die UNO. Diese Kriterien greifen indirekt so ineinander, dass sie transnationalen Unternehmen erlauben, Vorteile aus chaotischen politischen Situationen zu ziehen – ein grundlegendes Element der spätkapitalistischen Entwicklung. Roaming-Technologie erlaubt die Kommunikation in den, aus dem und innerhalb des Kosovo und verändert sich dabei in bekannte »technologische Landschaften« neuer globaler ökonomischer Strukturen. Der Kosovo ist auf diese Weise Teil der Ökonomie Monacos. Das heißt der Raum der mobilen Telekommunikation wird nicht einfach durch »Vernetzung« hergestellt.

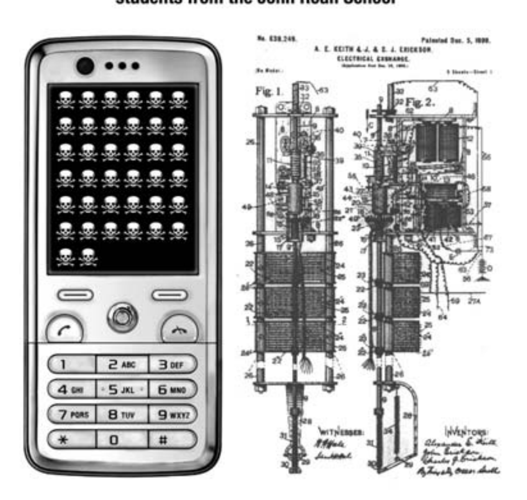
Wie Coltan im Kongo ein Beispiel dafür ist, wie die alten Kolonialstrukturen fortbestehen und globale Wirtschaftsbeziehungen diktieren, so ist der Kosovo ein Beispiel für den geopolitischen und transnationalen Kapitalismus im Zeitalter digitaler mobiler Netzwerke. Wie ist mit dem kritischen Ergebnis einer solchen Analyse unsichtbarer Beziehungen umzugehen? Die digitalen Netzwerke bieten Unmengen an Informationen, die sichtbar oder bewusst unsichtbar gehalten werden. Man muss also – dem Gedanken Oskar Wildes folgend, dass das wahre Geheimnis nicht im Unsichtbaren, sondern im Sichtbaren liegt –, die Mechanismen der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit innerhalb des Systems entziffern: Was ist zu sehen und zu hören und was nicht – und wieso? Im Zeitalter digitaler Information ist das Bedeutungsvolle durch seine Beweglichkeit gekennzeichnet (Kristof Nyíri). Der relativ einfache Zugriff auf zunehmend schneller zirkulierende Information birgt die Gefahr, dass Forscher schon alles zu wissen glauben.

Vorsicht ist geboten, sich nicht mit bloßen Abstraktionen und linguistischen Formationen zufrieden zu geben. Wenn Begriffe wie Beweglichkeit und Nahtlosigkeit gebraucht werden, muss nachgefragt werden: Handelt es sich um mehr als metaphorische Elemente einer offiziellen Erfolgsideologie? Was bewegt sich, zu welchem Grad, angetrieben durch welche verborgene Kraft? Man könnte auch fragen, was passiert mit den Nähten nach ihrem Verschwinden? Ist das nur die idealistische oder positivistische Beschreibung eines

PHONE WARS

YOUR MOBILE PHONE HAS A HIDDEN COST...
JOIN THE DISCUSSION

A project by Harwood, Wright, Yokokoji with students from the John Roan School



Subscribe 01702 680000

Phone Wars is a project that allows people to discuss the 'Coltan Wars' in the Congo by passing on messages via their mobile phones. During the project the phone calls will trigger the 300 switches of the Science Museum's giant Strowger, the world's first automated telephone exchange. The exchange, invented by Almon Strowger in 1891, has been restored after years of inactivity.

At the beginning of November, twelve students from John Roan School created the **Phone Wars** network after researching the history of telephony and particularly it's more recent social, cultural and political consequences in the Congo.

Anyone can subscribe by calling **01702 680000** (the initial subscription call is charged at normal local rates) and visit **www.phonewars.org.uk**

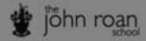
Once you have signed up you will receive a series of phone calls, free of charge, inviting you to listen to messages recorded by the students of John Roan School. These messages will describe how mobile phones are connected to the 'Coltan Wars' and Congolese refugees in the UK. After listening you can record your own comment and forward it to a friend.

Subscribers will receive no more than one call every couple of days until the project finishes on 21 December 2008. You can unsubscribe at any time by calling the above number.

Telecommunications gallery (first floor)
Science Museum, Exhibition Road, London, SW7 2DD

sciencemuseum**artsprojects**sciencemuseum**artsprojects**sciencemuseum**artsprojects**







Postkarte der »Phone Wars«

technologischen Vernetzungssystems? Ist es nicht an der Zeit, die fragmentierte Szene, die die Mobiltelefonie geschaffen hat, in einen Erwartungs- und Vorstellungshorizont einzubetten? Erreichbarkeit produziert neue Formen von Kontroll- und Machtbeziehungen. Kann das Mobiltelefon als Dispositiv dennoch neue und andere Zugriffsmöglichkeiten im Sinne alternativer sozialer Organisation hervorbringen?

FAZIT

Heute ist fast jeder Aspekt des täglichen Lebens ein integrierter Teil komplexer globaler Zusammenhänge und Resultat des transnationalen Kapitalismus. Es ist unausweichlich, diese Komplexität mit einzubeziehen und zugleich dazu verurteilt zu sein, immer von neuem auf dieser überdimensionierten elementaren Ebene zu beginnen. Das dämpft das Bestreben nach wissenschaftlicher Genauigkeit. Die gegenwärtige Situation hält eine Reihe von Angeboten bereit, die verlockend einfach banale individuelle Handlung mit einem größeren Kontext in Beziehung zu setzen. Auch wenn man fast gleichzeitig über eine große Zahl globaler Themen gut informiert ist, bleibt es schwierig herauszufinden, wie man sich in diese Informationsgruppen einbringen kann. Oder einfacher: wie man eine konkrete Frage aufwerfen kann. Hier kann die Konkretion von Kunstwerken helfen, sich nicht in abstrakten Begrifflichkeiten zu verlieren. Alice Creischer und Andreas Siekmann haben statistische Informationen in visuelle Form übersetzt und die Abstraktion von einem Bereich in einen anderen verschoben. H.W.Y. haben ein altes Modell des Tratschens auf der Straße in den Bereich sozialer Telefonnetzwerke überführt, um im Zeitalter der Abstraktion und Entmaterialisierung – der Abstraktion des Visuellen in Symbole, Bilder, Zeichen und der De-Materialisierung (gesellschaftlicher) Beziehungen durch mediale Netzwerke – einen Raum für konkrete Erfahrungen zu schaffen. Da sich das abstrakte Denken bereits voll entwickelt hat, verweist Paolo Virno auf die zunehmende Bedeutung sinnlicher Erfahrung – die Wichtigkeit der ästhetischen Dimension oder einer Dimension der Sinnlichkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft. Das Problem sei »nicht der binäre Gegensatz zwischen der Abstraktion und dem Konkreten des gesellschaftlichen Lebens, sondern wie man aus der Wirklichkeit der Abstraktion ein neues Konkretes gewinnt« (2008, 38). Diesem Gedanken folgend sind die zwei vorgestellten Kunstprojekte sicher keine politischen Aktivitäten, sie erzeugen jedoch eine neue Konkretheit unter abstrakten Bedingungen, erzeugen Sichtbarkeit im Unsichtbaren. Diese Verbindung von

Konkretheit und Abstraktheit, die Virno »Empfindungen zweiter Ordnung« nennt, führt uns zurück zu einer Konstellation intellektuellen Wissens. Eine neue Konkretheit hat auch das Potenzial, als Katalysator für ein Denken und Handeln gegen die vom transnationalen Kapitalismus geschaffenen geopolitischen Probleme zu wirken. Folglich kann Konkretheit in der Kunst letzten Endes einen Raum schaffen, der nicht glamourös oder spektakulär, sondern anregend ist, und in dem soziale Vorstellungen geschaffen werden, die nicht auf Informationen aus zweiter Hand basieren, sondern auf konkreter und sinnlicher Erfahrung.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

LITERATUR

Agar, Jon, 2003: Constant Touch. *A Global History of the Mobile Phone,* Cambridge

Appadurai, Arjun, 1996: Modernity at Large. Cultural Dimensions of Globalization, Minneapolis-London

Barry, Andrew, 2001: *Political Machines. Governing a Technological Society,* London

McLuhan, Marshall, *1964: Understanding Media. The Extensions of Man,* New York

Tegera, Aloys, 2002: *The Coltan Phenomenon. How a rare Mineral has changed the Life of the Population of war-torn North Kivu Province in the East of the Democratic Republic of Congo,* Goma

Virno, Paolo, 2008: *Three Remarks Regarding the Multitude's Subjectivity and its Aesthetic Component,* in: Daniel Birnbaum und Isabelle Graw (Hg.), Under Pressure. Pictures, Subjects, and the New Spirit of Capitalism, Berlin-New York

Webber, Melvin M., 1964: *The Urban Place and the Non-Place Urban Realm,* in: ders. u.a. (Hg.), Explorations into Urban Structure, Philadelphia

---

1 Ich habe das Thema Coltan in das Kunstprojekt Die unsichtbaren Landschaften integriert (Malmö 2003). Vgl. www.invisible-landscapes.net.

2 http://wirtschaftsmuseum.at/pdf/Atlas_Neurath_Gesellschaft_und_Wirtschaft.pdf

3 Seit August 1998 gab es 3,8 Mio. Tote im Kongokrieg. Obwohl der Krieg offiziell 2003 beendet wurde, setzt er sich bis in die Gegenwart fort. Bis 2001 wuchs die Zahl der Flüchtlinge auf 361.720, es gibt über 35.000 Flüchtlinge alleine in Großbritannien. Dieser Exodus ist hauptsächlich verursacht durch politische Unterdrückung und Bürgerkriege um die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen der Region – die Coltankriege. Etwa 90% der in Großbritannien lebenden Kongolesen sind politische Flüchtlinge. Sie erleiden zusätzlich sozialen Ausschluss durch Misstrauen der offiziellen Medien und Regierungsstellen.

4 Die Provinz ist Gegenstand einer lang andauernden Auseinandersetzung zwischen der serbischen (und davor jugoslawischen) Regierung und der albanischen Bevölkerung des Kosovo über politische und territoriale Fragen. Obgleich de jure Teil Serbiens, wurde der Kosovo seit dem Ende des Kosovokriegs 1999 von den Vereinten Nationen verwaltet. Regiert wird die Region von der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) und den lokal gewählten vorläufigen Institutionen der Selbstverwaltung.

ENTPOLARISIERTE PLURALITÄTEN

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS

Die Distanz zwischen der Praxis der lateinamerikanischen Linken und den klassischen linken Theorien ist größer denn je. Vom mexikanischen EZLN bis zur brasilianischen PT-Regierung, von den argentinischen Piqueteros bis zur brasilianischen MST, von den indigenen Bewegungen Boliviens und Ecuadors bis zur Frente Amplio Uruguays, vom Weltsozialforum bis zu Hugo Chávez begegnen wir Formen der politischen Praxis, die im Allgemeinen als links anerkannt werden, aber die in ihrer Gesamtheit in den dominierenden theoretischen Traditionen der lateinamerikanischen Linken nicht vorgesehen waren oder ihnen sogar widersprechen. Aus dieser zum Teil bestehenden wechselseitigen Blindheit von Theorie und Praxis geht eine Untertheoretisierung der Praxis wie eine Irrelevanz der Theorie hervor. Dieses Aneinander-vorbei erzeugt auf der Seite der Praxis oft ein Schwanken zwischen der revolutionären Spontaneität und einer bis zur Wirkungslosigkeit selbstbeschränkten Politik des Möglichen. Auf Seite der Theorie erzeugt dies nicht selten ein Hin und Her zwischen einem Bestreben der nachvollziehenden Anpassung *post factum* und einer arroganten Indifferenz gegenüber allem, was die Theorie nicht erfasst. Aus diesem problematischen Verhältnis von Theorie und Praxis erwächst eine Unsicherheit mit Blick auf Strategie und Taktik der Linken, auf kurzfristige und langfristige Ziele und Orientierungen.

In den letzten drei Jahrzehnten hat der neoliberale Kapitalismus die sozialen Beziehungen denen der Verwertung brutal untergeordnet, Ausbeutung, Ausschluss und Ungleichheit extrem befördert. Dies verleiht den Widerstandskämpfen einen Charakter von Dringlichkeit, die in den kurzfristigen Zielen – gegen die wilden

Privatisierungen oder die WTO – breite Übereinkommen ermöglicht, ohne dass geklärt werden müsste, worauf der Kampf orientiert, z.B. gegen den Kapitalismus an sich oder gegen diesen neoliberalen Kapitalismus, der von einem ›guten‹ Kapitalismus zu unterscheiden ist. Diese Unklarheit begleitete die Linke während des ganzen 20. Jahrhunderts, nimmt jedoch eine neue Intensität an. Die Gewalt des Neoliberalismus lässt die Praxis auf kurzfristige Ziele zusammenschrumpfen. Überhaupt ist unklar, ob eine langfristige Vorstellung noch existiert. Die Ungewissheit über langfristige Ziele führt dazu, dass diese aufhören, die Konflikte innerhalb der Linken zu organisieren. Das heißt, es wird eine Öffnung der Zukunft möglich, auf der sich ein Konsens aufbauen lässt. Die vermeintliche Gewissheit einer sozialistischen Zukunft bzw. einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ist vergangen. Das Langfristige war jedoch immer der Horizont der Linken. Je größer der Unterschied dieses Horizonts zum gegenwärtigen Kapitalismus war, umso radikaler waren die Konzeptionen für den Weg des Handelns. Daraus ergab sich eine Kluft zwischen Revolution und Reform. Diese Kluft hat eine Erosion erfahren, parallel zu der des Langfristigen. Sie existiert weiterhin, aber sie hat ihre Konsequenz verloren.

Angesichts des verzerrten Verhältnisses von Theorie und Praxis ist es unmöglich, zu übereinstimmenden Einschätzungen über das Wirken der Linken zu kommen. Während für die einen seit den 1970er Jahren ein Rückgang des Klassenkampfes stattfindet, ist diese Zeit für die anderen reich an Innovation, in der sich die Linke durch veränderte Kämpfe, Ziele und Formen der kollektiven Aktion erneuerte. Sicher gab es einen Rückschlag für die klassischen Formen der Organisation und der politischen Aktion. Doch dank dieses Niedergangs war es auch möglich, dass neue Formen der Organisation und politischen Aktion Aufmerksamkeit erlangten und Wirkung entfalten konnten. Für diejenigen, die einen allgemeinen Rückgang vertreten, ist die Bilanz negativ und die angeblichen Neuerungen resultieren aus der Verdrängung der Klassenkämpfe im Bereich der Produktion, zugunsten der Kämpfe für sekundäre Ziele (Identitätsanliegen, Ziele im Bereich der Reproduktion) – die damit Zugeständnisse an den Gegner wären. Für diejenigen, die den Gedanken der Erneuerung und Kreativität vertreten, ist die Bilanz auch positiv, weil blockierende dogmatische Auffassungen durchbrochen worden seien, weil sich die Formen der kollektiven Aktion und die soziale Basis, die sie trägt, erweitert hätten und die Kämpfe ihrer Form und den Bereichen nach neue Gebiete der Verwundbarkeit des Gegners aufzudecken ermöglichten. Beide Pole dieser Einschätzungen greifen auf je spezifische Konstruktionen der Vergangenheit zurück, um die Differenz zur Gegenwart zu markieren und ihre Position zu untermauern, und blenden andere Momente des Vergangenen aus.

Aus dem bizarren Verhältnis von Theorie und Praxis ergibt sich außerdem eine Art ›neuer theoretischer Extremismus‹. Drei polare Gegensätze kennzeichnen ihn:

1 | *Die Subjekte der sozialen Transformation* sind für die einen relativ genau abgrenzbar (Arbeiterklasse und ihre Verbündeten), für die anderen unbestimmt, nicht exakt eingrenzbar, alle Unterdrückten, die ›gewöhnlichen‹ und ›rebellischen‹ Menschen oder die Multitude. Vor drei Jahrzehnten bestand der Gegensatz ›nur‹ in der Auffassung über die Grenzen der Arbeiterklasse (die industrielle Avantgarde gegenüber den rückständigen Sektoren), über die verbündeten Gruppen (die Bauern oder auch das Kleinbürgertum bzw. Teile des Bürgertums), oder über den Übergang von der Klasse *an sich zur Klasse für sich*.

2 | *In Bezug auf die Ziele des sozialen Kampfes* polarisiert sich die Linke zwischen der Orientierung auf Machtergreifung und der vollständigen Ablehnung des Begriffs der Macht, zwischen Etatismus und Antietatismus. Vor drei Jahrzehnten bestanden Gegensätze über die Mittel der Machtergreifung (bewaffneter Kampf gegen institutionellen Kampf) und über die Ziele der Ausübung der Macht nach ihrer Übernahme (Volksdemokratie/Diktatur des Proletariats versus repräsentative Demokratie).

3 | *Auf dem Gebiet der Organisation* besteht Uneinigkeit zwischen einer zentralisierten Organisation rund um die Form der Partei einerseits und der Ablehnung jeglichen Zentralismus, z.T. sogar jeglicher Organisation, soweit sie nicht spontan aus dem Gang der kollektiven Aktion auf Initiative der Akteure selbst entsteht. Vor drei Jahrzehnten wurde der Gegensatz zwischen kommunistischen und sozialistischen Parteien ausgetragen, es wurde über Einheitspartei und Mehrparteiensystem, über das Verhältnis zwischen Partei und Massen oder die organisatorische Form der Arbeiterpartei (demokratischer Zentralismus gegen dezentralisierte Organisation und Recht auf Dissidenz) gestritten.

Wir begegnen also Polarisierungen anderen Typs, mit veränderten, teilweise extremeren Positionen. Die früheren Gegensätze sind nicht verschwunden, aber sie haben ihre zentrale Stellung verloren. Die neuen Polarisierungen haben diffusere Konsequenzen. Die unterschiedlichen Pole streiten nicht um dieselbe soziale Basis, sie mobilisieren nicht für dieselben Kampfziele und sie sind weder in denselben noch in rivalisierenden Organisationen aktiv, so dass die Konfrontationen innerhalb der Linken eher Parallelwelten gleichen. Diese Gegenüberstellungen machen jedoch die Akzeptanz von Pluralität und Diversität schwierig, da sie deren Umwandlung in einen Motor neuer Kampfformen, neuer Koalitionen und neuer Verknüpfungen verhindern. Wir stehen vor weit voneinander entfernten kulturellen, symbolischen, sprachlichen Welten, ohne dass wir über einen Übersetzungsmodus verfügen. Während einerseits von Klassenkampf, Kräfteverhältnissen,

Gesellschaft, Staat, Reform und Revolution gesprochen wird, ist andererseits von Liebe, Würde, Solidarität, Gemeinschaft, Rebellion oder Gefühl die Rede, von der Transformation von Subjektivität, von »einer Welt, in der viele Welten Platz haben«. Es handelt sich um einen kulturellen Bruch innerhalb der Linken und zugleich um einen Bruch im Prozess der Erkenntnis der Realität, der seine sozialen Grundlagen im Auftreten kollektiver Akteure findet, die aus indigenen, afroamerikanischen und feministischen Kulturen hervorgehen, aus einer Kultur von Landlosen und Armen, aus Kulturen, die während des 20. Jahrhunderts von der klassischen Linken eher geringschätzig behandelt, wenn nicht sogar als Gegner betrachtet wurden.

DIE LINKE DES 21. JAHRHUNDERTS

Können Brüche überbrückt und die Pole in einer neuen Synthese aufgehoben werden? Ich denke nicht. Selbst wenn das ginge, wäre es nicht wünschenswert. Die Suche nach einer Synthese verlangt eine Vorstellung von Totalität, die die Vielfältigkeit auf Einheitlichkeit zurückführen würde. Keine Vorstellung von Totalität kann die unerschöpfliche Vielfalt von Praktiken und Theorien in der lateinamerikanischen Linken integrieren. Anstelle von Synthese sollten *entpolarisierte Pluralitäten* geschaffen werden. Eine in der Linken stark verwurzelte Tradition wäre umzukehren: die Vorstellung, dass die Differenzen zu politisieren gleichbedeutend damit ist, sie zu polarisieren. Im Gegenteil schlage ich vor, dass die Politisierung auf dem Wege der Entpolarisierung vor sich gehen soll. Diese besteht darin, Koalitionen und Zusammenschlüsse vorrangig anhand von konkreten kollektiven Praktiken aufzubauen und die theoretischen Unterschiede ausschließlich im Rahmen dieses Zusammenschlusses zu diskutieren.

Das Ziel ist, aus der Anerkennung der Differenzen einen Faktor der Sammlung und der Einbeziehung zu machen, um zu vermeiden, dass kollektive Aktionen unmöglich werden. Das meint, einen Kontext der politischen Auseinandersetzung zu schaffen, in dem die Anerkennung der Unterschiede mit der Anerkennung der Ähnlichkeiten Hand in Hand geht. Es geht darum, Kontexte der Diskussion zu schaffen, in denen der Impuls für die Einheit und die Gleichartigkeit die gleiche Intensität erhält wie der für die Abgrenzung und den Unterschied. Die kollektiven Aktionen, die aus entpolarisierten Pluralitäten entstehen, regen eine neue Konzeption von Aktionseinheit an – in dem Maße, wie die Einheit aufhört, Ausdruck eines monolithischen Willens zu sein, und zu einem mehr oder weniger breiten und dauerhaften Zusammentreffen einer Pluralität von Willen wird.

Es wird deshalb nicht leicht sein, ein solches Konzept zur Anwendung zu bringen, widerspricht es doch den üblichen politischen Kulturen. Es sprechen je-

doch zwei Faktoren für diese Herangehensweise: Die Dominanz der kurzfristigen Sicht. Langfristige Erwägungen beeinflussten kurzfristige Praxen selten so wenig wie heute. Während über erstere immer heftige Auseinandersetzungen geführt wurden, die zu Polarisierungen führten, konnten die kurzfristigeren Ziele mit einer relativen Autonomie verfolgt werden und übernahmen eine entpolarisierende Rolle. In Anbetracht dessen kann das taktische Verhalten im Zuge der Dominanz des Kurzfristigen Übereinkünfte erleichtern, den konkreten kollektiven Aktionen Priorität verleihen, um so Pluralität und Diversität im Zusammenhang kurzfristiger Ziele und nur hier zu diskutieren.

Kurzfristig gesehen sind alle revolutionären Aktionen potenziell reformistisch und alle reformistischen Aktionen könnten einmal der Kontrolle der Reformisten entgleiten. Die Konzentration auf kurzfristige Notwendigkeiten heißt nicht das Langfristige beiseite zu lassen, sondern es mit genügend Offenheit zu betrachten, um undeutliche Konsense und einvernehmliches Schweigen zuzulassen. Die Öffnung des Langfristigen kann als versöhnendes Element der Entpolarisierung fungieren. Dazu gehört auch die Anerkennung der Multikulturalität der Linken – nach der Erhebung der Zapatisten und der Entstehung des Weltsozialforums offensichtlicher denn je. Es hätte keinen Sinn, für die Anerkennung der kulturellen Unterschiede in der Gesellschaft zu kämpfen und sie in den eigenen Reihen und Organisationen nicht zu achten. Unterschiede werden nicht durch politische Resolutionen beseitigt; vielmehr müssen wir mit ihnen leben und sie in einen Faktor der Bereicherung und der kollektiven Kraft verwandeln.

Welche Felder und Prozesse dienen der Herstellung entpolarisierter Pluralitäten? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind vier Bereiche einer solchen Erneuerung festzuhalten: ein transformatorischer Wille, eine veränderte Ethik, erweiterte Erkenntnisprozesse und neue Formen der Organisation. Die Erneuerung des transformatorischen Willens findet ein Gründungsmoment bei Che Guevara, aber sie hat ihre beredtesten Bekundungen in der Regierung von Salvador Allende, in der Sandinistischen Front, in den indigenen Bewegungen des Kontinents und in der Landlosenbewegung MST. Die ethische Erneuerung zeigt sich vor allem in der Theologie der Befreiung und in der Weise, wie sie sich in die popularen Kämpfe und in die Gedankenwelt des Widerstandes gegen Unterdrückung einbringt. Die Erneuerung der Erkenntnis begann mit den indigenen und feministischen Bewegungen und hat ihre stärksten Ausdrucksformen in der zapatistischen Bewegung und im Weltsozialforum. Die organisatorische Erneuerung erhielt z.B. starke Impulse im Prozess der Schaffung der PT (der brasilianischen Arbeiterpartei) und ihre bedeutungsvollste Manifestation im Weltsozialforum.



Arnold Souza

Auf diese politischen Innovationen aus unterschiedlichsten Richtungen können sich neue Paradigmen der transformatorischen und fortschrittlichen Aktion stützen. Dies wird durch kollektive Subjekte vorangetrieben, die bereits konstituiert oder im Prozess der Konstituierung sind. Die Existenz konkreter Subjekte erübrigt nicht die theoretische Frage nach den (oder dem) Subjekt/en, aber sie kann Polarisierungen verhindern helfen. Die Beteiligung an konkreten kollektiven Aktionen ist vorrangig.

Das bedeutet: 1. In einem Kontext, in dem die Mechanismen der Ausbeutung, des Ausschlusses und der Unterdrückung sich vervielfachen und intensivieren, ist es von besonderer Bedeutung, keine Widerstandserfahrung der Unterdrückten, Ausgebeuteten oder Ausgeschlossenen aus dem Blick zu verlieren. Zu vermeiden ist die Vorstellung, nur die eigenen Aktionen oder Strategien einer bestimmten Gruppe seien wichtig und richtig. 2. Die theoretischen Auseinandersetzungen müssen im Zusammenhang mit den Aktionen stattfinden und immer das Ziel haben, diese zu erleichtern und zu stärken. 3. Immer wenn eine Gruppe dieses Ziel in Zweifel zieht, muss das Ausscheiden aus der kollektiven Aktion in einer Weise erfolgen, in der die Position der anderen, die mit der Aktion verbunden bleiben, möglichst wenig geschwächt wird (sicher eines der schwierigsten Probleme).

4 | Widerstand findet niemals abstrakt statt, die kollektiven transformatorischen Aktionen beginnen immer auf dem Terrain und in den Grenzen des Konflikts, die von den Unterdrückern gesetzt sind. Der Erfolg der Aktionen misst sich an der Fähigkeit, im Verlauf des Kampfes das Terrain und die Grenzen des Konflikts zu verschieben. Dieser Erfolg ist gleichzeitig ein Maßstab für die Richtigkeit der eingenommenen theoretischen Positionen. Die pragmatische Auffassung über die zutreffende Theorie (ausgehend von den Ergebnissen) begünstigt eine Bereitschaft für die Entpolarisierung der Pluralitäten in dem Maße, wie die Aktion voranschreitet.

ZEHN JAHRE WELTSOZIALFORUM

Das Weltsozialforum spielte und spielt eine wesentliche Rolle als Raum für Entpolarisierung der Pluralitäten. Im Januar 2010 trafen sich in Porto Alegre 30000 Menschen, um die Erfahrungen mit dem Weltsozialforum in den letzten zehn Jahren auszuwerten. Die großen Medien berichteten kaum – umso ausführlicher vom World Economic Forum in Davos, obwohl die auf dem WSF seit Jahren diskutierten Einschätzungen und Vorhersagen sich als wesentlich zutreffender erwiesen als jene des WEF. Die multiplen Krisen des globalen Kapitalismus bestätigen die Anstrengungen des WSF-Prozesses, immer wieder kritisch auf die drohenden Entwicklungen hinzuweisen und Alternativen zu entwickeln. Entscheidende Heraus-

forderungen für das WSF und die globalen sozialen Bewegungen, so die Einschätzung des Treffens in Porto Alegre, werden in den nächsten Jahren folgende sein:

Frieden und Demokratie: Analysen auf dem WSF sagen als Reaktion auf sich verschärfende sozialen Konflikte eine zunehmende Militarisierung voraus, (präventive) Kriminalisierung von sozialen Bewegungen und zivilem Protest. Dies wird von wachsenden ökonomischen Ungleichheiten begleitet sein. Viele der für 2010 vorgesehenen Aktivitäten auf das nächste WSF hin werden von dieser Sorge geprägt sein: vom Sozialforum in den USA über Treffen zur Krise in Mexiko bis zu acht Foren im arabischen oder islamischen Raum – das erste im Irak, das sechste Europäische Sozialforum in Istanbul, die thematischen Foren zur globalen Gewerkschaftsbewegung in Algerien, gegen geschlechtliche Diskriminierung in Tunesien und Jordanien, zur Situation und Organisation von Landarbeitern in Ägypten, zu Frieden und Bildung in Palästina und zu Demokratie in Bangladesh. All diese Aktivitäten münden im nächsten Weltsozialforum 2011 in Dakar, das den Süd-Süd-Dialog in den Vordergrund stellen wird. Die Zivilisationskrise ist eine zentrale Herausforderung – eine Krise, die das WEF systematisch ignoriert. Das herrschende ökonomische Modell basiert auf fortschreitendem Wachstum, andauernder Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Privatisierung der *Commons*, auf einem Lebensstil, der auf Besitz und Haben orientiert. Es produziert Ungleichheiten, ist nicht nachhaltig und birgt imense Gefahren für die Menschheit. Die ausschließende und zerstörerische Gewalt des herrschenden Modells westlicher Zivilisation wendet sich gegen dieses selbst. Möglicherweise wird das ein neues planetarisches Bewusstsein befördern, eine unerwartete Konvergenz indigener, bäuerlicher, ökologischer, feministischer, ethischer und anderer sozialer Bewegungen, die sich der Sorge um Mensch und außer-menschliche Umwelt widmen. Die Zivilisationskrise wird im Zentrum des fünften Pan-Amazonischen Sozialforums in Brasilien sowie des vierten Sozialforums der Americas in Paraguay stehen. Schließlich stellt sich die Frage nach dem politischen Subjekt der Kämpfe für Frieden, Demokratie und ein postkapitalistisches, kulturelles, soziales und ökonomisches Modell. Diese Frage impliziert die Selbstreflexion des WSF-Prozesses. Wie kann vermieden werden, dass sich die transformativen Energien, die das WSF hervorgebracht hat, zerstreuen? Wie können transkontinentale Bündnisse zwischen unterschiedlichen politischen Parteien und verschiedenen sozialen Bewegungen gebildet werden, mit einer konvergierenden, realistischen, gegenhegemonialen Agenda für eine postkapitalistische globale Gesellschaft?

Verbesserte und gekürzte Fassung eines Artikels aus: Daniel Chavez, César Rodríguez Garavito und Patrick Barrett (Hg.), La nueva izquierda en América Latina, Los Libros de la Catarata, Madrid 2008, 359–76.

NEGATIVITÄT UND UTOPIE

MICHAEL LÖWY

... IN DER BEWEGUNG FÜR GLOBALE GERECHTIGKEIT

Die Bewegung für globale Gerechtigkeit[1] – auch globalisierungskritische Bewegung oder Globale Widerstandsbewegung oder *el movimiento altermundialista* – ist zweifellos das wichtigste Phänomen systemkritischen Widerstandes am Beginn des 21. Jahrhunderts. Diese »Bewegung der Bewegungen«, deren sichtbarste Erscheinungen die lokalen, kontinentalen oder internationalen Sozialforen und die massenhaften Mobilisierungen gegen die Welthandelsorganisation (WTO), die jährlichen Treffen der G8 oder den imperialen Krieg im Irak sind, unterscheidet sich von gängigen Formen sozialen oder politischen Handelns.

Als großes, dezentralisiertes Netzwerk ist die Bewegung vielfältig, facettenreich und heterogen. In ihr verbinden sich Gewerkschaften und Landlosenbewegungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und indigene Gemeinschaften, Frauenbewegungen und ökologische Initiativen, ältere Intellektuelle und junge AktivistInnen (und umgekehrt). Diese Pluralität ist bei weitem keine Schwäche, sondern trägt vielmehr zur wachsenden Kraft der Bewegung bei.

Die neuartigen internationalen Solidaritäten, die in diesem enormen Netzwerk wachsen, unterscheiden sich von den internationalistischen Mobilisierungen der 1960er und 1970er Jahre. Damals haben Solidaritätsnetzwerke *Befreiungsbewegungen* unterstützt: im globalen Süden wie die algerische, kubanische oder vietnamesische Revolution oder in Osteuropa wie die der polnischen Dissidenten oder der Revolutionäre des Prager Frühlings. In den 1980ern entwickelten sich Solidaritätsnetzwerke für die Sandinisten in Nicaragua oder die Solidarność in Polen.

Diese brüderliche und großzügige Tradition der Solidarität mit den Unterdrückten blieb auch in der in den 1990ern aufkommenden globalisierungskri-

tischen Bewegung weiterhin ein tragendes Element, etwa in der internationalen Sympathie und Unterstützung für die Zapatisten nach den indigenen Aufständen 1994 in Chiapas (Mexiko). Doch hier zeigt sich bereits etwas Neues, ein Wechsel der Perspektive. 1996 rief die Zapatistische Befreiungsarmee ein interkontinentales Treffen – Sub-Comandante Marcos nannte es ironischerweise »intergalaktisches« Treffen – gegen Neoliberalismus und für die Menschlichkeit ein. Die mehreren tausend Teilnehmer aus über 40 Ländern waren zweifellos auch aus Solidarität mit den Zapatisten auf diesem ersten Treffen – was später als *movimiento altermundialista* bezeichnet werden wird. Das von den Organisatoren definierte Ziel des Intergalaktischen Treffens wies jedoch darüber hinaus: Die Suche nach Schnittmengen im gemeinsamen Kampf gegen einen gemeinsamen Feind – den Neoliberalismus – und die Diskussion möglicher Alternativen für eine menschliche Gesellschaft.

Das Neue und Besondere der Solidaritäten in und um globale Widerstandsbewegungen gegen kapitalistische Globalisierung ist der *Kampf für unmittelbare, allen gemeinsame Ziele* – beispielsweise die Abschaffung der WTO oder die gemeinsame Suche nach neuen Paradigmen der Zivilisation. Anders gesagt: Statt einer Solidarität *mit* handelt es sich um Solidarität *zwischen* den verschiedenen Organisationen, sozialen Bewegungen und politischen Kräften weltweit, die einander helfen und in denselben Kämpfen gegen dieselben globalen Feinde zusammenwirken.

Ein Beispiel ist das internationale Landlosen-Netzwerk *La Via Campesina* (vgl. das Interview in diesem Heft), dem so unterschiedliche Bewegungen wie die französische Bauerngewerkschaft *Confédération Paysanne*, die brasilianische Landlosenbewegung und einige große Bauernbewegungen in Indien angehören. Die Organisationen des Netzwerks unterstützen sich gegenseitig, tauschen ihre Erfahrungen aus und handeln zusammen gegen neoliberale Politiken und ihre gemeinsamen Gegner: die multinationalen Unternehmen des Agrobusiness, die Saatgut-Monopolisten, die Produzenten gentechnisch veränderter Organismen, die Großgrundbesitzer. Ihre Solidarität ist wechselseitig. *Via Campesina* gehört zu den lautstärksten und wirkmächtigsten Akteuren der globalen Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung, ebenso wie andere Netzwerke zwischen GewerkschafterInnen, Feministinnen (Weltfrauenmarsch) oder UmweltaktivistInnen. Gewiss, der Prozess der Wiederbelebung alter Solidaritäten und die Erfindung neuer beginnt erst. Er ist fragil, begrenzt, unsicher und derzeit nicht imstande, die erdrückende Macht des globalen Kapitals und die weltweite Hegemonie des Neoliberalismus zu gefährden. Trotzdem ist eben dieser Prozess der strategische Ort, an dem der Internationalismus von morgen formuliert wird.

Die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung speist sich aus drei sich ergänzenden Momenten: *Aus der Negativität des Widerstands, den konkreten Vorschlägen und der Utopie von einer anderen Welt*.

Das erste Moment – Ausgangspunkt der Bewegung – ist die große Verweigerung, der Protest, das drängende Bedürfnis, gegen die existierende Ordnung der Dinge Widerstand zu leisten. Darum begründet die Bewegung für globale Gerechtigkeit tatsächlich die *Internationale des Widerstands*, auf die Jacques Derrida in seinem Buch *Marx' Gespenster* (1996) gehofft hat. Die anfängliche Motivation der gegen die WTO in Seattle (1999) Mobilisierenden war der Wunsch, nicht die Globalisierung als solche, sondern ihre kapitalistische und wirtschaftsliberale Form zu bekämpfen: Die Globalisierung der Konzerne und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten und Katastrophen wie die steigende Ungleichheit zwischen Nord und Süd, Arbeitslosigkeit, soziale Ausschlüsse, die Zerstörung der Umwelt, imperiale Kriege, Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nicht umsonst ist die Bewegung für globale Gerechtigkeit mit einem Schrei geboren, ausgestoßen von den Zapatisten 1994: *Ya Basta!* Es reicht!

Die Stärke der Bewegung kommt zunächst von ihrer radikalen Negativität, inspiriert von einer tiefen und nicht einzudämmenden Empörung. Die Würde der Empörung und die bedingungslose Ablehnung der Ungerechtigkeit feiernd, schrieb Daniel Bensaïd: »Der brennende Strom der Empörung kann nicht im lauwarmen Wasser einvernehmlicher Resignation aufgelöst werden. Empörung ist ein Anfang. Ein Weg aufzustehen und loszugehen. Menschen sind empört, sie begehren auf und sehen dann, was passiert.« (2001, 106) Die Radikalität der Bewegung speist sich zum großen Teil aus dieser Fähigkeit, aufzubegehren, und der Verweigerung, sich zu unterwerfen – sie speist sich aus dieser kompromisslosen Bereitschaft, *Nein!* zu sagen.

Die Kritiker der Bewegung und die konformistischen Medien beharren stur auf dem allzu »negativen« Charakter der Bewegung, ihrer Natur des »bloßen Protestes«, dem Mangel »realistischer« alternativer Vorschläge. Das muss zurückgewiesen werden: Auch wenn die Bewegung keinen einzigen Vorschlag macht, ist ihr Aufbegehren vollkommen gerechtfertigt. Die Proteste gegen die WTO, die G8 oder die imperialen Kriege sind die geballten Äußerungen des Widerstandes gegen die etablierten Mächte und ihre Spielregeln. Die Bewegung ist stolz auf ihre aktive Negativität, ihren aufsässigen Charakter. Ohne diese radikale Verweigerung würde die Bewegung für globale Gerechtigkeit schlicht nicht existieren.

Wem wird sich verweigert? Den internationalen Finanzinstitutionen (WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds)? Oder neoliberaler Politik? Oder doch



Christine Kriegerowski

den großen multinationalen Monopolen? All diese Kräfte, die für die Verwandlung der Welt in Waren verantwortlich sind, gehören zu den beliebten Zielen, und doch ist die Bewegung radikaler. Radikal heißt – wie wir wissen – »nach den Wurzeln der Probleme suchen«. Was ist die Wurzel der totalen Herrschaft der Banken und Monopole, der Diktatur der Finanzmärkte, der imperialen Kriege, wenn nicht des *kapitalistischen Systems* selbst?

Nun sind sicher nicht alle Teile der globalisierungskritischen Bewegung so weit, nach diesen Wurzeln zu suchen: Einige träumen immer noch von der Rückkehr zum Neo-Keynesianismus, von den »goldenen 30 Jahren« des Wachstums, von einem regulierten Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. Diese »Gemäßigten« haben alle ihren Platz in der Bewegung, für gewöhnlich überwiegen aber radikale Ansätze. In den meisten Dokumenten der Bewegung werden nicht nur die neoliberalen und kriegerischen Politiken in Frage gestellt, sondern die Macht des Kapitals selbst.

Nehmen wir beispielsweise die Grundsatzcharta des Weltsozialforums, die vom Internationalen Rat des WSF bestätigt wurde. »Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und der Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen und sich im Aufbauen einer planetarischen Gesellschaft engagieren (…). Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der befohlen wird von den großen multinationalen Konzernen (…)«.[2] Die Hauptparole der Bewegung »Die Welt ist keine Ware« ist nicht weit entfernt von den Ideen eines gewissen Karl Marx, der in seinen Manuskripten von 1844 das System Kapitalismus anprangert, in dem »der Arbeiter (…) eine um so wohlfeilere Ware [wird], je mehr Waren er schafft. Mit der Verwertung der Sachenwelt nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu« (MEW 40, 511). Die Bewegung verweigert sich der kapitalistischen Natur der Herrschaft selbst.

Entgegen den Behauptungen der Autoren und Autorinnen des Establishments mangelt es der globalisierungskritischen Bewegung nicht an konkreten, dringenden, praktischen und unmittelbar umsetzbaren Alternativvorschlägen. Ohne Zweifel haben weder ihre Akteure und Akteurinnen ein »Gemeinsames Manifest« oder Programm verabschiedet, noch haben sie ein gemeinsames Projekt durchgesetzt. Doch auf den Foren und während der Mobilisierungen kehren bestimmte Forderungen immer wieder, die von der breiten Mehrheit geteilt und von der Bewegung getragen werden: die Bekämpfung der Verschuldung von Dritte-Welt-Ländern, die Besteuerung von Finanzgeschäften, die Schließung von Steuerparadiesen, das Verbot gentechnisch veränderter Organismen, das Recht auf selbstbestimmte Ernährung, die *de facto* Gleichberechtigung von Männern und Frauen, der Erhalt und die Ausweitung öffentlicher Leistungen, Priorität für Gesundheit, Bildung und Kultur in Staatshaushalten, Umweltschutz.

Diese Forderungen wurden von den internationalen Netzwerken der Bewegung ausgearbeitet – Weltfrauenmarsch, Attac, Focus on the Global South, Via Campesina, Committee for the Abolition of the Third World's Debt und verschiedenen anderen sozialen Bewegungen – und sie wurden in den Foren diskutiert. Diese ermöglichen Begegnungen und wechselseitiges Wissen zwischen Feministinnen und GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen und MarxistInnen, Gläubigen und Nicht-Religiösen, AktivistInnen aus Nord und Süd. In diesem Prozess der Konfrontation und gegenseitigen Bereicherung verschwinden die Mei-

nungsverschiedenheiten nicht, aber nach und nach bildet sich eine Schnittmenge gemeinsamer Forderungen und Vorschläge heraus.

Sind diese Vorschläge »realistisch«? Die Frage ist falsch gestellt. In den derzeitigen Kräfteverhältnissen weigern sich die Machteliten und herrschenden Klassen, sie in Betracht zu ziehen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes un-vorstellbar im neoliberalen *pensée unique*, sie sind untragbar für die Repräsentanten des Kapitals oder – in der heuchlerischen Version der Sozialliberalen – »nicht umsetzbar«. Doch es reicht schon, dass sich die Kräfteverhältnisse verschieben und die öffentliche Meinung mobilisiert wird, um die Machthabenden zum Rückzug und zu Zugeständnissen zu zwingen. Das größte Potenzial dieser Vorschläge ist, dass es möglich ist, sie auszuweiten: Jeder Teilsieg, jedes Zugeständnis erlaubt es, einen Schritt weiterzugehen, in die nächste Phase einzutreten und radikalere Forderungen zu stellen. Wir finden hier, im Gegensatz zur traditionellen Arbeiterbewegung, eine sich stets wandelnde Dynamik des Übergangs, die früher oder später zur Infragestellung des Systems selbst führen wird.

Wir berühren hier das dritte, ebenso wichtige Moment: die utopische Dimension der »Bewegung der Bewegungen«. Es ist ebenfalls radikal: »Eine andere Welt ist möglich.« Das Ziel ist es nicht einfach nur, die Auswüchse der kapitalistischen, industriellen Welt und ihrer monströsen neoliberalen Methoden zu korrigieren, sondern andere Zivilisationen, andere ökonomische und soziale Paradigma, andere Formen des Zusammenlebens auf der Erde zu träumen und zu erkämpfen. Jenseits all der vielfältigen konkreten und spezifischen Vorschläge birgt die Bewegung eine ambitioniertere, »globalere« und universellere Perspektive weltweiten gesellschaftlichen Wandels. Auch hier würde man vergeblich nach einem gemeinsamen Projekt suchen, nach einem vom Konsens getragenen reformistischen oder revolutionären Programm. Die *Utopia Altermundista* manifestiert sich ausschließlich im Teilen bestimmter gemeinsamer Werte. Sie sind es, die die Umrisse dieser anderen »möglichen Welt« skizzieren.

Der erste dieser Werte ist das menschliche Dasein selbst. Die Utopie der Bewegung ist entschieden humanistisch. Sie verlangt, dass die menschlichen Bedürfnisse und Sehnsüchte im Zentrum der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft stehen sollten. Ihr Aufbegehren gegen die Inwertsetzung menschlicher Beziehungen, gegen die Verwandlung von Liebe, Kultur, Leben und Gesundheit in Waren, geht von anderen Formen sozialen Lebens aus, jenseits von Verdinglichung und Fetischismus. Es ist kein Zufall, dass die Bewegung sich an alle Menschen wendet, auch wenn sie die Unterdrückten und Ausgebeuteten als die wahrscheinlicheren Akteure und Akteurinnen des sozialen Wandels sieht. Der Schutz der Um-

welt wird auch vom Humanismus inspiriert: Das ökologische Gleichgewicht zu bewahren und die Natur vor den Plünderungen kapitalistischer Verwertungslogik zu schützen, ist die Voraussetzung dafür, die Möglichkeit menschlichen Lebens auf diesem Planeten sichern zu können. Ein anderer essenzieller Wert der *Utopia Altermundista* ist Demokratie. Die Idee *partizipativer* Demokratie als überlegener Form der Staatsbürgerschaft jenseits der Beschränkungen traditioneller repräsentativer Systeme – da sie es der Bevölkerung erlaubt, ihre Entscheidungsmacht und Kontrolle direkt auszuüben – nimmt einen zentralen Stellenwert in den Diskussionen der Bewegung ein. Sie hat einen »utopischen« Wert, da sie existierende Machtformen in Frage stellt, aber gleichzeitig schon in begrenzter und experimenteller Form praktiziert wird in verschiedenen Städten, allen voran natürlich Porto Alegre, dem ersten Tagungsort des Weltsozialforums. Die große Herausforderung aus der Perspektive eines alternativen Gesellschaftsprojekts ist die Ausweitung partizipativer Demokratie auf ökonomische und soziale Sphären. Warum sollte dort die exklusive Macht einer Elite geduldet werden, die in der Politik nicht zugelassen wird?

Das Kapital hat die drei großen revolutionären Werte der Vergangenheit – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – durch die »moderneren« Konzepte Liberalismus, Gleichheit vor dem Markt (*equity*) und Wohltätigkeit ersetzt. Die Utopie der Bewegung für globale Gerechtigkeit nimmt die Werte von 1789 auf, gibt ihnen jedoch eine neue Tragweite: Freiheit ist nicht mehr nur Meinungsfreiheit, Organisationsfreiheit oder die Freiheit zu denken und zu kritisieren, die über Jahrhunderte hinweg erbittert gegen Absolutismus und Diktatur erkämpft wurde. Sondern sie wird auch als Freiheit gegenüber einer anderen Form von Absolutismus verstanden: gegenüber der Diktatur der Finanzmärkte, der Oligarchie der Bankiers und Führungsspitzen multinationaler Konzerne, die dem ganzen Planeten ihre Interessen aufzwingen.

Der Wert der Gleichheit wird nicht nur angeführt angesichts der »Schere zwischen Arm und Reich«, zwischen den reichsten Eliten und den enteigneten Massen, sondern auch angesichts der Ungleichheit zwischen Nationen und Kontinenten – dem Norden und Süden – wie auch zwischen Männern und Frauen. Die Brüderlichkeit – die sich auf die Brüder (lat: *fratres*) zu beschränken scheint – gewinnt dadurch, dass sie durch Solidarität ersetzt wird, wie z.B. in Beziehungen der Zusammenarbeit, des Teilens und der wechselseitigen Hilfe. Der Begriff der Zivilisation der Solidarität stellt vielleicht die beste Zusammenfassung des alternativen Projekts der Bewegung dar. Dieses erfordert nicht nur radikal andere ökonomische und politische Strukturen, sondern auch eine alternative Gesellschaft, die die Ideen von Gemeinwohl, universellen Rechten und Zuwendung wertschätzt und aufzieht. Ein anderer wichtiger Wert der Bewegung für globale Gerechtigkeit

ist Diversität. Die neue Welt, von der die Bewegung träumt, ist das genaue Gegenteil einer homogenen Welt, in der von allen erwartet wird, ein einziges Modell nachzuahmen. »Wir wollen«, sagten die Zapatisten, »eine Welt, in der viele Welten Platz finden können«. Die Pluralität von Sprachen, Kulturen, Musik, Wissen und Lebensweisen ist ein unschätzbarer Reichtum, den es zu kultivieren gilt.

All diese Werte definieren kein Modell einer Gesellschaft der Zukunft. Sie zeigen Pfade, Öffnungen und Fenster hin zum Möglichen auf. Der Weg nach Utopia ist nicht vorgezeichnet: Es sind die Marschierenden selbst, die ihn aufzeigen werden. Für viele der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Foren und Demonstrationen ist Sozialismus der Name dieser Utopie. Er ist eine Hoffnung, die von MarxistInnen und AnarchistInnen geteilt wird, von radikalen ChristInnen und linken UmweltschützerInnen, wie auch von einem bedeutenden Anteil der ArbeiterInnen-, BäuerInnen-, feministischen und Indigena-Bewegungen. Eine sozialistische Demokratie würde bedeuten, dass die großen sozio-ökonomischen und ökologischen Entscheidungen, die Prioritätensetzung hinsichtlich Investitionen sowie die grundsätzliche Ausrichtung von Produktion und Distribution von der Bevölkerung selbst demokratisch diskutiert und entschieden werden, statt von einer Handvoll Ausbeutern im Namen der »Gesetze des Marktes« (oder – in einer Variante, die bereits gescheitert ist – durch ein allmächtiges Politbüro). Es wäre sinnlos, der Bewegung Sozialismus als Programm aufzuzwingen, aber die Debatte um Sozialismus, die in vielen Ländern Lateinamerikas unter der Debatte »Sozialismus im 21. Jahrhundert« im Zentrum politischen Lebens steht, ist ein legitimer Teil der Debatte um alternative Projekte und Ideen. In jedem Fall wartet die Bewegung für globale Gerechtigkeit nicht auf die Ankunft dieser utopischen Zukunft, sondern handelt und kämpft, hier und jetzt. Jedes Sozialforum, jede kollektive Landbesetzung, jede international koordinierte Antikriegsaktion ist Teil der *Utopia Altermundista*, inspiriert von den Werten einer Zivilisation der Solidarität.

Aus dem Englischen von Jana Seppelt

LITERATUR

Bensaïd, Daniel, 2001: *Les irréductibles. Théorèmes de la résistance à l'air du temps,* Paris
Derrida, Jacques, 1996: *Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale,* Frankfurt/M
Marx, Karl, und Friedrich Engels: Werke (MEW), Berlin/DDR 1957ff

1 Im Englischen »Global Justice Movement«. Im Deutschen wird der Begriff meist mit globalisierungskritischer Bewegung übersetzt. Ich bevorzuge »Bewegung für globale Gerechtigkeit«, weil es auf etwas hinweist und sich nicht von etwas abgrenzt. JS

2 Aus der *Charta der Prinzipien,*www.weltsozialforum.org/prinzipien/index.html

»ERST KOMMT DER SOZIALE KAMPF,

… DANN DIE POLITISCHE ORGANISIERUNG 

PAUL NICHOLSON, ›LA VÍA CAMPESINA‹,

IM GESPRÄCH MIT TADZIO MÜLLER

In *La Vía Campesina* sind 148 Kleinbauern-, Landarbeiter-, Landlosen- und Indigenen-Organisationen aus Amerika, Europa, Afrika und Asien zusammengeschlossen – insgesamt aus 69 Ländern. Sie ist eine internationale Bewegung, die Formen globaler Solidarität entwickelt, in vielen lokalen Kämpfen gründet und Kampagnen gegen transnationale Unternehmen wie Monsanto organisiert. Ihre Arbeit zielt auf Ernährungssouveränität, Geschlechter- und soziale Gerechtigkeit und ökologisches Wirtschaften. *La Vía Campesina* ruft jährlich am 17. April zum Kampftag der Kleinbauern auf. Paul Nicholson ist aktiv in *Vía Campesina* im Baskenland.
http://viacampesina.org

Müller: Wie organisiert *Vía Campesina* eine globale Bewegung über so viele Orte hinweg?
Nicholson: Gegenüber Strukturen wie ›Zentralkomitees‹ und traditionellen Abstimmungsprozessen sind wir misstrauisch. Auf unseren Treffen sprechen oft 100 Leute mindestens sieben oder acht Sprachen. Wir organisieren uns zunächst in lokalen und dann nationalen Strukturen. Von hier werden gender-paritätisch gewählte Vertreter in eine von neun regionalen Koordinierungen entsandt. Alle vier Jahre finden Generalversammlungen statt. Dazwischen wird die Arbeit von einem paritätisch besetzten internationalen Koordinierungsgremium geleistet. Alle Entscheidungen in Gremien oder auf Versammlungen werden im Konsens getroffen. Das ist langwierig, aber notwendig.

Am wichtigsten aus einer (nord-)europäischen Perspektive ist vielleicht: Für uns ist sozialer Wandel nicht nur ein abstrakt politischer, sondern auch ein emotionaler Prozess. Deswegen gibt es bei jedem unserer

Treffen einen Prozess namens »*Mística*«, bei dem es darum geht, gemeinsame emotionale Symbole für den gemeinsamen Kampf gegen die Landbesitzer, für Land, für Gerechtigkeit zu finden. Mit Blick auf die fragmentierte Linke lohnt es sich, auch hier anzusetzen.

Müller: Wie analysiert *Vía Campesina* die derzeitige strategische Situation?

Nicholson: Auf globaler Ebene geht es nicht um die bröckelnde Hegemonie des Neoliberalismus, sondern um eine systemische Krise des Kapitalismus – über die Wirtschaftskrise hinaus sei hier das verheerende Zusammenspiel von Nahrungsmittel- und Klimakrise erwähnt. Diese systemische Krise wird verschieden wahrgenommen: je nachdem, ob man in Spanien oder den Philippinen, in Deutschland oder in Indien wohnt. Deshalb beginnt unsere strategische Analyse immer mit den lokalen Kämpfen, nicht so sehr mit der Frage globaler Mobilisierungen. Und während letztere in den vergangenen Jahren an Ausmaß und Dynamik verloren haben, sehen wir einen Anstieg lokaler Aktivitäten und Kämpfe.

Müller: Wie können diese vielen konkreten Auseinandersetzungen in die Bearbeitung der systemischen Krise eingreifen, wie lassen sie sich verallgemeinern? Hugo Chávez und der US-Bewegungsintellektuelle Michael Albert sprechen von einer »neuen Internationalen«?

Nicholson: *Vía Campesina* steht derartigen Vorschlägen skeptisch gegenüber. Bewegungen werden gebaut, indem man seine soziale Basis ausweitet und die Straßen für sich gewinnt – der soziale Kampf kommt zuerst, dann folgt die politische Organisierung. Andernfalls verliert man sich schnell in traditionellen Partei-Konzepten und -Ideologien. Bolivien ist ein gutes Beispiel: Dort haben die sozialen Bewegungen, auch *Vía Campesina*, lange ihre Basis aufgebaut, bevor sie die Regierung übernommen haben. Heute kommen der Landwirtschafts- und der Justizminister aus den Strukturen unserer Organisation.

Wenn ich von lokalen Kämpfen spreche, meine ich nicht, dass sie getrennt agieren. Die Einheit der vielen lokalen Kämpfe wird auf zweierlei Art und Weise hergestellt: Erstens ›negativ‹, im und durch den Widerstand gegen die Aktivitäten transnationaler Unternehmen, die überall auf der Welt dieselben sind, und gegen die Privatisierung gemeinschaftlicher Ressourcen, wie etwa Saatgüter. Zweitens ›positiv‹ dadurch, dass wir diese verschiedenen Kämpfe als ein und den selben Kampf um ›Ernährungssouveränität‹ artikulieren.

Ich glaube, dass der Grund für unsere relative Stärke vor allem in diesem Konzept liegt. Zum Beispiel der Klimagipfel in Kopenhagen: Wir waren dort mit einer Delegation von ›nur‹ 150 Leuten vertreten, aber unsere Botschaft, der Kampf um Ernährungssouveränität, fand in vielen Diskussionen und Strukturen Resonanz und machte uns zu einem wichtigen Akteur in den politischen Prozessen. Das Konzept vermag die Fragmentierung lokaler Kämpfe zumindest teilweise zu überwinden. Es verbindet konkrete Kämpfe mit einem politischen Programm, das eine wirkliche Alternative zum Neoliberalismus darstellt. Es geht nicht nur darum, gutes, gesundes, lokal produziertes Essen zu konsumieren, sondern darum, individuell und vor allem kollektiv darüber bestimmen zu können, was wir essen und wo, wie und von

wem es produziert wird. Um dies zu erreichen, müssten wir kollektiv in der Lage sein, die Produktion von Nahrungsmitteln, den ganzen landwirtschaftlichen Sektor zu kontrollieren; wir müssten Transport- und Energiesysteme, den globalen Handel umstrukturieren, die Beziehungen zwischen Stadt und Land verändern. Kurz: Es geht ums Ganze.

Der Ruf nach Ernährungssouveränität richtet sich nicht abstrakt auf eine globale Revolution, sondern bezieht sich auf Themen, die vielen unmittelbar einleuchten: Die angesprochenen Fragen werden nicht von Menschen in ihren *communities* entschieden, sondern von transnationalen Unternehmen. Das Konzept lässt sich gut mit Kämpfen verbinden, in denen die Kontrolle über das alltägliche Leben zurückgefordert wird, zum Beispiel um Energiesouveränität. Essen ins Zentrum unserer Politik zu stellen, ist für ländliche Bewegungen sicherlich leichter. Aber zur Zeit erleben wir einen Anstieg an Interesse für Diskussionen um Landwirtschafts- und Nahrungsmittelpolitik, auch in städtischen Räumen.

Müller: Seht ihr in der Klimabewegung neue Organisierungspotenziale?

Nicholson: Die Klimakrise ist eine globale Realität, ihre ersten Zeugen und Opfer sind Kleinbäuerinnen und -bauern. Daher ist von zentraler Bedeutung, dass wir mit unserem Kampf für eine lokale kleinbäuerliche Landwirtschaft tatsächliche ökologisch ›nachhaltige‹ Alternativen entwickeln, die gerade in klimatisch empfindlichen Gegenden von immer größerer Bedeutung sein werden. Daher stand unser Aufruf zu Protesten in und um Kopenhagen unter dem Motto *Peasants and small farmers can cool down the planet and feed the world*. Trotz aller Schwierigkeiten sehen wir Kopenhagen und die *Reclaim Power!* Aktion als politischen Erfolg. Es wurde deutlich: Nicht die Regierungen handeln verantwortlich, sondern die sozialen Bewegungen. Wir konnten die Agenda setzen, und die Botschaft der Bewegungen wurde von einigen Regierungen (Bolivien, Venezuela etc.) direkt in den Plenarsaal getragen – was wiederum zur Destabilisierung der Konferenz und ihrer Agenda der ›falschen‹ (weil marktbasierten) Lösungen beitrug. Man könnte auch sagen: Wir, die Bewegungen, müssen unsere strategische Basis in verschiedenen Regierungen ausbauen, damit unsere Agenda in den offiziellen Prozessen vertreten wird.

In diesem Bündnis von Bewegungen und Institutionen – Regierungen – liegt der politisch größte Erfolg von Kopenhagen. Er ist auch eine Antwort auf die Probleme der Fragmentierung und der Organisationsformen. Ein Beispiel ist der alternative Klimagipfel, den die bolivianische Regierung für April 2010 in Cochabamba einberufen hat: Dort werden sich neben vielen Tausenden Menschen aus sozialen Bewegungen auch Regierungschefs und UN-Vertreter einfinden, um über eine radikale Agenda in der Klimafrage zu diskutieren. Die spannende Frage wird sein, wie all diese Menschen – auch auf der ganz individuellen Ebene – zusammenarbeiten, überhaupt miteinander kommunizieren können. Ob sich daraus ein neues Organisierungsmodell entwickelt, weiß ich nicht. Aber es wird auf jeden Fall eine ganz neue Erfahrung in der Zusammenarbeit zwischen Bewegungen und Institutionen sein.



Jefferson Bernardes

JENSEITS DES STAATES?

STRATEGISCHE FOLGEN ANTI-STAATLICHER POSITIONEN FÜR DIE GLOBALISIERUNGSKRITISCHE BEWEGUNG

STEPHANIE ROSS

Das Experimentieren mit ›neuen‹ und wiederentdeckten Demokratieformen ist ein Merkmal weiter Teile der globalisierungskritischen Bewegung. Mit Blick auf den reduzierten Spielraum für bedeutungsvolle demokratische Entscheidungen – von Seiten des Staates mit Zwängen des globalen Kapitals gerechtfertigt –, verwundert es nicht, dass demokratische Ideale für viele Aktivisten wichtig sind. Versuche, demokratische Praxis neu zu denken, beruhen immer, wenn auch nur implizit, auf einer Theorie des Staates und seiner Macht. Wird der Staat als ungeeigneter angesehen, den demokratischen Willen der Gemeinschaft zu diskutieren und umzusetzen, liegt dem ein besonderes Verständnis von seiner Natur, seinen Möglichkeiten und Grenzen zugrunde.

Es ist richtig, die verkümmerte Demokratie des neoliberalen Staates zurückzuweisen und auf eine umfassende Demokratisierung von Institutionen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu bestehen. Allerdings stellt sich die Frage, ob die globalisierungskritische Bewegung in der Lage ist – intellektuell, politisch und strategisch –, der Macht in ihrem neoliberalen, kapitalistischen oder imperialistischen Gewand etwas entgegenzusetzen.

THEORIEN ÜBER STAAT, MACHT UND DEMOKRATIE IN DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG

Große Teile der Bewegung bekennen sich zu folgenden politischen und organisatorischen Praktiken: dezentrale Entscheidungsstrukturen, die kleine Gruppen unabhängig von Entscheidungen übergeordneter Gremien machen; partizipative (statt

repräsentative) Formen demokratischer Entscheidungsfindung mit Bevorzugung des Konsensprinzips gegenüber dem Mehrheitsprinzip; Ablehnung interner Hierarchien und insbesondere von Führung; und Festlegung auf eine Vielfalt von Taktiken statt einer einzigen gemeinsamen Strategie (Ross 2003, 283ff). Am deutlichsten sichtbar waren diese Prinzipien in der Protestdynamik seit den späten 1990er Jahren, aber sie bestimmen auch die weniger Aufsehen erregenden Aktivitäten vieler Gruppen wie tagtägliche Entscheidungsfindung und strategische Analysen.

All diese Prinzipien gründen in einem Misstrauen gegenüber – wenn nicht einer vollständigen Ablehnung von – zentralisierten Machtformen im Allgemeinen und dem Staat als einer besonderen zentralisierten Institution. Drei Hauptgründe werden gewöhnlich dagegen vorgebracht, den Staat als Kampfterrain zu sehen.

Erstens, dass der Staat grundsätzlich eine Zwangsgewalt ist, die dazu benutzt wird, andere zu beherrschen, und Macht selbst eine korrumpierende Kraft ist, die unausweichlich zu Hierarchien führt. Wird der Staat als Instrument benutzt, bedeutet das, sich gerade in die Machtbeziehungen zu verstricken, gegen die sich der Widerstand richtet. Zweitens sei der kapitalistische Staat von der Kapitalistenklasse durchdrungen und ihr parteiisch zugeneigt und könne deshalb nicht in Richtung nichtkapitalistischer oder antikapitalistischer Zwecke gedreht werden. Drittens, dass der Staat, wenn er früher auch größere Gleichheit und Demokratie gefördert haben mag, heute strategisch ohnmächtig ist gegenüber dem aktuellen globalen Kapitalismus und der Hegemonie neoliberaler Praktiken und Ideen. Wer heute den Staat benutzen will, wird in die Reproduktion einer globalen kapitalistischen Dynamik verwickelt und schwächt im besten Fall ihre negativen Auswirkungen ab, kann ihre Macht aber niemals radikal herausfordern.

Diese Gründe führen alle zur selben Schlussfolgerung: Im Kampf für progressive gesellschaftliche Veränderung sei der Staat nutzlos. Diese anti-staatliche Ausrichtung hat verschiedene Quellen: historische und aktuelle Formen des Anarchismus, die Neue Linke der 1960er und 1970er Jahre und die postmoderne/postmarxistische Theoriebildung der 1980er und 1990er Jahre.

ANARCHISMUS

Die anarchistische Tradition lehnt überindividuelle Autorität als inakzeptable Beschränkung individueller Freiheit und Kreativität ab. Der Staat als ein zentraler Ursprung einer solchen übergeordneten Kontrolle wird als illegitim betrachtet. Bakunin formulierte in einer Debatte mit Marx in der Ersten Internationalen die klassisch anarchistische Position zur politischen Aktivität der Arbeiterklasse und ihrer Beziehung zur Staatsmacht. Er sprach sich strategisch gegen die Organisati-

on einer politischen Partei zur Gewinnung der Staatsmacht aus, sondern warb für den »Aufbau der neuen Gesellschaft innerhalb der alten«, und zwar durch Selbstorganisation »von unten nach oben, von den Menschen selbst geschaffen, ohne Regierungen und Parlamente«. Dies würde erreicht durch die »freie Teilhabe von Assoziationen der Bauern und Industriearbeiter, der Kommunen und Provinzen«, die selbst die Grundlage der nachrevolutionären Gesellschaft bilde (Bakunin 1873). Bakunin nannte dies »soziale Revolution«, deren Ziel es ist, »die Staatsmacht nicht zu übernehmen, sondern zu brechen« (Day 2005, 113).

DIE NEUEN SOZIALEN BEWEGUNGEN DER 1960ER UND 1970ER JAHRE

Die neuen sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre griffen antiautoritäre Themen und Praktiken auf, die noch heute die anti-staatlichen Elemente des Aktivismus inspirieren. Junge Arbeiter und Aktivisten rieben sich an den Beschränkungen zentralisierter Gewerkschaften und sozialdemokratischer Parteien, die vielerorts mit korporatistischen Institutionen die nationalen Industriesektoren regulierten, indem sie Militanz bei Lohnkämpfen eindämmten, was zur Korrosion linker politischer Institutionen und ihrer Legitimität führte (Panitch 1986). Mit der Einsicht, dass der Staat kein Allheilmittel für die Probleme sozialer Ungleichheit war und dass sowohl sozialdemokratische als auch leninistische Parteiorganisationen an dieser Vorstellung festhielten, wandten sich viele – wenn nicht alle – Bewegungen der Neuen Linken anderen strategischen Terrains zu.

Bakunins Idee der sozialen Revolution wurde wiederbelebt und viele Bewegungen konzentrierten sich auf Strategien der persönlichen und kulturellen Veränderung innerhalb der Zivilgesellschaft und außerhalb etablierter politischer Institutionen. Wenn sie auch nicht in jedem Fall vor der Macht als solcher zurückscheuten, engagierten sie sich vermehrt in lokalen Kämpfen, stellten Gewohnheiten des Alltagslebens in Frage, schufen neue Institutionen und Lebensformen und untergruben und attackierten etablierte Begründungen und Normen (Buechler 2000, 47; Boggs 1986, 47–52).

EINFLUSS VON POSTMARXISMUS UND POSTMODERNISMUS

Viele Postmarxisten argumentierten, dass radikale Strukturveränderungen im Spätkapitalismus die alten Klassenidentitäten aufgeweicht und neue Identitäten hervorgebracht hatten, die auf breit gefächerten, komplexen und widersprüchlichen Erfahrungen basierten, was vielfältige Widerstandsformen und emanzipatorische Strategien nötig machte (Laclau/Mouffe 1985, 81ff). Andere betonten, dass Macht nicht einfach in der Hand des Staats oder Kapitals liegt, sondern verstreut in allen

Arten sozialer Beziehungen vorhanden ist (Foucault 1980). Angesichts dieser Zerstreuung der Macht sei die Ausrichtung auf den Staat als Mittel der Emanzipation sowohl falsch als auch zwecklos (Magnussen/Walker 1988).

Diese Perspektiven führten tendenziell entweder zu einer Aufweichung der gramscianischen Idee der Gegenhegemonie – der Strategie der Arbeiterklasse, nach moralischer und intellektueller Führung zu streben, um im Bündnis mit anderen sozialen Gruppen eine progressive Alternative aufzubauen – oder zu ihrer Ablehnung zugunsten von Antihegemonie. Einige hielten an Gegenhegemonie fest, aber in erster Linie nicht als organisatorisches Ziel, sondern auf Diskursebene, auf der verschiedene demokratische – und nicht notwendigerweise auf Klassen beruhende – Kämpfe durch Verbindung ihrer (kontingenten und unbestimmten) Bedeutungen in einer »Äquivalenzkette« zusammengeschlossen werden (Laclau/Mouffe 1985, 113, 153). Postmodernisten wiederum tendieren dazu, gegenhegemoniale Projekte grundsätzlich abzulehnen. Für sie stellen Versuche, Einheit herzustellen und progressive Alternativen zu verallgemeinern, Formen von Macht-über dar, die eine »totalisierende Logik« reproduzieren, durch die Vielfalt und Autonomie zerstört werden (Carrol/Ratner 1994, 13).

ANTI-STAATLICHE POSITIONEN IN DER GEGENWART UND DIE NEOLIBERALE KONJUNKTUR

Der zunehmende Verlust nationalstaatlicher Selbständigkeit durch die Imperative des Kapitals und der internationalen Finanzinstitutionen hat zu einer »Aushöhlung« selbst der beschränktesten Formen repräsentativer Demokratie geführt (Saad Filho 2006, 2). In diesem Kontext verstärkter und offensichtlicher Verschränkung des Staates mit globalem und nationalem Kapital hat ihn eine wachsende Zahl von Linken als Mittel für gesellschaftliche Veränderung abgeschrieben.

Die anti-staatliche Reaktion auf den Neoliberalismus zeigt sich besonders in der Sozialforumsbewegung; sie wurde in mehrere ihrer Grundsatzdokumente eingeschrieben. Das Weltsozialforum lässt keine offizielle Repräsentation durch Staaten oder politische Parteien zu und erlaubt die Teilnahme von Regierungsmitgliedern nur »als Einzelpersonen«[1]. Dies spiegelt den Wunsch vieler Sozialforen wider, nicht als »Orte der Macht« (ebd.), als repräsentative oder Entscheidungen treffende Organe aufzutreten. Für einige sind es gerade diese Kennzeichen, die die radikale Abkehr der Sozialforen von staatsorientierten Formen politischer Organisation ausmachen und die bei den aufkommenden Debatten über ihre Zukunft verteidigt werden müssten. Es bestehe die Gefahr, »dass das Forum durch die Vergangenheit der sozialen Bewegungen und des Internationalismus eingeholt wird [, in der] Bewegungen

von den von ihnen geschaffenen Institutionen und von sie instrumentalisierenden Parteien beherrscht wurden« (Waterman 2003, 7).

Diesen Positionen liegt ein tiefes Misstrauen gegen Macht als solche zu Grunde, die mit Macht-über gleichgesetzt wird. Häufig ist das Ziel antistaatlicher Gruppen, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Machtbeziehungen mehr gibt; der Staat kann für diesen Zweck nicht benutzt werden, sondern ist zu umgehen und ggf. zu zerstören. Sie berufen sich auf den vorwegnehmenden Charakter ihrer Kämpfe oder den »Stellungskrieg«, wie Gramsci es nennt: Kämpfe, die neue Weisen des Lebens, Denkens, Fühlens und sich aufeinander Beziehens schaffen, die den ›Alltagsverstand‹ herausfordern (Sassoon 1987, 193ff). Auch wenn diese Projekte Alternativen zu den herrschenden sozialen Verhältnissen suchen, bleiben sie tendenziell lokal, autonom und antihegemonial, insofern es ihnen widerstrebt, verallgemeinerte, besondere Kämpfe vereinigende Strategien zu suchen. Linke politische Projekte, die den Kampf gegen die Staatsmacht und die ein solches Ziel begleitenden Strategien in den Vordergrund stellen, gelten nicht nur als »alter Hut« und »passé«, sondern auch als Hindernisse für die wirklich radikale gesellschaftliche Veränderung.

Vieles an diesem Ansatz ist hochzuhalten. Die Betonung des subjektiven Moments im Kampf, in der Veränderung individuellen und kollektiven Bewusstseins und im Hervorbringen starker und unabhängiger Formen politischer und sozialer Organisation ist wesentlich. Es ist eine notwendige Antwort auf Fehler früherer linker Strategien, die auf politische Revolution setzten, ohne sich ausreichend der sozialen Revolution zu widmen, und daher auf Disziplinierung zurückgreifen mussten, um den Revolutionsprozess aufrechtzuerhalten. Saad Filho und Sam Gindin argumentieren, dass der Kampf gegen den neoliberalen Kapitalismus einer Neuzusammensetzung der arbeitenden Klassen bedarf und besonders einer Neubelebung ihrer Fähigkeit zum Kampf, zur Selbstbestimmung und zum demokratischen Engagement. Nach den Niederlagen früherer linker Projekte und der entmächtigenden Wirkung des Neoliberalismus als Herrschaftssystem ist es nötig, sich überhaupt erst wieder als Handelnde zueinander in Beziehung zu setzen.

Diese Einsichten werfen allerdings mehrere strategische Fragen auf. Ist der Staat tatsächlich derart von Zwang durchzogen, dass es hoffnungslos ist, ihn benutzen zu wollen? Wenn wir das Terrain des Staates aufgeben müssen, handelt es sich bei der ›Zivilgesellschaft‹ notwendig um einen Raum, der freier von Macht ist als der Staat? Schließlich, ist die Arbeit innerhalb der Zivilgesellschaft allein hinreichend für die Aufgabe, wirksame strategische Antworten auf den gegenwärtigen neoliberalen Staat zu entwickeln, ganz zu schweigen davon, reproduktionsfähige Alternativen zum Kapitalismus aufzubauen?



Jefferson Bernardes

DER MONOLITHISCHE STAAT

Viele Aktivisten begreifen den Staat als repressive Kraft, abhängig von den Imperativen des globalen Kapitals. Auf den ersten Blick ist das richtig, geht aber an der inneren Widersprüchlichkeit des Staates vorbei. Die staatliche Herstellung und Aufrechterhaltung der Bedingungen für die Kapitalakkumulation steht häufig in Konflikt mit anderen wichtigen Zielen wie der Sicherstellung von Legitimität und Stabilität durch aktive Zustimmung. Gramsci zeigt, dass herrschende Gruppen materielle Konzessionen an die untergeordneten Klassen machen, um ihr Einverständnis dafür zu gewinnen, regiert zu werden (Sassoon 1987, 116). Die Notwendigkeit, Zustimmung zu organisieren, steht allerdings in Spannung mit dem Druck, die Ausbeutung zu intensivieren und die Kapitalisierung weiterer Lebensbereiche voranzutreiben. Durch diese widersprüchlichen Kräfte entstehen Risse, in denen die arbeitenden Klassen in der Lage waren, den Wohlfahrtsstaat, die Entprivatisierung vieler essenzieller Leistungen und die Legalisierung unabhängiger Arbeiterorganisationen herauszuschlagen. Auch wenn sie nicht ohne innere Widersprüche und unvorhergesehene Folgen sind, belegen diese Siege doch, dass der Staat zumindest konjunkturell genutzt werden kann, um einen Raum für progressive Alternativen zu öffnen.

ZIVILGESELLSCHAFTSROMANTIK

Die Ablehnung des Staates beruht auf einer Dichotomie von ›innerhalb‹ und ›außerhalb‹ des Machtsystems. Darin werden alte Gegenüberstellungen von »Staat« und »Gesellschaft« wieder aufgerufen, die im westlichen Denken tradiert sind und die ihre moderne Form in der formalen Trennung von kapitalistischer Akkumulation und politischer Herrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft gefunden haben. ›Zivilgesellschaft‹ wird zunehmend auf das ganze Spektrum der Verbindungen und Aktivitäten zwischen Menschen jenseits »des Staates und der kapitalistischen Produktion« ausgeweitet, wo Interessen und Identitäten gebildet, organisiert und umkämpft werden (Carroll/Ratner 1994, 6).

Zivilgesellschaft erscheint so im Gegensatz zum kapitalistischen, Zwang ausübenden Staat als ein Reich von Freiheit und autonomem Handeln (Wood 1990, 64). Dies ignoriert nicht nur die Widersprüche innerhalb des Staats, sondern verdeckt auch, dass die Zivilgesellschaft *ebenso* kapitalistisch und voll von hegemonialen Praktiken ist. Gramscis Begriff des »integralen Staats« hebt die Abhängigkeit der Zivilgesellschaft von der Macht des Kapitals hervor; der Staat ist das Terrain, auf dem das Kapital seine materielle, ideologische und kulturelle Hegemonie organisiert, die durch zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Kirche, Schulen, die Familie und NGOs im selben Maße vermittelt ist wie durch Zwang (Carroll/Ratner 1994, 11).

Viele zivilgesellschaftliche Kämpfe werden durch staatliche Akteure gestärkt, die ihre strategische Position nutzen, um Räume für die Erkundung und Entwicklung von Alternativen zu erhalten und weiter zu öffnen. Wainwright zeigt, dass Selbstorganisation und der Aufbau autonomer, partizipativer Institutionen in den 1960er Jahren von einem stützenden institutionell-politischen Kontext abhingen. Der »Erhalt« lokaler Institutionen »beruhte ironischerweise auf [...] gerade der politischen Strategie, gegen die sie häufig initiiert wurden« (1994, 76). Aktivisten stehen demnach nicht vor der Wahl zwischen Zivilgesellschaft und politischen Institutionen des Staats, sondern vor der Frage, wie man sich so zum Staat verhalten kann, dass unabhängige Räume für Selbstorganisation und partizipatorische Demokratie erhalten und geschützt werden und der Staat selbst umfassend demokratisiert wird. Gramsci zeigt, dass der Staat so auf die Zivilgesellschaft einwirken kann, dass Möglichkeiten für radikale und demokratische Alternativen abgeschnitten werden und der Status quo verfestigt wird. Partielle Kontrolle über den Staat schließt auch die Macht ein, *andere*, nämlich das Kapital, *davon abzuhalten*, sich seiner ungehindert zu bedienen.

DEN STAAT DEM NEOLIBERALEN KAPITALISMUS ÜBERLASSEN

Wenn wir das Argument akzeptieren, dass der Staat als Repräsentation des demokratischen Willens der Gemeinschaft machtlos gegen die globalen Kapitalinteressen ist, dann akzeptieren wir den Kern der neoliberalen Botschaft. Der machtlose Staat ist die Ideologie des neoliberalen Kapitals, die die popularen Kräfte entwaffnet und sie ihrer Macht beraubt. Suzanne Berger bemerkte eine Gleichzeitigkeit rechter und linker anti-staatlicher Positionen in den späten 1970er Jahren, mit denen jeweils ein beträchtlicher Verlust an Zuversicht einherging, den Staat zu »guten Zwecken« benutzen zu können (Berger 1979, 33). Jedoch hat die Rechte seitdem, entgegen eigenen Behauptungen, den ›Glauben‹ an den Staat wiedergefunden und ihn wirkungsvoll dafür eingesetzt, die Welt nach ihrem Bild umzugestalten. Statt »dezentriert« oder unwichtiger geworden zu sein, wie viele Postmodernisten meinten, ist der Staat sogar *zentraler* für die kapitalistische Umstrukturierung geworden.

In gewisser Weise zeigt daher das Versteifen auf Antihegemonie und die Preisgabe des gegenhegemonialen Kampfs einen Sieg des Kapitals an. Die Arbeiterklasse (oder allgemeiner populare Kräfte) davon zu überzeugen, eine breitere und groß angelegte Transformationsvorstellung aufzugeben, steht im Zentrum der kapitalistischen Strategie der passiven Revolution, durch die die Bourgeoisie ihre Gegner kopflos macht und zähmt, indem sie deren Aufmerksamkeit auf die Verteidigung wirtschaftlicher und partikularer Interessen lenkt (Carroll/Ratner 1994, 23 FN 8;

Sassoon 1982, 136). In gewisser Hinsicht ist der Lokalismus ein Symptom dafür, wie die durch vergangene Fehler und die Schwierigkeiten des antikapitalistischen Kampfs demoralisierte Linke jetzt in kleinen statt in großen Stücken denkt; er stellt keine wirkliche systemgefährdende Herausforderung für den Kapitalismus dar, sei er neoliberal oder nicht. Tatsächlich bevorzugt Antihegemonie nicht nur das Lokale als Aktivitätsbereich, sondern auch die Gegenwart gegenüber der Zukunft. In diesem Sinne ist Antihegemonie auch zunehmend anti-utopisch: Die Zukunft scheint in manchen anarchistischen Praxen ersetzt durch die Gestaltung von Räumen, die in der Gegenwart radikal und revolutionär zu leben erlauben sollen (Gordon 2005).

Ohne eine genauere Vorstellung von den Prozessen und Praktiken, die eine gesellschaftliche Veränderung im großen Maßstab herbeiführen könnten, kann es so erscheinen, als ob das Einrichten alternativer Denk- und Lebensweisen in den Rissen des Systems dieses schließlich einmal destabilisieren und in irgendeiner Weise überwinden würde. Dies unterschätzt die Macht und Festigkeit der Systemprozesse und überschätzt die Wirkung, die zivilgesellschaftliche Kämpfe für sich haben können.

RÜCKGEWINNUNG DES STAATES FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Dafür zu argumentieren, dass der Staat in der politischen Strategie der Linken eine zentrale Rolle einnehmen sollte, bedeutet nicht, den Gefahren der ›Staats-Strategie‹ unkritisch oder naiv gegenüberzustehen. Es kann geschehen, dass von sozialen Bewegungen an die Macht getragene Regierungen die neoliberale Logik in ihre Politik und Praxis einbauen. Solche Niederlagen stützen außerdem auf gefährliche Weise die Schlussfolgerung, dass der Staat, was auch immer wir tun, jedes Mal diejenigen, die ihn führen, assimilieren und verändern wird. Trotzdem sollte der Aufruf zur Entwicklung anderer Beziehungen zwischen Parteien und starken sozialen Bewegungen beherzigt werden. Der Staat bleibt ein wichtiges Kampfterrain, weil er über wichtige Ressourcen für progressive Bewegungen verfügt, Ressourcen, die die Rechte zu unserem Schaden benutzen wird, wenn sie kann. Mit anderen Worten: die neoliberale Hegemonie wird nur verstärkt, wenn man den Staat der Rechten überlässt.

Um voranzukommen, muss die globalisierungskritische Bewegung einen strategischen Kurs jenseits der Vorstellungen vom ›Allheilmittel Staat‹ und von der Unbrauchbarkeit des Staates einschlagen. Die schwierige Arbeit besteht darin, »eine ›neue Politik‹ [zu finden, die] den Staat und die Zivilgesellschaft auf eine Weise integriert, dass eine dynamische Beziehung zwischen beiden, zwischen dem ›politischen‹ und dem ›sozialen‹ Bereich, Parteien und Bewegungen, institutioneller Aktivität und Graswurzelmobilisierung möglich wird« (Boggs 1986, 19). Das schließt ein zu analysieren, unter welchen politisch-ökonomischen und organisatorischen

Bedingungen soziale Bewegungen Staaten nutzen können, Räume zu öffnen, während sie zugleich die Staaten selbst verändern (Carroll/Ratner 1994, 21). Die Mittel, um solche Bedingungen herzustellen, können nicht durch theoretisch-intellektuelle Arbeit allein gefunden werden: Die richtige Verbindung von Strategien innerhalb und außerhalb des Staates muss in den Kämpfen herausgearbeitet werden.

Aus dem Kanadischen von Daniel Fastner, gekürzte Fassung eines Artikels aus: Labour, Capital and Society 41 Jg., Heft 1/2008

LITERATUR

Bakunin, Michail, 1873: *Statism and Anarchy*, http://www.marxists.org/reference/archive/bakunin/works/1873/statism-anarchy.htm, (Stand 23.7.2007)

Berger, Suzanne, 1979: Politics and Antipolitics in Western Europe in the Seventies, in: *Daedalus* 128 (Winter), 27–50

Boggs, Carl, 1986: *Social Movements and Political Power: Emerging Forms of Radicalism in the West*, Philadelphia

Buechler, Steven M., 2000: *Social Movements in Advanced Capitalism: The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism*, Oxford

Carroll, William und R. Ratner, 1994: Between Leninism and Radical Pluralism: Gramscian Reflections on Counter-Hegemony and the New Social Movements, in: *Critical Sociology* 20(2), 1994, 3–26

Conway, Janet, 2005: Social Forums, Social Movements and Social Change: A Response to Peter Marcuse on the Subject of the World Social Forum, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 29(2), Juni 2005, 425–28

Day, Richard, 2005: *Gramsci is Dead: Anarchist Currents in the Newest Social Movements*, London

Foucault, Michel, 1980: Two Lectures, in: ders., *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings, 1972–1977*, New York, 78–108

Gordon, Uri, 2005; Liberation Now: Present-Tense Dimensions of Contemporary Anarchism, vorgetragen an der Graduate Student Conference the Present: The Beginnings and Ends of Political Theory, University of California Berkeley (unveröff.)

Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe, 1985: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London

Magnussen, Warren, und Ron Walker, 1988: De-Centring the State: Political Theory and Canadian Political Economy, in: *Studies in Political Economy* 26 (Sommer), 37–71

Panitch, Leo, 1986: *Working Class Politics in Crisis*, London

Ross, Stephanie, 2003: Is this What Democracy Looks Like? The Politics of the Anti-Globalization Movement in North America, in: L. Panitch u. C. Leys (Hg.), *Socialist Register 2003: Fighting Identities*, London, 281–301

Saad Filho, Alfredo, 2006: Contesting the State in the Era of Globalization, vorgetragen auf der Jahreskonferenz der Canadian Political Science Association, York University, Toronto (unveröff.)

Sader, Emir, 2002: Beyond Civil Society: The Left after Porto Alegre, in: *New Left Review* II 17, 87–99

Sassoon, Anne Showstack, 1987: *Gramsci's Politics*, Minneapolis

Wainwright, Hilary, 1994: *Arguments for a New Left: Answering the Free Market Right*, London

Waterman, Peter, 2003: Place, Space and the Reinvention of Social Emancipation: Second Thoughts on the Third World Social Forum, The Hague, http://biblio.iss.nl/opac/uploads/wp/wp378.pdf, (Stand 21.7.2007)

Whitaker, Chico, 2004: The WSF as Open Space, in: J. Sen, A. Anand, A. Escobar u. P. Waterman (Hg.), *The World Social Forum: Challenging Empires,* New Delhi, 111–21

Wood, Ellen Meiksins, 1990: The Uses and Abuses of ›Civil Society‹, in: R. Miliband und L. Panitch (Hg.), *Socialist Register 1990: The Retreat of the Intellectuals,* London, 60–84

---

1 World Social Forum Organizing Committee, 2001, »World Social Forum Charter of Principles«, www.forumsocialmundial.org.br/main.php?id_menu=4&cd_language=2 (Zugriff 8. März 2006)

»DIE LINKEN HÄNGEN AM FORTSCHRITT«

HUMBERTO CHOLANGO

Humberto Cholango ist ehemaliger Präsident von Ecuarinari, Dachverband der indigenen Völker und Organisationen mit Kichwa-Hintergrund im Hochland Ecuardors. Der Text geht auf ein Gespräch mit *Alejandra Santianilla,* Rosa-Luxemburg-Stiftung Quito, zurück.

Das Weltsozialforum kann als Antwort auf das kapitalistische und neoliberale Gesellschaftsmodell gelten. Es ist ein Ort, an dem Alternativen entwickelt werden können. Es repräsentiert keine einheitliche Linie oder politisch-ideologische Strömung. In einigen Fragen wurden klare Linien und Gegenpositionen entwickelt: Bezogen auf die Área de Livre Comércio de las Américas (ALCA) in Lateinamerika oder die WHO tritt das Forum für politische Veränderungen ein.

Die Sozialforen haben viele Veränderungen in Lateinamerika angestoßen: Die sozialen Bewegungen sind in jedem Land gestärkt worden. Früher hat jeder für sich gekämpft, in seinem Bereich, in seinem Land. Ein Projekt wie das *Unasur* (Union Südamerikanischer Nationen) wäre ohne das Forum kaum denkbar gewesen.

Die indigenen Bewegungen waren zunächst nicht vertreten. Erst nach und nach entwickelte sich das Forum zum wichtigen

Ort, wo sie Netzwerke und Bündnisse aufbauen und Debatten anregen konnten: Die Idee der »Plurinationalität«[1] war nicht leicht zu verankern, Vielen war das Konzept unverständlich. Auch die konstituierenden Versammlungen, die später den plurinationalen Staat deklarierten, waren für andere Akteure nicht unproblematisch. So gehört Präsident Morales etwa den Aymara an, aber sein Zugang war stark gewerkschaftlich geprägt. Später ging das Konzept in die neue Verfassung Boliviens ein[3].

Auch der Vorschlag des ITTs (Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Projekt) war für viele schwer zu fassen: finanzielle Anreize zu schaffen, um Erdölfelder *nicht* auszubeuten[2] (vgl. den Beitrag von Edgardo Lander in diesem Heft). Viele Linke sind noch in einem Fortschrittsglauben verankert, der auf wirtschaftlichem Wachstum und damit auf Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht, einer Extraktionsökonomie.

Weil die Sozialforen sich zu einem Ort entwickelt haben, an dem alle Ungerechtigkeiten zur Sprache gebracht werden, ist es den indigenen Bewegungen gelungen, bestimmten Forderungen Gehör zu verschaffen. Auf dem Weltsozialforum ist uns gelungen, die *Coordinadora Andina de Organizaciones Indígenas* (CAOI) zu gründen und so die Interessen der Indigenen der Andenregionen gemeinsam zu vertreten. Dabei geht es nicht nur um Themen der Indigenen. In jüngster Zeit ist die Koordination eine der wichtigsten Protagonisten geworden, Regierungen wie die von Alan García in Peru, Bachelet in Chile oder Uribe in Kolumbien und ihre Politik zu kritisieren.

Künftig müssen wir die Kämpfe zum Schutz der natürlichen Ressourcen vertiefen, etwa zur Wasserkrise in der Andenregion. Zu einem Großteil liegen die Konzessionen für diese Gebiete bei ausländischen Bergbauunternehmen, in Kolumbien und Peru gibt es Freihandelsabkommen. In Bolivien war die Strategie, das Thema mit anderen zu verknüpfen, bzw. es als Einstieg zu nutzen, um zu fragen, was mit den restlichen natürlichen Ressourcen passiert. In Ecuador beginnt die Diskussion darum gerade.

Unsere Arbeit zielte darauf, die Organisierung zu stärken. In Peru etwa konnte vor einigen Jahren noch nicht die Rede von indigenen Bewegungen sein. Jetzt werden sie langsam sichtbar. Der Prozess wird vom Engagement der jeweiligen Organisationen abhängen und von denen, die ihn anführen. Die Ecuarinari ist bereits Teil der Koordination. Möglicherweise werden sich auch die Confederación Nacional de Organizaciones Campesinas, Indígenas y Negras (FENOCIN) und die Federación Ecuatoriana de Indígenas Evangélicos (FEINE) anschließen. Die CAOI wird mit der Zeit an Stärke gewinnen.

Aus dem ecuadorianischen Spanisch von Ann-Katrin Lebuhn

---

1 *Plurinacionalidad* bezieht sich nicht auf Nationalität im bürgerlich-staatlichen Sinn, sondern auf kollektive Identitäten, deren Zugehörige grenzübergreifend und im bewegungsgeschichtlichen Sinn internationalistisch zusammenarbeiten.

2 Zentrales Argument war, dass es nicht nötig sei, weiter Erdöl zu fördern, da es nicht einmal möglich ist, die bereits entdeckten Reserven aufzubrauchen, ohne die ökologische Tragfähigkeit der Erde zu überschreiten.

3 Vgl. Tanja Ernst und Isabella Radhuber in *Luxemburg* 2/2009, 68–75

WELCHE KRISE?

ÜBERLEGUNGEN ZU DEN SOZIALFOREN

ANGELA KLEIN

Seit geraumer Zeit kursiert unter Aktiven das Wort von der Krise des Sozialforumsprozesses. Wenn das nicht die Axt sein soll, die an einen noch jungen, erst zehnjährigen Baum gelegt wird, ist zumindest einzufordern, dass präzisiert wird, was damit gemeint ist.

Der globale politische Kontext, in dem das WSF entstanden ist, ist ein radikal anderer als heute. In den 1990er Jahren begann von den Ländern des Südens her eine breite Bewegung gegen die Institutionalisierung einer Weltordnung auf der Basis des Freihandels. Globale Finanzinstitutionen wie die gerade gegründete WTO, IWF und Weltbank, diverse multi- und bilaterale Freihandelsabkommen (MAI, FTAA, EU-Richtlinien/Lissabonprozess/Bolkestein usw.) standen im Mittelpunkt einer weltweiten Bewegung. Ihre Hauptträger waren Kleinbauern, indigene Völker und Bewegungen gegen Privatisierung. Die Verteidigung der Gemeingüter und partizipative Demokratie waren verbindende Elemente, neokeynesianische

Richtungen fanden sich darin ebenso wieder wie kapitalismuskritische Strömungen.

Die zentralen Losungen waren »Delegitimierung der WTO« und »Globalisierung von unten«. Sie haben weit getragen und im Bewusstsein vieler Aktiver enorme Fortschritte bewirkt. Der wichtigste scheint mir in einem neuen Internationalismus zu liegen, der Solidarität nicht mehr als Geste des Gebens vom Norden in den Süden versteht, sondern als Notwendigkeit, auf die gemeinsamen globalen Probleme trotz unterschiedlicher Ausgangslagen solidarische Lösungen zu finden, die unterschiedliche Interessen respektieren. Die Bewegung kam zu den Ministerratstreffen der WTO, den Versammlungen des IWF, oder des Europäischen Rats zusammen. Die Zielsetzungen – für gerechten Tausch, gegen Freihandel, Schutz der kleinbäuerlichen Produktionsweise, Kontrolle der Finanzströme, Verteidigung und Ausbau der Gemeingüter – waren ausreichend vage, um unterschiedliche strategische Orientierungen zu vereinen: etwa Reform und Abschaffung der internationalen Finanzinstitutionen, Reform und Abschaffung des Kapitalismus. Einzelne Bewegungen wie die der Kleinbauern oder Antiprivatisierungsbewegungen hatten konkretere, lokal umsetzbare Ziele und eigene Dynamiken. Die Bewegungen der Indigenas haben in einigen Andenländern fortschrittliche Regierungen hervorgebracht, die das regionale Kräfteverhältnis verschoben und der Hoffnung auf einen »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« weltweit neue Nahrung gegeben haben.

Ende der 1990er Jahre kamen in Europa und den USA sozialliberale Regierungen an die Macht, die den Bewegungen einen gewissen Spielraum gaben. Sie waren es zugleich, die liberale Maßnahmen von ungeahnter Tragweite und Unverfrorenheit durchsetzten.

Der Gleichklang zwischen Sozialforumsprozess und der neuen globalisierungskritischen Bewegung wurde in Genua gebrochen: Die ultraliberale, chauvinistische Rechte antwortete mit Gewalt. Der 11. September 2001 arbeitete ihr in die Hände: Sie löste in wichtigen Industrieländern sozialliberale Regierungen ab; der kosmopolitische Freihandelsdiskurs wurde ersetzt durch einen stärker national orientierten. Der »Krieg gegen den Terror« militarisierte die Auseinandersetzung um die »neue Weltordnung«.

Die globalisierungskritische Bewegung hat dadurch einen herben Rückschlag erfahren. Die WTO-Runden stecken gleichfalls in einer tiefen Krise, ebenso die globalen Klimaverhandlungen und die Bemühungen, auf die Finanz- und Wirtschaftskrise eine gemeinsame Antwort der Regierenden, Banken und Konzerne zu finden. Diese Krise ist nicht mehr das Ergebnis des Zusammenwirkens von Verweigerung der Länder des Südens mit den Protesten der sozialen Bewegungen, wie in Seattle, sondern der innerimperialistischen Differenzen im Rahmen der G8 + 4 (BRIC-Staaten).

Die Sozialforen leiden unter dem Rückgang und der Orientierungslosigkeit der globalisierungskritischen Bewegung. Gleichzeitig lassen die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ein neues Bewusstsein über die Klimakrise die bisherigen Schwerpunkte in einem neuen Licht erscheinen. Zugleich

verschieben sie die Gewichte weg von den Handelsabkommen hin zu den Grundfragen der kapitalistischen Produktion: sozial wie ökologisch. Die globalisierungskritische Bewegung differenziert sich deutlicher auseinander: Der »Reformflügel« setzt klarer als noch zuvor auf einen fortschrittliche »grünen« Kapitalismus; die Formierung antikapitalistischer und ökosozialistischer Positionen steht noch ganz am Anfang. Kopenhagen hat deutlich gezeigt: Es gibt keine gemeinsame Antwort auf die Wirtschaftskrise oder die Klimakrise.

Es gibt nicht weniger Bewegung als vorher, aber sie ist zersplitterter; es ist kein Zufall, dass seit einiger Zeit der größte Erfolg der Sozialforen die Bildung internationaler Netzwerke zu den verschiedensten Fragen ist. Was fehlt, ist der gemeinsame Nenner, wie es das »Delegitimiert die WTO!« sein konnte – nicht nur auf internationaler Ebene, auch auf nationaler Ebene.

Die Sozialforen können den Mangel an gemeinsamer Perspektive nicht voluntaristisch, per Debatte und Beschluss, überwinden. Bewegungen werden nicht »gemacht« und die Interdependenz zwischen Bewegung und ihrer Orientierung ist ein komplexer Zusammenhang, der leichter im Nachhinein beschrieben als im Vorhinein definiert wird.

Der Kern der Krise der Sozialforen scheint mir daher nicht darin zu liegen, dass bislang Parteien nicht zugelassen worden sind oder dass die Sozialforen keine Beschlüsse gefasst hätten. Als die Sozialforen noch eine aufstrebende globalisierungskritische Bewegung begleiteten, war das nicht vonnöten: Der weltweite Antikriegstag (2003) war der Erfolg einer gleichgesinnten und von der Möglichkeit des Erfolgs überzeugten Bewegung. Heute fehlt die gleiche Gesinnung und der Glaube an den Erfolg.

Die Mobilisierung in der Phase des Rückzugs über solche Widrigkeiten hinweg bleibt in der Tat der Parteiform überlassen; doch keine der beiden großen Strömungen im Sozialforumsprozess hat bisher eine neue Internationale hervorgebracht, die ihr Vorbild auch nicht mehr in den vergangenen Modellen schöpfen könnte.

Das zu tun, bleibt eine Aufgabe, die das Sozialforum allerdings nicht lösen kann. Solange Internationalismus keine andere, stärker organisierte Form annimmt, bleiben die Sozialforen der einzige Ort, an dem ein internationaler Austausch der Bewegungen über den eigenen Horizont hinaus möglich ist. In dieser Funktion sind sie unersetzbar. Und es wäre falsch, der Zersplitterung der Bewegungen durch eine Infragestellung des Sozialforumsprozesses noch Vorschub zu leisten.

Die größte Gefahr geht in der gegenwärtigen Situation von der Möglichkeit aus, dass die sozialen Bewegungen die Bewegung des Kapitals in dem Sinne nachvollziehen, dass auch sie sich stärker auf die nationale Ebene zurückziehen und dort Lösungen suchen. Die globalen Probleme können nur global gelöst werden. Mehr Internationalisierung der Proteste ist notwendig, nicht weniger.

Bernhard Schurian



SEX AT THE FORUM

SEXUELLE GERECHTIGKEIT UND DIE GLOBALISIERUNGSKRITISCHE BEWEGUNG[1]

ARA WILSON

Beim Nachdenken darüber, wie sexuelle und ökonomische Gerechtigkeit zusammenhängen könnten, fragt die empirische Materialistin in mir: Wie und wo begegnen sie sich bereits? Die Suche nach solchen Projekten führt mich zu den globalen Bewegungen für ökonomische Gerechtigkeit, besonders den globalisierungskritischen und Anti-Globalisierungs-Bewegungen, die mit dem Weltsozialforum (WSF) verbunden sind. Meine theoretisch orientierte, aber empirische Beschreibung dortiger Politiken lotet aus, wie nahe sich Marxismus und queere und feministische Theorien stehen, indem ich Geschichte, Orte, Verhältnisse und Praxen materialistisch untersuche.

BESTEHENDE GRENZEN

Nach dem Kalten Krieg, als die Kraft sozialistischer Begriffe international geschwächt war, kamen die lebhaftesten Forderungen nach transnationaler ökonomischer Gerechtigkeit

von verschiedenen politischen Projekten, die unter den Etiketten »globale Gerechtigkeit« oder »Globalisierungsgegner/-kritiker« lose zusammengehalten werden und von denen viele seit 2001 beim WSF zusammenkommen. Das WSF hat mit den Kämpfen gegen den globalen Kapitalismus und Imperialismus einen relativ klar umrissenen Schwerpunkt. Umstritten ist hingegen, wie sich dieser politische Kern zu anderen Themen und Problemen verhält, wie z.B. nationalen Kämpfen, orthodoxen Religionen, NGOs – oder Gender und Sexualität. Dem WSF – wie der globalisierungskritischen Bewegung insgesamt – wurde oftmals vorgeworfen, dass es feministische Beiträge ungleichmäßig, unvollständig oder undurchdacht aufnimmt. Noch unklarer ist das Verhältnis zu sexuellen Politiken. Johanna Brenner zufolge weist das WSF hinsichtlich Abtreibung und sexueller Orientierung »strategische Blindstellen« auf (2004, 32), v.a. weil es die anti-imperialistischen Projekte religiöser Organisationen mit offenen Armen empfängt, die gleichzeitig konservativ gegenüber Gender- und sexuellen Politiken eingestellt sind. Die begrenzte Integration sexueller Politiken ins WSF bestärkt den seit langem bestehenden Verdacht, dass deren Stellenwert in der Linken gering bleibt.

GEOGRAPHIEN DER GERECHTIGKEIT

Die Bewegungen für globale Gerechtigkeit und für sexuelle Rechte entstanden unter Bedingungen, die die Basis für radikale Politik neu strukturierten. Obwohl beide ihr politisches Handeln in diesem globalen Kontext verorten, unterscheiden sie sich deutlich hinsichtlich ihrer Einbeziehung der transnationalen Dimension. Teilnehmer des WSF üben üblicherweise Kritik an globalen Formen des Kapitalismus (den sie zuweilen auch als patriarchalen Kapitalismus bezeichnen), die sich auf transnationale Konzerne und den Neoliberalismus beschränkt und sich nicht explizit gegen den Kapitalismus an sich richtet. Das WSF geht davon aus, dass dem globalen Kapitalismus – und anderen großräumigen Unterdrückungssystemen – mit transnationalen Kämpfen begegnet werden muss, die idealerweise im globalen Süden konzentriert sind. Der Kampf für sexuelle Rechte hingegen hat eine paradoxe Eigenschaft hinsichtlich der adressierten Ebenen. Einerseits ist die transnationale Ebene entscheidend: Viele Verfechter/innen sexueller Rechte für Frauen und LGBTQ[2] agieren seit mehr als 20 Jahren auf dem internationalen Verhandlungsparkett, indem sie sich in die wachsenden Organisationen für Menschenrechte und den UN-NGO-Prozess einklinkten. Da die öffentliche Meinung für die Kämpfe für sexuelle Rechte von großer Bedeutung ist, nutzen sie internationale Verhandlungsorte auch, um kulturelle Kämpfe für sexuelle Normen zu führen. Andererseits zielen die meisten Aktivitäten für sexuelle Rechte letztlich auf nationale Regierungen, um die Politiken und Stimmungen zu verändern, die alternative sexuelle und geschlechtliche Ausdrucksformen benachteiligen oder bestrafen. Während für das WSF also die transnationale Dimension der Probleme und Kämpfe zentral ist, bedienen sich die meisten Aktivitäten für sexuelle Rechte der transnationalen Ebene nicht programmatisch, sondern instrumentell – als

Taktik, um Botschaften zu transportieren, Druck auf nationale Regierungen auszuüben oder solidarische Netzwerke zu knüpfen. Diese unterschiedlichen Geographien sexueller und ökonomischer Politiken schlagen sich in den Texten und Praktiken des WSF nieder.

SEXUALITÄT UND GLOBALE GERECHTIGKEIT

In den ›Manifesten‹ des WSF, d.h. in den Sammlungen diverser Stellungnahmen und Aufrufe, erscheint das Thema Sexualität im Wesentlichen als Anhängsel der Kämpfe für globale Gerechtigkeit. Über etablierte Themen wie Nahrung, globaler Handel oder Palästina wird dort mit weitaus größerer Zuwendung und Klarheit geschrieben als über Sexualität. So bemerkt etwa Ana Elena Obando, dass »die ›allgemeinen‹ Themenfelder wie neoliberale Globalisierung sich z.B. nicht mit der Armut von Transvestiten oder ihrem versperrten Zugang zum formalen Arbeitsmarkt befassen« (2005, 3). Die schwankende bis fehlende Aufmerksamkeit für das Thema Sexualität in den Dokumenten des WSF deutet auf Auseinandersetzungen über den Stellenwert von Sexualität in den Bewegungen für globale Gerechtigkeit hin – einschließlich des Vorwurfs, Sexualität sei ein europäisches oder Mittelklasse-Thema. Es ist offenbar noch immer schwer, die Forderungen nach sexueller Befreiung und ökonomischer Gerechtigkeit in Einklang zu bringen.

Ich möchte nun aber an zwei Beispielen aufzeigen, auf welche Weise Sexualität im quasi-offiziellen »Aufruf der sozialen Bewegungen« des WSF doch berücksichtigt wurde. Dort heißt es 2002: »Wir sind verschieden – Frauen und Männer, Erwachsene und Jugendliche, indigene Völker, Land- und Stadtbewohner, Arbeitende und Arbeitslose, Obdachlose, Alte, Studenten, Migranten, Berufsaktivisten, Menschen jeglichen Glaubens, jeglicher Hautfarbe und sexueller Orientierung. Diese Vielfalt zum Ausdruck zu bringen, ist unsere Stärke und die Grundlage unserer Einheit.« (Leite/Gil 2005, 187) Der »Aufruf der sozialen Bewegungen zur Mobilisierung gegen Krieg, Neoliberalismus, Ausbeutung und Exklusion« von 2005 enthält die Passage: »Wir sehen Diversität hinsichtlich der sexuellen Orientierung als Ausdruck einer alternativen Welt [...] und sind dem Kampf gegen Exklusion aufgrund von Identität, Geschlecht und Homophobie verpflichtet. Wir werden vereint unsere Stimme erheben gegen alle Formen des Zur-Ware-Machens des Körpers von Frauen und LGBT.«

Die Anerkennung sexueller Diversität in diesen Texten legt nahe, dass sie von Aktivitäten für sexuelle Gerechtigkeit beeinflusst sind, u.a. von organisierten Sexarbeiter/innen, LGBTQ-Politiken, Forderungen nach reproduktiven Rechten und feministischen Netzwerken, v.a. solchen im globalen Süden; sie spiegelt aber auch Aspekte globalisierungskritischer Politiken wider. Für Verfechter/innen sexueller Rechte ist sexuelle Diversität ein politisches Konzept jenseits von Identität oder Rechten, beides sonst gewöhnliche Kategorien bei Forderungen rund um Sexualität. Für Verfechter/innen globaler Gerechtigkeit hingegen wirkt Diversität den neoliberalen und imperialistischen hierarchischen Exklusionen entgegen; sexuelle Diversität wird als »Ausdruck einer alternativen Welt« begrüßt.

Das WSF legt auch auf Diversität innerhalb der fortschrittlichen Bewegung selbst Wert. Als »Bewegung der Bewegungen« soll es ein zentraler Knoten sein für die Koexistenz und Wechselwirkung verschiedener Projekte, ohne dabei auf Abschluss oder Zusammenhalt zu dringen. Nach dem Forum in Afrika 2007 betonte Immanuel Wallerstein die Rolle des WSF als Ort für eine Pluralität politischer Netzwerke: Es gebe dort jetzt auch »ein schlagkräftiges feministisches Netzwerk« und »ein vielversprechendes Netzwerk derer, die alternative Sexualitäten verteidigen (was schwulen und lesbischen Bewegungen aus Kenia eine öffentliche Präsenz erlaubte, die zuvor schwer zu erreichen war)« (2007). Ein anderer führender Theoretiker des WSF, Boaventura de Sousa Santos, schließt Sexualität bei der Diskussion radikaler Alternativen zur globalen Ungerechtigkeit regelmäßig mit ein. Angesichts der sonstigen Unterrepräsentanz des Themas ist es bemerkenswert, dass diese Theoretiker sexuelle Politiken als Teil der Bewegung für globale Gerechtigkeit ansehen.

Diese Integration sexueller Politiken resultiert aus der historischen Situation nach dem Kalten Krieg. Die globalisierungskritische Bewegung entstand im Gefolge von zentralistischen Parteien und enttäuschenden postkolonialen Realitäten. Das WSF kritisiert die ältere Linke ebenso heftig wie das globale Kapital und den nördlichen Imperialismus. Die Bewegungsintellektuellen setzen ihre Politik in Beziehung zum Scheitern der alten und neuen Linken und hoffen so, den »tragischen Utopien des 20. Jahrhunderts« oder leninistischem Avantgardismus zu entgehen. Die Netzwerke für globale Gerechtigkeit bilden, so Eric Lott, »eine soziale Bewegung historisch neuen Typs, die mit den älteren Modellen des Kampfs unvergleichbar ist« (2006). Dieser Unterschied zeigt sich z.B. an dem Wert, den das WSF offenen Räumen, partizipativer Demokratie und horizontalen Netzwerken beimisst – womit es die Mittel und die Zwecke progressiver Politik gleichermaßen betont.

Sexuelle Diversität ist für die Texte des WSF wichtig, weil dadurch der Unterschied zwischen postkommunistischen Konzepten von Bürgerrechten und partizipativer Demokratie und früheren linken Programmen zum Ausdruck gebracht wird. Wenn Texte, die sich in erster Linie mit dem neoliberalen Kapitalismus oder US-Imperialismus befassen, auf sexuelle Diversität verweisen, so ist dies eine stillschweigende Verurteilung der Homophobie, die viele frühere progressive Kämpfe kennzeichnete. Die Betonung sexueller Diversität stellt sich auch gegen Formen des Nationalismus, die »traditionellen« heterosexuellen Normen verhaftet sind. Sexualität ist die Messlatte für eine alternative Linke; sie zeigt an, inwieweit sich die Bewegung zu einer einschließenden Politik bekennt, die auf Übersetzungen und Bündnissen beruht und nicht auf einer kohärenten Plattform mit festgelegten Bedeutungen und Grenzen.

Diese abgrenzende Funktion erklärt, wo und wie Sexualität im Diskurs des WSF in Erscheinung tritt. Wenn das WSF als offener Raum für prozessuale Verfahren und demokratische Differenz verstanden wird, signalisiert der Einschluss von LGBTQ-Gruppen, dass es ein »horizontales« Begegnungsfeld

mit sexueller Diversität als Einschlussprinzip ist. Sobald das WSF jedoch als Organisationsplattform für globale Aktivitäten zur Umsetzung alternativer Zukünfte verstanden wird, schwindet die Aufmerksamkeit für Sexualität. Zu klären bleibt, inwiefern sexuelle Orientierung – jenseits von Diversität um der Diversität Willen – ein »Ausdruck einer alternativen Welt« sein könnte. So fordern die Texte des WSF z.B. Solidarität mit bäuerlichen Kämpfen, benennen aber weder queere Bevölkerungsgruppen noch Gruppen, die sich für sexuelle Gerechtigkeit einsetzen. Die Betonung gesellschaftlicher Diversität beschränkt folglich sowohl die Kritik an sexuellen Ungerechtigkeiten als auch die Visionen zur Überwindung gegenwärtiger sexueller Ordnungen. Sexualität verkörpert in den Texten des WSF eher die radikale demokratische Zustimmung zu Diversität, als dass sexuelle Diversität als phantasievoller Horizont für radikale Politik aufscheint.

Die Betonung von Diversität auf dem WSF führt auch zu Widersprüchen. Feministinnen und queere Aktivist/innen kritisieren, dass das WSF antiimperialistische, aber patriarchale religiöse Politiken unter seinem Dach aufnimmt, da diese die Integration von Kämpfen für sexuelle und reproduktive Rechte verhindern. In einem offenen Brief an das WSF, der von über 50 Organisationen unterzeichnet wurde, heißt es: »Da die Kämpfe für die Schaffung einer anderen Welt nur erfolgreich sein können, wenn die Diversität von Identitäten und politischen Subjekten anerkannt wird, bekräftigen wir, dass das WSF ein Prozess ist, der allen offen steht, die diese Diversität anerkennen. Folglich wirken Organisationen und Individuen, die die Marginalisierung, den Ausschluss und die Diskriminierung anderer Menschen vorantreiben, in diesem Prozess wie Fremdkörper« (ABONG u.a. 2008).

DIE BEGRENZTE ÖKONOMIE SEXUELLER RECHTE

Aktivist/innen für sexuelle Rechte sehen das WSF dennoch als wichtigen Ort, um Gespräche zu ermöglichen und sich untereinander und mit der Bewegung für globale Gerechtigkeit zu vernetzen. Etwa 20 feministische Organisationen, von denen die meisten für sexuelle Rechte von Frauen kämpfen, sind an der Planung und Organisation des WSF beteiligt. Der »LGBT South-South Dialogue«, die einzige queere Organisation im WSF-Rat, hat auf dem WSF Diskussionspodien zu den Verbindungen zwischen Neoliberalismus, Imperialismus, Heteronormativität und den materiellen Bedingungen für Queers im globalen Süden veranstaltet (vgl. León/Mtetwa 2003).

Die Veranstaltung »A Dialogue Between Movements« auf dem WSF in Porto Alegre 2005, organisiert von »Feminist Dialogues«, einem Netzwerk von Frauenorganisationen aus dem globalen Süden, zeigt exemplarisch, wie Konvergenzen zwischen sexuellen und ökonomischen Politiken ausgelotet werden können. Aktivist/innen aus den vier Bereichen Feminismus, LGBTQ, Arbeit und ›Rasse‹/Kaste diskutierten dort ihre Übereinstimmungen und Differenzen. So räumten etwa LGBTQ-Vertreter/innen ein, dass sie Klasse und ›Rasse‹ zu wenig Beachtung schenken, wiesen aber gleichzeitig darauf hin, dass z.B. die indischen Bewegungen, die Kasten und

Arbeiter organisieren, Sexualität nicht in ihre Arbeit einbeziehen.

Über diese wenigen Beispiele hinaus haben die internationalen Organisationen für sexuelle Rechte und LGBTQ-Interessen jedoch kaum operative Netzwerke mit den transnationalen Kämpfen für ökonomische Gerechtigkeit gebildet. Der oben erwähnte offene Brief an das WSF erklärt, dass sexuelle Diversität und sexuelle Emanzipation »Teil derselben Kämpfe sind, in denen das Recht auf Land und das Recht auf freien Ausdruck der Sexualität gleichermaßen zum Aufbau einer radikal demokratischen Zukunft beitragen« (ABONG u.a. 2008). Dieser Aufruf erklärt jedoch nicht, wie sie Teil derselben Kämpfe sind. Verständlicherweise zielt der Aktivismus für sexuelle Rechte auf die Ausgangspunkte offensichtlicher Unterdrückung nicht-normativer Sexualität – auf Staat, Medizin, Religion und öffentliche Kultur. Es gibt aber kaum konzeptionelle Anstrengungen, die die Relevanz sexueller Politiken für die Kritik des globalen Kapitals und für Vorstellungen alternativer Welten aufzuzeigen. Für die Verfechter/innen sexueller Rechte dient die Bewegung für globale Gerechtigkeit eher als Bühne denn als Bezugspunkt für Zusammenarbeit in politischen Projekten.

Erfolg und Scheitern der Zusammenarbeit zwischen sexuellen und ökonomischen Bewegungen hängen mit spezifischen politischen Entwicklungen und institutionellen Kontexten zusammen. Der Diskurs zu sexuellen Rechten ist geprägt durch die jahrzehntelange Beteiligung am UN-NGO-Prozess, der seit den 1980er Jahren und bis vor kurzem das Hauptinstrument war, um Themen und Anliegen wie reproduktive Gesundheit, AIDS, sexuelle Gewalt oder Menschenrechte sexueller Minderheiten zu transportieren. Folgen davon sind etwa die Bürokratisierung seiner politischen Sprache durch UN-Akronyme und sein Fokus auf negative Rechte wie z.B. Unversehrtheit durch Frauenhandel und sexuelle Gewalt. Zudem kollaboriert die UN-NGO-Arena mehr oder weniger mit marktlichen und staatlichen Strukturen. Es wird kritisiert, dass sich Verfechter/innen sexueller Rechte in einem Bezugssystem bewegen – gekennzeichnet v.a. durch liberale Formulierungen sexueller Autonomie und reproduktiver Rechte –, das sie davon abhält, breitere Fragen sozialer Gerechtigkeit wie z.B. ökonomische Umverteilung einzubeziehen.

Das Festhalten dieser NGOs an institutionalisierten politischen Formen, die zwischen ökonomischen und politischen Rechten unterscheiden, hat es erschwert, erstens für die Unteilbarkeit von Rechten einzutreten und zweitens wirksame Institutionen einzufordern, die deren Umsetzung garantieren. In radikalen Kreisen gelten diese NGOs folglich oft als das wohlwollende Gesicht hegemonialer Mächte. Die professionalisierten Formen der Vertretung innerhalb der UN-NGO-Arena haben die Verbindungen der Verfechter/innen sexueller Rechte zur Bewegung für globale Gerechtigkeit geschwächt sowie den früheren Aktivismus für sexuelle Mobilität von Frauen oder queere Befreiung in den Hintergrund gedrängt, dessen Formen und Netzwerke – zumindest im Geiste – stärker mit radikalen linken Politiken verbunden waren.

GEGENWÄRTIGE KOEXISTENZ

Beziehungen zwischen verschiedenen politischen Projekten erfordern sowohl soziale als auch konzeptionelle Arbeit; für die politische Praxis ist es entscheidend, Kontakte und Verbindungen innerhalb einer handlungsfähigen Gemeinschaft zu schaffen und zu pflegen. Die unablässige Betonung von Dialog, offenen Räumen und Prozessen auf dem WSF lässt hoffen, dass zwischen denen, die eine gerechtere Welt schaffen wollen, Annäherungen stattfinden und Übereinstimmungen hervortreten. Insbesondere könnten auf diese Weise tragfähige Verbindungen zwischen Queers, Feministinnen und Marxist/innen entstehen. Ein materialistischer Blick auf das WSF mit seinen Praxen, Verhältnissen und Orten erlaubt es, die ungleichmäßige Annäherung zwischen sexueller und ökonomischer Gerechtigkeit nicht als politisches Scheitern zu deuten. Als politisches (und symbolisches) Abgrenzungsmerkmal der Bewegung für globale Gerechtigkeit verweist Sexualität nicht nur auf die Konzepte, sondern auch auf die Formen politischer Praxis, die alternative Verfahren politischer Annäherung nahe legen. Das WSF gründet auf einer Politik der Gemeingüter (gemeinsam benutzte politische Räume und Ressourcen) und einer Vorstellung von Gemeinsamkeit, die Differenz nicht auslöscht oder zur Ware macht, sondern wertschätzt. Die Koexistenz unterschiedlicher politischer Projekte hat räumliche und formale Begleiterscheinungen. Erstens ermöglicht die räumliche Nähe intensivere Annäherungen zwischen ansonsten (weitgehend) autonomen Projekten. Das – wenn auch kurze – Zusammenwohnen unter einem Dach kann so den Boden für eingehende Beziehungen zwischen den Projekten für sexuelle und ökonomische Gerechtigkeit bereiten. Zweitens zeigt das Zusammengehen der Anstrengungen im Namen von sexueller Diversität und ökonomischer Umverteilung auf dem WSF, dass diese Bewegungen einige politische Formen teilen, v.a. Verfahren der einschließenden Partizipation – auch wenn ihre Praxen durch eine unterschiedliche Vorgeschichte geprägt sind. Das WSF schafft jene Bedingungen, unter denen Projekte für sexuelle Gerechtigkeit mit ökonomischen Visionen für eine gerechtere Welt zusammentreffen und schließlich vielleicht zusammenfließen können.

Aus dem Amerikanischen von Oliver Walkenhorst

LITERATUR

ABONG u.a., 2008: »Another World is Possible in Diversity: Affirming the struggle for sexual and reproductive rights«, 28.1.2008, www.nigd.org

Brenner, Johanna, 2004: »Transnational Feminism and the Struggle for Global Justice«, in: Jai Sen u.a. (Hg.), *World Social Forum: Challenging Empires,* New Delhi, 25–34 (www.choike.org/documentos/wsf_s106_brenner.pdf)

Leite, José Corrêa, und Carolina Gil, 2005: *The World Social Forum: Strategies of Resistance,* Chicago

León, Irene, und Phumi Mtetwa (Hg.), 2003: *Globalization: GLBT Alternatives,* Quito

Lott, Eric, 2006: *The Disappearing Liberal Intellectual,* New York

Obando, Ana Elena, 2005: »Sexism in the World Social Forum: Is Another World Possible?«, WHRnet, Association for Women's Rights in Development, Februar 2005, www.iiav.nl/ezines/web/WHRnet/2005/February.pdf

Wallerstein, Immanuel, 2007: »The World Social Forum: From Defense to Offense«, Commentary No. 202, 1.2.2007, http://fbc.binghamton.edu/202en.htm

---

1 Dieser Aufsatz geht zurück auf Diskussionen beim Kolloquium »Toward a Vision of Sexual and Economic Justice« am Barnard Center for Research on Women in New York. The Scolar & Feminist Online, Ausgabe 7.3, Sommer 2009

2 Lesbian, Gay, Bisexuals, Transsexuals, Queer.

VERFASSERINNEN UND VERFASSER

GEORG BOLLENBECK Germanist und Kulturwissenschaftler, Prof. im FB Sprach-, Literatur- und Medienwiss. an der Universität Siegen. V: Eine Geschichte der Kulturkritik. Von Rousseau bis Günther Anders (2007)

LUTZ BRANGSCH Ökonom, wiss. Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur von Luxemburg

MARIO CANDEIAS Politologe und Ökonom, Leiter des Rates für radikale Realpolitik – Der Zukunftskommission der RLS, Redakteur von *Luxemburg*. V: Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise (2004)

HUMBERTO CHOLANGO Vorsitzender von ECUARUNARI, dem Dachverband der Hochland-Indigenen Ecuadors, von 2003 bis Ende 2009

DANIEL FASTNER Übersetzer, MA Philosophie, Redakteur beim *Argument*, Mitglied der Gruppe [pæris]

CORNELIA HILDEBRANDT wiss. Referentin für Parteien und soziale Bewegungen der RLS, Projektentwicklung »Leftwing politics« im Rahmen von Transform Europe, Redakteurin von *Luxemburg*. V: Linke Parteien in Europa rls-paper 07/2009; DIE LINKE. Wohin verändert sie die Republik? *Texte der RLS* Bd. 40 (Hg. mit M. Brie und M. Meuche-Mäker, 2007)

MICHAEL JÄGER Politologe und Publizist, Redakteur des Freitag. V: Machtblock und Parteien bei Poulantzas, in: A. Demirović u.a., Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas (2010), 241ff

ANGELA KLEIN Redakteurin der Sozialistischen Zeitung (SoZ) und Koordinatorin der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

WALTER KORAH (Pseudonym) schreibt für die Interventionistische Linke (IL), ein 2005 gegründetes Netzwerk radikal linker und antikapitalistischer Gruppen wie Avanti – Projekt undogmatische Linke, Antifaschistische Linke Berlin, Für eine linke Strömung (FelS), Radikale Linke Nürnberg und Organisierte Autonomie

EDGARDO LANDER Prof. für Soziologie an der Zentraluniversität in Caracas, Redakteur der *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales* und einer der profiliertesten Linksintellektuellen Venezuelas. Schwerpunkte: Demokratie in Lateinamerika, demokratische Wissenschaft, Freihandel. V: Contours of Climate Justice (Hg. mit U.Brand, N. Bullard und T. Müller, 2009)

ANN-KATRIN LEBUHN ist Mitarbeiterin der Akademie für politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

MICHAEL LÖWY Soziologe und Philosoph, Forschungsdirektor am Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS) und an der EHESS. Schwerpunkte: soziale Bewegungen in Lateinamerika, Ökosozialismus. V: Der Geist von Porto Alegre und die Strategie der Linken (2002)

HAROLD MEYERSON Journalist, u.a. tätig für die Washington Post, Redakteur des American Prospect

UWE MICHEL ist Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin im Bereich Archiv und Bibliothek

TADZIO MÜLLER Politologe und Publizist, Mitherausgeber der Zeitschrift »Turbulence: Ideas for movement«, aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit. V: Grüner Kapitalismus. Krise, Klima, Wachstumswahn (mit S. Kaufmann, 2009)

PAUL NICHOLSON baskischer Bauer und Europasprecher der internationalen Kleinbauernbewegung La Vía Campesina

OLIVER NACHTWEY Hochschulassistent am Institut für Soziologie der FSU Jena. Schwerpunkte: Politische Soziologie, Organisationssoziologie, insb. Gewerkschaften und Parteien. V: La crise de la représentation de classe en Allemagne et Die Linke, in: *ContreTemps 2* (2009), 51ff;

Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party (2009)

MIMMO PORCARO Mitglied der Partito della Rifondazione Comunista (PRC) und der Kulturvereinigungen Punto Rossa und Alternative Europa. Schwerpunkte: Klassen- und Emanzipationsbewegungen. V: Arbeit und Leben. Memorandum für eine künftige Untersuchung des (Klassen-?)Bewusstseins, in: *transform 2* (2008), 49ff; Die radikale Linke und das Problem des Pluralismus: Der Fall Italien, in: *Texte der RLS* 30 (2006), 19ff

BERND RIEXINGER ver.di-Geschäftsführer des Bezirks Stuttgart und Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der Partei Die Linke in Baden-Württemberg. V: Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle: Vorwärts zu den Wurzeln (mit W. Sauerborn, 2004)

STEPHANIE ROSS Sozialwissenschaftlerin, Assistant Professor und Koordinatorin des Labour Studies Programme an der York University Toronto. Schwerpunkte: Gewerkschaften und Globale soziale Bewegungen

CATHARINA SCHMALSTIEG Psychologin und Promovendin im FB Soziologie an der Uni Jena, Redakteurin von Luxemburg

THOMAS SEIBERT Philosoph, Mitarb. bei medico international, Aktivist bei Attac und der Interventionistischen Linken, Wiss. Beirat der RLS. V: Krise und Ereignis. Siebenundzwanzig Thesen zum Kommunismus (2009)

JANA SEPPELT Politologin an der FU Berlin; Msc Sociology Universiteit van Amsterdam (Labour and Organisation Studies). Schwerpunkte: (Internationale) Politische Ökonomie, Gewerkschaften, Gender, Migration, aktiv in den Krisenprotesten

ANDREAS SIEKMANN Künstler (Zeichnungen, Malerei, Film, Objekte) Schwerpunkt u.a.: Ökonomisierung und Privatisierung des öffentlichen Stadtraumes. Lebt in Berlin und stellt u.a. in der Galerie Barbara Weiss aus

BOAVENTURA DE SOUSA SANTOS Prof. für Soziologie an der School of Economics und Direktor des Center for Social Studies an der University of Coimbra. V: The Rise of the Global Left: The World Social Forum and Beyond (2006); Cognitive Justice in a Global World: Prudent Knowledge for a Decent Life (Hg., 2007)

HANS-JÜRGEN URBAN Politologe und Philosoph, seit 2007 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, FB Sozialpolitik, Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung. V: Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften (Hg. mit L. Schröder, 2010); Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5 (2009), 71ff

DMITRY VILENSKY Künstler und Kultur-Aktivist aus St. Petersburg, Initiator der Plattform ›Chto delat?‹ und Hg. der gleichnamigen Zeitung. Ausstellungen u.a. bei der Biennale 2009 in Istanbul u. 2008 im Van Abbe Museum, Eindhoven 2008

OLIVER WALKENHORST Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Redakteur beim *Argument* und beim Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Arbeitsgebiete: Klimawandel; Ökologie; Wissenschaftsgeschichte. V: »Klimapolitik«, in: HKWM Band 7/I (2008)

FRANZISKA WIETHOLD Politologin und Gewerkschafterin, ehem. Vorstandsmitglied von ver.di. V: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte (mit H. Flassbeck und A. Giddens, 2000)

ARA WILSON Kulturanthropologin, Prof. für Geschlechterstudien am Duke Human Rights Center. V: Intimate Economies of Bangkok: Tomboys, Tycoons, and Avon Ladies in the Global City (2004)

MIYA YOSHIDA Kunst- u. Medienwissenschaftlerin, ab Frühling 2010 Gastdozentin an der Universität Copenhagen. V: Interactivity, Interpassivity and Possibilities Beyond Dichotomy, in: F. Eckardt u.a.: MediaCity (2009)

VSA: Verlag, Aboservice
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax: 040 /28 09 52 77-50

Online bestellen unter: http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?page_id=5

BESTELLFORMULAR

- [ ] Ich bestelle ein Normalabo (30,00 Euro für vier Ausgaben, Ausland: 40,00 EUR) ab Heft ....
- [ ] Ich bestelle ein Förderabonnement zum Preis von 60 Euro für vier Ausgaben ab Heft ....
- [ ] Ich bestelle ein Abonnement zu+m ermäßigten Preis von 20 Euro für vier Ausgaben
- [ ] (SchülerInnen, Studierende, Erwerbslose, Prekäre) ab Heft ....
- [ ] Ich bestelle .... Exemplar[e] (10 Euro zzgl. Versand) von Heft ....

LIEFERANSCHRIFT

Vorname .... Nachname ....

Straße .... Nr. ....

PLZ .... Ort .... Land ....

Tel. .... E-Mail ....

- [ ] Ich zahle per Bankeinzug
- [ ] Ich zahle per Rechnung.

BANKVERBINDUNG

Kontonummer ....

BLZ ....

Bank .... Postleitzahl ....

RECHNUNGSANSCHRIFT (FALLS ABWEICHEND)

Vorname .... Nachname ....

Straße .... Nr. ....

Ort .... Land ....

Datum .... Unterschrift ....

Abolaufzeit / Widerrufsrecht: Das Jahresabonnement umfasst 4 Hefte mit insgesamt mindestens 640 Druckseiten. Sofern das Abonnement nicht mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Abo-Jahrganges gekündigt wird, verlängert es sich um ein weiteres Jahr. Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.